

Willy Klages

**Die Geheimorganisationen
des globalen
NWO-Terrorimperiums**

**2.000 Jahre Gewaltherrschaft
der
Antichristen
von November 1954
bis Dezember 1959**

NWO-Sonderheft Nr. 88



**2.000 Jahre Gewaltherrschaft
der
Antichristen
von November 1954 bis Dezember 1959**

NWO-Sonderheft Nr. 88

Terror der Antichristen vom 01.11.1954-31.12.1959

<u>Inhaltsverzeichnis</u>	Seite
Berichte und wissenschaftliche Publikationen über die Gewaltherrschaft der Antichristen von November 1954 bis Dezember 1959	2-96
Hinweise für den Leser Quellen- und Literaturnachweis	97-99

Berichte und wissenschaftliche Publikationen über die Gewaltherrschaft der Antichristen von November 1954 bis Dezember 1959

Laßt das Volk die Wahrheit wissen, und das Land ist sicher.
Abraham Lincoln (1809-1865, nordamerikanischer Politiker)

1954

Nikita Chruschtschow (1894-1971, seit 1953 Erster Sekretär des ZK der KPdSU) ermahnte am 1. November 1954 die osteuropäischen Regierungen, nur noch einen ideologischen Kampf gegen die "unwissenschaftliche religiöse Weltanschauung" der Kirchen zu führen.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die "Kirchenpolitik" in der SBZ (x009/214-215): >>>Die Lage der Kirchen wird entscheidend mitbestimmt durch die kirchenpolitische Entwicklung von 40 Jahren in der Sowjetunion und durch die unterschiedliche Religionspolitik in den Satellitenländern.

In den ersten Etappen der rücksichtslosen Kirchenverfolgung von 1917-1939 trat der Bolschewismus als Antikirche mit dem Ausschließlichkeitsanspruch des Dialektischen Materialismus auf. Gottlosigkeit wurde als Grundsatz gefordert. Auslöschung der Kirche war das Ziel. Es kam zwischen 1925 (Gründung des Bundes der Gottlosen) und 1932 zu Massenaustritten.

Aber die orthodoxe Kirche überlebte und blieb. Die Sowjetregierung erkannte schon beim Tode des Patriarchen, daß ihre Bemühungen und die völlige Ausmerzung des Christentums vergeblich waren. Sie änderte die Methode, ohne das Ziel aufzugeben, indem sie die Kirche zwang, die Tatsache der Verfolgung formell abzuleugnen und das "Martyrium der Lüge" dem Leben der Kirche zuliebe auf sich zu nehmen; die Anzahl der Gläubigen jedoch, die ohne Anklage gegen die Kirche das Martyrium der Wahrheit auf sich nahmen, blieb groß genug zur Wachhaltung des Gewissens. Während des Krieges schließlich wurde die Kirche "anerkannt" und gleichgeschaltet.

In der SBZ war die Ausgangslage eine wesentlich andere. Es gab im Deutschland von 1945 nicht wie in Rußland von 1917 ein Staatsoberhaupt, dem (laut § 64 der alten russischen Verfassung) der Titel "Beschützer der Dogmen des ... Glaubens und Aufseher der Rechtgläubigkeit" zuerkannt war. Die Kirchen in Deutschland hatten schon während des "Dritten Reiches" unter einer christentumsfeindlichen Diktatur leiden müssen.

Die SED zog darum für die Bekämpfung der Kirchen ihre Nutzanwendungen aus den veränderten Methoden in der Sowjetunion und aus den Erfahrungen in den Satellitenländern, wo Schauprozesse und Liquidierungen das System selber diskreditiert hatten.

Die SED-Regierung hoffte, ohne Verzicht auf gelegentliche Schockaktionen, das Kirchenvolk langsam der Kirche entfremden zu können.

Erfahrungen im nationalkirchlichen und Spaltungsexperimenten wurden mit Prag und Warschau ausgetauscht. Immer wenn eine Verschärfung des politischen Kurses in der Zone vorbereitet wurde, ging eine osteuropäische Konferenz "fortschrittlicher Christen" oder eine "Friedenstagung" mit christlichen Sprechern voraus.

Chruschtschows Mahnung vom 1.11.1954, die Gefühle der Gläubigen zu schonen, die Dilettanten auszuschalten und nur noch einen ideologischen Kampf gegen die "unwissenschaftliche religiöse Weltanschauung" zu führen, brachte für die Zone keine Erleichterung; vielmehr ging der Hauptkampf in Schulen, Parteischulen, Presse und Rundfunk weiter.

Beide Kirchen stehen unter starkem und unablässigem Druck des kommunistischen Regimes; ihre Probleme sind die gleichen. Planmäßig wird versucht, die unabhängige Existenz der Kirchen auszuschalten. Wohlfahrts-, soziale und medizinische Einrichtungen werden stark beschränkt oder völlig unterdrückt. Staatliche Zuwendungen werden gekürzt oder gestrichen. Besitz wird enteignet.

Seit 1952 richtet sich der Angriff nicht nur gegen die Kirche, den Gottesdienst und die sakramentalen Riten, sondern besonders gegen die Geistlichkeit. Die Anschuldigungen konzentrierten sich auf angebliche Vergehen gegen strafgesetzliche Bestimmungen der "DDR" mit dem Ziel, die Gemeindeglieder von einer engeren Verbindung mit der Geistlichkeit abzuhalten und ein Gefühl der Gefährdung unter der Jugend zu schaffen.

Die Gesellschaft zur Verbreitung wissenschaftlicher Kenntnisse übernahm von der fast gleichnamigen sowjetischen Organisation Kampfschriften von niedrigem Niveau (z.B. ... "Der religiöse Aberglaube und seine Schädlichkeit"), die in großen Auflagen verbreitet wurden. Vortragszyklen an Hand des Buches "Weltall, Erde, Mensch" wurden mit der Tendenz der Verächtlichmachung des Glaubens zur Vorbereitung der Jugendweihe veranstaltet. ...

Der wachsende Widerstand gegen die Jugendweihe wurde mit öffentlicher Beschimpfung der Pfarrer und mit Gesinnungsterror gegenüber den Eltern beantwortet. ...<<

Bei der Verleihung des Friedensnobelpreises in Oslo erinnerte Albert Schweitzer (1875-1965, von 1913-65 Missionsarzt in Lambarene/Gabun) am 4. November 1954 an das Schicksal der deutschen Vertriebenen (x035/336): >>... In schlimmster Weise vergeht man sich gegen das Recht des geschichtlichen Gegebenen und überhaupt gegen jedes menschliche Recht, wenn man Völkerschaften das Recht auf das Land, das sie bewohnen, in der Art nimmt, daß man sie zwingt, sich anderswo anzusiedeln.

Daß sich die Siegermächte am Ende des Zweiten Weltkrieges dazu entschlossen, vielen hunderttausend Menschen dieses Schicksal, und dazu noch in härtester Weise, aufzuerlegen, läßt erlauben, wie wenig sie sich der ihnen gestellten Aufgabe einer gedeihlichen und einigermaßen gerechten Neuordnung der Dinge bewußt wurden.<<

Die SED-Regierung veröffentlichte am 13. November 1954 einen Aufruf zur Einführung der Jugendweihe.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die "Jugendweihe" in der SBZ (x009/202-203): >>Pseudosakraler, atheistischer Festakt, mit dem alle Jugendlichen beim Verlassen der Schule in das "aktive gesellschaftliche Leben" aufgenommen werden sollen.

Der Akt wird durch Jugendstunden vorbereitet, in denen die Jugendlichen in die vulgär-materialistische Weltanschauung des Bolschewismus eingeführt werden. Ihr Themenplan stützt sich vorwiegend auf sowjetische Literatur; aus ihm und aus den Anweisungen für die Leiter

geht der atheistische Charakter der Jugendstunden eindeutig hervor.

Bei der Jugendweihe verpflichten die Jugendlichen sich durch ein förmliches Gelöbnis, "ihre ganze Kraft für die große und edle Sache des Sozialismus einzusetzen" und "mit dem Sowjetvolk ... den Frieden zu sichern und zu verteidigen".

Die Veranstaltungen werden von Ausschüssen getragen, in denen die SED vorherrscht ... Die Jugendweihe soll freiwillig und mit den Kirchenpflichten (Konfirmation, Kommunion) vereinbar sein.

Tatsächlich verstehen maßgebliche sowjetische Kommentare die Jugendweihe als eine Verpflichtung auf die materialistische Weltanschauung und den Atheismus, und die Teilnahme aller Kinder an den Jugendstunden und der Jugendweihe wird durch massiven Druck (vor allem über die Volksabteilung der Räte) erzwungen. ... Eine Anweisung des Bezirksrates Potsdam bezeichnet die Jugendweihe 1958 als "ein bedeutendes Instrument der politischen Massenarbeit".

Im Sinne der seit 1957 unverkennbaren Tendenz, das Weltanschauungsmonopol des kommunistisch geführten Regimes durchzusetzen ("es gibt keine ideologische Koexistenz"), sollen die kirchliche Feste und Amtshandlungen durch pseudosakrale Staatsakte ersetzt und verdrängt werden.

1959 sollen 80,4 % der Schüler der 8. Klasse an 3.600 Jugendweihe-Feiern teilgenommen haben. Seit 1956 wird die Jugendweihe in das Familienstammbuch eingetragen.<<

Das Gelöbnis zur Jugendweihe lautete wie folgt (x296/209 L):

>>Frage: Liebe junge Freunde!

Seid ihr bereit als treue Söhne und Töchter unseres Arbeiter- und Bauernstaates für ein glückliches Leben des ganzen deutschen Volkes zu arbeiten und zu kämpfen, so antwortet mir!

Antwort: Ja, das geloben wir!

Frage: Seid ihr bereit, mit uns gemeinsam eure ganze Kraft für die große und edle Sache des Sozialismus einzusetzen, so antwortet mir!

Antwort: Ja, das geloben wir!

Frage: Seid ihr bereit für die Freundschaft der Völker einzutreten und mit dem Sowjetvolk und allen friedliebenden Menschen der Welt den Frieden zu sichern und zu verteidigen, so antwortet mir!

Antwort: Ja, das geloben wir!

Wir haben euer Gelöbnis vernommen, ihr habt euch ein hohes und edles Ziel gesetzt. Ihr habt euch eingereicht in die Millionenschar der Menschen, die für Frieden und Sozialismus arbeiten und kämpfen.

Feierlich nehmen wir euch in die Gemeinschaft aller Werktätigen in unserer Deutschen Demokratischen Republik auf und versprechen euch Unterstützung, Schutz und Hilfe.

Gemeinsam mit vereinten Kräften – vorwärts!<<

Die von der Volkskammer "gewählte Regierung der DDR" übernahm am 16. November 1954 offiziell die sowjetische Bezeichnung "Ministerrat".

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über den "Ministerrat" der SBZ (x009/296): >>Regierung der SSR, seit 1954 amtlich Ministerrat genannt, formal höchstes Exekutivorgan nach der Verfassung vom Vertrauen der Volkskammer, in Wirklichkeit jedoch vom Willen der SED-Führung und der sowjetischen Besatzungsmacht abhängig. ...<<

Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (50/1954) berichtete am 8. Dezember 1954:

>>**Gendarmen vor der Tür**

Als im Jahre 1945 die Bundesrepublik Österreich aus den Trümmern des Großdeutschen Reiches wieder erstand, durfte sich der damalige Hauptfeldwebel der Wiener Heeresstreife Ferdinand Käs zu ihren Widerstandskämpfern zählen. Zusammen mit dem damaligen Major und

jetzigen Filmproduzenten Carl Szokoll hatte er den vor Wien stehenden Sowjets die Pläne für die deutsche Verteidigung des nördlichen Vorfeldes der Stadt überbracht.

Eines Tages im November dieses Jahres erschienen nun bei dem inzwischen zum Major der Gendarmerie und Leiter der Gendarmerie-Schule Wien avancierten Käs zwei Reporter. Sie machten ihn mit einigen unfreundlichen Publikationen über seine Widerstands-Tat des Jahres 1945 bekannt und baten ihn um eine Stellungnahme. Der einstmalige Hauptfeldwebel Käs war so unvorsichtig, vor den Ohren der beiden Journalisten einen ideologischen Spind- und Stubenappell zu veranstalten. Dabei ging einiges politische Steingut in Scherben.

Käs nannte die deutsche Wehrmacht "eine Räuberbande" und tat damit etwas, was die Redner und Schreiber der beiden Regierungsparteien, der Sozialdemokratischen Partei Österreichs (SPÖ) und der Österreichischen Volkspartei (ÖVP), aus wohlwollenden Gründen seit Jahren nicht mehr tun: Er ärgerte rund eine dreiviertel Million von Landsleuten, die einst in der Wehrmacht gedient haben.

Einmal im Schwung, fegte Käs auch gleich einiges zerbrechliche Porzellan aus dem außenpolitischen Spindfach der Republik. Er sprach von dem westdeutschen Sicherheitsbeauftragten Theodor Blank als dem "Oberleutnant Blank, der klugscheißt" und "verhinderte Sieger um sich sammelt".

Schließlich polterte der vergrämte Gendarm auch noch in den Keller der Historie, in dem Österreich unter anderem wunde Erinnerungen an traurige Erlebnisse aus nicht allzu ferner Vergangenheit aufbewahrt. "Daß die Russen Mädchen vergewaltigten und nicht streichelten", sagte Käs, "ist einzusehen, denn die Deutschen haben in Rußland wüst gehaust. Und die Westalliierten waren auch nicht besser."

Die Kasernenhof-Philosophie des Käs wäre wahrscheinlich ungehört verhallt, wenn nicht ihr Urheber durch eine der auffallendsten Taten des österreichischen Widerstandes mit der jüngsten Geschichte der Republik verbunden gewesen wäre. So aber erregte sie einerseits unliebsames Aufsehen, und andererseits sah sich die Koalitionsregierung des Bundeskanzlers Raab und des sozialdemokratischen Innenministers Oskar Helmer schon aus Gründen der offiziellen österreichischen Geschichtsschreibung, in der der anti-deutsche Widerstand etwa denselben Platz einnimmt wie in der französischen das Heldentum der Jeanne d'Arc, zum Eintreten für den polterigen Gendarmen gezwungen.

Sie hatte um so mehr Ursache dazu, als die mißtrauischste der vier Besatzungsmächte - die Sowjet-Union - den Österreichern immer noch nicht deren großdeutsche Katerstimmung glauben will. Auf der einen Seite bedroht von der wie Strohfeuer um sich greifenden öffentlichen Erregung über die Äußerungen des Käs und auf der anderen Seite verpflichtet, Widerstandsethos und Sowjet-Mißtrauen zu berücksichtigen, steuerte der sozialdemokratische Innenminister Helmer den behutsamen Kurs der halben Dementis.

Das Temperament der Wiener und die Kommunisten machten es ihm jedoch nicht leicht. Mehrere Zeitungen veröffentlichten einen offenen Brief des Schriftstellers Kurt Ziesel ("Daniel in der Löwengrube") an Helmers Staatssekretär Graf. "In jedem anderen Land", hieß es darin, "würde man einen Offizier der Sicherheitstruppe des Landes, der sich solcher Schmäherung schuldig macht, mit der Hundspeitsche aus dem Lande jagen."

Graf antwortete vorsichtig: Es müsse erst einmal festgestellt werden, "ob überhaupt die publizierten Äußerungen mit den tatsächlich gemachten identisch sind". Graf's Kühlwasser verzichtete jedoch an der inzwischen von den Kommunisten erhitzten öffentlichen Meinung.

Die kommunistischen Tageszeitungen erschienen mit Schlagzeilen, wie "Die Verräter an Österreich erheben wieder ihr Haupt", "Die Offensive der Anschlußagitatoren und Kriegshetzer darf nicht länger geduldet werden" und "Die neonazistischen Zeitungen müssen verschwinden".

Major Käs avancierte in der kommunistischen Presse zum "unbeugsamen Widerstandskämp-

fer", nachdem er noch kurz zuvor im "Abend" (einer kommunistischen Zeitung) angeprangert worden war, weil er seine Gendarmerie-Schüler nach dem Muster des deutschen Militärs "abrichtet und schindet".

Das kommunistische Manöver, das den Major Käs plötzlich zur Zentralfigur des antideutschen Widerstandes von 1945 machte, traf die Regierung Raab da, wo es für sie außenpolitisch am ärgerlichsten ist - bei ihrer Reputation als Gegnerin jeden Gedankens an einen neuerlichen "Anschluß".

Die unglückliche Lage der Regierung Raab wurde noch durch ein paar täppische Schritte Westdeutschlands verschlechtert. Es war vor allen Dingen ein Urteil des Berliner Verwaltungsgerichts, das der kommunistischen Propaganda Auftrieb gab. Das Berliner Gericht hatte entschieden, daß das Staatsbürgergesetz des Jahres 1938 noch heute in Kraft sei. Durch dieses Gesetz hatten seinerzeit alle Österreicher die reichsdeutsche Staatsangehörigkeit erlangt.

Kaum weniger glücklich arrangiert war das gutgemeinte Interview Bundeskanzler Adenauers für die Wiener Zeitung "Neues Österreich", ironischerweise ausgerechnet eines der deutschfeindlichsten Blätter Wiens, in dessen Verlag neben Christlichsozialen und Sozialdemokraten auch Kommunisten sitzen. Aber schon allein die Form eines unverbindlichen Interviews war in Wien als sehr wenig formgerecht empfunden worden.

Die Regierung Raab hatte offensichtlich gehofft, Bundeskanzler Adenauer werde die von den Kommunisten der Bundesrepublik immer wieder unterstellten Absichten, Österreich eines Tages "erneut okkupieren zu wollen", vor dem Bundestag in möglichst offizieller Form dementieren. Das Interview in "Neues Österreich" wurde als "ein nur dürftiges Gegenargument gegen den kommunistischen Hetzfeldzug" gebilligt.

Selbst in den Reihen der Partei des Bundeskanzlers Raab (ÖVP) erhoben sich sorgenvolle Stimmen. So schrieb die angesehene links-katholische Zeitschrift "Die Furche", daß in der ÖVP und "fast noch mehr" in der SPÖ Kräfte am Werk seien, die wieder eine Vereinigung mit Deutschland wollten, und Ende November warnte dieselbe Zeitschrift gegen die Hetze, der Major Käs ausgesetzt sei. "Die Männer des österreichischen Widerstandes", so fahndete "Die Furche" nach den Motiven der Unpopularität des Käs, "sollen in den Augen einer allzu vergeblichen Bevölkerung als dubiose Charaktere dargestellt werden. Wenn es außerdem gelingt, sie in den Verdacht der Nachbarschaft zum Kommunismus zu bringen, um so besser!"

Angesichts solcher Warnungen blieb der Regierung nichts anderes übrig, als sich endgültig vor Käs zu stellen. Diese Aufgabe übernahm der wohlbeleibte Innenminister Oskar Helmer persönlich; er erklärte: "Die gegen Gendarmerie-Major Käs erhobenen Angriffe sind unberechtigt", und die Regierungspresse versicherte, daß man Zeugen dafür habe. Während nämlich Käs sein Interview mit den beiden Reportern gehabt habe, hätten ganz zufällig zwei Gendarmen an der Tür gestanden und zugehört. Sie hätten genau vernommen, daß Käs die ihm nachgesagten Äußerungen über die Wehrmacht, über Theodor Blank und über die Verzeihlichkeit sowjetischer Vergewaltigungen nicht getan habe.

Die Regierung Raab hatte zu diesem robusten Dementi auch noch eine andere Veranlassung. Aus dem sowjetischen Hochkommissariat waren nämlich drohende Nachrichten gesickert. Die Sowjets, so hatte es geheißen, würden die österreichische Gendarmerie in den von ihnen besetzten Gebieten unter eigene Regie nehmen, wenn Major Käs als Leiter der Gendarmerieschule Wien abgelöst werde.<<

Bei einer Konferenz (29. bis 31.12.1954) in Prag vereinbarten die CSR, Polen und die DDR den gemeinsamen Schutz ihrer Staatsgrenzen.

Im Jahre 1954 flohen 184.198 Deutsche aus der Sowjetzone in den Westen.

Im Jahre 1954 wurde die "GSOW", die für die Versorgung der sowjetischen Besatzungstruppen zuständig war, an den Konsum-Spezialhandel und später an den HO-Spezialhandel übertragen, der mit 4 Großhandelsbetrieben (Zentrallagern) und 24 Einzelhandelsunternehmen die

Besatzungstruppen mit Waren der SBZ-Produktion belieferte (x009/167).

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die "GSOW" (x009/167): >>Abkürzung für "Wirtschaftsverwaltung beim Stab der sowjetischen Besatzungstruppen in Deutschland".

Aufgabe: Ausrüstung und Versorgung der Besatzungstruppen aus der laufenden Produktion der Zone. Bis 1954 lieferten jedoch deutsche Betriebe Erzeugnisse im Werte von mehreren Milliarden Mark an GSOW, die nicht für den unmittelbaren Bedarf der militärischen Dienststellen und der Besatzungsangehörigen bestimmt waren, sie wurden über das GSOW-Sammellager in Wildau bei Berlin nach der Sowjetunion verfrachtet oder von der GSOW auf eigene Rechnung nach westeuropäischen Ländern exportiert.

Diese Entnahmen sind als Reparationsleistungen zu betrachten, wurden aber nicht als Reparationen anerkannt. –

GSOW unterhielt in der SBZ zahlreiche Verkaufsstellen, wo die Besatzungsangehörigen Mangelwaren, die der Versorgung der deutschen Bevölkerung entzogen wurden, kaufen konnten. GSOW zog daraus hohe Sondergewinne. ...<<

Im Jahre 1954 wurde die Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa Band I/1 und Band I/2 sowie Band 1/3 "Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße" fertiggestellt und dem Bundesministerium für Vertriebene übergeben.

Das Gesamtwerk der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa wurde schließlich im Jahre 1961 fertiggestellt.

In der Einleitung der "Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa I. Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße. Band 1" hieß es (x001/I-XI): >>**VORWORT**

Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten ist ein Ereignis, dessen volle geschichtliche Tragweite sich heute noch einem Urteil entzieht.

Mag man es als Schlußakt eines Krieges betrachten, in dem die geschriebenen und ungeschriebenen Gesetze des Nationen- und Staatenverkehrs tausendfach verletzt und die Vernichtung ganzer Völker nicht nur als Ziel verkündet sondern in der Tat begonnen worden war; oder mag man es als die Endphase eines fast anderthalb Jahrhunderte tobenden immer erbitterten Nationalitätenkampfes in der Völkermischzone Europas ansehen; in jedem Falle lassen uns die geläufigen Maßstäbe der europäischen Geschichte im Stich.

Es belastet die Erinnerung von Millionen, die das Schicksal der Heimatlosigkeit zu tragen haben, und ist darin noch ganz Gegenwart, daß es soziale, bevölkerungsmäßige, politische Bewegungen ausgelöst hat, die noch längst nicht ausgelaufen sind.

Ein solches Phänomen scheint für eine wissenschaftliche Behandlung, die sich nur von unbestechlicher Wahrheitsliebe und nicht von dem Willen zur Anklage oder zur Rechtfertigung leiten läßt, noch kaum zugänglich.

Wenn dieser Versuch hier doch schon unternommen wird - und zwar mit vollem Ernst und im ganzen Wissen um die Schwierigkeit der Aufgabe -, so geschieht dies in der Sorge, Geschehnisse von der furchtbaren Größe der Massenausreibung könnten in Vergessenheit fallen, die abschreckenden und aufrüttelnden Erfahrungen aus dieser europäischen Katastrophe könnten für die Staatsmänner und Politiker, denen ein glücklicheres Europa zu schaffen aufgetragen ist, verloren gehen.

Kaum ein Aktenstück gibt der Nachwelt von den ungeheuerlichen Vorgängen im Osten Europas am Ende des zweiten Weltkriegs authentische Kunde; die Opfer dieser Katastrophe haben keine amtlichen Berichte verfaßt und keinen Dienstweg einhalten können.

Sie würden für die Nachwelt stumm, wenn ihnen nicht Gelegenheit geboten würde, ihre Erlebnisse aus dem Gedächtnis niederzuschreiben oder sie zu Protokoll zu geben. Aus diesen

Überlegungen erwuchs der vom Bundesministerium für Vertriebene geförderte Plan, die Lücken der geschichtlichen Überlieferung durch eine Dokumentation auszufüllen, in der das Schicksal von Tausenden und Millionen seinen Ausdruck finden soll.

Zu diesem Zweck wurde eine Sammelaktion eingeleitet, die für die Gebiete östlich der Oder-Neiße-Linie unter der Leitung von Hans von Spaeth-Meyken, für das Sudetenland von Dr. Wilhelm Turnwald, für Südosteuropa von Professor Dr. Fritz Valjavec durchgeführt wurde.

Die Ziele dieser Sammlung konnten nur dadurch erreicht werden, daß Zeugnisse von Miterlebenden nach einem System gesammelt wurden, das nach gebiets- und bevölkerungsmäßiger Dichte wie nach Ereignisschwerpunkten ein für den Gesamtvorgang der Vertreibung in allen Räumen des Ostens repräsentatives Ergebnis erwarten ließ.

Entscheidend war dabei, ob es gelingen konnte, alle die Menschen zum Sprechen zu bringen, die nicht nur die Erinnerung an ihre Erlebnisse bewahrt hatten, sondern auch das richtige Wort fanden, sie wiederzugeben. Nur selten konnte auf Niederschriften (Briefe, Tagebücher) zurückgegriffen werden, deren Abfassungsdatum mit den Ereignissen selbst zusammenfiel; in den meisten Fällen lagen diese Jahre zurück. Jedoch zeigte sich das Erstaunliche, daß, wo nur immer die Ausdrucksfähigkeit stärker entwickelt war, auch nach diesem längeren Zeitraum noch die Kraft zur Aussage und zur wahrheitsgetreuen Wiedergabe erhalten blieb.

Mögen sich Einzelzüge im Erinnerungsbild verwischt haben, das Wesentliche ging nicht verloren; dazu hatten sich die Erlebnisse in ihrer Einzigartigkeit und Unvergleichbarkeit zu stark eingepreßt. Und eben diese Erfahrung rechtfertigte nach den ersten Versuchen ein Unternehmen, das auf die Sammlung nachträglich verfaßter Erinnerungsberichte gerichtet war.

Es erwies sich dabei, daß an dieses Material eine Reihe methodischer Vorfragen zu stellen war, daß es kritischer Sichtung und einer Einordnung in objektiv gesicherte Zusammenhänge bedurfte. Damit mußte unzweifelhaft wissenschaftliches Neuland betreten werden. So entstand im Bundesministerium für Vertriebene durch die Initiative von Bundesminister Dr. H. Lukaschek und Staatssekretär Dr. O. Schreiber der Gedanke, mit den damit gesetzten Aufgaben eine wissenschaftliche Kommission zu betrauen, der volle Freiheit und Unabhängigkeit des Urteils und der Entscheidung gewährleistet wurde.

Sie wurde im Herbst 1951 aus den Unterzeichneten gebildet, wobei der Erstunterzeichnete, beraten durch die anderen Mitglieder, die Leitung der Arbeiten übernahm. In regelmäßigen Sitzungen sind die Methoden der Arbeit geklärt und alle aus dem eingehenden Material sich ergebenden Fragen besprochen worden.

Da das überwiegend aus Erlebnisberichten und zu einem geringen Teil aus Protokollen, privaten Briefen, Tagbüchern und einigen amtlichen Schriftstücken bestehende Material seinem historischen Quellencharakter nach teilweise erheblich von sonst üblichen historischen Quellen abweicht und bezüglich seiner Zuverlässigkeit zunächst als problematisch gelten mußte, war ein besonders sorgfältiges, dem eigenartigen Charakter der Quellen angemessenes Verfahren der Überprüfung und Auswahl notwendig, um zur Ermittlung eines sowohl quellenkritisch unanfechtbaren als auch inhaltlich und formal zur Veröffentlichung geeigneten und brauchbaren Bestandes von Dokumenten zu gelangen.

Hierbei ergab sich z.B., daß mit dem Nachweis der Echtheit der Dokumente (Authentifizierung) noch wenig gewonnen war; denn eher als bewußte Fälschungen waren fehlerhafte oder übertreibende Einzelangaben und Unsachlichkeiten zu befürchten, die teils aus Schwächen oder Trugbildern der Erinnerung, teils aus der Leidenschaftlichkeit und Gefühlsbestimmtheit herrühren mochten, von der sich nicht alle Berichterstatter freimachen konnten.

Um alle Erscheinungen einer solchen anfechtbaren Berichterstattung auszuschließen, wurden - soweit dies irgend möglich war - zu den wichtigsten in den Berichten enthaltenen Angaben jeweils Bestätigungen in anderen Berichten nachgesucht und auf diese Weise die Richtigkeit der Angaben durch gegenseitigen Vergleich der Dokumente geprüft.

Dort, wo es sich um die Wiedergabe ganz persönlicher und individueller Erlebnisse oder um sonstige Ereignisse handelte, die sich einer Nachprüfung durch Vergleich mit anderen Dokumenten entzogen, mußte an die Stelle objektiver Verifizierung die Ermittlung der Glaubwürdigkeit treten, die aus bestimmten inneren Indizien ersichtlich ist, wie Sachlichkeit der Ausführungen, innere Widerspruchsfreiheit, Abgewogenheit der Urteile oder andererseits Neigung zur Polemik, zur Übertreibung und Verallgemeinerung oder zur Ausschmückung.

Im Interesse absoluter Sauberkeit bei der Auswahl der zur Veröffentlichung bestimmten Berichte wurden dort, wo nach den Richtlinien des Prüfungsverfahrens nicht in allen Punkten Zuverlässigkeit herrschte, nicht nur die anfechtbaren Stellen sondern prinzipiell jeweils die gesamten Berichte ausgeschieden, da sie auf Grund einzelner Mängel auch in ihren anderen Teilen nicht mehr als voll glaubwürdig gelten konnten.

Nachdem durch die Authentifizierung und Verifizierung alles hinsichtlich der Echtheit und Glaubwürdigkeit anfechtbare Material ausgeschieden war, mußte zur Feststellung der positiven Qualifikation der Dokumente ihre inhaltliche Brauchbarkeit, d.h. ihr Aussagewert und die Wichtigkeit der einzelnen Schilderungen und Angaben für eine historische Erfassung des Vertreibungsvorganges überprüft werden.

Es kam hierbei nicht darauf an, Berichte mit besonderen literarischen Qualitäten herauszufinden, ausschlaggebend war vielmehr die Unmittelbarkeit und Anschaulichkeit der Darstellung. Auch unbeholfene Schilderungen sind deshalb nicht ausgeschieden worden, sofern die Konkretisierung einzelner Begebenheiten und die Deutlichkeit im Ausdruck nicht in Mitleidenschaft gezogen waren.

Da es nicht in der Absicht der Wissenschaftlichen Kommission liegt, einzelne aus dem Zusammenhang herausgeloste Fakten darzustellen oder gar eine Sammlung von Belegen über Ausschreitungen und Greuel zu veröffentlichen, sondern es ihr darum geht, den Gesamtvorgang der Vertreibung in historischer Treue zu erfassen, d.h. in allen seinen zeitlichen Abschnitten, örtlichen Bedingtheiten und der Vielzahl der dabei auftretenden Erscheinungen und Begleitumstände, mußten zunächst alle Berichte als ungeeignet abgewiesen werden, die sich entweder in summarischen Feststellungen erschöpften, durch allzu emotionale Betrachtungen die Wiedergabe der Geschehnisse trübten oder sich auf die isolierte Betrachtung besonders schwerer Übergriffe und Schicksalsschläge beschränkten.

Nur solche Berichte kamen für eine Publizierung in Frage, bei denen konkrete, sich auf Zeit- und Ortsangaben stützende Schilderungen der Erlebnisse vorlagen, die sich möglichst kontinuierlich auf die gesamte Zeit und die wesentlichsten Ereignisse der Vertreibung erstreckten und somit eine wirkliche Wiedergabe des Vertreibungsprozesses darstellten.

Liegt schon ganz allgemein bei der Publikation von historischen Quellenzeugnissen zur modernen Geschichte das eigentliche Problem in ihrer erdrückenden Masse, so wurde dies in besonderer Weise bei dem hier zur Bearbeitung vorliegenden, mehrere Tausende von Berichten zählenden Material spürbar, das durch die Massen der Vertriebenen selbst geliefert worden war und einen Vorgang betrifft, bei dem selbst Massen mit jeweils individuellem Schicksal beteiligt gewesen waren.

So wenig sinnvoll eine Veröffentlichung des gesamten auch nach der Ausscheidung seiner anfechtbaren und unbrauchbaren Bestandteile noch viel zu umfangreichen Materials war, so mußte doch versucht werden, die Vielzahl individueller, örtlicher und zeitlicher Verschiedenheiten, die dieses Massenschicksal kennzeichneten, zum Ausdruck zu bringen.

Zu diesem Zweck ist aus der Fülle der Dokumente eine Auswahl getroffen worden, die als repräsentativ für alle Landschaften, Bevölkerungsgruppen, Vorgänge und Schicksale gelten konnte. Diese Auswahl war nicht in jedem Falle einfach, wenn sie auch dadurch erleichtert wurde, daß die vorhergegangene Sammlung ihre Ergebnisse nicht dem Zufall verdankte sondern systematisch angelegt war. So galt es, immer jeweils das beste Zeugnis, die beste Aussa-

ge zu finden und dennoch Sorge zu tragen, daß nicht etwa durch den Grundsatz der qualitätsmäßigen Auslese der Grundsatz der möglichst vollständigen Bezeugung aller Vorgänge in den Hintergrund gedrängt wurde.

Das bedeutet, daß manchmal Berichte herangezogen werden mußten, die in ihrem Wert hinter anderen wesentlich zurückstehen, wenn sie nur die einzige Quelle für ein bestimmtes Ereignis darstellten. Es ist zu hoffen, daß in einer späteren Auflage solche Stücke durch bessere ersetzt, anderswo Lücken ergänzt werden können.

Neben den Richtlinien für die Auswahl der Dokumente mußte auch die bei jeder Dokumentenpublikation so wichtige Frage der Anordnung und Verarbeitung sehr sorgsam erwogen werden. Es kam darauf an, ohne gegen das Prinzip der Integrität der Dokumente zu verstoßen, die Berichte systematisch so anzuordnen, daß die Hauptphasen des Vertreibungsprozesses in der Abfolge der Berichte als geschlossene Abschnitte hervortreten und innerhalb dieser Abschnitte wiederum diejenigen Berichte in besonderen Gruppen zusammenstehen, die von Ereignissen handeln, welche sachlich, örtlich und ihrer zeitlichen Kontinuität nach zusammengehören und sich gegenseitig bestätigen oder ergänzen.

Eine solche dem Gesamtvorgang der Vertreibung in seinem Verlauf und in seiner gebietsmäßigen Verschiedenheit widerspiegelnde Anordnung war unerläßlich, sollte die Vielzahl der teilweise sehr umfangreichen Berichte sich nicht in ein unüberschaubares Nebeneinander verlieren und zu ermüdender Wiederholung führen.

Aus diesem Gesichtspunkt heraus hat sich die Wissenschaftliche Kommission dazu entschlossen, auch der Kürzung oder Teilung von Berichten zuzustimmen, wenn dies die einzige Möglichkeit war, sachlich Zusammengehöriges in übersichtlicher Weise anzuordnen.

Überall dort, wo aus Gründen der Anordnung Auslassungen von größeren Partien oder eine Zerschneidung von Dokumenten vorgenommen wurde, ist dies jedoch mit Hilfe besonderer, durch Kursivdruck hervorgehobener Überleitungstexte kenntlich gemacht worden, die jeweils eine kurze inhaltliche Charakterisierung der ausgelassenen Stellen enthalten oder durch Anmerkungen auf den Ort innerhalb der Dokumentation verweisen, wo sich der abgetrennte Teil eines Berichts vorfindet. Nur völlig unerhebliche Auslassungen weniger Worte sind lediglich durch Punkte markiert worden.

Der ursprüngliche Charakter und die Einheit der Erlebnisberichte wurden somit trotz gelegentlicher Kürzungen und Zerlegungen keineswegs entstellt, zumal jede Sorgfalt angewandt wurde, um Auslassungen des Originaltextes auf ein Mindestmaß herabzudrücken. So sind mitunter auch einzelne sehr subjektive Äußerungen nicht angetastet worden, selbst da, wo es sich um leidenschaftliche und einseitige Urteile handelt, wenn nur durch sie der objektive historische Gehalt der betreffenden Dokumente nicht in Frage gestellt wurde.

Auch Stileigentümlichkeiten sind nirgends verbessert worden, und selbst bei der im allgemeinen durchgeführten Korrektur orthographischer Fehler wurde dort haltgemacht, wo diese in ihrer unverfälschten Unmittelbarkeit selbst Aussagegewert gewinnen. Absichtlich ist beim Abdruck der Dokumente mit äußerster wissenschaftlicher Akribie verfahren worden.

Obwohl es sich bei den vorliegenden Quellen nicht um aktenmäßige, urkundliche Zeugnisse handelt, sondern um "Gedächtnisprotokolle", denen man den Gelegenheitscharakter ihrer Entstehung zuweilen anmerkt, wurden sie doch in der Art ihrer Behandlung abgeschlossenen, aus dem historischen Vorgang selbst erwachsenen Dokumenten gleichgestellt.

So wurde an den Kopf jedes Dokumentes eine in Petitdruck gehaltene Erläuterung gestellt, aus der Art und Umfang des Originaldokumentes, das Datum der Abfassung sowie Name, Beruf und ehemaliger Wohnort des Verfassers in den Vertreibungsgebieten ersichtlich sind. Ein Teil der Verfassernamen mußte jedoch im Hinblick auf besondere persönliche Umstände mancher Berichterstatter verschwiegen werden. Es muß aber ausdrücklich festgestellt werden, daß sämtliche Verfasser der veröffentlichten Dokumente persönlich beglaubigt und ihre vollen

Namen bekannt sind.

Der Plan der mit der Publikation betrauten Wissenschaftlichen Kommission sieht eine Reihe von Veröffentlichungen vor, wobei die beiden vorliegenden ersten Bände der Vertreibung des Deutschtums östlich der Oder-Neiße-Linie gelten.

Weitere Bände, die zur Zeit vorbereitet werden, sollen die Austreibung der Sudetendeutschen und des Deutschtums in Südosteuropa behandeln. Größere Quellenzeugnisse, die aus dem Rahmen der Hauptbände durch ihren Umfang herausfallen, sollen in Sonderpublikationen erscheinen.

Als Abschluß ist ein auswertender Ergebnisband vorgesehen, der das Ereignis der Austreibung der ostdeutschen Bevölkerung nach seiner geschichtlichen, völkerrechtlichen und soziologischen Bedeutung untersucht und in den Zusammenhang der europäischen und welthistorischen Entwicklung stellt. Hierbei sollen auch die gesamten Probleme erörtert werden, die durch das Zusammenwohnen der Völker in Ostmitteleuropa in der Vergangenheit aufgeworfen worden sind, und ihre Lösungsmöglichkeiten für die Zukunft bedacht werden.

Die Herausgeber fühlen sich in ihrem Gewissen nur an das Ethos der wissenschaftlichen Forschung gebunden. Wenn sie darüber hinaus auf einen politischen Grundsatz verpflichtet sind, so ist es der in der Charta der deutschen Heimatvertriebenen ausgesprochene Verzicht auf Rache und Vergeltung.

Sie wollen mit der von ihnen betreuten Veröffentlichung nicht einem Willen Vorschub leisten, der diesem Verzicht entgegensteht, nicht Empfindungen auslösen, die selbstquälerisch im eigenen Leid wühlen. Dazu sind sie sich viel zu sehr des deutschen Anteils an den Verhängnissen der beiden letzten Jahrzehnte bewußt.

Sie hoffen vielmehr, daß durch, ihre Arbeit die Einsicht gestärkt wird, daß sich Ereignisse wie die Vertreibung nicht wiederholen dürfen, wenn Europa noch eine Zukunft haben soll. Sie hoffen auf eine Neuordnung der Völkerbeziehungen in dem Raume, der zuletzt ein Inferno der Völker geworden war.

Nicht aus einem Vorbeisehen an der jüngsten Vergangenheit, sondern nur aus der verantwortungsbewußten Auseinandersetzung mit ihr kann eine neue moralische Kraft geboren werden, um die Spannungen zwischen den Völkern des östlichen Mitteleuropas, ganz Europas zu überwinden, damit das unsagbare Leid unserer Generation nicht ganz sinnlos bleibt.

VORBEMERKUNG

zu Band I

Das Ziel des hier vorgelegten ersten Teiles des Gesamtwerkes über die Vertreibung ist es, die Massenaustreibung der Deutschen aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße in allen ihren Phasen anhand von Aussagen und Berichten der Betroffenen selbst darzustellen.

Die Dokumente und Zeugnisse folgen in ihrer Anordnung dem großen Gang der Ereignisse, sie sollen daher auch nicht einzeln sondern im Zusammenhang gelesen werden.

Wenn damit die Quellenveröffentlichung schon ein gutes Stück Verarbeitung enthält, so lag es nahe, noch einen Schritt weiter zu gehen und den in großer Fülle dargebotenen Stoff, den die Dokumente enthalten, auch zu einer erzählenden Darstellung zu verwerten.

Ein solcher Versuch wird hier gewagt. Durch ihn soll eine Art Wegweiser zu den Dokumenten geschaffen werden; dies soll vor allem dadurch geschehen, daß die zahlreichen in den Berichten behandelten und dort meist in aller Breite und Ausführlichkeit geschilderten Vorkommnisse unter Verzicht auf alles Unwesentliche aus der Enge der jeweiligen persönlichen und lokalen Horizonte der Berichterstatter herausgelöst und zu einem allgemeinen Bild verdichtet werden.

Durch eine große Zahl von Hinweisen (Anmerkungen) ist dabei Sorge getragen worden, daß die enge Beziehung zwischen allgemeiner Darstellung und dokumentarischen Belegen aufrechterhalten bleibt. Diese Anmerkungen stellen zugleich eine erste Aufschlüsselung der in

den Berichten enthaltenen großen Menge von Einzelangaben nach ihrer sachlichen Zusammengehörigkeit dar. –

Die einleitende Darstellung soll aber auch insofern ein Wegweiser zur rechten Beurteilung der einzelnen Dokumente sein, als sie vorweg einen Überblick über das Ganze des Vertreibungsprozesses gibt und damit von vornherein aufzeigt, in welchem Zusammenhang die einzelnen Abschnitte und Ereignisse des Vertreibungsvorganges miteinander stehen und worin ihre spezielle Bedeutung für das Gesamtgeschehen der Vertreibung liegt.

Als wichtigstes Ergebnis dieses Versuchs, die Vertreibung der ostdeutschen Bevölkerung darzustellen und historisch zu erfassen, muß die Erkenntnis gelten, daß die Vertreibung nicht bloß ein "Bevölkerungstransfer" war und nicht einfach identisch ist mit der Ausweisung, sondern daß sie ein vielgestaltiges Schicksal und ein mehrjähriger Prozeß gewesen ist, zu dem die Flucht vor der Roten Armee und die Ereignisse, Maßnahmen und Zustände der russisch-polnischen Herrschaft in Ostdeutschland nach 1945 ebenso gehören wie die Ausweisungsbefehle und -transporte, durch die der Gesamtvorgang der Vertreibung seinen Abschluß fand.

Mit dem Nachweis dieser Zusammenhänge erfüllt die einleitende Darstellung einen wichtigen Zweck und befriedigt vor allem das Verlangen, die Einzelvorgänge rasch zu überschauen und sie in das Gesamtgeschehen der Vertreibung einzuordnen. Dennoch ist die Einleitung weit davon entfernt, die Lektüre der Berichte überflüssig zu machen oder auch nur deren ganze inhaltliche Fülle ausschöpfen zu können. Die Originalität und größere Ausführlichkeit, aber auch die Unmittelbarkeit, in der das Schicksal der Vertreibung in den veröffentlichten Dokumenten Ausdruck findet, sichert ihnen unbedenklich den Vorrang.

Dies ist um so mehr der Fall, als die darstellende Einleitung nur eine erste noch keineswegs abschließende Konzeption des Vertreibungsverlaufs geben kann, da viele mit der Vertreibung zusammenhängende Ereignisse noch unzureichend geklärt und manche von ihnen vielleicht erst nach langen Forschungsarbeiten, wenn überhaupt, erfaßt werden können.

Da die einleitende Darstellung auf die primäre Aufgabe beschränkt bleibt, ein Führer durch die Dokumente zu sein, können in ihr die allgemeinen weltgeschichtlichen Hintergründe der Vertreibung der ostdeutschen Bevölkerung nur insofern erwähnt werden, als dies für das Verständnis des Ereignisablaufs erforderlich ist.

Unberücksichtigt bleiben muß ferner die allgemein-geschichtliche Einordnung des Phänomens der Vertreibung. Weder ihre viele Jahrhunderte zurückreichenden Voraussetzungen noch ihre ideologische und diplomatische Vorgeschichte können hier schon gebührend gewürdigt werden, da es sich bei dem vorliegenden Werk zunächst nur um einen auf die Oder-Neiße-Gebiete begrenzten Ausschnitt aus dem Gesamtereignis der Vertreibung handelt, das auch anderwärts in Ostmitteleuropa, im Gebiet der Tschechoslowakei, Ungarns, Jugoslawiens und Rumäniens stattfand.

Die Sammlung der Dokumente über die Gebiete östlich der Oder und Neiße stand unter der Leitung von Hans von Spaeth-Meyken, der einen größeren Mitarbeiterkreis dazu heranzog und durch die bereitwillige Mitwirkung zahlreicher Vertriebener aller Landsmannschaften unterstützt wurde.

Die wissenschaftlichen Richtlinien hat die Wissenschaftliche Kommission für die Dokumentation der Vertreibung unter dem Vorsitz von Professor Dr. Theodor Schieder - Köln, bestehend aus Oberarchivrat am Bundesarchiv Dr. Adolf Diestelkamp - Koblenz, Universitätsprofessor Dr. Rudolf Laun - Hamburg, Universitätsprofessor Dr. Peter Rassow - Köln, Universitätsprofessor Dr. Hans Rothfels - Tübingen, ausgearbeitet.

Sie bildete einen wissenschaftlichen Arbeitskreis, dem Dr. Hans Booms, Dr. Martin Broszat, Dr. Gerhard Papke und cand. phil. Heinrich Smikalla angehörten.

Die vorliegenden Bände sind unter der Leitung von Professor Dr. Theodor Schieder aus der Gemeinschaftsarbeit dieses Kreises hervorgegangen, an der alle Mitarbeiter beteiligt waren.

Dr. H. Booms hat im besonderen die Fertigstellung des Dokumententeils, Dr. M. Broszat die Arbeiten für die Einleitung betreut.

Die Wissenschaftliche Kommission schuldet für freundliche Beratung und Unterstützung dem Statistischen Bundesamt in Wiesbaden, Amt für Landeskunde in Remagen, dem J. G. Herder-Institut in Marburg, der Arbeitsgemeinschaft für Osteuropa-Forschung in Göttingen und dem Institut für Zeitgeschichte in München ihren aufrichtigen Dank.<<

Das Oberste Bundesgericht der Vereinigten Staaten von Amerika entschied im Jahre 1954, im öffentlichen Schulwesen den verfassungsmäßigen Grundsatz der Gleichheit auch in der Praxis durchzusetzen (x243/101): >>Heutzutage muß man folglich bezweifeln, daß ein Kind Aussicht auf Erfolg im Leben hat, wenn ihm die Gelegenheit zu einer Schulbildung verweigert wird.

Wo der Staat es unternommen hat, eine solche Gelegenheit zu schaffen, ist sie ein Recht, das allen zu gleichen Bedingungen zur Verfügung gestellt werden muß. ...

Wir kommen zu dem Schluß, daß der Grundsatz "getrennt, aber gleich" ("separate, but equal") auf dem Gebiet des öffentlichen Schulwesens nicht gelten kann. Getrennte Bildungseinrichtungen sind ihrer Natur nach ungleich.

Deshalb erklären wir, daß den Klägern ... durch die angegebenen Fälle von Rassentrennung (Segregation) die Gleichheit vor dem Gesetz vorenthalten ist, die durch den 14. Verfassungszusatz gewährleistet wird. ...<<

Im Jahre 1954 begann der algerische Unabhängigkeitskampf gegen die französische Besatzungsmacht.

1955

Das tschechoslowakische statistische Amt teilte am 1. Januar 1955 offiziell mit, daß sich noch 165.790 Deutsche in der CSR aufhalten (x004/132).

Die Sowjetunion beendete am 25. Januar 1955 den Kriegszustand mit Deutschland, ohne ihre bestehenden Rechte und Pflichten als Siegermacht aufzuheben.

Polen, die Tschechoslowakei und andere kommunistische Satelliten-Staaten folgten später diesem Beispiel (x009/50).

Bundeskanzler Konrad Adenauer schrieb am 30. Januar 1955 (x095/190): >>... Ich habe keine Zweifel, daß in den Abstimmungen hinsichtlich der Frage der Souveränität, des Eintritts in die Westeuropäische Union und des Beitritts zur NATO gute Mehrheiten erzielt werden.

Die Dinge liegen etwas anders beim Saarabkommen. Hier bestehen noch manche Schwierigkeiten. Die Sozialdemokratie ist selbstverständlich dagegen, aber auch innerhalb der Koalition gibt es noch starke Gruppen, die dem Saarstatut ablehnend gegenüberstehen.

Ich hoffe, daß es in der Zwischenzeit gelingt, noch manche Abgeordnete der Koalition von der Notwendigkeit dieses Abkommens zu überzeugen, glaube aber, daß es nur mit geringer Mehrheit den Bundestag und Bundesrat passieren wird. ...<<

Die Deutsche Grenzpolizei übernahm ab 1. Februar 1955 die Bewachung der DDR-Staatsgrenzen.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die deutsche "Grenzpolizei" der SBZ (x009/164): >>Seit 1.2.1955 erhielt die Deutsche Grenzpolizei, da die sowjetische Besatzungsmacht darauf verzichtete, "die alleinige Bewachung und Kontrolle an den Staatsgrenzen der DDR" und am Ring um Berlin. ...

Die Einheiten der Deutschen Grenzpolizei verfügen über "Aufklärungstruppen", d.h. Agenten für politische Überwachungs- und Geheimaufgaben (Aufklärung). Als halbaktive Auffüllungsmannschaften für Ernstfälle und z.T. als Spitzel sind mit der Deutschen Grenzpolizei etwa 8.000 Grenzpolizeihelfer verbunden. Ausbildung und Dienst der Deutschen Grenzpolizei sind überwiegend nicht polizeilich, sondern militärisch. Seit jeher war sie eine Truppe, die im Grenzbereich militärische Aufgaben zu erfüllen hat, zugleich aber neben und mit der Armee

einsetzbar ist.

Uniform: seit Oktober 1952 olivbraun nach dem sowjetischen Muster, mit grünen Kragenspiegeln. Sie hat nicht Polizei- sondern Militärdienstgrade. Stärke: rd. 48.000 Mann; ohne 8.000 Grenzpolizeihelfer. ...<<

Die jugoslawische Regierung beendete am 3. Februar 1955 den Kriegszustand mit Deutschland.

Bundeskanzler Konrad Adenauer schrieb am 9. Februar 1955 an Nahum Goldmann (x095/-192-193): >>... Mir sind die Klagen bekannt, zu denen besonders auch im Ausland der schleppende Gang der individuellen Wiedergutmachung Anlaß gegeben hat. ...

Auf dem Gebiet der Rückerstattung müssen die gegen das frühere Deutsche Reich gerichteten Geldansprüche, worauf Sie mit Recht hinweisen, noch geklärt werden. ...

Auf dem Gebiete der Entschädigung sind bis zum 30. September 1954 auf Grund des Bundesergänzungsgesetzes insgesamt 888.192.148 DM gezahlt worden. Dazu kommen noch die Leistungen auf Grund verschiedener Einzelregelungen wie z.B. Bundesgesetz über die Wiedergutmachung für die Beamten des öffentlichen Dienstes ...<<

Eine DDR-Delegation nahm am 14. Februar 1955 in Genf an einer Außenhandeltagung der UN teil.

In den folgenden Monaten gelang es der DDR, mit westlichen Ländern Außenhandelsabkommen zu schließen.

Die polnische Regierung beendete am 18. Februar 1955 den Kriegszustand mit Deutschland.

Der Deutsche Bundestag verabschiedete am 27. Februar 1955 die Gesetze über das "Saarstatut" und die "Pariser Verträge".

Das Präsidium des Bundes der vertriebenen Deutschen kritisierte am 28. Februar 1955 die Annahme des Saarstatuts (x155/49): >>Die Bundesrepublik als Teil Deutschlands ist nicht berechtigt, Verträge über einen anderen Teil Deutschlands abzuschließen.

Das Abkommen verstößt gegen das deutsche Staatsrecht und ist daher aus doppeltem Grunde nichtig. ...<<

Ministerpräsident Bierut erläuterte am 17. März 1955 vor dem Sejm das polnisch-deutsche Verhältnis (x064/23): >>Wir haben den Kriegszustand mit Deutschland beendet. ... Wir sind bereit, auch unsere Beziehungen zu Westdeutschland zu normalisieren. ...

Um alle Zweifel in diesem Punkt auszuschließen, haben die verantwortlichen Staatsmänner unseres Lagers mit aller Deutlichkeit betont, daß wir auf die Tatsache der Remilitarisierung Westdeutschlands (Aufstellung der deutschen Bundeswehr) mit Schritten antworten werden, die unsere Länder gegen alle Versuche eines Attentats auf unsere Sicherheit oder Grenzen sichern.

Zu unserem Lager, dem Lager des Sozialismus und des Friedens, gehört die Deutsche Demokratische Republik. Unsere Beziehungen zur Deutschen Demokratischen Republik sind auf Zusammenarbeit und Freundschaft, auf die Unantastbarkeit unserer Grenzen an Oder und Neiße aufgebaut, und sie zeigen, daß wir gutnachbarliche, freundschaftliche und friedliche Beziehungen mit dem uns benachbarten deutschen Volk errichten konnten. ...

Die polnische Regierung wird ihre Bemühungen zu einer friedlichen Regelung des deutschen Problems fortsetzen.<<

Die Sowjets beschlossen am 31. März 1955 die Rückgabe von Gemälden der Dresdner Galerie.

Die SED gründete am 1. April 1955 das "Kuratorium für den Aufbau nationaler Gedenkstätten".

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die "Nationalen Gedenkstätten" in der SBZ (x009/302-303): >>Unter dem Namen "Nationale Gedenkstätten" errichteten die SED und das Komitee der antifaschistischen Widerstandskämpfer Aufmarsch-

stätten bei einstigen Konzentrationslagern der NS-Ära, wobei sie die Tatsache unterschlugen, daß die Sowjetunion nach dem Zusammenbruch ebenfalls, z.T. in den selben Lagern viele Zehntausende politischer Häftlinge verhungern ließ. ...

Ravensbrück wurde September 1958, Sachsenhausen April 1961 als Nationale Gedenkstätte proklamiert. - Im April 1961 eröffnete die SED in Gotha eine "Nationale Gedenkstätte der Geschichte der Arbeiterbewegung".<<

Karl Wilhelm Fricke wurde am 1. April 1955 durch den Staatssicherheitsdienst (SSD) aus West-Berlin entführt.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über den "Menschenraub" durch den Staatssicherheitsdienst (x009/284): >>Der Staatssicherheitsdienst (SSD) hat mit Hilfe gedungener krimineller Elemente wiederholt das Verbrechen des Menschenraubes begehen lassen, um SBZ-Flüchtlinge oder Personen, die in der Bundesrepublik oder in Berlin West aktiv gegen das Unrechtsregime in der Zone tätig waren, in die Hände zu bekommen.

Die dabei angewendeten Methoden reichen bis zur Giftbeibringung und zum brutalen Überfall auf der Straße. Einige Opfer dieser Menschenraub-Aktionen des SSD sind inzwischen nach langjähriger Haft in den Westen zurückgekehrt (Alfred Weiland, Karl Wilhelm Fricke) und haben im einzelnen über die Taktik des SSD bei der Vorbereitung und Durchführung des Menschenraubes berichtet. Öffentliche Gerichtsverhandlungen fanden nicht statt.

Die West-Berliner Polizei hat seit Herbst 1949 allein 196 Fälle von Menschenraub im Auftrag des SSD registriert. Besonders schwere Fälle waren die Verschleppung des Journalisten Alfred Weiland (1950 in West-Berlin: Überfall auf der Straße), des Leiters der Abteilung Wirtschaftsrecht im Untersuchungsausschuß Freiheitlicher Juristen, Dr. Walter Linse (1952 in West-Berlin; Überfall auf dem Wege ins Büro), des Vorsitzenden der russischen Emigranten-Organisation NTS, Dr. Truchnowitsch (1954 in West-Berlin: Giftbeibringung in einer fremden Wohnung), des aus der SBZ geflüchteten ehemaligen SSD-Kommissars Silvester Murau (1955 mit Hilfe der Tochter aus der Bundesrepublik verschleppt), des ebenfalls aus der SBZ geflüchteten ehemaligen Inspektors der Volkspolizei Robert Bialek (1956 aus West-Berlin: Giftbeibringung in einer fremden Wohnung) und des Leiters der Abteilung Wirtschaftsrecht im Untersuchungsausschuß Freiheitlicher Juristen, Dr. Erwin Neumann (1958 beim Segeln auf dem Wannsee in West-Berlin).

Einige der im Auftrage des SSD tätig gewordenen Verbrecher wurden gefaßt und vom West-Berliner Landgericht verurteilt: Knobloch (Fall Dr. Linse) zu 10 Jahren Zuchthaus, ... Tietze und Horeis (Fall Murau) zu 10 und 12 Jahren Zuchthaus.<<

Die "BILD-Zeitung" berichtete am 16. April 1955 über die Rückkehr der letzten "mitteldeutschen Spezialisten": >>**Atom-Spezialisten kehren heim**

Atomwissenschaftler kehren aus der UdSSR zurück. Es sind die letzten deutschen Experten, die nach dem Krieg als "Menschenreparationen" dorthin verbracht worden waren, darunter der Physiker Manfred von Ardenne.

Zusammen mit Raketentechnikern, Chemikern, Luftfahrt- und Optikspezialisten (über 3.000) mußte er für die Sowjets arbeiten.<<

Die Kampfgruppen der SED und Gesellschaft für Sport und Technik (GST) standen am 1. Mai 1955 erstmalig im Vordergrund der Mai-Veranstaltungen.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die "Kampfgruppen" der SBZ (x009/208-209): >>Militärähnliche Verbände der SED in Betrieben, landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften, Behörden, Schulen und Anstalten aller Art, 1952 zunächst in Großbetrieben der Volkseigenen Industrie in Anfangs- und Vorformen errichtet. (Der damals übliche Name Betriebskampfgruppen ist veraltet).

Unter dem Eindruck des Juni-Aufstandes betrieb die SED die Aufstellung bewaffneter Kampfverbände, Angehörige der KVP, der GST (Gesellschaft für Sport und Technik), vor

allem der Deutschen Volkspolizei waren als Ausbilder tätig. ...

... Die Kampfgruppen sollen, so heißt es, zu kampfkraftigen Einheiten - zu Arbeiterbataillonen - entwickelt werden. Sie sollen in die Lage versetzt werden, als wirksames Instrument der Heimatverteidigung sowohl die Betriebe zu schützen als auch, wenn es die Situation erfordert, gemeinsam mit der Deutschen Volkspolizei ... innerhalb ihres Heimatgebietes zu kämpfen und die innere Sicherheit der Republik zu garantieren (damit verlangte die SED sinngemäß den Einsatz der Kampfgruppen an der Seite der Armee, die 1955 noch als Kasernierte Volkspolizei getarnt war).

Den Kampfgruppen werden die Altersgruppen von 25 bis 60 Jahren vorbehalten, während die GST die jüngeren Jahrgänge ausbildet.<<

Die "BILD-Zeitung" berichtete am 3. Mai 1955 über die Ankunft der ersten Gastarbeiter:
>>**Erste Gastarbeiter kommen**

Alois Tamanini und 25 italienische Kollegen treffen bei der "Bergisch-Märkischen Industriestein" als Steinbrecher ein. Die Gewerkschaft protestiert ... Die Steinbruchfirma hatte keine deutschen Arbeiter finden können.

Immer mehr Betriebe verschiedener Branchen fordern Arbeitskräfte aus Italien an.<<

Die Pariser Verträge traten am 5. Mai 1955 in Kraft: Die Bundesrepublik Deutschland erhielt endlich die zugesagte Teil-Souveränität und fast alle Hoheitsrechte.

Das Besatzungsstatut entfiel (Ausnahmen: Truppenstationierung, Berlin-Status, Wiedervereinigungs- und Friedensvertragsfrage).

Bundeskanzler Adenauer erklärte nach dem Inkrafttreten der "Pariser Verträge" (x073/242):
>>Wir stehen als Freie unter Freien, den bisherigen Besatzungsmächten in echter Partnerschaft verbunden ...

Freiheit verpflichtet.

Es gibt für uns im Innern nur einen Weg: den Weg des Rechtsstaates, der Demokratie und der sozialen Gerechtigkeit.

Es gibt für uns in der Welt nur einen Platz: an der Seite der freien Völker.

Unser Ziel: in einem freien und geeinten Europa ein freies und geeintes Deutschland.<<

Die Bundesrepublik Deutschland trat am 7. Mai 1955 der Westeuropäischen Union (WEU) bei.

Die Bundesrepublik Deutschland wurde am 9. Mai 1955 Mitglied der Nordatlantischen Verteidigungsgemeinschaft (NATO).

Die Staaten des Sowjetblocks (UdSSR, Albanien, Bulgarien, CSR, Polen, Rumänien und Ungarn), zu denen als 8. Staat die DDR gehörte, schlossen am 14. Mai 1955 in Warschau einen Beistands- und Rüstungspakt (Warschauer Beistandspakt bzw. Militärbündnis) gegen die Abwehrbemühungen der nichtkommunistischen Staaten Europas und unterstellten sich dem Oberbefehl des Sowjetmarschalls Konjew.

Das ZK der SED gab am 15. Mai 1955 die Aufstellung bewaffneter Streitkräfte (Nationale Volksarmee) bekannt.

Die 4 Siegermächte schlossen am 15. Mai 1955 einen Friedensvertrag mit Österreich.

Die österreichische Regierung (Bundeskanzler Raab) mußte sich zu "immerwährender Neutralität" verpflichten und durfte außerdem keine wirtschaftliche oder politische Vereinigung mit Deutschland anstreben (x128/211).

Die SED ließ am 18. Mai 1955 ein "Amt für Jugendfragen" einrichten.

Die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" berichtete am 28. Mai 1955 über Indien (x191/205):
>>... "Dieses Indien ist ja in seiner tiefsten Seele dieser Erde hier immer ein wenig ferne; wenn das Leben nur ein Durchgangsweg zu immer neuem Höheren und immer Vergeistigterem ist", dem können Kraftwagen und Rundfunk und neue Möbel und "Lebensstandard" nicht so viel bedeuten wie uns.<<

Der nordamerikanische Diplomat Robert D. Murphy (1894-1978, stellvertretender Staatssekretär im US-State Department) erklärte am 25. Juni 1955 während einer Rede vor Studenten der Indiana University (x028/236): >>Von Anfang an standen unsere Absichten mit Deutschland und die sowjetischen Wünsche einander entgegen.

Ein Jahr nach der Einführung der Viermächteverwaltung für Deutschland war es ganz offensichtlich, daß die Westmächte ein selbständiges Deutschland anstrebten, während die Sowjetunion daran interessiert war, deutsche Industrie, Landwirtschaft und deutsche Arbeitskräfte für die UdSSR auszubeuten. ...<<

Das SED-Regime begnadigte Mitte 1955 erstmalig "politische Verbrecher" (x009/398): >>Mitte 1955 setzte Wilhelm Pieck erstmalig einen Teil der unmenschlich hohen Strafen herab. Diese Strafherabsetzungen hatten keine Haftentlassungen zur Folge. Auch nach dem "Gnadenerlaß" blieben in der Regel noch Reststrafen von 2 bis 5 Jahren Zuchthaus zu verbüßen. ...<<

Das Ministerium für Staatssicherheit beauftragte die deutsche Volkspolizei am 3. August 1955, "Vertrauensleute" anzuwerben.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über das "Spitzelwesen" in der SBZ (x009/410-411): >>Die Sicherheit und die Existenz des Regimes in der SBZ stützen sich in weitem Umfang auf das Spitzelwesen, das zu einem ausgedehnten System entwickelt worden ist.

Die geheime Tätigkeit der Spitzel soll eine Psychose der Allgegenwart des SSD erzeugen, durch die die Aktivität des möglichen oder wirklichen Gegners auf ein Minimum beschränkt werden soll. Das Spitzelsystem des SED-Regimes erstreckt sich nicht nur auf Feinde des Systems, sondern auch auf die SED und den Regierungsapparat. Ideologische Begründung für das Spitzelwesen: "Proletarische Wachsamkeit gegenüber den Feinden der Arbeiterklasse."

Das neue FDJ-Statut z.B. verpflichtet jedes FDJ-Mitglied zur Unterstützung der Staatssicherheitsorgane.

Die von Spitzeln gesammelten oder von Denunzianten freiwillig gemachten Informationen landen bei den "Organen der Staatssicherheit". Diese nennen ihre Spitzel "Geheime Informanten" (GI).

Oft haben die GI einen fest umrissenen Spitzelbereich, in dem sie ihre Tätigkeit ausüben, z.B. in einem VEB, im Sekretariat einer Partei usw., d.h. in einer Umgebung, deren Überwachung dem SSD notwendig erscheint und in der der GI einen natürlichen Platz hat (Ingenieur, Werkmeister, Stenotypistin usw.), der ihm einen größtmöglichen Einblick in die Verhältnisse gestattet. Sie können auch zur Personenüberwachung und zur Tätigkeit jenseits der Grenzen der SBZ eingesetzt werden.

Über ihre Beobachtungen haben sie ihre Auftraggeber regelmäßig Berichte zu erstatten, die sie mit ihrem Decknamen unterzeichnen müssen. Nach den Arbeitsrichtlinien des SSD sollen nach Möglichkeit nur solche Personen als GI verwendet werden, denen die Bevölkerung wegen ihrer dienstlichen oder parteipolitischen Tätigkeit nicht mit besonderer Zurückhaltung begegnet.

Spitzel werden entweder durch Überzeugung oder unter Druck angeworben und verpflichtet. Befindet sich in dem vom SSD zu überwachenden Gebiet kein "freiwilliger Mitarbeiter", dann werden Druckmittel gegenüber einem in Aussicht genommenen "Kandidaten" angewendet, indem z.B. Kenntnis von "kriminellen Verfehlungen" oder "negativen politischen Äußerungen" behauptet wird. Zusätzlich wird mit Angeboten sozialer und wirtschaftlicher Vergünstigungen (Prämie!) gearbeitet.

Im August 1955 wurden auch die Abschnittsbevollmächtigten (ABV) beauftragt, ein eigenes - zusätzliches - "System von Vertrauenspersonen" aufzubauen.

"Vertrauenspersonen sind Bürger, die das besondere Vertrauen des ABV verdienen und ihm

vertrauliche Mitteilungen geben, die für die Volkspolizei von Interesse sind. Durch die Heranziehung von Vertrauenspersonen soll es dem ABV ermöglicht werden, noch besser als bisher mit der Bevölkerung zusammenzuarbeiten, um jederzeit allseitige Informationen über Gegner unserer demokratischen Ordnung und andere verbrecherische Elemente zu erhalten und die Stimmung in seinem Abschnitt kennenzulernen" (Instruktion Nr. 1 zum Befehl Nr. 45 des Chefs der deutschen Volkspolizei vom 3.8.1955).

Dieser Spitzelapparat des ABV setzt sich ausschließlich aus Freiwilligen zusammen.

Mit dem wenig später ergangenen Befehl Nr. 49 des Chefs der deutschen Volkspolizei erhielt auch die Kriminalpolizei den Auftrag zum Aufbau eines eigenen Spitzelapparates. Dieser stützt sich vornehmlich auf Rechtsbrecher, denen Straferlaß für den Fall in Aussicht gestellt wird, daß sie die ihnen erteilten Aufträge in vollem Umfang erfüllen.

Die GI der Kriminalpolizei stehen also ständig unter dem Druck, daß, wenn ihre Arbeit als ungenügend angesehen wird, eine gegen sie erkannte Strafe vollstreckt oder ein zunächst eingestelltes Verfahren wiederaufgenommen wird.

Die Zusammenarbeit zwischen der Kriminalpolizei und dem SSD wird in der Bezirksverwaltung durch einen Verbindungsoffizier hergestellt, der dafür sorgt, daß die für den SSD wesentlichen Erkenntnisse diesem mitgeteilt werden. ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die revolutionäre "Wachsamkeit" in der SBZ (x009/472): >>Die bolschewistische Forderung an alle Menschen in einem kommunistischen Staat, zur Entlarvung und Bestrafung von "Agenten", "Saboteuren" und allen Feinden des Systems durch Mitteilung über ihre Tätigkeiten und ihre Auffassungen an die staatlichen Sicherheitsorgane beizutragen, wird im Parteijargon als revolutionäre Wachsamkeit bezeichnet.

Mitglieder kommunistischer Parteien in allen Ländern haben überdies revolutionäre Wachsamkeit zu entfalten, um das Eindringen "partei-feindlicher Elemente" und antibolschewistischer Auffassungen in die Partei zu verhindern. ...<<

Anstatt der bisherigen 8klassigen Grundschule wurde am 1. September 1955 die 10klassige allgemeinbildende polytechnische Oberschule zur Pflichtschule.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über das "Erziehungswesen" in der SBZ (x009/117-118): >>... Das in der Stalin-Ära aufgebaute öffentliche Erziehungswesen, dessen Kern die damals geschaffene kommunistische Lernschule war, ist seit 1955 weitgehend reorganisiert worden. ...

An die Stelle der 8klassigen Grundschule tritt die 10klassige allgemeinbildende polytechnische Oberschule als Pflichtschule. Sie hat zusammen mit den sonstigen Formen des Schul- und Hochschulwesens die Aufgabe, Erziehung und Bildung aufs engste mit dem Leben, vor allem mit der gesellschaftlichen Produktion zu verbinden. ...

... Die Schule hat zusammen mit anderen Institutionen des Erziehungswesens die Aufgabe, "Kinder und Jugendliche auf das Leben in der sozialistischen Gesellschaft" vorzubereiten.

Der Realisierung der politischen und pädagogischen Zielsetzung dient ein Erziehungswesen, das dem Modell der kommunistischen Ordnung angepaßt ist.

1. Das Erziehungswesen ist total politisiert. Das Prinzip der Einheit von Erziehung und Politik zwingt alle Institutionen und Pädagogen zu strenger "Parteilichkeit".

2. Die Arbeit der Schulen und Jugendverbände wird durch ein System von Plänen dirigiert und damit dem planrationalen Charakter der kommunistischen Ordnung angepaßt. Lernen ist Training in der Sollerfüllung.

3. Erziehung und Unterricht zielen auf die Erzeugung von Handlungsbereitschaften, die den Anforderungen einer industriellen Gesellschaft und der kommunistischen Herrschaftsordnung entsprechen.

4. Der Lehrstoff der Schulen, Hochschulen u.a. entspricht der marxistisch-leninistischen Ein-

heitswissenschaft.

5. Das Erziehungswesen richtet sich nicht auf den Einzelnen als Einzelnen, sondern als Mitglied einer Gruppe.

6. Das kommunistische Erziehungswesen arbeitet trotzdem mit der Methode des Wettbewerbs. Gute Leistungen werden mit erhöhtem Prestige (z.B. Diplome, Medaillen) und materiellen Vorteilen (Stipendien, Karriere) belohnt.

7. Die Erfüllung der behördlichen Anordnungen wird durch ein doppeltes Kontrollsystem gesichert. Neben staatlichen Kontrollinstanzen stehen SED-Organisationen in Schulen, Hochschulen, Instituten und Behörden. Sie werden auf dem Sektor des Erziehungswesens von der Lehrerschaft und der FDJ unterstützt.

8. Das öffentliche Erziehungswesen, kontrolliert von der SED, entscheidet immer mehr über die zukünftige Position und die Möglichkeiten der Teilnahme am Konsum. Wohl soll die Schulleistung bei der Auslese immer stärker bewertet werden, aber nur im Zusammenhang mit der geforderten politischen Loyalität und der Herkunft (bevorzugte Behandlung von Arbeiter- und Bauernkindern). ...

Der Intensivierung der Erziehung dient auch die für die nahe Zukunft projektierte Entwicklung von Ganztagschulen durch Ausbau der Schulhorte. ...

Es ist nicht zu bestreiten, daß die SBZ relativ hohe Mittel für die öffentliche Erziehung aufwendet. Das ist die Konsequenz der "gesellschaftlichen Umwälzung"; sie nötigt die kommunistische Führung, die Erziehung als ein Mittel zur Erhaltung und Befestigung der totalitären Machtordnung und der Entwicklung der planrationalen Wirtschaft und Gesellschaft einzusetzen und die Traditionen des Erziehungswesens zu liquidieren bzw. zu manipulieren.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die "Lehrerbildung" in der SBZ (x009/258): >>Nach Artikel 36 der Verfassung soll die Lehrerbildung an Universitäten und ihnen gleichgestellten Hochschulen erfolgen.

1946 wurden an allen Universitäten und an der TH Dresden pädagogische Fakultäten zur Ausbildung der Lehrer für die allgemein- und berufsbildenden Schulen errichtet.

Die meisten neuen Lehrer sind seit 1945 jedoch in Kursen von höchstens 1jähriger Dauer, die zunächst als Notmaßnahme gedacht waren, ausgebildet worden. 1948/49 gab es 49.944 Lehrer mit Kurzausbildung neben 22.562 Altlehrern. Durch die "Verordnung über die Neuregelung der Ausbildung der Lehrer an den allgemeinbildenden Schulen, der Pionierleiter, der Kindergärtnerinnen und der Erzieher in Heimen und Horten" vom 15.5.1953 wurde die Lehrerbildung auf eine neue Basis gestellt.

Die SBZ unterscheidet nach sowjetischem Vorbild 3 Kategorien von Lehrern für die allgemeinbildenden Schulen: Lehrer für die Unterstufe, für die Oberstufe der 10klassigen Oberschule und für die erweiterte Oberschule. Für jede Kategorie gibt es besondere Lehrerbildungseinrichtungen. ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die "Jugend" in der SBZ (x009/199): >>Die Bolschewisten legen, wie alle politischen Herrschaftssysteme, die darauf bedacht sind, die bestehende Gesellschaft durchgreifend neu zu ordnen, besonderes Gewicht darauf, die Jugend, die nicht durch Bildungserlebnisse und Welterfahrungen vorgeformt ist, für sich zu gewinnen. ...

Von den 3 wesentlichsten Einfluß- und Bildungsquellen, die zur Profilierung der jungen Generation beitragen: Elternhaus, Schule und Jugendorganisation sind die beiden letzteren völlig in der Hand der politischen Führung, die Schule allerdings weit mehr durch die Gestaltung der Lehrpläne und die Aktivität der bolschewistischen Jugendorganisation (Junge Pioniere) als durch die zu einem erheblichen Teil dem Regime immer noch reserviert gegenüberstehende Lehrerschaft.

Es kann als typisch gelten, daß Schüler und Lehrer in den "gesellschaftswissenschaftlichen"

Unterrichtsfächern einander bewußt "parteiliche" Überzeugtheit vorheucheln.

Die Jugendlichen lernen mithin schon in der Schulzeit, taktisch erwünscht statt spontan und ehrlich zu reagieren, sich anzupassen und aus Opportunitätsgründen Ansichten zu vertreten, die nicht die ihren sind.

Das hat mit echter Bewußtseinsbildung nur bedingt etwas zu tun. ...

Mit mancherlei Methoden sucht man auf die Jugend schon im Vorschul- und Schulalter einzuwirken, so sollen die Kinder möglichst schon vor der Schulzeit in politisch beeinflussten Kindergärten, sodann - neben der Schule einher - in Horten und durch die Organisationen der FDJ, die auch die Feriengestaltung übernimmt und kollektiviert (Ferienaktion), dem Elternhaus entfremdet werden (Familienpolitik); doch ist diese generelle Erfassung nur bedingt erfolgreich. Zwar hat die FDJ etwa 90 % der unter 14jährigen erfaßt, aber diese nur dadurch, daß Sport, Spiel und Basteleien und nicht politische Indoktrination im Vordergrund stehen.

...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die "Polytechnische Bildung und Erziehung" in der SBZ (x009/332): >>Die heute praktizierte polytechnische Bildung und Erziehung richtet sich an Ausführungen von Marx und Engels. ...

In der Stalin-Ära sind die entsprechenden Bestrebungen praktisch aufgegeben worden, wurden aber seit 1953 erneut aufgenommen. Die Reformversuche führten in der Sowjetunion (1958) zu einer Reorganisation des gesamten Schulwesens unter dem Aspekt der Verbindung des Unterrichts mit der produktiven Arbeit in der Industrie und Landwirtschaft.

Die SBZ hat sich dieser Zielsetzung angepaßt, wenn sie auch die Verbindung des Unterrichts mit der produktiven Arbeit weniger intensiv gestaltet hat als die Sowjetunion. Wenn auch diese Verbindung alle Arten der Bildung und Erziehung zu durchdringen hat, wirkt sie sich doch am stärksten in der polytechnischen Bildung und Erziehung aus. ...

Nach dem neuen Schulgesetz ist die polytechnische Bildung und Erziehung "Grundzug" und "Bestandteil" des Unterrichts und der Erziehung in allen Schuljahren. Die polytechnische Bildung und Erziehung zielt auf eine Umgestaltung des Gehaltes der Allgemeinbildung und auf eine noch vorberufliche Grundausbildung in Hinsicht auf die Arbeit in der Produktion.

Die Funktion der polytechnischen Bildung und Erziehung ist es, die Erhöhung der Arbeitsproduktivität durch einen frühzeitigen Umgang der Jugend mit der Technik besser zu fundieren und die frühzeitige Verinnerlichung der Forderungen an die berufliche Arbeit in einem kommunistischen Staat zu bewirken. Gleichzeitig ist die polytechnische Bildung und Erziehung auch ein Mittel einer permanenten Auslese, zumal sie die Jugendlichen besonderen Belastungsproben unterwirft.

Der polytechnische Unterricht setzt mit der in den Klassen 1 bis 6 im "Werken" vermittelten technischen Elementarbildung ein. Ab Klasse 7 folgen der Unterrichtstag in der sozialistischen Produktion sowie die Fächer "Einführung in die sozialistische Produktion der Industrie und der Landwirtschaft", ab Klasse 9 Technisches Zeichnen.

... Die erweiterten Oberschulen haben seit 1960 generell die Aufgabe, eine auf einen Beruf oder einen Komplex benachbarter Berufe ausgerichtete Grundausbildung durchzuführen. Sie bildet praktisch schon einen Teil einer Berufsausbildung, zumal sie bei einem späteren Lehrverhältnis, beispielsweise während des "Praktischen Jahres", angerechnet werden kann.<<

Die Vertreter aller deutschen Landsmannschaften veröffentlichten am 10. September 1955 die "Berliner Entschließung" (x155/50): >>... 2. Wahrer Friede wurzelt in Gerechtigkeit. Gerechtigkeit muß allen Völkern Europas werden.

3. Das durch das internationale Recht und die Atlantik-Charta verbürgte Selbstbestimmungsrecht, das Recht jeden Volkes, seine politische und soziale Ordnung in voller Freiheit sich selbst zu geben, gilt für alle Völker, auch für das deutsche Volk.

4. Millionen Menschen ist unter Bruch menschlichen Rechtes und aller göttlichen und sittli-

chen Gesetze die Heimat geraubt worden. Das Recht auf Heimat muß als ein Menschenrecht von allen Völkern anerkannt und verwirklicht werden.

5. Jedem Volk gebührt das Recht, in voller Freiheit seine eigenen Werte zu bewahren, zu entwickeln und dadurch seinen Beitrag zur Kultur der Menschheit zu leisten. ...<<

Eine deutsche Regierungsdelegation unter Leitung des Bundeskanzlers reiste vom 8. bis 14. September 1955 nach Moskau, um diplomatische Beziehungen aufzunehmen.

Während dieser Verhandlungen kündigte die sowjetische Regierung die Heimkehr von fast 10.000 deutschen Kriegsgefangenen an (x155/51).

Beim Abschluß der Moskauer Verhandlungen behauptete die Bundesrepublik Deutschland ihren Rechtsstandpunkt, daß die endgültige Regelung der deutsch-polnischen Grenze einem Friedensvertrag vorbehalten blieb, der mit einer gesamtdeutschen Regierung abgeschlossen werden muß (x125/9).

Bundeskanzler Adenauer übergab während der Moskauer Verhandlungen ein Zusatzschreiben, das von der sowjetischen Regierung inhaltlich abgelehnt wurde (x155/51): >>1. Die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der UdSSR stellt keine Anerkennung des derzeitigen territorialen Besitzstandes dar. Die endgültige Festsetzung der Grenzen Deutschlands bleibt dem Friedensvertrag vorbehalten.

2. Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der Regierung der Sowjetunion bedeutet keine Änderung des Rechtsstandpunktes der Bundesregierung in bezug auf ihre Befugnis zur Vertretung des deutschen Volkes in internationalen Angelegenheiten und in bezug auf die politischen Verhältnisse in denjenigen deutschen Gebieten, die gegenwärtig außerhalb ihrer effektiven Hoheitsgewalt liegen". ...<<

Das SED-Regime erließ am 15. September 1955 eine Verordnung zum Schutz der Jugend, um die "Schund- und Schmutzliteratur" zu bekämpfen.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die "Schund- und Schmutzliteratur" (x009/386): >>Die Lenkung der gesamten literarischen Produktion gibt dem SBZ-Regime die Handhaben, das Erscheinen von Schmutzliteratur im engeren Sinne zu verhindern; zur Schund- und Schmutzliteratur werden aber nicht nur minderwertige Kriminal- und Sexualschmöker, sondern auch Schriften gerechnet, die "den moralischen und politischen Anschauungen der Werktätigen widersprechen"; Erwachsene, die in diesem überaus dehnbaren Sinne die "sozialistische Bewußtseinsbildung" der Jugend gefährden, sollen zur Verantwortung gezogen werden (VO zum Schutze der Jugend vom 15.9.1955).

Im Sinne dieser Verordnung können sogar westdeutsche Tageszeitungen als Schund- und Schmutzliteratur behandelt werden, während Hetzliteratur kommunistischer Tendenz natürlich nicht als solches gilt, sondern sogar von einigen Ministerien in eigenen Verlagen herausgebracht und verbreitet wird.<<

Die sowjetische Agentur TASS berichtete am 15. September 1955 (x300/195): >>Die Sowjetregierung betrachtet die Deutsche Bundesrepublik als einen Teil Deutschlands. Ein anderer Teil Deutschlands ist die Deutsche Demokratische Republik.

Im Zusammenhang mit der Herstellung diplomatischer Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Deutschen Bundesrepublik hält es die Regierung der UdSSR für erforderlich zu erklären, daß die Frage der Grenzen Deutschlands durch das Potsdamer Abkommen gelöst worden ist und daß die Deutsche Bundesrepublik ihre Jurisdiktion (Rechtsprechung) auf dem Gebiet ausübt, das unter ihrer Hoheit steht. ...<<

Das Amt des Hohen Kommissars entfiel am 20. September 1955 und die Kontrollratsbeschlüsse für das Gebiet der SBZ wurden außer Kraft gesetzt.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die "Besatzungspolitik" in der SBZ (x009/67): >>... Am 20.9.1955 hob die Sowjetunion (unmittelbar nach Ab-

schluß des Moskauer Vertrages mit der DDR) das "Amt des Hohen Kommissars der UdSSR in Deutschland" auf und übertrug dem Botschafter der UdSSR in der DDR die Aufgabe der Aufrechterhaltung der entsprechenden Verbindungen zu den Vertretern der USA, Großbritanniens und Frankreichs in der Deutschen Bundesrepublik in Fragen, die sich aus den Beschlüssen der 4 Mächte über Gesamtdeutschland ergeben; die entsprechenden Aufgaben im militärischen Bereich erhielt der Oberkommandierende der Sowjetstreitkräfte in Deutschland. – Zugleich setzte die Sowjetunion alle Kontrollratsgesetze u.ä. für die DDR außer Kraft, doch dies "berührt nicht die Rechte und Verpflichtungen der Sowjetunion gegenüber Gesamtdeutschland, die sich aus entsprechenden Beschlüssen der 4 Mächte ergeben".

Obwohl dem Buchstaben nach die DDR unabhängig ist, hängt ihr Bestand, auch gegenüber der Bevölkerung Mitteldeutschlands, weitgehend von der Sowjetunion und von der Anwesenheit der sowjetischen Truppen ab.<<

Walter Müller-Bringmann berichtete am 20. September 1955 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/138): >>20. September 1955. Friedland besteht heute 10 Jahre.

10 Jahre lang wurde hier die Leidensgeschichte nicht nur unseres Volkes aufgezeichnet. Es finden keine "Feierlichkeiten" statt. Worüber sollte man sich auch freuen. Es gibt wirklich keinen Anlaß.

Dank müßte jedoch denen gesagt werden, die für Friedland so unendlich viel getan haben. Aber diese Frauen und Männer mögen keinen Dank, Für sie ist es (die) schönste Freude, hier helfen zu dürfen. Bis auch der Letzte daheim ist.

Denn viele fehlen noch. Aber es besteht die Hoffnung, daß bald wieder die Glocke läuten wird ... 1.837.349 Menschen gingen bisher durch das Lager. ...

Viele vermißte Deutsche ... werden nie wieder zurückkommen. Sie sind von Granaten zerrissen, von Panzern zermahlen, von Bomben zerschmettert, im Elend verkommen. Sie werden die Glocke in Friedland niemals hören. ...<<

Der Moskauer Vertrag zwischen der Sowjetunion und der DDR bestätigte am 20. September 1955 die "Souveränität" der DDR und nannte sie "frei in der Entscheidung über Fragen ihrer Innenpolitik und Außenpolitik". Die Besetzung der SBZ wurde als "zeitweilig ... mit Zustimmung der Regierung der DDR" bezeichnet (x009/50).

Der Erzbischof von Algier, Léon-Etienne Duval, protestierte am 20. September 1955 in einem Brief an die französischen Behörden gegen die brutalen Vergeltungsmaßnahmen der französischen Besatzungstruppen (x075/198): >>... Verabscheuungswürdige Behandlung von Verdächtigen; Hinrichtungen von Gefangenen ohne vorheriges Gerichtsverfahren; Anwendung der Folter bei Verhören; kollektive Unterdrückungsmaßnahmen.<<

Die Bundesregierung bestätigte am 22. September 1955 die politischen Grundsätze der "Hallstein-Doktrin".

Diplomatische Beziehungen zur DDR wurden danach als unfreundlicher Akt gegen die Bundesrepublik Deutschland eingestuft (x243/191).

Die Volkskammer beschloß am 26. September 1955 eine Verfassungsergänzung.

Diese Ergänzung erhob den Verteidigungsdienst zur "nationalen Ehrenpflicht der Bürger der DDR". Die Wehrpflicht wurde jedoch zunächst nicht allgemein durchgesetzt (x009/290).

Ein vertriebener Schlesier schrieb im September 1955 kurz vor seinem Selbstmord (x024/-251): >>... Seit unserem Zusammenbruch bin ich ein wackliger Mann an Leib und Seele geworden. Leider gibt es keine Rettung mehr für mich, obgleich ich es in meinem Innern immer erhofft hatte: ein Zurück nach meiner lieben Heimat. ...<<

Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" 41/1955 berichtete am 5. Oktober 1955 über ein Treffen der "Bilderberger": >>GEHEIM-KONFERENZ/BONN: Die tödlichen Aspekte

Bayerns Ministerpräsident Dr. Hoegner war etwas verstimmt. Da war in den letzten Septembertagen eine Reihe von Prominenten aus der politischen Welt der westlichen Hemisphäre

nach Garmisch-Partenkirchen gekommen, um im Luxushotel "Alpenhof" des alten Bobweltmeisters Hanns Kilian eine geheime Konferenz abzuhalten. Keiner der Gäste - das war konzediert - brauchte ein polizeiliches Meldeformular auszufüllen. Aber die Herren hatten es nicht einmal für nötig gehalten, die bayrische Staatsregierung oder wenigstens deren Protokollabteilung zu verständigen, welche Art von Konferenz sie abzuhalten gedachten.

So ging, was im "Alpenhof" am 22. September als Viertage-Konferenz gestartet worden war, als vielumräselte Geheimkonferenz von Garmisch durch die Presse. Von den Freimaurern bis zu den Illuminaten blieb kein Vergleich zu historischen Geheimbünden unbeachtet. In Wirklichkeit wußte man nur, daß Prinz Bernhard der Niederlande zu diesem Treffen eingeladen hatte, daß Politiker und Wirtschaftler aus vierzehn Nationen zum Meinungsaustausch zusammengekommen und daß die 140 Betten des "Alpenhofs" vier Tage lang ausschließlich für diesen Zweck vermietet worden waren.

Das Hotelpersonal hatte Sonderausweise erhalten. Die Gemeindeverwaltung war ersucht worden, sich nicht um die Tagung und ihre prominenten Teilnehmer zu kümmern, und mit den zivilen Hotelgästen hatte auch die Spielbank, die im "Alpenhof" untergebracht ist, für diese vier Tage umziehen müssen.

Was dann anreiste, trug dazu bei, den sagenumwobenen Charakter der Veranstaltung zu festigen. Es kamen unter anderem:

- General Gruenther, Oberkommandierender der Nato-Streitkräfte;
- Lord Ismay, Nato-Generalsekretär;
- Unterstaatssekretär Murphy vom amerikanischen Außenministerium;
- Botschafter außer Diensten Kennan, Privatdozent an der Princeton-Universität;
- Paul Hoffman, Vorsitzender der Studebaker-Packard-Corporation;
- Jean Monnet, Schöpfer der Montan-Union;
- Amintore Fanfani von der italienischen "Democrazia Christiana";
- Guy Mollet, Generalsekretär der französischen Sozialisten;
- Walter Hallstein, Staatssekretär des Bonner Außenamtes;
- Kurt-Georg Kiesinger, Vorsitzender des Bundestagsausschusses für Auswärtige Angelegenheiten;
- Carlo Schmid, Stellvertreter Kiesingers im Außen-Ausschuß;
- Fritz Berg, Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie;
- Wilhelm Alexander Menne, Präsident des Chemie-Verbandes;
- amerikanische und westeuropäische Atomwissenschaftler.

Es war die erste Sitzung des Bilderberg-Kreises auf deutschem Boden. Bilderberg, ein Schloß in Holland, gab diesem Kreis internationaler Prominenz aus Wirtschaft, Politik und Wissenschaft den Namen. Auf Schloß Bilderberg fand im Mai 1954 das Gründungstreffen statt, auf dem Prinz Bernhard der Niederlande den Vorsitz der geheimnisvollen Gruppe einflußreicher Männer der westlichen Welt übernahm. In Barbizon in Frankreich traf man sich zum zweiten, in Garmisch zum dritten Male, und es soll nicht die letzte Zusammenkunft gewesen sein.

Die Konferenzen des Prinzen Bernhard sind der bisher erfolgreichste Versuch, eine Elite zum Erfahrungsaustausch zu versammeln, weil man bei diesen Meetings auf jede diplomatische Konvention verzichtet. Sie sind letztlich eine Art "Verschwörung" potenter Figuren aus der internationalen Hochfinanz, der Industrie und der Politik gegen die Gefahren engstirniger, auf einseitiger Information fußender Kabinettpolitik.

Hauptthemen der Garmischer Konferenz, zu denen geladene Experten die Debattegrundlagen lieferten, waren:

- Möglichkeiten wirksamer westlicher Hilfestellung bei der deutschen Wiedervereinigung.
- Wirtschaftliche Nutzung der Atomkraft, ohne zugleich die neuerworbene Energie rückhaltlos privaten Interessen auszuliefern.

- Die tödlichen Aspekte eines Atomkrieges in Europa und politische Maßnahmen zu seiner Verhinderung.

Carlo Schmid hielt eine glänzende Rede über die Moskau-Reise der Bonner Delegation und tauschte seine Erfahrungen mit Engländern aus, die im Sommer die Sowjet-Union besucht hatten. Nato-Chef Gruenther mußte ein mehrstündiges Trommelfeuer von Fragen über sich niedergehen lassen, behauptete sich in der lebhaften Diskussion aber glänzend.

In diesem Rahmen konnten auch ungeniert Fragen erörtert werden, die in offiziellen diplomatischen Verhandlungen tabu sind, wie etwa die: ob eine westdeutsche Regierung es vor dem eigenen Volk, besonders aber vor ihren westlichen Verbündeten auf sich nehmen könnte, die Oder-Neiße-Linie anzuerkennen, wenn durch ein so schwerwiegendes Opfer die deutsche Wiedervereinigung ermöglicht werden würde.

Die Teilnehmer der Tagung achteten peinlich darauf, daß auf den Konferenztischen auch nicht die kürzeste Notiz liegenblieb, wenn sie den Sitzungssaal verließen.

Als Bayerns Ministerpräsident Hoegner seinem Unmut darüber Luft machte, daß man ihm von all diesen Dingen nichts gesagt hatte, verabschiedete sich auf dem Flugplatz München-Riem vor dem niederländischen Regierungsflugzeug Prinz Bernhard der Niederlande schon wieder von Paul Rijkens, dem früheren Präsidenten des Unilever-Konzerns, und von dem früheren holländischen Außenminister van Kleffens, der sein Land heute als Botschafter in Portugal vertritt und der als einer der geistigen Initiatoren des Treffens gilt.<<

Die "BILD-Zeitung" berichtete am 9. Oktober 1955 über die Rückkehr der letzten deutschen Kriegsgefangenen: >>Letzte Kriegsgefangene kehren heim

... Nach mehr als 10 Jahren Trennung und quälender Ungewißheit haben sie einander endlich wieder. Frauen ihre Männer, Eltern ihre Söhne, Kinder ihre Väter, die sie oft zum ersten Mal in ihrem Leben sehen.

Ergreifende Szenen spielen sich bei der Ankunft der 600 deutschen Spätheimkehrer aus sowjetischer Kriegsgefangenschaft im niedersächsischen Friedland ab.

Sie gehören zu den ersten der letzten 10.000 deutschen Kriegsgefangenen und 20.000 Zivilinternierten, die aus den Lagern jenseits von Ural und Polarkreis zurückkehren. Die meisten von ihnen wurden von sowjetischen Schnellgerichten wegen angeblicher Kriegsverbrechen, aber auch wegen unterstellter Spionage oder antisowjetischer Hetze zu langjähriger Zwangsarbeit verurteilt.

Möglich geworden ist die Rückkehr der Männer durch den Besuch Konrad Adenauers im Kreml. ... Bonn will die Rückkehr der Gefangenen. Moskau hat ein Interesse an den Aufnahmen diplomatischer, wirtschaftlicher und kultureller Beziehungen zur Bundesrepublik, um damit die Existenz zweier deutscher Staaten als gegeben festzuschreiben. ...<<

Walter Müller-Bringmann berichtete am 10. Oktober 1955 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/138): >>10. Oktober 1955. ... Der erste große Heimkehrertransport, als Auftakt der letzten Entlassungsaktion aus sowjetischen Gefangenenlagern, traf gestern ein. 602 Heimkehrer feierten ein stürmisches Wiedersehen mit der Heimat. Insgesamt werden noch mindestens 9.626 Kriegsgefangene erwartet. Diese Zahl ist jedenfalls von der sowjetischen Regierung amtlich mitgeteilt worden.

... Alle Wochenschauen, Hunderte von Bildberichterstatern und Sonderkorrespondenten der größten Zeitungen des In- und Auslandes sind im Lager angekommen, um das größte Ereignis in Wort und Bild festzuhalten. ...

Friedland steht seit gestern im Mittelpunkt des Weltinteresses. Die Heimkehr deutscher Kriegsgefangener ist plötzlich eine hochpolitische Angelegenheit geworden.<<

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung für Kriegsgefangengeschichte schrieb später über den Arbeitseinsatz der deutschen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion (x130/311-312): >>Gegen Ende des Jahres 1945 war mit etwa 1,3 Millionen die

größte Zahl deutscher Kriegsgefangener in der Sowjetunion erreicht, die zur Arbeit eingesetzt waren. Die große Masse der Überlebenden wurde um die Wende 1949/50 in die Heimat entlassen, doch wurde ein Rest wegen angeblicher Kriegsverbrechen verurteilt und zurückgehalten, von denen über 27.000 weiter im Arbeitseinsatz blieben.

Von ihnen wurde der größte Teil um die Jahreswende 1953/54 entlassen, so daß nunmehr noch etwa 10.000 zur Arbeit gezwungen wurden. Ende 1955 kamen auch sie endlich nach Hause. Ein Arbeitseinsatz erfolgte bis zum Jahre 1955 einschließlich.

Es ergibt sich, daß von den deutschen Kriegsgefangenen in sowjetischer Hand mindestens 10.338.997.136 Arbeitsstunden erbracht wurden. Es muß mit Nachdruck darauf hingewiesen werden, daß es sich um absolute Mindestzahlen handelt. ...<<

Walter Müller-Bringmann berichtete am 13. Oktober 1955 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/138-140): >>13. Oktober 1955. ... Friedland erfährt die Invasion einer riesigen Menschenmenge, die mit Autos und Zügen von weither kommt, um beim Empfang der Heimkehrer dabei zu sein, sie in der Heimat zu begrüßen, ihnen Blumen und Geschenke zu überreichen.

Auf den Zufahrtsstraßen stehen kilometerweit Fahrzeuge, die alle nach Friedland wollen. ... Im Lager wimmelt es von vielen tausend Menschen, die nach hier gekommen sind, um entweder Heimkehrer abzuholen, Nachforschungen über weitere Transporte anzustellen oder Fragen an die Kriegsgefangenen über Vermißte zu richten.

Die Post hat ein fahrbares Amt im Lager aufgestellt, mit besonderen Telefonleitungen für die Presse. ...

Der Suchdienst des Deutschen Roten Kreuzes hat nahezu 90 Helferinnen und Helfer aus allen Landesverbänden nach Friedland beordert, um die riesige Nachforschungsarbeit bewältigen zu können und alle Heimkehreraussagen richtig auszunutzen. ...

Die Lagerleitung gleicht einem Bienenschwarm. Auskunftssuchende Menschen drängen sich auf dem schmalen Gang der Baracke, fragen sich zum Geschäftszimmer durch, schieben sich bis zur Barriere und bringen ihr Anliegen vor. ...

... Spenden der Bevölkerung treffen in ungeahnten Mengen ein, damit die Männer eingekleidet und mit den notwendigsten Gebrauchsgegenständen ausgerüstet werden können. ...<<

Walter Müller-Bringmann berichtete am 14. Oktober 1955 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/143): >>14. Oktober 1955. ... Es kam ein schlimmes Telegramm in Friedland an, eine Hiobsbotschaft für einen Heimkehrer, der das Papier zunächst fassungslos ansah, so, als könnte er sich den Sinn der Worte nicht erklären. In der Depesche stand weiter nichts als "Komme nicht ... Ich bin wiederverheiratet ...

Dieses Antworttelegramm, daß er in Friedland eingetroffen sei, kam von einer Frau, die ihren Mann in der Zwischenzeit "abgeschrieben" hatte, wie einer der Journalisten sagte, ihn für tot erklären ließ und wieder heiratete. Obwohl sie wußte, daß ihr Mann lebte und sich in Rußland in Gefangenschaft befand.

... Vergebens hoffte der Gefangene auf ein Lebenszeichen, konnte sich nicht erklären, warum sich seine Frau nicht meldete, bangte um ihr Schicksal. Jetzt wußte er ... das lange Schweigen zu deuten.

Man mußte mit beiden Beinen fest auf der Erde stehen, um von solch einer Nachricht nicht umgeworfen zu werden. Noch wußte der ehemalige Major nicht, was er anfangen sollte. ...

Für diesen Mann war Friedland kein Ort des Aufatmens geworden. Hier traf ihn eine Nachricht, die er wohl nie wieder verwinden würde. ...<<

Walter Müller-Bringmann berichtete am 15. Oktober 1955 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/143-149): >>15. Oktober 1955. ... Immer wieder erinnerte die Regierung, mahnten Sprecher der Parteien, der Kirchen und der Verbände daran: "Schickt uns unsere Kriegsgefangenen zurück". Nun sind sie da.

Tausende von Menschen warten jeden Tag im Lager ungeduldig auf die Ankunft eines Transportes. Wann wird die Omnibuskarawane eintreffen? ...

Dann beginnt plötzlich die Lagerglocke zu läuten. Jeder weiß, nun sind sie gleich da.

Jubel bricht los, setzt sich fort, Händeklatschen klingt auf, dann fahren die Omnibusse im Schritt heran. Die da drinnen sitzen, auf den ungewohnten roten Ledersesseln, winken mit leisen Handbewegungen zurück, beugen sich manchmal auch aus den Fenstern vor, um einen Angehörigen zu erspähen, lächeln, sind sehr, sehr glücklich.

Blumen, Zigaretten, Schokolade werden durch die Fenster gereicht, zumeist stumm entgegengenommen – denn sie wissen nichts zu sagen, diese Männer, sie haben keine Worte in dieser Stunde, nach der sie sich seit langer, langer Zeit sehnten.

Die Omnibusse halten, Hunderte von Menschen schieben sich in Richtung des Appellplatzes, wo nun die offizielle Begrüßung stattfinden soll. Sie wollen die ersten Minuten des Wiedersehens der Heimkehrer mit ihren Angehörigen, die ersten Sekunden, in denen sich Frau und Mann, Mutter und Sohn, Bruder und Schwester in den Armen liegen, nicht stören. ...

Und dann beteten sie auf dem Platz in Friedland. Mit gefalteten Händen, gesenktem Blick, den Kopf zur Erde geneigt, so sprachen sie mit den vielen Tausend anderen das "Vater unser". Polizisten nahmen die Dienstmützen ab, die Hüte wurden von den Köpfen genommen, viele knieten nieder, keiner schämte sich vor dem anderen.

Aber viele, die nach Friedland kamen, stehen auch am Rande des großen Glücks, dürfen nicht daran teilnehmen, weil der Vater tot, der Junge nie wiederkommen wird. Dennoch sind sie hierher gekommen, um doch vielleicht einen Hinweis über den Vermißten zu erfahren, nur einen kleinen Anhaltspunkt zu bekommen. ...

Und sie werden nicht müde, immer wieder ihre Schilder den Gefangenen entgegenzuhalten, sie zu fragen, um Auskunft zu bitten, sie an Feldpostnummern, Regimenter, Lager zu erinnern. Aber nur zu oft schütteln die Heimkehrer den Kopf, wissen keine Antwort, zucken mit den Schultern, versuchen sich zu erinnern, können aber nichts über den Gesuchten sagen.

Manche Hoffnung, die bereits wieder am Aufflackern war, wird wieder erstickt.

Noch immer werden 1,2 Millionen deutsche Menschen vermißt.<<

In einem Schreiben vom 17. Oktober 1955 appellierte der evangelische Bischof von Berlin an die Eltern der mitteldeutschen Konfirmanden (x009/215): >>... Wer sich konfirmieren lassen will, kann nicht zur Jugendweihe gehen. Hier können wir keine Kompromisse schließen mit dem Atheismus!<<

Bundespräsident Theodor Heuss sprach am 18. Oktober 1955 im Grenzdurchgangslager Friedland (x123/5): >>Liebe Landsleute, Heimkehrer aus dem fernen Rußland!

Das Grußwort, das ich für das deutsche Volk zu sprechen habe, kann ganz einfach sein: Ein herzliches Willkommen.

Als ich vor 2 Jahren bei einem Heimkehrertransport hier war, da glaubte unsere Hoffnung, daß es nun so weitergehen werde und die Erlösung auch für Euch schon da sei. Wir haben uns damals getäuscht.

Aber das Mühen um Eure Rückkehr ist durch alle Jahre hindurch für die deutsche Gesamtheit eine bindende Kraft gewesen. Alle Gegensätze zwischen Parteien und Gruppen sind weggesunken, wenn man an das Schicksal derer dachte, die draußen noch litten.

Ob Familien, ob Freunde, ob Bekannte ihre Gedanken, ihre Sorge in den Osten, in die Lager sandten, - das Gefühl, es ist genug des Leides, hat die Deutschen untereinander, und nicht nur mit Euch, verbunden in dem Ringen um das Schicksal von Menschen, die Bundesregierung, die Parlamente, die karitativen Verbände.

Wie waren wir alle froh, für Euch und für uns, daß es dem Bundeskanzler in Moskau dann doch in seiner harten, klaren und doch seelisch erfüllten Zähigkeit gelang, diese Entscheidung Eurer Freigabe zu erreichen!

Es war und blieb ein Kampf um die Freiheit der einzelnen Menschen, wie sie aus der tragischen Zerstörung ihres Lebens gerettet werden können, um zugleich ihren Angehörigen, ihren Freunden die innere Ruhe zurückzugeben, um eine ewig schmerzende Reizstelle zur Heilung zu bringen. Denn sie mußte, daß Ordnung auch zwischen den Völkern wieder möglich werde, gesunden.

Wir haben noch Sorgen genug vor uns auf dem Wege unseres Volkes.<<

Bei der Volksabstimmung über das Saarstatut vom 23. Oktober 1955 lehnten 67,7 % der Saarländer (Wahlbeteiligung = 97,5 %) das Europäische Statut ab, denn sie wollten Deutsche bleiben (x155/52).

Die österreichische Regierung verpflichtete sich am 26. Oktober 1955 zur "immerwährenden Neutralität" (x299/174): >>... Artikel 2: Österreich ... wird in aller Zukunft keinen militärischen Bündnissen beitreten und die Errichtung militärischer Stützpunkte fremder Staaten auf seinem Gebiet nicht zulassen.<<

Die "BILD-Zeitung" berichtete am 20. Dezember 1955: >>Bundesrepublik Deutschland und Italien unterzeichnen Abkommen über Beschäftigung italienischer Arbeitskräfte. ...<<

Walter Müller-Bringmann berichtete am 20. Dezember 1955 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/150): >>20. Dezember 1955. ... Am 4. Adventssonntag weihte der Erzbischof von Köln, Kardinal Frings, die neue "Friedland-Gedächtnis-Kirche" feierlich ein. ...

Genau vor 5 Jahren, am 4. Advent 1950, war von Pfarrer Dr. Krahe eine Baracke als Lagerkapelle eingerichtet worden. Das große Gotteshaus, unmittelbar am Appellplatz des Lagers, soll nach den Worten des Kardinals als "Mahnmal zum Frieden" dienen. ...

An der Ostseite der Kirche wurde als "Mahnmal für kommende Zeiten" eine übergroße Heimkehrerstatue aufgestellt. Der Glockenstuhl im Turm wird eine Glocke aus dem 15. Jahrhundert, die bis zum Kriege in Oberschlesien läutete, tragen. ...<<

Walter Müller-Bringmann berichtete am 31. Dezember 1955 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/150): >>31. Dezember 1955. Seit dem Bestehen des Lagers gingen 1.846.288 Menschen durch Friedland, Vertriebene, Flüchtlinge, Kriegsgefangene, Ausgewiesene. Davon waren 555.454 Heimkehrer. ...<<

Im Jahre 1955 flohen 252.870 Deutsche aus der Sowjetzone in den Westen.

Die DDR-Zeitschrift "Bauerfibel" berichtete im Jahre 1955 über die "Kollektivierung auf dem Lande" (x243/207): >>... Jeder wird (vom Staat) zur Rechenschaft gezogen und bestraft, der versucht, werktätige Bauern oder Landarbeiter zum Eintritt (in die landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft - LPG) ... durch Zwang ... zu veranlassen.<<

Der ehemalige deutsche Ingenieur Wernher Freiherr von Braun (1912-1977) wurde im Jahre 1955 US-Staatsbürger.

1956

Die Bundeswehr begann am 2. Januar 1956 ihren Dienst.

Der Fahneneid der Bundeswehr lautete wie folgt (x243/211): >>... Ich gelobe der Bundesrepublik Deutschland treu zu dienen und das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes tapfer zu verteidigen.<<

Das Fernsehprogramm des "Deutschen Fernsehfunks" nahm am 3. Januar 1956 den offiziellen Sendebetrieb auf.

Die Volkskammer nahm am 18. Januar 1956 das Gesetz über den Aufbau einer Nationalen Volksarmee an (Ende der "verdeckten Aufrüstung").

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die "Nationale Volksarmee" (x009/304): >>Bezeichnung für die aus der früheren Kasernierten Volkspolizei hervorgegangenen Armee.

Am 18.1.1956 wurde in der Volkskammer das "Gesetz über die Schaffung der NVA und des Ministeriums für Nationale Verteidigung" verabschiedet: Die Armee sei "für die Erhöhung der

Verteidigungsfähigkeit und die Sicherheit der DDR" notwendig. Sie besteht aus Land-, Luft- und Seestreitkräften. "Die zahlenmäßige Stärke wird begrenzt entsprechend den Aufgaben zum Schutze des Territoriums der DDR, der Verteidigung ihrer Grenzen und der Luftverteidigung." ...<<

Der Fahneid der Nationalen Volksarmee (NVA) lautete wie folgt (x243/211): >>Ich schwöre: Der Deutschen Demokratischen Republik, meinem Vaterland, allzeit treu zu dienen und sie auf Befehl der Arbeiter- und Bauernregierung gegen jeden Feind zu schützen.

Ich schwöre: An der Seite der Sowjetarmee und der Armeen der mit uns verbündeten sozialistischen Länder als Soldat jederzeit bereit zu sein ...

Ich schwöre: ... Sollte ich jemals diesen meinen feierlichen Fahneid verletzen, so möge mich die harte Strafe der Gesetze unserer Republik und die Verachtung des werktätigen Volkes treffen.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die "Militärpolitik" in der SBZ (x009/290-291): >>Bereits die kasernierte Volkspolizei (KVP) wurde mit dem Anspruch erzogen, sie sei die eigentlich berufene gesamtdeutsche Armee.

Seit dem 18.1.1956, seit der Umbenennung der KVP in Nationale Volksarmee (NVA) wird dieser Anspruch stärker betont. Sie soll "den Interessen des ganzen deutschen Volkes dienen ... auf der Wacht für die Sicherung des Friedens", so erklärte Stoph am 18.1.1956, als er die Errichtung des Ministeriums für Nationale Verteidigung ankündigte. Sie soll ein Machtinstrument werden, das entscheidend an der geplanten Bolschewisierung auch der Bundesrepublik mitwirkt. ...

Die NVA trägt wieder die feldgraue deutsche Uniform des Ersten und Zweiten Weltkrieges, aber die Sowjetarmee gilt als ihr Vorbild. Unter Berufung auf den Marxismus-Leninismus soll sie zu einem Werkzeug des Sowjetimperialismus erzogen werden. Deshalb untersteht die Volksarmee auch dem Oberkommando des Warschauer Beistandspaktes. Als bolschewistische Armee arbeitet sie unter strengster Geheimhaltung.<<

Der Techniker W. Heldt und der Elektriker W. Rudert wurden am 27. Januar 1956 vom Obersten Gericht der "DDR" wegen Abwerbung (Bezeichnung für die Verleitung zur Republikflucht) zum Tod verurteilt.

Nach Protesten der Bundesrepublik Deutschland ließ Pieck (Präsident der Republik) die Todesstrafe in eine lebenslängliche Zuchthausstrafe umwandeln (x009/10-11).

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die "Abwerbung" in der SBZ (x009/10-11): >>Bezeichnung für die Verleitung zur Republikflucht, 1955 in der Rechtsprechung erstmalig in diesem Sinne gebraucht.

Seitdem wurde die Abwerbung als eine Erscheinungsform der Boykotthetze im Sinne des Art. 6 der Verfassung angesehen und als Staatsverbrechen mit schweren Strafen geahndet.

Die Strafpolitik nahm keine Rücksicht auf die eigene Verfassung, die in Art. 8 die Freizügigkeit, in Art. 10 das Recht auf Auswanderung garantiert. ... Durch das Strafrechtsergänzungsgesetz vom 11.12.1957 wurde der Tatbestand der "Verleitung zum Verlassen der "DDR" gesetzlich festgelegt.

Mit Zuchthaus bis zu 15 Jahren kann danach bestraft werden, wer es im Auftrage von Agentenorganisationen, Spionageagenturen oder ähnlichen Dienststellen oder von Wirtschaftsunternehmen unternimmt, eine Person zum Verlassen der "DDR" zu verleiten.

Gefängnis nicht unter 6 Monaten ist für denjenigen angedroht, der es ohne besonderen Auftrag unternimmt, einen Jugendlichen, einen in der Berufsausbildung stehenden Menschen oder eine Person wegen ihrer beruflichen Tätigkeit oder wegen ihrer besonderen Fähigkeiten oder Leistungen (z.B. Sportler) mittels Drohung, Täuschung oder Versprechen zum Verlassen der "DDR" zu verleiten.

Es kommt nach dieser gesetzlichen Neuregelung also nicht mehr darauf an, ob das Verlassen

des "Abgeworbenen" auf legalem Wege oder durch "Republikflucht" erfolgen soll. Als Methode der Abwerbung erwähnt Jahn schon "die Verherrlichung der westdeutschen Verhältnisse ... Zu dieser Methode sind alle Fälle zu zählen, in denen die Täter auf angebliche Vorzüge im Westen hinweisen" ...

Eine besondere Rolle spielte die Abwerbung für die Begründung der Abriegelungsmaßnahmen des 13.8.1961 (Beginn des Mauerbaues in Berlin).

Die allgemeine Sprachregelung ging von Abwerbung auf "Menschenhandel" und "Kopfjägeri" über. In 2 großen Prozessen vor dem Obersten Gericht im August 1961 wurden angebliche "Menschenhändler und Kopfjäger" zu langjährigen Zuchthausstrafen verurteilt.

Für das künftige Strafgesetzbuch wird eine Erweiterung des Tatbestandes der Abwerbung vorgeschlagen, die eine Rückkehr zur früheren Rechtsprechung gegen Boykotttätze bedeutet. "Die Abwerbung ... muß generell für strafbar erklärt werden, ... gleich gegen welche Personen sie sich richtet ..." ...<<

Die DDR-Streitkräfte wurden am 28. Januar 1956 in die Streitkräfte des Warschauer Beistandspaktes einbezogen.

Der neugewählte saarländische Landtag beschloß am 31. Januar 1956 den Anschluß des Saarlandes an die Bundesrepublik Deutschland.

Walter Müller-Bringmann berichtete am 4. Februar 1956 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/150-152): >>4. Februar 1956. ... Die Umsiedlung deutscher Menschen aus den polnisch besetzten deutschen Ostgebieten geht nun wieder weiter.

Heute traf ein Transport ein. Auch diesmal wurden die Umsiedler wieder, wie in den vergangenen Wochen, in polnischen Schnellzugwagen II. Klasse mit Schlafwagenabteil befördert. In versiegelten Güterwagen durften sie außerdem ihren gesamten Hausrat mitnehmen. Welcher Unterschied zu den Jahren nach dem Kriege ...

Ich sprach gestern mit Lagerleiter Dr. Freßen.

"Was meinen Sie, wie lange Friedland noch bestehen wird?"

"Das kann man beim besten Willen nicht sagen. Die Aussiedlungen gehen ja immer noch weiter. Und wer weiß, welche Aufgaben Friedland in den nächsten Jahren zugeteilt bekommt." ...

In Friedland wurde die Liebe der Menschen zueinander wieder deutlich. Hier feierte die Brüderlichkeit und Solidarität Auferstehung. Tausendfach sah Friedland die guten Werke von Schwestern, von Helfern, von Menschen aller Kreise.

Friedland ist in diesen langen Jahren ein Symbol unserer Zeit geworden. Ein Ausdruck dessen, was Menschen unserer Tage durch sinnlose Taten anrichten, aber auch durch die Macht des guten Herzens wieder gutzumachen versuchen. ...<<

In der Rumänischen Volksrepublik fanden am 21. Februar 1956 allgemeine Volkszählungen statt.

Bei dieser Zählung gaben 391.388 (2,2 % der gezählten Gesamtbevölkerung) Deutsch als Muttersprache an (x007/119E).

Nikita Chruschtschow (1894-1971, seit 1953 Erster Sekretär des ZK der KPdSU) kritisierte im Verlauf des XX. Parteitages am 25. Februar 1956 erstmalig den Stalinismus (x058/315, x191/69-70, x128/63): >>... Nach dem Tode Stalins leitete das ZK der Partei eine Aufklärungspolitik ein, um mit zwingender Konsequenz nachzuweisen, daß es unzulässig und dem Geist des Marxismus-Leninismus zuwider ist, eine Person herauszuheben und sie zu einem Übermenschen zu machen, der göttähnliche, übernatürliche Eigenschaften besitzt, zu einem Menschen, der angeblich alles weiß, alles sieht, für alle denkt, alles kann und in seinem ganzen Verhalten unfehlbar ist. Ein solcher Glauben an einen Menschen, und zwar an Stalin, ist bei uns viele Jahre kultiviert worden.

Stalin hielt sich nicht damit auf, die Menschen zu überzeugen, aufzuklären und geduldig mit ihnen zusammenzuarbeiten, sondern er zwang anderen seine Ansichten auf und verlangte ab-

solute Unterwerfung unter seine Meinung.

Wer sich seiner Konzeption widersetzte oder einen eigenen Standpunkt zu vertreten, die Korrektheit der eigenen Position zu beweisen suchte, wurde unweigerlich aus dem Führungskollektiv ausgeschlossen und anschließend sowohl moralisch als auch physisch vernichtet. Das zeigte sich in besonderem Maße in der Zeit nach dem XVII. Parteitag, als zahlreiche prominente Parteiführer und Parteimitglieder, die der Sache des Kommunismus mit aufrichtiger Hingebung dienten, dem Despotismus Stalins zum Opfer fielen. ...

Von Stalin stammt der Begriff des "Volksfeindes". Dieser Terminus machte es vornherein überflüssig, einer Person oder Personengruppe, die sich mit ihm im Widerspruch befand, ideologische Irrtümer nachzuweisen. ... Dieser Begriff des "Volksfeindes" machte jede Form des ideologischen Kampfes bzw. jede freie Meinungsäußerung zu dieser oder jener Frage, auch wenn sie rein praktischer Natur war, unmöglich. ...<<

>>... Die negativen Charakterzüge Stalins ... entfalteten sich immer stärker und führten in den letzten Jahren zu einem folgenschweren Mißbrauch der Macht durch Stalin. ... 1935-1938 begann die Massenunterdrückung durch den Regierungsapparat. Sie richtete sich zunächst gegen die Feinde des Leninismus. ... In der Folge griff sie aber auch auf zahlreiche aufrechte Kommunisten über, ... die die schwere Last des Bürgerkrieges, die ersten und schwierigsten Jahre der Industrialisierung und Kollektivierung getragen hatten.

In der Regel genügte als einziger Schuldbeweis, im Widerspruch zu allen Normen der Rechtswissenschaft, das "Geständnis" des Angeklagten selbst; wie sich später herausstellte, wurden die "Geständnisse" durch physischen (körperlichen) Druck von den Angeklagten erpreßt. ...<<

>>... Es hat sich erwiesen, daß viele Aktivisten der Partei, der Sowjets und der Wirtschaft, die in den Jahren 1937 bis 1938 zu "Volksfeinden" gestempelt worden waren, in Wirklichkeit niemals Feinde, Spione, Schädlinge usw. waren, sondern allzeit aufrechte Kommunisten.

Sie wurden nur als Feinde gebrandmarkt und bezichtigten sich oft selbst, weil sie die barbarischen Folterungen nicht länger ertragen konnten, nach den Weisungen der Untersuchungsrichter - und Wahrheitsverfälscher - aller möglichen schweren und unwahrscheinlichen Verbrechen. ...

Es wurde festgestellt, daß von den auf dem XVII. Parteitag gewählten 139 Mitgliedern und Kandidaten des Zentralkomitees der Partei 98 Personen, das sind 70 %, in den Jahren 1937 bis 1938 verhaftet und liquidiert wurden (Entrüstung im Saale). ...

Das gleiche Schicksal ereilte nicht nur die Mitglieder des Zentralkomitees, sondern auch die Mehrzahl der Delegierten des XVII. Parteitages. Von 1.966 stimmberechtigten oder beratenden Delegierten wurden 1.108 Personen, also über die Hälfte aller Delegierten, unter der Beschuldigung gegenrevolutionärer Verbrechen verhaftet. ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über das "Tauwetter" in der Sowjetunion (x009/436): >>Im Westen geläufige Bezeichnung für die bisher umfassendste geistig-politische Oppositionswelle gegen bolschewistische Einseitigkeit in Herrschaftsausübung und Doktrin.

Als "Tauwetter" nach einem für diese Haltung repräsentativen Roman des sowjetischen Schriftstellers Ilja Ehrenburg genannt, begann die Oppositionsbewegung Anfang 1956, ausgelöst durch die scharfen Angriffe Chruschtschows und Mikojans auf entscheidende Elemente des Stalinismus auf dem XX. Parteitag der KPdSU. ...<<

Das ZK der SED stellte am 6. Mai 1956 klar, daß bei einer Wiedervereinigung die politischen und sozialen Errungenschaften der DDR erhalten bleiben müssen.

Die SED-Regierung rief am 11. Juni 1956 alle jugendlichen Sowjetzonenflüchtlinge auf, in die DDR zurückzukehren.

Der Bund der Vertriebenen (BvD) und der Verband der Landsmannschaften forderten am 11.

Juni 1956 zum "Tag der deutschen Heimat 1956" die Verwirklichung von Selbstbestimmung und Heimatrecht (x155/53-55): >>... Einem Volke wird von anderen Völkern nichts geschenkt es selbst muß in der Völkerfamilie sich Gehör und Anerkennung verschaffen. ... Für uns Deutsche ist die Selbstbestimmung noch lange nicht verwirklicht!

... "Heimat" umfaßt für uns die seit Generationen gewohnte Umgebung von Landschaft, Dorf, Stadt, von Nachbarn, Sitte, Brauchtum, von Beruf und Existenz. Sie umfaßt Materielles und Seelisches, ohne die der Mensch nicht leben kann. ...

Als Deutschland 1945 am Boden lag, bestimmten die Siegermächte in Ost und West die Aufteilung Deutschlands in Besatzungszonen. ... Die Siegermächte bestimmten und sanktionierten ferner die Austreibung von vielen Millionen Deutschen aus den Ostgebieten des Deutschen Reiches und den volksdeutschen Heimatgebieten außerhalb der Reichsgrenzen ...

Aber die 4 Siegermächte erklärten gleichzeitig - und zwar am 5. Juni 1945 -, daß sie die Grenzen Deutschlands später festlegen würden! ...

Diese Auffassung ist von westlichen Staatsmännern wiederholt bestätigt worden. Es ist bedeutsam, gerade in diesen Septembertagen daran zu erinnern, daß vor 10 Jahren der damalige Außenminister der Vereinigten Staaten, Byrnes, in einer Rede in Stuttgart am 6. September 1946 ausdrücklich erklärte, daß die Festlegung der deutschen Ostgrenze erst bei Gelegenheit der Friedensregelung erfolgen solle. Von hier ab datiert der Umschwung der Politik der Vereinigten Staaten gegenüber Deutschland, der mit eine Voraussetzung für unseren Wiederaufstieg war. ...

Ganz anders die Sowjetunion und die von ihr abhängige Regierung in der Sowjetzone. Am 6. Juni unterzeichneten die verantwortlichen Staatsmänner dieser Regierung in Warschau eine Deklaration und ein deutsch-polnisches Grenzabkommen, wonach die Oder-Neiße-Linie eine unverletzliche Friedens- und Freundschaftsgrenze sei. ...

Schon am Tage darauf erklärte das britische Auswärtige Amt, die Sowjetzonenregierung sei gar nicht befugt, Gebiete östlich der Oder-Neiße-Linie an Polen zu überlassen; Großbritannien sei nicht der Auffassung, daß die Oder-Neiße-Linie endgültig sei. Und am 8. Juni sprach sich die Regierung der Vereinigten Staaten in ähnlichem Sinne aus. ...

Ein Lichtblick ist für uns die Entwicklung im Saargebiet. Dort hat sich trotz heftiger Widerstände und trotz manchem bedenklichen Schweigen das Selbstbestimmungsrecht doch Bahn gebrochen. Die Saar kehrt zurück, so wie es dem Willen der dortigen Bevölkerung entspricht. ...<<

In einer Erklärung der deutschen Bundesregierung vom 28. Juni 1956 hieß es (x024/281): >>Das Recht auf die Heimat und das Selbstbestimmungsrecht sind unabdingbare Voraussetzungen für die Lösung des Schicksals der in der Vertreibung oder in der Unfreiheit lebenden Menschen und Völker. ...<<

In Posen brach Ende Juni 1956 ein Arbeiteraufstand aus. Der Aufstand wurde durch die polnische Armee und Polizeiverbände kurzfristig niedergeschlagen.

Das Zentralkomitee der KPdSU erklärte am 30. Juni 1956 zur "Überwindung des Personenkults und seiner Folgen" (x243/137): >>... Unser Land mußte in historisch kürzester Frist ohne jede wirtschaftliche Hilfe von außen seine jahrhundertelange Rückständigkeit beseitigen und die gesamte Volkswirtschaft auf neuen, sozialistischen Grundlagen umgestalten.

Die komplizierte internationale und innere Lage erforderte eiserne Disziplin und ständige Erhöhung der Wachsamkeit sowie strengste Zentralisierung der Führung. ...

Zweifellos besagen die Tatsachen, daß Stalin an vielen Ungesetzlichkeiten schuld ist, die besonders in der letzten Zeit seines Lebens begangen wurden. Gleichzeitig darf man jedoch nicht vergessen, daß die Sowjetmenschen Stalin als einen Menschen kannten, der stets für den Schutz der Sowjetunion ... und für die Sache des Sozialismus kämpft. ...

Jedes Auftreten gegen ihn wäre unter diesen Bedingungen vom Volk nicht verstanden worden.

... Darüber hinaus wäre ein derartiges Auftreten ... als ein Zeichen gegen den Aufbau des Sozialismus, als in der Atmosphäre der kapitalistischen Einkreisung äußerst gefährliche Untergrabung der Einheit der Partei und des ganzen Staates angesehen worden.<<

Fast alle ehemaligen Offiziere der Deutschen Wehrmacht wurden ab 1. Juli 1956 aus den Kommandostellen der Nationalen Volksarmee entfernt.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die "Militärpolitik" in der SBZ (x009/291): >>Die zielbewußte Militärpolitik der SED hat der Armee und den Polizeitruppen eine beträchtliche Kampfkraft gegeben. Dies gilt auch für große Teile der ... Milizen. Man darf diese Gefahr für die nichtkommunistische Welt nicht unterschätzen.

Es darf aber auch nicht übersehen werden, daß das unablässige Bemühen der SED, aus der Armee (und den Polizeitruppen wie den Milizen) eine starr kommunistische Parteiarmee zu machen, schwere Konflikte in die Armee trägt. Es führt zu schweren Spannungen mit den soldatischen Kräften der Armee und den menschlich-freiheitlichen Elementen unter den Soldaten und auch Offizieren. Die nicht geringe Zahl jener Soldaten und Polizeisoldaten, die in die Bundesrepublik fliehen, ist aufschlußreich.

So verschärfen sich seit Mitte 1956 die schon lange bestehenden Unstimmigkeiten zwischen jenen Offizieren, die mehr militärisch als parteipolitisch denken, und den vorwiegend kommunistisch geschulten Offizieren und Polit-Offizieren. Fast alle Offiziere, die aus der Deutschen Wehrmacht stammen und die KVP mitaufgebaut haben, wurden ... aus Kommandostellen entfernt, nicht wenige entlassen. ...<<

Der Bundestag beschloß am 17. Juli 1956 ein Gesetz über die allgemeine Wehrpflicht für Männer zwischen 18 und 45 Jahren. Das Gesetz galt nicht in West-Berlin.

Um die Finanz- und Wirtschaftsnot der SBZ zu beheben und um sie gegenüber der Bundesrepublik Deutschland wettbewerbsfähiger zu machen, erließ die UdSSR dem SED-Regime am 17. Juli 1956 die Hälfte der Besatzungskosten und gewährte zusätzlich beträchtliche Kredite.

Die Bundesregierung verkündete am 24. Juli 1956 das Gesetz über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1956 (x182/219): >>... Von den Ausgaben in Höhe von 28,4 Milliarden DM entfallen 34,2 % auf Sozialleistungen und 25,9 % auf Verteidigungskosten.<<

Das SED-Regime erließ am 6. August 1956 eine Anordnung, um den Lehrermangel zu beheben.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über diese Anordnung (x009/258): >>Der wachsende Lehrbedarf hat zu Bemühungen um die Heranziehung von Produktionsarbeitern zum Lehrstudium der ersten beiden Kategorien geführt (Anordnung vom 6.8.1956). Vielfach haben sie Vorkurse durchlaufen.

Die Absolventen der angeführten Studiengänge, aber auch der Pädagogischen Schulen für Kindergärten und der Institute für Heim- und Horterzieher haben eine 2jährige Probezeit zu absolvieren, die evtl. auf ein Jahr verkürzt werden kann. ...<<

Die KPD wurde am 17. August 1956 vom Bundesverfassungsgericht als verfassungsfeindlich eingestuft und verboten.

In der Begründung des KPD-Urteils des Bundesverfassungsgerichtes vom 17. August 1956 hieß es (x243/174): >>... Die freiheitliche demokratische Grundordnung nimmt die bestehenden historisch gewordenen staatlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse und die Denk- und Verhaltensweisen zunächst als gegeben hin. ... (Sie geht davon aus), daß sie verbesserungsfähig und -bedürftig (ist. Sie) lehnt die Auffassung ab, daß die geschichtliche Entwicklung durch ein wissenschaftlich anerkanntes Endziel (vorausbestimmt) sei.

Vielmehr gestalten die Menschen selbst ihre Entwicklung durch Gemeinschaftsentscheidungen, die immer nur in der größten Freiheit zu treffen sind. ...

Dem Bürger wird eine freie Sphäre durch die Anerkennung von Grundrechten und ein weitge-

hender Schutz durch unabhängige Gerichte gesichert. Dem Schutz des ganzen Systems dient ... die Verfassungsgerichtsbarkeit.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die "KPD" in der SBZ (x009/229-230): >>Abkürzung für Kommunistische Partei Deutschlands, gegründet am 30.12.1918. Hauptforderung: Errichtung der Diktatur des Proletariats in Deutschland ... In der NS-Zeit verboten, illegale Weiterarbeit. ...

Unter dem Druck der sowjetischen Besatzungsmacht und der KP-Führung am 19./20.4.1946 in der SBZ (vollzog man die) Zwangsvereinigung von SPD und KPD zur SED. Nach dem Scheitern der kommunistischen Vereinigungsbestrebungen in Westdeutschland am 14.2.1947 Gründung einer "Arbeitsgemeinschaft" von SED und westdeutscher KPD mit Sitz in Ost-Berlin.

Im Januar 1949 kündigte die KPD die Arbeitsgemeinschaft (mit der SED) und vollzog die organisatorische Trennung von der SED. Sie wurde jedoch auch weiterhin von der Westkommission, später der gesamtdeutschen Abteilung beim ZK der SED und schließlich von der Zentralen Kommission für gesamtdeutsche Arbeit angeleitet.

Die KPD nahm im Parlamentarischen Rat an der Beratung des Grundgesetzes für die Bundesrepublik teil, ihre Vertreter verweigerten jedoch bei der Verabschiedung des Grundgesetzes ihre Unterschrift. Trotzdem beteiligte sich die KPD an den Wahlen und war im ersten Bundestag mit 13 Abgeordneten vertreten. Bei den Wahlen zum zweiten Bundestag erhielten sie nur 2,2 % aller abgegebenen Stimmen.

Am 17.8.1956 vom Bundesverfassungsgericht als verfassungsfeindlich verboten, seitdem illegal. Der 1. Sekretär, Max Reimann, sowie alle anderen Mitglieder des Politbüros der KPD halten sich in der SBZ auf. Die Finanzierung erfolgt durch die SED.

Die in der SED-Presse erscheinenden Berichte über KPD-Veranstaltungen in der Bundesrepublik wollen den Eindruck erwecken, es existiere eine intakte Parteiorganisation. In Wirklichkeit finden alle größeren Zusammenkünfte und Parteitage in der SBZ statt.

Zur Zeit ihres Verbots hatte die KPD zwischen 60.000 und 70.000 Mitglieder, von denen allenfalls noch ein Zehntel im Untergrund tätig ist. (1947: 324.000 KPD-Mitglieder). Von der SED erhält die KPD jährlich 12 bis 13 Millionen DM West. ...<<

Dr. Kather (1893-1983, 1949-58 Vorsitzender des Zentralverbandes der vertriebenen Deutschen) erklärte am 4. September 1956 während seiner Rede zum "Tag der Heimat" (x155/56): >>... Die Selbstbestimmung ist als Prinzip des Völkerrechts weitgehend anerkannt. Auf dieses Prinzip darf sich jedoch nur berufen, wer bereit ist, es umfassend und allgemein gelten zu lassen und zu verwirklichen. Wer es nur einseitigen Machtinteressen dienstbar machen will, der verfälscht und mißbraucht heiliges Menschenrecht.

... Die Vertreibung von Millionen Deutschen aus ihrer angestammten Heimat und die Lostrennung von Gebieten, die jahrhundertlang dem deutschen Staatsverband angehörten, ohne Befragung der Bevölkerung, haben das Prinzip der Selbstbestimmung in einem noch nicht dagewesenen barbarischen Ausmaße verletzt. ...<<

Am 30. September 1956 fehlten in Westdeutschland noch rd. 2 Millionen Wohnungen (x069/-215). Die Wohnungsnot war längst noch nicht behoben.

Die "BILD-Zeitung" berichtete am 8. Oktober 1956: >>**DGB fordert 40-Stunden-Woche** ... Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) fordert auf seinem 4. Bundeskongreß u.a.: 40-Stunden-Woche, gegen Samstagarbeit ("Samstags gehört Vati mir"), Sozial- und Rentenreform, Kontrolle der Automatisierung. ...<<

Der Bundestag beschloß am 11. Oktober 1956 die Einrichtung einer zentralen "Verkehrssünder Kartei" in Flensburg, um Autofahrer, die wiederholt gegen die Straßenverkehrsordnung verstießen, ausfindig zu machen.

Der polnische KP-Politiker Gomulka (während der Stalinära zeitweise in Gefängnishaft) wur-

de am 20. Oktober 1956 zum 1. ZK-Sekretär gewählt und setzte sich für einen gemäßigten Reformkurs ein ("polnischer Frühling im Oktober").

Die Studentenunruhen in Budapest (bei denen man z.B. demokratische Grundrechte und die Kündigung des Warschauer Paktes forderte) entwickelten sich am 23. Oktober 1956 zu einem spontanen, führerlosen Aufstand der Bevölkerung.

Der ungarische Volksaufstand wurde daraufhin innerhalb von zwei Wochen durch sowjetische Truppen rücksichtslos niedergeschlagen. Im gesamten Land fanden anschließend massenhafte Deportationen und Hinrichtungen statt. Etwa 200.000 Ungarn flohen nach dem gescheiterten Volksaufstand bis Ende November 1956 ins Ausland.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über den Volksaufstand in Ungarn (x009/436): >>... Politische Höhepunkte der auf Liberalisierung und Revision der bolschewistischen Dogmen und der bolschewistischen Herrschaftsausübung gerichteten Gegenbewegung waren die im Oktober 1956 in Ungarn gipfelnden Partei- und Volkserhebungen gegen die Stalinisten in den eigenen Führungen und den Hegemonieanspruch der UdSSR.

Während in Polen ein Kompromiß zustande kam, wurde die zum Bürgerkrieg entwickelte ungarische Erhebung blutig niedergeschlagen.

Von da an wurde die Liberalisierungswelle des Tauwetters, die zunächst auch in den politischen, wissenschaftlichen und literarischen Führungskreisen der UdSSR eine gewisse Resonanz hatte, von der gesamten bolschewistischen Führerschaft entschlossen bekämpft, da diese - sicher zu Recht - für den Fall weiterer Nachgiebigkeit um die Existenz ihrer Regime bangen mußte. Lediglich in Polen und z.T. in Ungarn hat sich eine gewisse bis heute fortdauernde Liberalisierung behauptet.

In der SBZ war das Tauwetter im wesentlichen auf den Bereich der theoretischen Auseinandersetzungen beschränkt. ... Nach dem ungarischen Zusammenbruch hat sich auch in der SBZ die radikale Gruppe Ulbrichts wieder mit sowjetischer Hilfe voll durchsetzen können. Eine Kampagne zur scharfen Reglementierung von Wissenschaft, Kunst und Hochschulwesen lief an.<<

Der polnische KP-Politiker Gomulka (1905-1982, von 1956-1970 Erster Sekretär des ZK) erklärte am 24. Oktober 1956 während einer Massenveranstaltung in Warschau (x125/175):

>>... Solange es Stützpunkte der NATO in Westdeutschland gibt, solange die neue Wehrmacht dort aufgerichtet wird und Chauvinismus und Revanchismus gegen unsere Grenzen anstiftet, entspricht die Anwesenheit der Sowjetarmee in Deutschland unserer höchsten Staatsräson.

Dies steht auch in Übereinstimmung mit den Interessen der Arbeiter der DDR, gegen welche diese Rüstungen und Drohungen der Militär- und Revanchekreise Westdeutschlands ebenfalls gerichtet sind.

In dieser Lage sollten wir mit größter Entschlossenheit allen Versuchen einer antisowjetischen Agitation Widerstand leisten, die durch reaktionäre und volksfeindliche Kräfte unternommen wird, sowie allen Manövern der internationalen Reaktion, welche das Bündnis zwischen unseren brüderlichen Nationen schwächen wollen.<<

Der ungarische Sender "Petöfi" rief am 4. November 1956 das Ausland um Hilfe (x128/73):

>>Völker der Welt! Hört uns - helft uns!

Nicht mit Erklärungen, sondern mit Taten, mit Soldaten, mit Waffen!

Vergeßt nicht, daß es für die Sowjets bei ihrem brutalen Ansturm kein Halten gibt. Wenn wir untergegangen sind, werdet ihr das nächste Opfer sein. Rettet unsere Seelen! ...

Völker der Welt!

Im Namen der Gerechtigkeit, der Freiheit und des verpflichtenden Prinzips der tatkräftigen Solidarität, helft uns!

Das Schiff sinkt, das Licht schwindet, die Schatten werden von Stunde zu Stunde dunkler

über der Erde Ungarns.

Hört den Schrei, Völker der Welt, und handelt. Reicht uns Eure brüderliche Hand.

SOS! SOS! Gott sei mich Euch!<<

Der sowjetische Ministerpräsident Bulganin (1895-1975) warnte am 5. November 1956 den britischen Premierminister Eden (x299/175): >>... Würden Raketenwaffen gegen England oder Frankreich eingesetzt, so würden Sie das sicherlich als ein barbarisches Vorgehen bezeichnen! ...

Wir sind fest entschlossen, durch Einsatz von Gewalt die Aggressoren zurückzuschlagen und den Frieden im Nahen Osten (Suez-Krise) wiederherzustellen.<<

Eisenhower kandidierte erneut für die Republikaner und gewann am 6. November 1956 zum 2. Mal die US-Präsidentenwahl.

Bundeskanzler Adenauer erläuterte in seiner Regierungserklärung vom 8. November 1956 die deutsch-polnischen Gegensätze (x125/131): >>... Unter einem "freien Polen" mit dem wir zu geordneten Beziehungen und zur Regelung aller Streitfragen zu kommen wünschen, verstehe ich ein Polen, das die volle Verfügungsgewalt eines souveränen Staates über seine inneren und äußeren Angelegenheiten besitzt. ...<<

Während der 29. Sitzung verlangte das ZK der SED am 14. November 1956, daß die Kampfgruppen eine besonders "gründliche Ausbildung im Orts-, Straßen- und Häuserkampf" erhalten sollen.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die "Kampfgruppen" der SBZ (x009/209): >>... Nach dem Volksaufstand in Ungarn verlangte das ZK der SED auf seiner 29. Sitzung (14.11.1956) eine besonders "gründliche Ausbildung im Orts-, Straßen- und Häuserkampf". Die Kampfgruppen lösen, so wurde betont, ihre Aufgaben "gemeinsam mit den Polizeikräften und erforderlichenfalls mit den Einheiten der Nationalen Volksarmee". ... SED-Mitglieder und zuverlässige Parteilose im Alter von 25-60 Jahren werden von den örtlichen SED-Parteileitungen dienstverpflichtet.

Die Kampfgruppenkommandeure und Unterführer werden teils von der NVA, teils in besonderen Schulen ausgebildet. Auch ehemalige Offiziere der NVA werden in die Stäbe der Kampfgruppen aufgenommen, um das Kampfgruppen-Führerkorps zu heben. Verantwortliche Ausbilder sind Instrukteure der Volkspolizei, die SED-Mitglieder sein müssen. Politkommis-sare einer jeden Einheit ist der Sekretär der zuständigen Parteileitung. Frauen werden nur als Sanitäterinnen eingesetzt. Ausbildung: 4 Stunden wöchentlich, zusätzlich zur Arbeitszeit an Infanteriewaffen und im Gelände.

Die Waffen der Kampfgruppen, zu denen auch mittelschwere Infanterie-Begleitwaffen kommen (Schützen-Panzerwagen, schweres MG, schwere Granatwerfer, Pak), werden von der Vopo aufbewahrt. ...<<

Am 14. November 1956 fanden in Moskau sowjetisch-polnische Verhandlungen über die Stationierung sowjetischer Truppen in Polen statt (x125/177-178): >>Gomulka nahm den sowjetischen Führern ihre wichtigsten Argumente vorweg, als er bereits auf dem Bahnhof in Moskau erklärte, Polen sei, weil die westliche Welt die Oder-Neiße-Grenze nicht anerkenne, auf die Freundschaft der UdSSR angewiesen. ...

Da der östliche Bundesgenosse der einzig Garant seiner staatlichen Existenz sei, müsse es, solange die seine westlichen Grenzen bedrohende internationale Lage (NATO) bestehe, mit der Stationierung sowjetischer Truppen auf polnischem Territorium einverstanden sein. ...<<

Das ZK der SED ließ am 29. November 1956 Regimekritiker (Harich und andere "Abweichler") verhaften.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die "Abweichungen" in der SBZ (x009/10): >>Stehender Begriff des Parteijargons für Auffassungen, die nicht der als "Generallinie" vom ZK der KPdSU in Moskau bzw. von den periodisch durchgeführ-

ten Konferenzen und Führungen der bolschewistischen Parteien verkündeten Lehre des Marxismus-Leninismus und ihrer häufig wechselnden Auslegung entsprechen: sie werden seit Lenin auf das schärfste bekämpft.

Abweichungen gelten nicht nur als Verstoß gegen die Parteidisziplin, sondern auch als Verrat am Sozialismus und an den Interessen der Arbeiterklassen, die den Interessen des Volkes gleichgesetzt werden. Je nachdem, ob die Abweichungen, gemessen an der jeweils "gültigen Parteilinie", zum Radikalismus oder zur Mäßigung bzw. zum Ausgleich mit den Gegnern neigen, werden sie als Linksabweichungen oder Rechtsabweichungen gebrandmarkt.

Zur Bekämpfung aller Abweichungen wird immer wieder die revolutionäre Wachsamkeit der Parteimitglieder gefordert. Abweichungen innerhalb der kommunistischen Parteien werden in leichten Fällen durch das Verfahren der Kritik und Selbstkritik ausgemerzt. In schweren Fällen, und wenn die Betroffenen nicht widerrufen, ist Parteiausschluß die Folge; außerdem (wenigstens bis zum XX. Parteitag der KPdSU von 1956) gegebenenfalls gesellschaftliche Vernichtung in Zwangsarbeitslagern oder Liquidierung mit oder ohne Gerichtsverfahren.<<

Der Minister für Volksbildung erließ am 11. Dezember 1956 eine Anordnung über die Errichtung von Jugendwerkhöfen.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die "Jugendwerkhöfe" in der SBZ (x009/203): >>Angeblich neue Form von Zwangserziehungsheimen, geht auf den Gedanken und Versuche des sowjetischen Pädagogen Makarenko zurück.

In der Anordnung über die Durchführung der Aufgaben in den Jugendwerkhöfen, die der Minister für Volksbildung am 11.12.1956 erlassen hat, werden Jugendwerkhöfe als "Erziehungseinrichtungen" bezeichnet, "in denen erziehungsschwierige Jugendliche entsprechend dem Erziehungsziel der deutschen demokratischen Schule zu vollwertigen Mitgliedern der Gesellschaft und zu bewußten Bürgern der DDR erzogen" und mit Hilfe der Patenschaftsbetriebe ... zu qualifizierten Arbeitern entwickelt werden.

Für sog. politische Delikte kommen Einweisungen in Jugendwerkhöfe nicht in Frage. Vorzeitige Entlassung aus Jugendwerkhöfen erfolgt nur bei Meldung zur Nationalen Volksarmee.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die "Heimerziehung" in der SBZ (x009/177): >>Die Heimerziehung hat die Aufgabe, Kinder und Jugendliche, deren Erziehung nicht durch das Elternhaus gesichert ist, mit Hilfe der Schule zu betreuen. ...

Kinder und Jugendliche, die auf Grund häuslicher Verhältnisse erziehungsschwierig oder straffällig wurden, werden überwiegend in Spezialheime eingewiesen. Neben Spezialkinderheimen für Ober- und Hilfsschüler gibt es Jugendwerkhöfe. ...

Die Einweisung in Jugendwerkhöfe erfolgt auf Grund von Entscheidungen der Jugendgerichte oder werden vom Rat des Kreises angeordnet. ...<<

André Stil (1921-2004, 1950-1959 Chefredakteur der "Humanité", seit 1977 Mitglied der Académie Goncourt) berichtete am 17. Dezember 1956 über den Volksaufstand in Ungarn (x075/193): >>... Aber wer kämpft denn?

Zunächst einmal die Faschisten, die Konterrevolutionäre, die darauf vorbereitet sind, dafür ausgerüstet und organisiert sind. Dann jenes besondere Lumpenproletariat – nach wie vor die Wunde der Hauptstädte der Volksdemokratien und zum Teil zusammen mit den erstgenannten der Abschaum der abgesetzten Klassen -, die Schieber und die Müßiggänger. ... Hinzu kommen Tausende von Strafgefangenen, deren Freilassung ohne Unterschied eine der ersten Taten der Konterrevolution war. ...

Natürlich kämpften alle diese feinen Herrschaften, um wie der "Franc-Tireur" zu sprechen, für die Freiheit, für ihre Freiheit!

Eine bewaffnete Gruppe vom Boulevard Ferenc im IX. Bezirk wurde von einer ehemaligen Prostituierten angeführt, die nicht nüchtern wurde, solange der Aufstand dauerte, und die ganz

junge Leute in den Kampf hineinzog, man kann sich gut vorstellen, in welchem moralischen Klima. ...

Die Sowjetarmee hat sich nicht als Feind verhalten, sondern sie hat wie immer das Volk unterstützt und verteidigt.<<

Im Jahre 1956 flohen 279.189 Deutsche aus der Sowjetzone in den Westen.

Im Jahre 1956 wurden erstmalig Zahlen über die Kriminalität in der Sowjetzone veröffentlicht.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die Kriminalität in der SBZ (x009/237-238): >>... Seit 1956 sucht die SED mit Hilfe der Kriminalitätsstatistik zu beweisen, daß die Kriminalität in der sozialistischen Gesellschaft ständig abnimmt.

Gegenüber 1946 soll die Kriminalität bis 1960 auf 27,7 % zurückgegangen sein und um mehr als 50 % geringer sein als jemals in Deutschland seit 1882.

Demgegenüber steige die Kriminalität in der Bundesrepublik immer mehr an. 803 Straftaten pro 100.000 strafmündiger Personen werden 3.660 Straftaten in der Bundesrepublik gegenübergestellt. Dieses Verhältnis ändert sich allerdings schon wesentlich, wenn man Verkehrsdelikte ausklammert, die in der Bundesrepublik 1958 etwa 35 %, in der SBZ dagegen infolge des wesentlich geringeren Verkehrs nur etwa 6 % aller Straftaten ausgemacht haben.

Die Kriminalitätsstatistik muß mit allen Vorbehalten betrachtet werden, die grundsätzlich gegenüber Ergebnissen sowjetzonaler Statistiken angebracht sind. Die Zahlen sollen nicht objektiv informieren, sondern die These der SED beweisen, daß die sozialistische Gesellschaftsordnung dem kapitalistischen Staatswesen überlegen ist. Während die Kriminalität im Kapitalismus eine unvermeidbare Erscheinung sei, die man nicht hinwegdenken könne, werde die Kriminalität mit der Vollendung des sozialistischen Aufbaus völlig überwunden, weil es "in der DDR keine unaufhebbaren Ursachen für das Verbrechen" gebe ("Neue Justiz 1960, S. 614).

Nach den Propagandabeauptungen der SED hat sich "die sozialistische Gesellschaftsordnung in der DDR ständig gefestigt" und in steigendem Maße "die Reste des egoistischen menschenfeindlichen Denkens und Handelns aus der kapitalistischen Zeit überwunden und neue sozialistische Beziehungen der Menschen untereinander entwickelt". Dadurch werde "der Begehung von Verbrechen und Vergehen immer mehr der Boden entzogen und die bewußte Einhaltung der sozialistischen Gesetzlichkeit gewährleistet" ...

Die Entwicklung der Kriminalität wird also als Gradmesser der sozialistischen Umwälzung betrachtet.

Vorsorglich wird jedoch erklärt, daß das Tempo der Verdrängung der Kriminalität nicht nur von der inneren Entwicklung in der SBZ abhängig sei. Im Gegensatz zu anderen sozialistischen Ländern, vor allem der Sowjetunion, sei die SBZ besonders stark durch die Einwirkungen des "Klassenfeindes" und der "imperialistischen Propaganda" ausgesetzt.

Diese "unmittelbaren, ungelentkten und spontanen Einflüsse des Kapitalismus von außen ("Angriffe und Bestrebungen konterrevolutionären Charakters") und die "in Wort, Schrift und Bild (Fernsehen) von Westdeutschland und West-Berlin ausgehende Atmosphäre, die die Keime des Verbrechens ausspeit" (Neue Justiz 1958, S. 402) werden als eine der Hauptsachen der noch vorhandenen Kriminalität bezeichnet.

Die zahlreichen Besucher, Umsiedler und Rückkehrer aus Westdeutschland brächten "individualistische und egoistische Auffassungen" mit, "die erst durch Erziehung im Kollektiv unseres zum Sozialismus schreitenden Volkes überwunden werden können" (Neue Justiz 1960, S. 614). ...

Der Kampf gegen die Kriminalität ist somit in der SBZ vor allem eine politische Aufgabe. Äußerlich eindrucksvolle Erfolge täuscht die SED nicht nur durch die Kriminalitätsstatistik vor, sondern auch durch Maßnahmen der Strafpolitik.

Durch die Übergabe zahlreicher Strafsachen von geringerer Bedeutung an die Konfliktkommission (gesellschaftliche Gerichte) war Anfang 1961 vorübergehend bei den Kreisgerichten ein Rückgang der Strafverfahren bis zu 50 % zu verzeichnen. Diese sog. kleine Kriminalität erscheint nicht mehr in der Kriminalitätsstatistik. Ohne daß die Kriminalität wesentlich zurückging, ist auf diese Weise schon 1960 der Eindruck einer weiteren Abnahme der Kriminalität um 12 % gegenüber 1959 erweckt worden.

Erhebliche Sorgen bereitet der SED die Jugendkriminalität, über die keine Zahlen veröffentlicht werden. Sie ist im Verhältnis zur allgemeinen Kriminalität wesentlich höher als in der Bundesrepublik. Die negative Beeinflussung aus West-Berlin und Westdeutschland wurde besonders für die hohe Jugendkriminalität verantwortlich gemacht. So sollen 80 bis 85 % der gestrauchelten Jugendlichen westliche Literatur ("Schund- und Schmutzliteratur") gelesen und 90 % West-Berliner Kinoveranstaltungen besucht haben. Diese schädlichen Einflüsse hätten besonders das Rowdytum zur Folge.<<

Im Verlauf einer Bundestagsdebatte forderte die deutsche Bundesregierung im Jahre 1956 das Recht auf die Heimat und das Selbstbestimmungsrecht für die deutschen Vertriebenen (x024/281-282): >>... Die Bundesregierung ist auch bemüht, des Prinzips des "Rechts auf die Heimat" mit allen geeigneten Mitteln zu internationaler Anerkennung zu verhelfen.

Das Recht auf die Heimat, das untrennbar mit dem in verschiedenen völkerrechtlichen Akten begründeten Selbstbestimmungsrecht verbunden ist, gehört zu den unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten, die als wesentlicher Ausdruck wahrer Demokratie in der gesamten freien Welt "die Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit" bilden.<<

Ein zeitkritischer Psychiater berichtete im Jahre 1956 über die "arme deutsche Jugend" (x182/183): >>Diese Jugend ist arm, sie hungert nach Liebe und findet Sexualität, sie ist erotisch verhungert. Die Burschen können nicht einmal mehr flirten. Sie meinen, daß die Begegnung mit einem Mädchen gleich ins Bett führen muß. Und die Mädchen glauben, daß heute kein junger Mann länger als drei Abende "Werbungskosten" zahlen will. ...<<

Der kubanische Rechtsanwalt Fidel Castro organisierte im Jahre 1956 in Kuba Partisanengruppen zum Kampf gegen das diktatorische Batista-Regime.

Israel besetzte im Jahre 1956 die Halbinsel Sinai und marschierte an den Suezkanal (Suezkrise 1956/1957).

1957

Am 1. Januar 1957 wurde das Saarland gemäß "Luxemburger Abkommen" das 10. Bundesland der Bundesrepublik Deutschland.

Walter Ulbricht forderte am 30. Januar 1957 auf der 30. Tagung des ZK der SED, die DDR als gleichberechtigten deutschen Staat anzuerkennen.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über diese Forderung nach Verhandlungen auf der Grundlage der Gleichberechtigung (x009/407): >>Den Sinn dieses Vorschlages legte Ulbricht am 30.1.1957 (auf der 30. Tagung des ZK der SED) dar: Wenn, so sagte er, in Westdeutschland durch Niederlage der Regierungspartei und Stärkung des Aktionswillens der Arbeiterklasse eine neue Lage geschaffen wird, dann ist es möglich, zu einer Vereinbarung beider deutscher Regierungen zu kommen, ... einen Gesamtdeutschen Rat, der sich paritätisch aus Vertretern beider deutscher Staaten zusammensetzt, zu bilden.

Die Mitglieder des Rates sollten in beiden Teilen Deutschlands auf Grund der geltenden Wahlgesetze gewählt werden ...

Der Gesamtdeutsche Rat würde die Funktionen einer Regierung der deutschen Konföderation ausüben und Maßnahmen vorbereiten, wie die Herstellung einer einheitlichen Verwaltung.

Das heißt, die SBZ, die mit dem Sowjetsektor Berlins nur etwa 17 Millionen Einwohner hat, will in der Konföderation ebenso stark vertreten sein wie die Bundesrepublik, die mit West-

Berlin schon 1957 rund 52 Millionen zählte.

Augenscheinlich verspricht sich die SED von der Errichtung einer paritätisch gebildeten Staatenbunds-Regierung Aussichten für die getarnte Vorbereitung eines Bürgerkrieges, in dem die bewaffneten Kräfte der DDR zur Geltung kommen. Beide Teile Deutschlands wären ja von fremden Truppen zu räumen, was den Westen schwerstens benachteiligen würde.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die "Konföderation" (x009/224): >>Bezeichnung für ein föderativ gegliedertes Staatswesen, das durch vertraglichen Zusammenschluß zweier oder mehrerer Staaten zustande gekommen ist. ...

In der Diskussion um die Spaltung und Wiedervereinigung Deutschlands wurde der Begriff der Konföderation zuerst von Ulbricht in einem Leitartikel im "Neuen Deutschland" vom 31.12.1956 gebraucht, der sich eingehender darüber vor dem 30. Plenum des ZK der SED (30.1 bis 1.2.1957) äußerte.

Eine genaue Definition der Konföderation im Sinne der SED gab Grotewohl in einer Rede vom 11.2.1957. Er stellte sich eine Konföderation zwischen der Bundesrepublik und der DDR als einen "losen Staatenverbund" vor, in dem "zunächst die beiden deutschen Staaten in ihrer gegenwärtigen Form, in ihrem Inhalt und in ihrer ganzen Lebensweise selbständig bestehen bleiben". Die Konföderation schaffe keine über den einzelnen stehende selbständige Staatsmacht. Sie wird auch von der SED nicht als "politischer Idealzustand" angesehen, sondern nur als ein "Zwischenstadium zwischen den beiden Staaten, daß die Möglichkeit wirklicher Annäherung schaffen kann".

Eine Konföderation nach kommunistischer Auffassung stellt damit keine echte Wiedervereinigung beider Teile Deutschlands dar. ... Für die Regierung der SBZ ist das Schlagwort Konföderation ein weiterer Beitrag zu den Versuchen, sich als gleichberechtigter Partner in die Diskussion um die deutsche Wiedervereinigung einzuschalten.<<

Bundesaußenminister von Brentano erklärte während der Regierungserklärung vom 31. Januar 1957 (x155/101): >>Mit ihren Bündnispartnern ist die Bundesregierung darüber einig, daß die endgültige Festlegung der Grenzen Deutschlands bis zu einer frei vereinbarten friedensvertraglichen Regelung für ganz Deutschland aufgeschoben werden muß.

Nur eine gesamtdeutsche Regierung und eine vom ganzen Volk gewählte Volksvertretung sind legitimiert, diese Entscheidung über die künftigen deutschen Ostgrenzen zu treffen.

Die Bundesregierung hält daran fest, daß für den völkerrechtlichen Gebietsstand Deutschlands die Grenzen des Deutschen Reiches am 31. Dezember 1937 maßgeblich sind, und daß das deutsche Volk die Oder-Neiße-Linie nicht als gegenwärtige oder künftige Grenze Deutschlands akzeptieren kann. ...<<

Die österreichische Regierung verbot am 2. Februar 1957 den kommunistisch gelenkten Weltfriedensrat.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über den "Weltfriedensrat" (x009/481-482): >>Ständiger Ausschuß der Weltfriedensbewegung, hieß zunächst Weltfriedenskomitee. Wurde im November 1950 in Weltfriedensrat umbenannt.

Sitz des Weltfriedensrats und seiner ständigen Exekutivbüros: Prag. Die scheinbar überparteiliche Zusammensetzung und die teils allgemein humanitäre, teils christliche Tonart des Weltfriedensrats kann nicht verbergen, daß er sowjetisch gesteuert wird und dem Imperialismus der Sowjetunion als Tarnorganisation dient. ...

Seit 1957, seitdem die NATO sich um ein atomares Gegengewicht gegen die Rüstung und Atombewaffnung der Sowjetunion bemühen muß, sucht der Weltfriedensrat die Diskussion über diese Fragen zugunsten der Sowjetunion zu verfälschen und zu mißbrauchen. Der Weltfriedensrat hat für Agitationszwecke in Wien ein Zweigsekretariat.

Die österreichische Regierung mußte es am 2.2.1957 schließen, da der kommunistisch gelenkte Weltfriedensrat

1. einseitig Stellung zu Weltpolitik nimmt,
2. durch Verbreitung derartig einseitiger Erklärungen von Österreich aus in die innerstaatlichen Verhältnisse anderer Länder einwirkt und
3. damit die Neutralität Österreichs gefährdet. –

Seit Frühjahr 1961 bemüht sich der Weltfriedensrat, "christliche Friedenskongresse" u.ä. für seine sowjetische Agitation einzuspannen. Der 1. derartige Tarnkongreß fand im Juni 1961 in Prag statt. –

Der Weltfriedensrat ist wie der WGB (Weltgewerkschaftsbund), eine getarnte Ersatzorganisation für die Komintern bzw. das Kominform.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die "Weltfriedensbewegung" (x009/481): >>Entstand aus dem Weltkongreß der Kämpfer für den Frieden in Paris (April 1949), der durch die bolschewistische Kominform veranlaßt worden war.

Eine überparteilich aufgemachte Tarnorganisation des Weltkommunismus, die für jene Bedeutung des Begriffes Frieden kämpft, wie sie die Sowjetunion seit 1945 fordert.

Mit allen Mitteln der Agitation sucht die Weltfriedensbewegung Anhänger für die Politik der Sowjetunion zu gewinnen. Durch Kongresse und Tagungen aller Art und Unterschriftensammlungen sucht sie die herkömmliche wie die atomare Verteidigungsrüstung der nichtkommunistischen Staaten zu verdächtigen und zu unterwühlen.

Die Weltfriedensbewegung vertritt gewisse Hauptsätze der sowjetischen Politik: Koexistenz als Mittel zur Auflösung der NATO ... und ähnlicher Verteidigungsbündnisse der freien Welt, Abrüstung (aber ohne lückenlose Kontrolle auch auf Sowjetgebiet). ...<<

Der chinesische Parteiführer Mao Tse-tung erklärte am 27. Februar 1957 zur "Frage von Widersprüchen im Volk" (x128/334): >>... Der Marxismus ist eine wissenschaftliche Wahrheit, er fürchtet keine Kritik. ... Die Politik, hundert Blumen nebeneinander blühen und hundert Denkrichtungen miteinander treten zu lassen, wird die führende Stellung des Marxismus in der Gedankenwelt gerade nicht schwächen, im Gegenteil, sie wird sie stärken.

Welche Stellung sollen wir gegenüber dem nichtmarxistischen Denken beziehen?

Gegenüber offenen Konterrevolutionären und denjenigen, die den Sozialismus sabotieren, ist die Sache einfach, man entzieht ihnen die Redefreiheit und damit gut.

Gegenüber falschen Ideen innerhalb des Volkes ist die Sache aber anders.

Geht es etwa an, solche Ideen zu verbieten und ihnen keinerlei Gelegenheit zur Äußerung zu lassen?

Gewiß nicht. Es ist nicht nur nutzlos, sondern äußerst schädlich, plumpe und summarische Methoden für die Behandlung ideologischer Fragen im Volke und für die Probleme in der geistigen Welt anzuwenden. ...

... Wir sind gegen jedes giftige Unkraut, aber wir müssen sorgsam unterscheiden, was wirklich giftige Kräuter und was duftende Blumen sind.

Wir müssen zusammen mit den Massen lernen, Blumen von Unkraut sorgfältig zu scheiden, und zusammen müssen wir die richtigen Methoden zur Vertilgung des Unkrauts anwenden lernen. ...<<

Die "BILD-Zeitung" berichtete am 10. März 1957 über den "Aufschwung-Mann" Ludwig Erhard: >>**Ludwig Erhard fordert: Maßhalten**

Appell des Bundeswirtschaftsministers Ludwig Erhard bei der Eröffnung der Frühjahrsmesse: "Wir sind ins Schlittern gekommen, weil wir die richtigen Maße verloren haben und drauf und dran sind, die Volkswirtschaft zu überfordern."

Er fordert maßhalten bei Tarifbeschlüssen - und die Spirale von Preiserhöhungen, die unweigerlich neue Lohnforderungen nach sich zieht, müsse ein Ende haben. ...<<

In Rom wurden am 25. März 1957 die zeitlich unbegrenzten Verträge über die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft ("EWG") und die Europäische Atomgemeinschaft ("EURATOM")

unterzeichnet. Die "Römischen Verträge" traten am 1.01.1958 in Kraft. Innerhalb von 12 Jahren sollten in den 6 Ländern der EWG (Frankreich, Deutschland, Italien, Belgien, Holland und Luxemburg) die Binnenzölle abgebaut und gemeinsame Außenzölle entstehen, um einen gemeinsamen Markt und eine Zollunion zu realisieren. Zu den Aufgaben der EURATOM zählten: Förderung, Koordinierung und Kontrolle der Forschung, Nutzung und Entsorgung im Kernenergiebereich.



Abb. 67 (x303/197): EU-Flagge. Die zwölf Sterne zeigen nicht die Mitgliederzahl, sondern die Zahl "zwölf" gilt als Zeichen der Vollkommenheit.

Die Präambel des Vertrages zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft ("EWG") vom 25. März 1957 lautete wie folgt (x156/75): >>... Seine Majestät der König der Belgier, der Präsident der Bundesrepublik Deutschland, der Präsident der Französischen Republik, der Präsident der Italienischen Republik, Ihre Königliche Hoheit die Großherzogin von Luxemburg, Ihre Majestät die Königin der Niederlande –

in dem festen Willen, die Grundlagen für einen immer engeren Zusammenschluß der europäischen Völker zu schaffen,

entschlossen, durch gemeinsames Handeln den wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt ihrer Länder zu sichern, indem sie die Europa trennenden Schranken beseitigen,

in dem Vorsatz, die stetige Besserung der Lebens- und Beschäftigungsbedingungen ihrer Völker als wesentliches Ziel anzustreben,

in der Erkenntnis, daß zur Beseitigung der bestehenden Hindernisse ein einverständliches Vorgehen erforderlich ist, um eine beständige Wirtschaftsausweitung, einen ausgewogenen Handelsverkehr und einen redlichen Wettbewerb zu gewährleisten,

in dem Bestreben, ihre Volkswirtschaften zu einigen und deren harmonischen Entwicklung zu fördern, indem sie den Abstand zwischen einzelnen Gebieten den Rückstand weniger begünstigter Gebiete zu verringern,

in dem Wunsch, durch eine gemeinsame Handelspolitik zur fortschreitenden Beseitigung der Beschränkungen im zwischenstaatlichen Wirtschaftsverkehr beizutragen,

in der Absicht, die Verbundenheit Europas in den überseeischen Ländern zu bekräftigen und in dem Wunsch, entsprechend den Grundsätzen der Satzung der Vereinten Nationen den Wohlstand der überseeischen Länder zu fördern, entschlossen, durch diesen Zusammenschluß ihrer Wirtschaftskräfte Frieden und Freiheit zu wahren und zu festigen, und mit der Aufforderung an die anderen Völker Europas, die sich zu dem gleichen hohen Ziel bekennen, sich diesen Bestrebungen anzuschließen - haben beschlossen, eine Europäische Wirtschaftsgemeinschaft zu gründen ...<<

Der belgische Politiker Paul-Henri Spaak (1899-1972) schrieb später über die Unterzeichnung der "Römischen Verträge" (x067/195): >>Am 25. März 1957 unterzeichneten wir in Rom die beiden Verträge – den über die Gründung des Gemeinsamen Marktes und den über die Gründung von Euratom.

Es war eine unvergeßliche Feier. Die Italiener hatten alles hervorragend arrangiert. Wir versammelten uns im Kapitol, im Saal der Horatier und Curatier. Alle Mitarbeiter an dem großen Werk, das wir einweihen sollten, waren anwesend: die Minister, die es gewünscht hatten, die Delegationsführer, die eine gewaltige Arbeit vollbracht hatten, die Fachleute, die uns geholfen hatten.

Die Glocken von Rom läuteten mit aller Macht zum Gruß für die Geburt des neuen Europa. Meine Erregung, meine Freude und meine Hoffnungen waren eins. ...

Die Verträge von Rom stellten den Sieg des Geistes der Zusammenarbeit und die Niederlage des egoistischen Nationalismus dar. Die Menschen, die das Unternehmen zum Erfolg geführt hatten, waren von den gleichen Überzeugungen und dem gleichen Ideal beseelt. Ohne ihre Ergebenheit für ihr eigenes Vaterland im geringsten zu verleugnen, verkündeten sie die Notwendigkeit, die Länder untereinander zu vereinen, um ihre wirtschaftliche Kraft und darüber hinaus ihre politische Macht zu sichern.

Sie waren sicher, durch diese Handlungsweise den Niedergang einer Kultur aufzuhalten und dem europäischen Kontinent seinen Rang und seine Ausstrahlung wiederzugeben. Sie beabsichtigten nicht, ihre Bemühungen auf diesen unmittelbaren Erfolg zu beschränken. Sie hofften, daß sich ihnen eines Tages andere Länder anschließen würden.

Sie glaubten auch, daß die wirtschaftliche Integration sie unfehlbar zur politischen Einigung führen würde. Ihr Endziel war die Schaffung eines Europas, das kein Satellit Amerikas, sondern dessen vollwertiger Partner in einer westlichen Welt werden sollte, die zur Verteidigung einer bestimmten Lebensform organisiert und vereint war. ...<<

Der polnische Ministerpräsident erklärte am 27. März 1957 während einer Pressekonferenz in Delhi (x125/181): >>... Ich möchte hinzufügen, daß wir jetzt nicht unmittelbar an die Bundesrepublik Deutschland grenzen, sondern an die Deutsche Demokratische Republik, die unsere Westgrenzen völlig anerkannt hat. Wir können uns keine Wiedervereinigung Deutschlands vorstellen, die diese Tatsache streicht. ... <<

Seit dem 27. April 1957 waren die sowjetischen Militärtribunale (SMT) nur noch für die Aburteilung strafbarer Handlungen von Angehörigen der sowjetischen Streitkräfte oder deren Familienangehörigen zuständig, die sich gegen die Sowjetunion, gegen Armeeeingehörige oder deren Familienangehörige richteten.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über das "Sowjetische Militärtribunal" in der SBZ (x009/397-398): >>Vor dem sowjetischen Militärtribunal wurden bis zum 27.4.1957 nicht nur sowjetische Soldaten, sondern auch deutsche Staatsbürger angeklagt und nach sowjetischem Recht verurteilt.

Das Verfahren war der SBZ-Justiz entzogen. Mit allen Mitteln versuchten die Kommissare, ein Geständnis zu erlisten oder zu erpressen. Die Protokolle wurden in russischer Sprache abgefaßt. Die Akten der Voruntersuchung hatten in der Gerichtsverhandlung absolute Beweiskraft. Dem Angeklagten konnte das Recht auf mündliche Selbstverteidigung genommen wer-

den. Das Gericht durfte auch Beweisstücke verwenden, die dem Angeklagten unbekannt blieben, konnte also Spitzelmeldungen heranziehen, ohne daß der Angeklagte etwas dagegen vorbringen konnte. Die Verfahren wurden oft in 5 bis 10 Minuten abgewickelt. Die Anklage stützte sich fast ausschließlich auf eines der "gegenrevolutionären Verbrechen".

Die Strafe lautete im Regelfalle auf 25 Jahre Zwangsarbeit. Anfechtung des Urteils war bei den wichtigsten "gegenrevolutionären Verbrechen" ausgeschlossen, in den übrigen Fällen war sie praktisch aussichtslos, weil sie nur Formfehler und "offensichtliche Ungerechtigkeit" angreifen durfte.

Die Verurteilten wurden zum Strafvollzug meist den Zuchthäusern in der SBZ zugewiesen; "gefährliche politische Verbrecher" wurden in sowjetische "Besserungsarbeitslager" (ITL) in der Sowjetunion übergeführt. Dort blieben sie für ihre Angehörigen verschollen, während den Insassen der Zuchthäuser ein beschränkter Briefverkehr gestattet war. ...

Seit dem Inkrafttreten des "Abkommens über Fragen, die mit der zeitweiligen Stationierung sowjetischer Streitkräfte auf dem Territorium der DDR zusammenhängen" am 27.4.1957 sind die sowjetischen Militärtribunale (SMT) nur noch für die Aburteilung strafbarer Handlungen von Angehörigen der sowjetischen Streitkräfte oder deren Familienangehörigen zuständig, die gegen die Sowjetunion, gegen Armeeingehörige oder deren Familienangehörige gerichtet oder bei Ausübung dienstlicher Obliegenheiten begangen worden sind.<<

In Ost-Berlin begann am 27. April 1957 die Gründungskonferenz des Deutschen Turn- und Sportbundes.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über den "Sport" in der SBZ (x009/412-413): >>... 1957 wurde der "Deutsche Turn- und Sportbund" (DTSB) gebildet, der alle Aufgaben des damit aufgelösten DSA übernahm. ... Die Industrie-Sportvereinigungen nach sowjetischem Muster bilden die Grundlagen des Sports.

Sie sind selbständige Organisationen der Gewerkschaften, die 10 % des gesamten Beitragsaufkommens für den Sport verwenden müssen. Sie heißen für alle Sportarten: Aktivist (IG Bergbau), Aufbau (IG Bau Holz), Empor (IG Handel), Einheit (IG VBV), Fortschritt (IG Textil), Chemie (IG Chemie), Lokomotive (IG Post, Transport und Verkehr), Medizin (IG Gesundheitswesen), Motor (IG Metall), Rotation (IG Druck und Papier), Stahl (IG Metallurgie), Turbine (IG Energie), Wismut (IG Wismut) und Wissenschaft (IG Erziehung, Wissenschaft).

Außerdem gibt es die Sportvereinigungen "Vorwärts" und "Dynamo" der Nationalen Volksarmee und der Volkspolizei.

Die Grundeinheiten der Sportvereinigungen sind die Betriebssportgemeinschaften (BSG).

Den Berufssportler gibt es in der "sozialistischen Gesellschaftsordnung" nicht. An seine Stelle ist der Staatsamateur getreten.

Auf Anweisung des Komitees für Körperkultur und Sport sind in vielen Sportarten "Schwerpunkte" gebildet worden. In diesen Sportclubs werden die Spitzensportler unter besonders qualifizierten Trainern zusammengezogen. Die Spitzensportler erhalten, ohne zu arbeiten, hohe Gehälter und genießen als "Repräsentanten der DDR" eine Vorzugsstellung und besondere Verehrung (z.B. Straßenradrennfahrer Gustav Adolf (Täve) Schur oder Skispringer Helmut Recknagel).

Dafür müssen sie sportliche Höchstleistungen vollbringen - bis 1960 sollten sämtliche deutschen Rekorde im Besitz der SBZ sein - und sich als Agitatoren für die Politik der SED betätigen. ...

... Der Förderung des Wehrsports dient das dem entsprechenden sowjetischen Wehrsportabzeichen nachgebildete Sportleistungsabzeichen "Bereit zur Arbeit und zur Verteidigung des Friedens".

Geländemarsch, Hindernislauf und Kleinkaliberschießen gehören zu den Übungen für Män-

ner, Frauen und Jugendliche. ...<<

Die "BILD-Zeitung" berichtete am 1. Mai 1957: >>Tempo 50 in geschlossenen Ortschaften
Die 14.811 Verkehrstoten des Vorjahres führen zu einem Tempolimit von 50 km/h innerhalb geschlossener Ortschaften.<<

Am 9. Mai 1957 trat der zwischen der Sowjetunion und der DDR abgeschlossene Vertrag für die sowjetischen Besatzungstruppen in Kraft.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die sowjetischen "Besatzungstruppen" in der SBZ (x009/67): >>... Erst seit dem 9.5.1957 (also lange nach der formellen Beendigung der Besatzungspolitik), gilt für die sowjetischen Besatzungstruppen der ... zwischen der Sowjetunion und der DDR abgeschlossene Truppenvertrag.

In dessen Einleitung findet sich die formelhafte Erklärung, er regle die "zeitweilige Stationierung sowjetischer Streitkräfte auf dem Territorium der DDR".

Im Vertrag wird u.a. behauptet,

1. die Anwesenheit der sowjetischen Besatzungstruppen beeinträchtigt nicht die "Souveränität der DDR";

2. die Stärken, Standorte und zusätzliche Manövergebiete der sowjetischen Besatzungstruppen würden mit der Regierung der DDR beraten und vereinbart. ...

Diese Scheinzugeständnisse an die Regierung der SBZ entwertet der § 18:

"Im Falle der Bedrohung der Sicherheit der sowjetischen Streitkräfte, die auf dem Territorium der DDR stationiert sind, kann das Oberkommando der sowjetischen Streitkräfte in der DDR bei entsprechender Konsultation der Regierung der DDR und unter Berücksichtigung der entstandenen Lage ... Maßnahmen zur Beseitigung einer derartigen Bedrohung treffen."

Dieser § 18 legt auch formell die Macht über die SBZ in die Hand der sowjetischen Besatzungstruppen, sofern deren Oberkommando oder die Sowjetregierung es für notwendig halten. Die strenge Geheimhaltung der sowjetischen Besatzungstruppen und ihre Absperrung gegen die Bevölkerung machen genaue Angaben über Stärke und Standorte unmöglich.

Die "Gruppe der sowjetischen Truppen in Deutschland" (Hauptquartier Wünsdorf südlich von Berlin) zählt unter dem Marschall J. E. Konjew mindestens 350.000 Mann; einschließlich aller Nachschubverbände, Stabs- und Verwaltungskräfte wahrscheinlich sogar 400.000 Köpfe. ...<<

Vor dem nordamerikanischen Repräsentantenhaus erklärte der US-Abgeordnete Carroll Reece am 16. Mai 1957, daß Vorgänge bei der Vertreibung der Ostdeutschen als Völkermord eingestuft werden müssen (x028/230, x150/44): >>Während die UN-Konvention über Verhinderung und Bestrafung von Völkermord die Umsiedlung einer Bevölkerung nicht als Form des Völkermords erfaßt, würden dennoch Umsiedlungen, die zu Vertreibungen führen und mit dem Tod von Millionen enden, in die Kategorie des Völkermords fallen. ...<<

>>... Die Vertreibung war ein Unrecht, eine schwere Verletzung der Regeln des Völkerrechts, der Gesetze der Humanität, der Prinzipien der internationalen Moral.<<

Die Bundesregierung verkündete am 26. Juni 1957 das Gesetz über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1957 (x182/220): >>... Von den Ausgaben in Höhe von 32,3 Milliarden DM entfallen 32,5 % auf Sozialleistungen und 24,7 % auf Verteidigungskosten.<<

Das polnische Außenministerium kritisierte am 4. August 1957 die "Berliner Erklärung" der Westmächte (x125/181): >>... Der herrschende Gedanke der Erklärung ist das Bestreben, die Deutsche Demokratische Republik aufzusaugen und dadurch ganz Deutschland dem Atlantikpakt zuzuführen und dem so vereinigten Deutschland volle Rüstungsfreiheit zu sichern.

Das muß ernsthaft die Bedrohung Polens und die Einbeziehung einer Reihe von Staaten in die abenteuerliche militaristische Politik deutscher Kreise verstärken. ...<<

Nach einem Bericht der "Neuen Zürcher Zeitung" vom 13. August 1957 sollen von den

650.000 Madjaren, die vor dem Krieg in der Slowakei lebten, noch 300.000 Madjaren im Land sein (x004/175).

Nach einer Pressemeldung des "Münchener Merkur" vom 20. August 1957 sollen sich noch 123 verurteilte Deutsche in tschechischen Gefängnissen befinden. Darunter war z.B. auch der ehemalige Wehrmachtsgeneral Toussaint (x004/79).

Der polnische Ministerpräsident Jozef Cyrankiewicz (1911-1989) sprach am 1. September 1957 bei einer Gedenkfeier in Breslau (x125/132): >>... Ein paarmal hat der Kanzler Adenauer erklärt, daß er durch ein zu positives Verhältnis zu Polen nicht unsere Situation gegenüber der Sowjetunion erschweren wolle.

Wir schätzen diese Sorge auf das vollste und wir verstehen diese Sorge. Aber wir verstehen sie so, wie sie jeder politisch denkende Mensch verstehen muß: in der genauen Umkehrung.

Das Ziel dieser Erklärungen war natürlich nur der Versuch, zwischen Polen und der Sowjetunion Mißtrauen zu säen, ein Versuch, der zwar in der Gesamtkonzeption der Politik der Bundesrepublik gegenüber Polen verständlich ist.

Wir können aber Herrn Adenauer versichern, daß - unabhängig von seiner Sorge und trotz seiner Deklaration - unsere Beziehungen zur Sowjetunion sich günstig gestalten und sich auf stärkere Grundlagen als jemals stützen. ...<<

Bei der 3. Bundestagswahl am 15. September 1957 erhielten die Parteien folgende Wählerstimmen (x089/82): >>CDU/CSU = 50,2 %, SPD = 31,8 %, FDP = 7,7 %, BHE = 4,6 %, DP = 3,4 %, Sonstige = 2,3 % (die KPD ist seit 1956 verboten).<<

Die jugoslawische Regierung erkannte am 16. September 1957 die Oder-Neiße-Linie an (x155/58): >>... Sie betrachte die bestehende Oder-Neiße-Linie ... als endgültige polnisch-deutsche Grenze.<<

Während der Fahrt von Buenos Aires nach Hamburg geriet das 1905 gebaute Segelschulschiff "Pamir" am 21. September 1957 südwestlich der Azoren in einen schweren Sturm. Als sich der Großsegler nach schweren Sturmböen plötzlich auf die Seite legte, verrutschte die Schiffsladung (Gerste) unaufhaltsam nach Backbord, so daß die "Pamir" kenterte und sank.

Von den 86 deutschen Besatzungsmitgliedern des Viermasters (darunter waren 51 Schiffsoffiziere der Handelsmarine) konnten nur 6 Seeleute gerettet werden (x175/519).

Das Präsidium des Bundes der vertriebenen Deutschen kritisierte am 3. Oktober 1957 Adenauers Rede (vom 22.09.1957) im nordamerikanischen CBS-Fernsehsender (x155/59-60): >>... "Unter Recht auf Heimat verstehe ich, daß die Leute in das Land, aus dem sie vertrieben sind, zurückkehren können."

Es ist dabei mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck gekommen, daß damit die Rückkehr unter eine fremde Staatshoheit verstanden werden muß.

Der Bundeskanzler hat weiter die Einordnung in eine höhere wirtschaftliche Ordnung gefordert und dabei auf die Montan-Union und den gemeinsamen Markt hingewiesen. Er hat weder politische noch staatsrechtliche oder völkerrechtliche Ansprüche geltend gemacht, auch das Selbstbestimmungsrecht nicht erwähnt und ausdrücklich erklärt:

"Ich habe immer das Recht auf die Heimat betont, auf den Platz, wo man geboren wurde. Ich habe niemals gesagt, was darüber hinausgeht." ...

Der Bundeskanzler hat dem Begriff "Recht auf die Heimat" eine Auslegung gegeben, die es zu einem reinen Aufenthaltsrecht degradiert. ...

Es trifft nicht zu, daß Herr Dr. Adenauer niemals mehr als dieses Recht auf die Heimat gefordert hat. Schon in der Neujahrsbotschaft 1946/47 hat er die Erklärung abgegeben:

"Kein christlich-demokratischer Staatsmann wird jemals die Oder-Neiße-Grenze anerkennen."

...

Der deutsche Bundesaußenminister hat in Anwesenheit des Herrn Bundeskanzlers am 28. Juni 1956 vor dem Deutschen Bundestag erklärt:

"Die Bundesregierung hat sich niemals mit der Teilung Deutschlands abgefunden. In voller Übereinstimmung mit dem erklärten Willen des ganzen deutschen Volkes hat sie immer wieder darauf hingewiesen, daß das Deutsche Reich in seinen Grenzen von 1937 fortbesteht und daß einseitige Entscheidungen, die in den Jahren nach dem völligen Zusammenbruch getroffen wurden, vom deutschen Volk nicht anerkannt werden." ...<<

Die jugoslawische Regierung erkannte am 15. Oktober 1957 die DDR an (Aufnahme diplomatischer Beziehungen).

Nach Anerkennung der DDR durch Jugoslawien und Aufnahme von diplomatischen Beziehungen brach die Bundesrepublik Deutschland am 19. Oktober 1957 ihre politischen Verbindungen mit Jugoslawien ab (x006/625).

Der polnische KP-Politiker Gomulka (1905-1982, von 1956-1970 Erster Sekretär des ZK) erklärte während einer Rede am 21. Oktober 1957 (x125/182): >>Die Westgebiete sind für Polen eine Frage um Leben und Tod, und jeder Pole weiß das! ...<<

BGH-Präsident Hermann Weinkauff (1894-1981) erklärte am 24. Oktober 1957 während einer Gedenkansprache für die von der sowjetischen Geheimpolizei verhafteten Mitglieder des Reichsgerichts und der Reichsanwaltschaft (x026/94-95): >>Nach dem Zusammenbruch des Jahres 1945 wurde Leipzig der Sitz des Reichsgerichts und der Reichsanwaltschaft am Reichsgericht, zunächst von amerikanischen Truppen besetzt. Diese zogen nach etwa 2 Monaten wieder ab, und russische Truppen rückten ein.

Einige Wochen danach wurden schlagartig an einem Tage etwa 35 Mitglieder des Reichsgerichts und der Reichsanwaltschaft von der russischen Geheimpolizei verhaftet und zunächst in die Gefängnisse, später in das Lager Mühlberg an der Elbe gebracht. ... Später folgten noch einige Verhaftungen, so daß schließlich 38 oder 39 Mitglieder des Reichsgerichts und der Reichsanwaltschaft im Lager Mühlberg saßen. ...

Von den 38 Verhafteten starben 34 in der Gefangenschaft, und zwar ganz überwiegend schon im ersten oder im zweiten Jahre. Einige wenige kamen später in das Lager Buchenwald und wurden dann bis auf einen in den berühmten Waldheimer Prozessen unter nichtigen Vorwänden zu durchschnittlich 25 Jahren Zuchthaus verurteilt und später nach etwa einem Jahrzehnt im "Gnadenweg" entlassen. Wenn ich richtig unterrichtet bin, starb einer der Entlassenen auf besonders tragische Weise noch auf der Rückfahrt in seine Heimat.

Von den 38 Verhafteten haben also nur 3 die mörderische Haft überlebt. 2 von ihnen sind heute unter uns. Ebenso sind einige Frauen und Kinder der Verstorbenen hier.

Warum starben alle diese Männer so rasch und so unaufhaltsam? ...

Sie wurden unmenschlich behandelt, sie waren so unmenschlich untergebracht und ernährt und sie wurden zu so unmenschlichen Arbeitsleistungen gezwungen, daß jeder, der nicht ganz außergewöhnliche Kraftreserven, körperliche und seelische besaß, diesem furchtbaren Regime rasch erliegen mußte.

Sie sollten ihm erliegen und sie sind ihm erlegen. Die größte Schuld trägt der kommunistische deutsche Lagerleiter, der von einem infernalischem Haß gegen das Reichsgericht beseelt war und der ständig öffentlich verkündete, alle Reichsgerichtsräte müßten verrecken.

Ein Wort noch über die Behandlung der Frauen und der Familien der Verhafteten. Niemand erhielt die Frauen die geringste Nachricht, wo man ihre Männer hingebracht habe und was mit ihnen geworden sei. ... Auch von dem Tod ihrer Gatten erhielten die Frauen niemals Nachricht. Sehr viele Frauen hofften immer noch auf die Rückkehr ihrer Männer, die sie völlig schuldlos wußten, während diese schon längst schmachvoll irgendwo in dem Lager verscharrt waren. ...

Warum rühren wir heute wieder an diese Dinge? Warum enthüllen wir heute im Bundesgerichtshof diese schlichte Gedenktafel, die das Andenken an die Opfer eines mörderischen Regimes wachhalten soll?

Gewiß kann man sagen: Hier wurden die namenlosen Greuel des nationalsozialistischen Regimes mit ebenso namenlosen Gegengreueln beantwortet, die mit den NS-Greueln auch das gemeinsam hatten, daß sie ebenso blind, fühllos und rechtlos zuschlugen wie jene.

Aber einmal muß ja dieser tödliche Zirkel von Greueln und Gegengreueln durchbrochen werden, und einmal muß der rettende Absprung gefunden werden. Einmal müssen die Wahrheit und das Recht wieder siegen, und sei es auch nur in den Herzen der Menschen.

Es geziemt sich gerade für die Männer des Rechtes, im Bekenntnis zu diesem Glauben der unschuldigen Opfer und der Märtyrer des Unrechtes zu gedenken, die stellvertretend für uns gelitten haben, ihr Andenken zu ehren und sich vor ihrem Schicksal in Ehrfurcht zu neigen.

...<<

In Bonn billigten die Delegierten der Vertriebenenverbände die gemeinsame Satzung für den Zusammenschluß ihrer Verbände und gründeten am 27. Oktober 1957 den "Bund der Vertriebenen (BdV) - Vereinigte Landsmannschaften und Landesverbände".

Der deutsche Journalist Ekkehard Kuhn schrieb später in seinem Buch "Nicht Rache, nicht Vergeltung ..." über den "Bund der Vertriebenen" (x024/313-314): >>Das sich die deutschen Vertriebenen als Schicksalsgemeinschaft bei erster Gelegenheit in Organisationen zusammenschlossen, war selbstverständlich. Daß es ihnen jahrelang von den alliierten Siegermächten verboten worden war, kennzeichnet das schlechte Gewissen der Sieger, die bei dem Unrecht der Vertreibung mitgewirkt hatten.

Die Westmächte fürchteten die Vertriebenen als politische Kraft. Eine Organisation, so glaubten sie, würde ihre Eingliederung in die westdeutsche Gesellschaft verhindern oder zumindest verzögern. Eine schnelle Integration aber lag im Interesse der Alliierten, um einen möglichen Unruheherd zu beseitigen.

Die Organisationen der deutschen Vertriebenen bestehen auch heute noch ...

Natürlich wäre es für alle, die die Vertreibung der Deutschen vergessen machen wollen, bequem, wenn es die Organisationen der Vertriebenen nicht mehr gäbe. Ihr ständiges Mahnen, die Teilung Deutschlands zu überwinden, ihr Hinweis auf die "offene deutsche Frage" ist ihnen jedenfalls lästig.

Für diejenigen, die glauben, daß die Entspannung mit dem Osten auch um den Preis weitgehender Zugeständnisse erkaufte werden müsse, wirken die Vertriebenenorganisationen mit ihrem starren Festhalten an jahrzehntealten Prinzipien natürlich als "Störenfriede". ...<<

Nach seiner Wiederwahl bildete Bundeskanzler Konrad Adenauer am 29. Oktober 1957 eine Koalitionsregierung aus CDU/CSU und FDP.

Die "BILD-Zeitung" berichtete am 29. Oktober 1957 über das Schicksal der Vertriebenen:
>>**"DREIGETEILT - NIEMALS"**

Vertriebene fordern Recht auf Heimat

Der Bund der Vertriebenen (BvD) und 14 Landsmannschaften sprechen fortan mit einer Stimme. Beide Organisationen schließen sich zum Bund der Vertriebenen – Vereinigte Landsmannschaften und Landesverbände (BdV) zusammen. Schon in ihrer Charta von 1950 haben die Vertriebenenverbände feierlich auf Rache und Vergeltung verzichtet und gleichzeitig das Recht auf Heimat verteidigt ("dreigeteilt – niemals").

In der Nichtanerkennung der Nachkriegsgrenzen sind sie sich einig mit dem größten Teil der westdeutschen Bevölkerung und der offiziellen Bonner Politik. ...

Wurden noch bei der Volkszählung 1950 fast 8 Millionen Vertriebene in der Bundesrepublik und in West-Berlin gezählt, so sind es 1957 mehr als 10 Millionen. 400.000 von ihnen müssen noch in mehr als 3.000 Lagern leben. Die meisten dieser Baracken-Lager stehen in Niedersachsen.

Anfängliche Befürchtungen, die soziale Not der Vertriebenen und Flüchtlinge werde jahrzehntelang andauern und vor allem die von ihnen bewohnten Lager würden sich zum Herd eines

gefährlichen politischen Radikalismus entwickeln können, bewahrheiteten sich nicht.

In zunehmendem Maße leben sich die Bürger ein. Die Gründung eigener Städte und Ortschaften, wie Ennepetal-Milspe und Espelkamp in Nordrhein-Westfalen oder Neu Gablonz in Bayern, bleiben die Ausnahme. Die Integration der Vertriebenen stellt eine der ganz großen Aufbauleistungen der frühen Bundesrepublik dar.<<

Die zuständigen SED-Behörden beschlossen am 4. November 1957, durch verstärkte Agitation und administrativen Druck alle Jugendlichen für die Jugendweihe zu gewinnen.

Die Demarkationslinie wurde seit dem 16. November 1957 amtlich als "Staatsgrenze West" bezeichnet.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die "Demarkationslinie" (x009/90-92): >>Die Trennung zwischen der SBZ und der Bundesrepublik verläuft von der Lübecker Bucht nach Süden bis an die Elbe, schließt Mecklenburg, die ehemalige preußische Provinz Sachsen sowie Thüringen ein und trifft ostwärts von Hof auf die tschechoslowakische Grenze.

Diese Linie ist keine Grenze, sondern eine Demarkationslinie. ... Die Demarkationslinie ist 1.381 km lang. Seit 1952 befindet sich außer Wachttürmen und elektrisch geladenem Stacheldraht auf der sowjetzonalen Seite der Demarkationslinie ein Sperrgebiet.

Auch die derzeitige Grenzlinie zwischen der SBZ und Polen (Oder-Neiße-Linie) ist nach dem Potsdamer Abkommen nur eine Demarkationslinie, nicht aber eine Staatsgrenze.

Auf der Demarkationslinie duldet die Regierung der SBZ nur wenige Übergänge (Kontrollpunkte), die nicht als Grenzübergänge bezeichnet werden dürfen. Es sind die folgenden Übergänge auf der Interzonen-Demarkationslinie (auf der Seite der Bundesrepublik):

1. Lübeck-Schlutup (Straße),
2. Lübeck (Bahn),
3. Büchen, südlich von Lübeck (Bahn),
4. Lauenburg/Elbe in Holstein (Straße),
5. Hohnstorf, Bezirk Lüneburg (Elbe),
6. Schnackenburg, Bezirk Lüneburg (Elbe),
7. Rühren, nordwestlich von Wolfsburg, Bezirk Braunschweig (Mittellandkanal),
8. Vorsfelde, östlich von Wolfsburg, Bezirk Braunschweig (Bahn),
9. Helmstedt, Bezirk Braunschweig (Autobahn),
10. Helmstedt, Bezirk Braunschweig (Bahn),
11. Walkenried, südlich von Goslar, Bezirk Braunschweig (Bahn),
12. Herleshausen/Werra, Bezirk Kassel (Autobahn),
13. Hönebach, östlich von Bebra, Bezirk Kassel (Bahn),
14. Widdershausen, östlich von Bebra, Bezirk Kassel (Bahn),
15. Philippstal, südöstlich von Bebra, Bezirk Kassel (Bahn),
16. Ludwigstadt, Bezirk Oberfranken (Bahn),
17. Töpen, Bezirk Oberfranken (Autobahn),
18. Hof, Bezirk Oberfranken (Bahn). ...<<

Der polnische KP-Politiker Gomulka (1905-1982, von 1956-1970 Erster Sekretär des ZK) erklärte am 28. November 1957 in einer Rede vor dem polnischen Zentralen Parteiaktiv (x125/132-133): >>... Der Staat und die Partei werden immer die Unantastbarkeit und Souveränität Polens schützen, eine Politik der Einheit Polens mit den sozialistischen Ländern führen, eine Politik der Verstärkung der Verbundenheit zwischen den Staaten des sozialistischen Lagers.

Mit einer solchen Propaganda, die die Interessen Polens verletzt, sind die Politiker und Presseorgane der Bundesrepublik Deutschland hervorgetreten, als sie die Frage diplomatischer Beziehungen zu Polen berührt haben.

Sie gingen oder gehen noch weiter von der Voraussetzung aus, daß solche Beziehungen für die deutsche Bundesrepublik nur insoweit von Vorteil sein könnten, wie sie dazu beitragen würden, die Bande zu lockern, die Polen mit dem Block der sozialistischen Staaten und besonders mit der Deutschen Demokratischen Republik und der Sowjetunion verbinden.

Darauf beruht der wirkliche Sinn ihres Geschwätzes über ein "freies Polen" mit dem – nach dieser Propaganda – die deutsche Bundesrepublik ohne Schwierigkeiten alle Streitfragen lösen könnte.

Es ist nicht ganz klar, was bei solcher Propaganda bemerkenswerter ist – ob die naive Rechnung auf den Mangel am politischen Verstand der Polen oder einfach die Unverschämtheit.

Wie ein solches "freies Polen" in der Isolierung und der Unterstützung durch deutsche und andere Militaristen aussehen würde – darüber braucht man wohl kaum zu sprechen, wir wissen das aus der Praxis des letzten Weltkrieges.

Wir sind der Ansicht, daß sowohl für das polnische Volk wie auch für das ganze deutsche Volk die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu der deutschen Bundesrepublik nur dann von Nutzen ist, wenn diese Beziehungen den Interessen des Friedens dienen und zur Entspannung der Situation in Europa und der Welt beitragen.<<

Gemäß Strafrechtsergänzungsgesetz vom 11. Dezember 1957 wurde der Tatbestand der "Verleitung zum Verlassen der DDR" gesetzlich festgelegt.

Durch das Gesetz zur Abänderung des Paßgesetzes vom 11. Dezember 1957 verbot die Volkskammer das Verlassen der DDR ohne Erlaubnis (auch die Reise in das Bundesgebiet und nach West-Berlin).

Das Paßänderungsgesetz sah für "Republikflucht" Gefängnisstrafen bis zu 3 Jahren vor.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über das "Paßwesen" in der SBZ (x009/322-323): >>... Für jeden Grenzübertritt von oder nach dem Ausland wird ein Paß mit eingetragendem Visum benötigt. (Das gilt nicht für den innerdeutschen Reiseverkehr, Interzonenverkehr).

Bewohner der SBZ erhalten einen Paß stets nur für eine bestimmte Reise gegen Abgabe des Personalausweises. Nach Rückkehr muß der Paß binnen 3 Tagen nach dem Grenzübertritt bei dem für den Wohnsitz zuständigen Volkspolizeikreisamt wieder abgegeben werden.

Wer ohne die erforderliche Genehmigung das Gebiet der SBZ verläßt oder betritt oder wer die ihm vorgeschriebenen Reiseziele, Reisewege oder Reisefristen nicht einhält oder für sich oder einen anderen durch Angaben eine Reisegenehmigung erschleicht, wird mit Gefängnis bis zu 3 Jahren bestraft. Auch Vorbereitung und Versuch sind strafbar.

Seit dem Erlaß des Paßänderungsgesetzes vom 11.12.1957 gelten diese Strafbestimmungen auch im innerdeutschen Reiseverkehr. Sie haben hier und bei der Bestrafung der Republikflucht erst besondere Bedeutung erlangt.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über den "Interzonenverkehr" (x009/192-193): >>a) Personenverkehr. Nach der Kapitulation mußten laut Beschluß des Kontrollrats alle Personen, die aus einer Besatzungszone in eine andere reisen wollten, einen durch die Besatzungsmacht ausgestellten Interzonenpaß besitzen.

Während mit der Vereinigung der westlichen Besatzungszonen der Interzonenpaß dort wegfiel, wurde der Interzonenverkehr mit der SBZ, vornehmlich seit der Währungsreform und der Berliner Blockade erheblich erschwert.

Besucher aus der Bundesrepublik benötigten zusätzlich eine Aufenthaltsgenehmigung der sowjetzonalen Behörden, die von den in der SBZ wohnenden Angehörigen oder Freunden beantragt werden muß. Auch Reisende zwischen West-Berlin und der Bundesrepublik benötigen auf Grund von Viermächteabmachungen in beiden Richtungen einen Interzonenpaß.

Bis zum Juni 1953 wurden in der SBZ Interzonenpässe nur in Ausnahmefällen ausgegeben. Seit der Verkündung des "Neuen Kurses" entfaltete sich der reguläre Interzonenverkehr zu

beträchtlichem Ausmaß.

Der Interzonenpaßzwang wurde durch die Westmächte am 16.11.1953 aufgehoben. Die SBZ schloß sich diesem Schritt an mit der Einschränkung, daß bei Einreisen in die SBZ weiterhin eine Aufenthaltsgenehmigung erforderlich war, während Ausreisende für die Dauer ihrer Reise ihren Personalausweis gegen eine polizeiliche Personalbescheinigung umtauschen mußten..

...

In den Jahren 1954 bis 1957 blieb ein beträchtlicher und von Jahr zu Jahr zunehmender Teil der im Interzonenverkehr Eingereisten in der Bundesrepublik ...

Im Sommer 1957 steigerte die SED ihre Bemühungen, den Reiseverkehr in die Bundesrepublik einzudämmen, bis zu direkten Verboten von Westreisen für bestimmte Personengruppen (Studenten, Oberschüler, Angehörige von Staatsjugendorganisationen usw.). Ende 1957 wurde diese Maßnahme noch verschärft.

Bis dahin waren nur Auslandsreisen ohne Genehmigung strafbar, ... wenn die Antragsteller Verwandte in der Bundesrepublik Deutschland hatten, die ohne polizeiliche Abmeldung die Zone verlassen hatten, wurde die Ausreisegenehmigung versagt. Außerdem mußten Unbedenklichkeitsbescheinigungen der Betriebe, in denen die Antragsteller tätig waren, vorgelegt werden. Es sind Fälle bekannt geworden, in denen der Bürgermeister und ein weiterer Bewohner die Bürgerschaft für die rechtzeitige Rückkehr des Antragstellers in die DDR übernehmen mußten. ...

Der Reiseverkehr zwischen der Bundesrepublik und West-Berlin ist an sich im Potsdamer Abkommen geregelt. Nur die Interzonenzüge, die zugelassenen Autobahnen und die kontrollierten Luftkorridore dürfen benutzt werden. Im allgemeinen wickelte sich der Verkehr ohne Reibungen ab, doch kamen immer wieder Behinderungen und Schikanen durch die sowjetzonalen Organe an den Grenzübergangsstellen vor.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die "Republikflucht" (x009/368-369): >>... "Wer ohne erforderliche Genehmigung das Gebiet der DDR verläßt, ... wird mit Gefängnis bis zu 3 Jahren oder mit Geldstrafe bestraft. Vorbereitung und Versuch sind strafbar."

Mit dieser gesetzlichen Neuregelung wurde das in der Verfassung garantierte Grundrecht der Freizügigkeit und das Recht auf Auswanderung endgültig beseitigt. Im Gegensatz zum bisherigen Zustand kann jetzt schon jede tatsächliche oder vermeintliche Vorbereitungshandlung zum Verlassen der SBZ wie das vollendete Delikt der Republikflucht mit Gefängnis bis zu 3 Jahren geahndet werden.

Der "Republikflüchtling" verliert praktisch sein in der SBZ zurückgelassenes Vermögen. Personen, die Bürger der "DDR" zum Verlassen der Zone bewegen, werden wegen Abwerbung zu hohen Freiheitsstrafen verurteilt.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die "Rückkehrer" in die SBZ (x009/372-373): >>Von den zahlreichen Flüchtlingen kehren manche nach einiger Zeit aus familiären oder aus wirtschaftlichen Gründen in die SBZ zurück.

Auch abenteuerlustige Jugendliche und asoziale Menschen, die häufig zwischen Ost und West hin- und herwandern, sind darunter.

Die Zahl der Rückkehrer kann nicht genau ermittelt werden, da viele ohne behördliche Abmeldung das Bundesgebiet verlassen. ... Amtliche Stellen in der Bundesrepublik schätzen, daß von 100 Flüchtlingen höchstens 10 in die SBZ zurückkehren. Viele der Rückkehrer flüchten später erneut nach dem Westen, vielfach schon bald nach der Rückkehr wegen der eingehenden politischen Durchleuchtung. Der Staatssicherheitsdienst bemüht sich, die unter einem gewissen Druck wegen der früheren Republikflucht stehenden Rückkehrer zu Spitzeldiensten zu nötigen.

Die SED hat sich stets bemüht, Flüchtlinge zur Rückkehr und Bürger der Bundesrepublik zur

Übersiedlung in die SBZ (Umsiedler) zu veranlassen, um die negativen Auswirkungen der Massenflucht aus der SBZ abzuschwächen und den Eindruck einer Fluchtbewegung aus der Bundesrepublik in die SBZ zu erwecken. Die Machthaber der SBZ haben deshalb schon 1953 nach Verkündung des "Neuen Kurses" den Flüchtlingen versprochen, daß ihnen bei freiwilliger Rückkehr keine Nachteile wegen ihrer Flucht erwachsen würden.

Durch das Paßänderungsgesetz vom 11.12.1957, das die Republikflucht ausdrücklich mit Gefängnis bis zu 3 Jahren bedrohte, wurden diese Bemühungen gestört. Da den Flüchtling jetzt mit Sicherheit ein Strafverfahren erwartete, ging die Zahl der Rückkehrer ... merklich zurück. ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die "Umsiedler" (x009/447): >>Ursprünglich Bezeichnung der Heimatvertriebenen aus den deutschen Ostgebieten.

Umsiedler werden heute Personen genannt, die aus Westdeutschland in die SBZ übersiedeln. Während jede Verleitung zur Republikflucht in der SBZ als Staatsverbrechen bestraft wird, bemüht sich die SED, Bürger der Bundesrepublik zur Übersiedlung in die SBZ zu veranlassen. Mit großem propagandistischem Aufwand soll der negative Eindruck der Massenflucht aus der SBZ verwischt und der Anschein einer Fluchtbewegung aus dem Westen in die Zone erweckt werden.

Die in der SBZ veröffentlichten Zahlen der Umsiedler entbehren ebenso wie der der Rückkehrer jede Grundlage. Soweit nicht familiäre Gründe vorliegen, handelt es sich bei der Mehrzahl der Umsiedler um gescheiterte Existenzen, die sich häufig gerichtlichen Verfahren entziehen wollen.

Mitgliedern der ehemaligen KPD, die ohne dringenden Grund in die SBZ übersiedeln wollen, wird grundsätzlich die Einreise in die SBZ verweigert. Sie sollen in der Bundesrepublik bleiben und dort die politischen Ziele der SED unterstützen.

Die Umsiedler werden zunächst in Umsiedler-Lager eingewiesen. Hier werden sie eingehend vom Staatssicherheitsdienst politisch durchleuchtet, der häufig diese Gelegenheit benutzt, solche Umsiedler, die wegen krimineller Delikte die Bundesrepublik verlassen haben, zu Spitzeldiensten zu verpflichten. Unzuverlässig erscheinende oder kriminelle Umsiedler werden manchmal wieder in die Bundesrepublik abgeschoben. ...

Nach einer Anweisung des Justizministeriums dürfen Umsiedler für Schulden aus Teilzahlungsgeschäften, die sie vor ihrer Übersiedlung im Westen abgeschlossen haben, grundsätzlich nicht in Anspruch genommen werden.

Die Zwangsvollstreckung aus westdeutschen Schuldtiteln wird grundsätzlich nicht genehmigt.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die "Gesellschaftsgefährlichkeit" in der SBZ (x009/154-155): >>Schon Fechner hatte ausgeführt, daß eine Handlung oder Unterlassung immer dann mit Strafe zu ahnden sei, wenn sie das "Element der Gesellschaftsgefährlichkeit" enthalte, daß aber eine Bestrafung trotz Erfüllung eines strafrechtlichen Tatbestandes nicht erforderlich sei, wenn dieses Element fehle.

Hilde Benjamin brachte dies noch schärfer zum Ausdruck ("Neue Justiz" 1954, S. 453 ff.) und berief sich dabei auf den "materiellen Verbrechensbegriff" in dem Art. 8 des Strafkodex der RSFSR.

Das Strafrechtsergänzungsgesetz vom 11.12.1957 führt entsprechend diesen Meinungsäußerungen führender Justizfunktionäre und nach dem sowjetischen Vorbild den materiellen Verbrechensbegriff in das Strafrecht ein. Nach § 8 des Gesetzes liegt eine Straftat nicht vor, "wenn die Handlung zwar dem Wortlaut eines gesetzlichen Tatbestandes entspricht, aber wegen ihrer Geringfügigkeit und mangels schädlicher Folgen für die DDR, den sozialistischen Aufbau, die Interessen des werktätigen Volkes sowie des einzelnen Bürgers nicht gefährlich

ist".

§ 9 bestimmt, daß Bestrafung unterbleibt, "wenn zur Zeit der Durchführung des Strafverfahrens die Tat nicht mehr als gesellschaftsgefährlich anzusehen ist, oder wenn nach der Tat im gesamten Verhalten des Täters eine grundlegende Wandlung eingetreten ist, die erwarten läßt, daß er die sozialistische Gesetzlichkeit achten wird".

Körperverletzung gegenüber einem "Provokateur" ist "mangels schädlicher Folgen für die DDR, den sozialistischen Aufbau und die Interessen der Werktätigen" keine strafbare Handlung (Oberstes Gericht in "Neue Justiz" 1960, S. 68).<<

Anstatt der kirchlichen Taufe wurde am 25. Dezember 1957 erstmalig die staatliche "Namensweihe" (auch sozialistische Namensgebung) durchgeführt.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die "Namensweihe" in der SBZ (x009/301): >>Am ersten Weihnachtstag 1957 wurden in Altenburg 3 Kinder vom Beauftragten für Personenstandswesen durch einen festlichen Akt "in die sozialistische Gemeinschaft aufgenommen".

Nach diesem Vorbild und mit Vorschlägen für eine atheistische "Liturgie" sucht die SED die Taufe durch einen pseudosakralen Staatsakt, die Namensweihe (früher als "sozialistische Namensgebung" bezeichnet), zu verdrängen; die Eltern leisten dabei ein "sozialistisches Gelöbnis"; häufig dient ein Sparkassenbuch für das Kind als Lockmittel. Der Vollzug der Namensweihe wird in das Familienstammbuch eingetragen.<<

Im Jahre 1957 flohen 261.622 Deutsche aus der Sowjetzone in den Westen.

Dr. Anton Reithinger kritisierte in seinem Buch "Soziale Marktwirtschaft auf dem Prüfstand" im Jahre 1957 die Mängel des Lastenausgleichsgesetzes (x024/243-244): >>Die Gesamtziffer der Einnahmen aus dem Lastenausgleich zeigt deutlicher als Einzelbeispiele den wahren Charakter dieses Gesetzes.

Die Summe der Einnahmen aus dem Lastenausgleich betrug in den letzten Jahren 2 bis 2,5 Milliarden DM, d.h. weniger als das Aufkommen aus der Tabaksteuer oder knapp ein Viertel der aus dem Masseneinkommen gespeisten Verbrauchssteuern und Zölle ...

Das Aufkommen aus dieser "Vermögensabgabe" ist dadurch zu einer Bagatelle geworden und muß durch jährliche Zuschüsse aus allgemeinen Steuermitteln aufgefüllt werden, die weitgehend aus dem Einkommen der Nichtvermögensbesitzer stammen. Die Geschädigten zahlen so den Lastenausgleich unter sich aus ihrem laufenden Einkommen.

Dieser sogenannte Lastenausgleich, der den durch die Währungsreform zunächst allein geschädigten Besitzern von Geld und Geldforderungen die Sachwertbesitzer gleichstellen sollte, ist damit eine reine Farce geworden. ...<<

Der chinesische Parteiführer Mao Tse-tung erklärte im Jahre 1957 während einer Moskauer Geheimkonferenz aller Kommunistische Parteien (x299/177): >>... Kann man denn voraussehen, wieviel Menschenopfer ein künftiger Krieg fordern würde?

Möglicherweise wird es ein Drittel von den 2,7 Milliarden Erdbewohnern sein, also nur 900 Millionen Menschen. ...

Falls die Hälfte der Menschheit vernichtet wird, bliebe ja noch eine Hälfte übrig, dafür aber werde der Imperialismus vollständig vernichtet, und es werde in der ganzen Welt nur den Sozialismus geben, in einem halben oder ganzen Jahrhundert aber werde die Bevölkerung wieder Zuwachs haben, sogar mehr als um die Hälfte.<<

Ein Journalist aus den Südstaaten kritisierte im Jahre 1957 die Entscheidung des Obersten Bundesgerichts der Vereinigten Staaten von Amerika (aus dem Jahr 1954), im öffentlichen Schulwesen den verfassungsmäßigen Grundsatz der Gleichheit auch in der Praxis durchzusetzen (x243/102): >>Dies ist ein Gesetz: Weiß und Schwarz können nicht als Gleiche in irgendeine Beziehung zueinander treten, die intim, persönlich und von Dauer ist. ...

Die Schulen der Südstaaten integrieren zu wollen, heißt eine Beziehung zu verlangen, die die

sittlichen Normen des Volkes verbieten; und es heißt das Risiko einzugehen, daß in 20 oder 30 Jahren eine weitgehende rassische Vermischung und eine Entartung der Gesellschaft als Ganzes eintritt. ...<<

1958

Die EWG- und Euratom-Verträge traten am 1. Januar 1958 in Kraft.

Die Bundesrepublik Deutschland übernahm 28 % Verwaltungskosten und 30 % Forschungs- und Investitionskosten der Europäischen Atomgemeinschaft (x182/220).

Nikita Chruschtschow (1894-1971, seit 1953 Erster Sekretär des ZK der KPdSU, 1958-1964 Ministerpräsident) erklärte am 22. Januar 1958 in Minsk (x299/166): >>... Es muß der Status quo (die derzeitige Grenzziehung) anerkannt werden, muß anerkannt werden, daß es in der Welt zwei Systeme von Staaten gibt – das kapitalistische und das sozialistische System -, es muß das Prinzip der friedlichen Koexistenz anerkannt werden, und man darf sich nicht in die Angelegenheiten anderer Staaten einmischen.<<

Die SED und die Zentraleitung der Jungen Pioniere beschlossen am 23. Januar 1958, eine sozialistische Massenorganisation für Kinder zu bilden.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die Jugendorganisation "Junge Pioniere" (x009/203): >>Am 23.1.1958 beschloß diese Zentrale, die Jungen Pioniere mit Hilfe der SED "zur sozialistischen Massenorganisation der Kinder in der DDR zu entwickeln". Die Jungen Pioniere sollen die "sozialistische Schule" unterstützen, die Jugendweihe fördern, dem "sozialistischen Aufbau" dienen.

Die FDJ bleibt verantwortlich für die Jungen Pioniere und unterstützt sie, doch überwiegt der Einfluß der SED. Die Jungen Pioniere haben Gruppen der Jungpioniere (6-10 Jahre) und Thälmann-Pioniere (10-14 Jahre).

Seit Juni 1961 werden Junge Pioniere auch zum Fallschirmsport herangezogen. In Droyßig (Kreis Zeitz) besteht seit 1958 die Zentralschule der Jungen Pioniere. Vorsitzender der Jungen Pioniere ist der Altkommunist Robert Lehmann (SED); die 40 Mitglieder der Zentraleitung sind meist Angehörige des ZK der SED und Funktionäre der FDJ. Im Mai 1961 soll die Zahl der Jungen Pioniere 1,66 Millionen betragen haben.<<

SPD und FDP beantragten am 23. Januar 1958 im Bundestag, diplomatische Beziehungen mit Polen aufzunehmen.

Die SED-Führung ordnete Anfang 1958 an, daß Mannschaften der Kampfgruppen, die über 55 Jahre alt sind, nur noch an örtlichen Einsätzen teilnehmen sollen.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die "Kampfgruppen" der SBZ (x009/209): >>... Seit Anfang 1958 bilden die über 55 Jahre alten Mannschaften der Kampfgruppen eine Kampfgruppen-Reserve, nur für örtliche Einsätze bestimmt. – Wie bei allen "Bewaffneten Organen der SBZ" und bei der GST findet eine sorgfältige Polit-schulung statt. Seit 1957 tragen die Kampfgruppen graue zweiteilige Uniformen nach Art der NVA. –

Der Eid der Kampfgruppen lautet:

"Ich bin bereit, als Kämpfer die Weisungen der Partei zu erfüllen, die DDR, ihre sozialistischen Errungenschaften jederzeit mit der Waffe in der Hand zu schützen und mein Leben für sie einzusetzen. Das gelobe ich."

... Die politische Leitung der Kampfgruppen liegt bei der Abteilung Sicherheit des ZK der SED. - An größeren Übungen der Kampfgruppen nehmen oft Einheiten der Vopo und GST teil, ferner der Bereitschaftspolizei und der NVA. Die Kampfgruppen sind eine Miliztruppe, deren Kampfwert nicht unterschätzt werden darf. Stärke: rund 320.000, davon einsatzfähig: 150.000. ...<<

Am 1. Februar 1958 trat das Strafrechtsergänzungsgesetz in Kraft.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über das "Militärstraf-

recht" in der SBZ (x009/292): >> Bis zum 31.1.1958 wurden Volkspolizisten oder Angehörige der Nationalen Volksarmee wegen aller strafbaren Handlungen einschließlich der rein militärischen Delikte durch die Militärstaatsanwaltschaft nach den allgemeinen strafrechtlichen Bestimmungen angeklagt, wobei oft der Art. 6 der Verfassung (Boykotthetze) herangezogen wurde.

Mit Inkrafttreten des Strafrechtsergänzungsgesetzes am 1.2.1958 hat die SBZ ein materielles Militärstrafrecht erhalten. Der dritte Teil dieses Gesetzes stellt "Verbrechen gegen die militärische Disziplin" unter Strafe.

Als Tatbestände wurden geschaffen: Fahnenflucht (Gefängnis bis zu 5 Jahren, in schweren Fällen Zuchthaus bis zu 15 Jahren), unerlaubte Entfernung von mehr als 48 Stunden (Gefängnis bis zu 6 Monaten; bei Entfernung von mehr als 6 Tagen, Gefängnis bis zu 2 Jahren), Befehlsverweigerung (Gefängnis bis zu 5 Jahren), in schweren Fällen Zuchthaus bis zu 15 Jahren), Angriff auf Vorgesetzte (Gefängnis bis zu 5 Jahren, in schweren Fällen Zuchthaus bis zu 15 Jahren), Mißbrauch der Dienstbefugnisse (Gefängnis bis zu 5 Jahren), Verletzung des Dienstgeheimnisses (Gefängnis bis zu 5 Jahren).

Für die Befehlsverweigerung gilt eine Ausnahme: "Wer einen Befehl nicht befolgt, dessen Ausführung gegen die Strafgesetze oder gegen das Völkerrecht verstoßen oder die im Arbeiter- und Bauernstaat geltende Achtung des Menschen verletzen würde, bleibt straffrei."

Eine besondere Verfahrensordnung für die Verhandlung gegen die Angehörigen der bewaffneten Kräfte gibt es nicht. Die Strafverfahren wegen dieser Delikte werden vor den ordentlichen Gerichten unter Mitwirkung der Schöffen durchgeführt. Eine besondere Militärgerichtsbarkeit existiert in der DDR nicht (Schille in "Neue Justiz" 1958, S. 153 ff).<<

Die Politbüro-Mitglieder Schirdewan, Wollweber und Oelßner wurden am 3. Februar 1958 aus allen Parteiämtern entfernt ("Säuberungen" des ZK der SED).

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die "Säuberungen" in der SBZ (x009/378): >>... Auf dem 35. Plenum des ZK im Februar 1958 richtete sich eine Säuberung gegen die "partei-feindliche Gruppe Schirdewan, Wollweber und andere" ...

Wegen Unterstützung dieser Gruppe wurde Oelßner aus dem Politbüro ausgeschlossen, nachdem vorher Wollweber und Schirdewan aller Funktionen entbunden worden waren. Auch Selbmann wurde scharf angegriffen.

Neben den bereits genannten Funktionären sind seit der Gründung der SED aus dem Zentralsekretariat bzw. Politbüro entfernt worden: Ackermann, Beling, Buchwitz, Gniffke, Karsten, Käthe Kern, Helmut Lehmann, Otto Meier, Steinhoff. Prominenteste Opfer von Säuberungen im Staatsapparat sind: Dertinger, Hamann.

Säuberungen haben auch in den übrigen SBZ-Parteien und in den Massenorganisationen wiederholt stattgefunden.<<

Verschleppte mitteldeutsche Wissenschaftler kehrten am 5. Februar 1958 aus der UdSSR zurück.

Das Bezirksgericht Leipzig verurteilte am 11. Februar 1958 mehrere Zeugen Jehovas wegen Verbreitung von "staatsgefährdender Propaganda und Hetze".

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die "Hetze" in der SBZ (x009/179-180): >>... "Staatsgefährdende Propaganda und Hetze" (ist ein) politischer Straftatbestand im Strafergänzungsgesetz vom 11.12.1957 (§ 19).

Mit Gefängnis nicht unter 3 Monaten, in schweren Fällen mit Zuchthaus bis zu 15 Jahren wird bestraft, "wer den Faschismus oder Militarismus verherrlicht oder propagiert oder gegen andere Völker oder Rassen hetzt, oder wer gegen die Arbeiter- und Bauernmacht hetzt, gegen ihre Organe, gegen gesellschaftliche Organisationen oder gegen einen Bürger wegen seiner staatlichen oder gesellschaftlichen Tätigkeit oder seiner Zugehörigkeit oder gesellschaftlichen Organisation hetzt, Tötlichkeiten begeht oder sie mit Gewalttätigkeiten bedroht".

Das entscheidende Merkmal "hetzt" ist bewußt allgemein gehalten und läßt eine gleich weite Auslegung wie der Begriff Boykotthetze zu.

Illegale Einfuhr und Verbreitung von Schriften der Zeugen Jehovas ist Hetze im Sinne des § 19 StEG (Urteil des Bezirksgerichtes Leipzig vom 11.2.1958 ...). Bei der Beurteilung, ob eine Äußerung Hetze im Sinne des § 19 StEG ist, kann nicht allein von ihrem Wortlaut ausgegangen werden. Entscheidend sind vielmehr die äußeren und inneren Umstände, die zu ihrer Bekanntgabe führten und Aufschluß darüber geben, ob damit andere Bürger gegen die Deutsche Demokratische Republik aufgewiegelt werden sollten" (... "Neue Justiz" 1958, S. 717).

Nach dem Beschluß des Staatsrates "über die weitere Entwicklung der Rechtspflege" vom 30.1.1961 ist die Abgrenzung zwischen Hetze, Staatsverleumdung und strafloser Nörgelei in der Person des Angeklagten zu finden. Der Tatbestand der Hetze ist zu bejahen, wenn es sich bei dem Täter um einen "Feind der sozialistischen Staatsmacht und Gesellschaftsordnung" handelt. Während Hetze in aller Regel nicht anzunehmen ist, wenn der Täter nur ein "irregeleiteter" oder "im Bewußtsein zurückgebliebener" Mensch ist.

Kritik zu den Absperrmaßnahmen des 13. August 1961 wurde in einer großen Anzahl von Prozessen als Hetze mit sehr harten Strafen geahndet.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die "Staatsverleumdung" in der SBZ (x009/421): >>Nach § 20 StEG wird wegen Staatsverleumdung mit Gefängnis bis zu 2 Jahren bestraft, wer,

"1. die Maßnahmen oder die Tätigkeit staatlicher Einrichtungen oder gesellschaftlicher Organisationen öffentlich verleumdet oder entstellt,

2. einen Bürger wegen seiner staatlichen oder gesellschaftlichen Tätigkeit oder seiner Zugehörigkeit zu einer staatlichen Einrichtung oder gesellschaftlichen Organisation öffentlich verleumdet oder verächtlich macht.

Das Oberste Gericht hat "Öffentlichkeit" auch dann für gegeben erklärt, "wenn die verleumderische Äußerung auch nur einer Person gegenüber gemacht wird" und "wenn in einer an sich nicht als öffentliche Örtlichkeit zu bezeichnenden Umgebung, wie privatem Wohnraum, Werkstätten und dergleichen, die persönliche Atmosphäre durch den Charakter der betreffenden Äußerungen und der völlig unpersönlichen Beziehungen, in denen sich der Kundgebende und der Empfänger der Mitteilung gegenüberstehen, beseitigt ist" (Urteil in: "Neue Justiz" 1958, S. 68/69).<<

Das Volksbildungsministerium ordnete am 12. Februar 1958 an, Eltern über "die Schädlichkeit der Überbeanspruchung der Kinder durch die Christenlehre" aufzuklären.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die "Kirchenpolitik" in der SBZ (x009/215): >>Im Frühjahr 1958 setzten Massenpropaganda und erstmalig offene Nötigung ein.

Eine Anordnung des Volksbildungsministeriums vom 12.2.1958 verlangte Maßnahmen zur Aufklärung der Eltern über "die Schädlichkeit der Überbeanspruchung der Kinder durch die Christenlehre".

Weitere Beispiele für die mit verschiedenen Mitteln durchgeführte Absicht, der Kirchenarbeit den Boden zu entziehen, sind:

Die Schließung der evangelischen Bahnhofsmmissionen und die Verhaftung zahlreicher Helfer dieser Missionen unter der Anschuldigung der Sabotage und Republikfluchtbegünstigung, die Kürzung der staatlichen Zuschüsse an die Kirchen, die Beschränkung der kirchlichen karitativen Tätigkeit "auf den kirchlichen Raum", die Verächtlichmachung führender Geistlicher in der Öffentlichkeit, die Verweigerung jeden Kirchenbaues im neuen Industriegebiet "Schwarze Pumpe" in "Stalinstadt" usw., Schließung kirchlicher Kinderheime, Verspottung des Weihnachtsfestes ("Eulenspiegel" Nr. 52/57), die Einschränkung der Sammelerlaubnis und die Einführung von Ersatzriten für Taufe, Trauung und Begräbnis.<<

Die SED meldete am 17. Februar 1958, daß man die sowjetischen Besatzungstruppen erheblich reduziert hätte.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die sowjetischen "Besatzungstruppen" in der SBZ (x009/67): >>... Seit 1955 seien, wie die Sowjetunion am 17.2.1958 behauptete, die sowjetischen Besatzungstruppen um fast 91.000 Mann verringert worden. Doch war diese Mannschaftsverminderung ohne Gewicht, da bei verbesserter Bewaffnung die Feuerkraft der sowjetischen Besatzungstruppen nicht abnahm, sondern wuchs. ...<<

Die SED-Zeitung "Neues Deutschland" publizierte am 18. März 1958 eine Rede des Mitglieds des SED-Politbüros, Hermann Matern, während der VII. Gesamtdeutschen Arbeiterkonferenz in Leipzig (x156/26): >>Die Staatsmacht in den Händen zu haben, das ist eine große Sache. ... Wir denken nie daran, die Arbeiter- und Bauernmacht wieder aufzugeben. Bei uns lassen wir nicht zu, daß jemand bei den Wahlen kandidiert, der den Kapitalismus wieder aufbauen will. Es geht doch um eine Macht, und die Macht ist keine Kleinigkeit, versteht ihr?

Ich kenne keinen Fall in der Geschichte der Arbeiterbewegung, wo die Arbeiterklasse durch die Stimmzettel die Macht erobert hat. Diese Möglichkeit kann und wird im Laufe der Geschichte eintreten, je stärker das sozialistische Lager wird.

Aber anders ist doch die Lage jetzt angesichts der Herrschaft und der ökonomischen und politischen Macht des Monokapitals und der Reaktion in Westdeutschland, Da wären wir doch rückständige Menschen, wenn wir zulassen würden, die Macht mit dem Stimmzettel zu verlieren. Was wären wir denn für Politiker und für Arbeiterfunktionäre. Nein, das dürft ihr von uns nicht erwarten.

Ihr könnt alles erwarten, aber daß wir sagen, bitte schön, wir treten ab und der Kapitalismus kann die Macht wieder übernehmen – das kommt nicht in Frage.

Und wenn wir einmal die Macht gemeinsam erobert haben, sollten wir dann vielleicht erlauben, daß uns die Bourgeoisie und ihre Parteien mit dem Stimmzettel die Macht wieder wegnehmen könnten? Dann wären wir doch Trottel, dann müßten uns die Arbeiter zum Teufel jagen! ...

Und es gibt bei uns auch keine Partei, die den Standpunkt vertritt, bei uns den Kapitalismus wiederherzustellen. Deshalb gibt es also auch keine Opposition nach bürgerlichen Vorstellungen. Das ist unsere sozialistische Demokratie und darüber muß man sich klar sein.

Wir betrachten alles unter dem Gesichtswinkel: Wie machen wir unsere Volksmacht stärker, um die Macht in Westdeutschland gemeinsam zu erringen.<<

Das Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" (12/1958) berichtete am 19. März 1958 über einen geplanten deutschen Friedensvertrag: >>**Die Phantasie der Geschichte**

Hand in Hand versuchten in der letzten Woche christdemokratische Parlamentarier und amerikanische Diplomaten in Bonn einen politischen Plan zu töten, dem der Bundestagspräsident Eugen Gerstenmaier zum Leben verholfen hat: den Plan, bei der nächsten ost-westlichen Gipfelkonferenz müsse über die Grundzüge eines deutschen Friedensvertrages verhandelt werden. In einer Sitzung des außenpolitischen Bundestagsausschusses bemühte sich Außenminister Heinrich von Brentano nachzuweisen, daß die Sowjets mit Verhandlungen über einen deutschen Friedensvertrag nur die völkerrechtliche Anerkennung Pankows erreichen wollten. Moskau wolle einen Friedensvertrag mit beiden deutschen Staaten, aber keinen Friedensvertrag für Gesamtdeutschland abschließen.

Während der Sitzung suchte Brentano verzweifelt Hilfe bei seinen Referenten, um eine amtliche sowjetische Erklärung zu finden, die seine Behauptung stützen könnte. Er suchte vergebens. Die Meinung, die Sowjet-Regierung wünsche zwei Friedensverträge mit den beiden deutschen Regierungen, stammt nämlich nicht aus einer amtlichen sowjetischen Erklärung, sondern aus den Mitteilungen des Kanzlers über sein letztes Gespräch mit dem Sowjet-

Botschafter Smirnow.

Selbst CDU-Politiker zweifeln daran, daß Konrad Adenauer dieses Gespräch richtig wiedergegeben habe; denn der Sowjetmensch hat in Gesprächen mit Politikern der Opposition angedeutet, Verhandlungen über einen Friedensvertrag könnten vielleicht neue Wege für eine Wiedervereinigung eröffnen, auf denen auch eine gesamtdeutsche Regierung zustande käme, die den Friedensvertrag annehmen würde.

Den Amerikanern ist eine solche Aussicht äußerst unangenehm. Auf jeden Fall müßte bei Friedensvertragsverhandlungen nämlich die Bündnisfreiheit eines wiedervereinigten Deutschlands zur Diskussion gestellt werden. Die Amerikaner sind aber nicht, bereit, ihre Raketen- und Militärbasis Westdeutschland jetzt in Frage zu stellen. Sie sind sich darin mit der Mehrheit der CDU/CSU-Bundestagsfraktion einig, die meint, nur durch amerikanische Truppen könne die Sicherheit Westdeutschlands garantiert werden.

Dieser Auffassung wegen haben sich die Amerikaner unter den Ovationen der Bundestagsmehrheit seit zehn Jahren mit den Sowjets auf keine Diskussion über einen deutschen Friedensvertrag - also den Status eines wiedervereinigten Deutschlands - eingelassen.

Die letzte echte west-östliche Diskussion über dieses Thema gab es im Dezember 1947, zu einem Zeitpunkt also, an dem die Teilung der Welt noch nicht im kalten Krieg festgefroren war. Bis dahin stritten sich die Siegermächte des zweiten Weltkriegs einträchtig um die Verteilung der Kriegsbeute und überlegten, wie man Deutschland am besten für alle Zeiten knebeln könne.

Durch das Potsdamer Abkommen von 1945 war ein Rat der Außenminister Amerikas, der Sowjet-Union, Englands und Frankreichs eingesetzt worden. Er sollte "zur Vorbereitung einer friedlichen Regelung für Deutschland benutzt werden, damit das entsprechende Dokument durch die für diesen Zweck geeignete Regierung Deutschlands angenommen werden kann, wenn eine solche Regierung gebildet sein wird."

Der amerikanische Außenminister Byrnes trug diesem Rat im April 1946 einen Plan vor, der "nach Beendigung der Besetzung Deutschlands in Kraft treten" solle. Von diesem noch unbestimmten Zeitpunkt an müsse Deutschland auf 25 Jahre unter alliierter Kontrolle völlig neutralisiert und entmilitarisiert werden. Die ausdrückliche Annahme dieses Status durch Deutschland, so forderte der amerikanische Außenminister, solle "eine wesentliche Voraussetzung für die Beendigung der alliierten Besetzung des deutschen Territoriums bilden".

England und Frankreich stimmten diesem amerikanischen Plan damals zu. Dem sowjetischen Molotow war das noch nicht genug: "Die Sowjet-Regierung hält es für nötig, die Dauer der Abrüstung und Demilitarisierung Deutschlands auf eine Dauer von 40 Jahren auszudehnen." Außerdem: "Im Byrnes-Entwurf ist die Möglichkeit einer Beendigung der alliierten Besetzung vorgesehen." Die Besetzung müsse aber solange dauern, meinte Molotow, bis Sowjet-Rußland die zehn Milliarden Dollar Reparationen eingetrieben habe, die ihm in Jalta von den Amerikanern konzidiert worden seien.

Eine Unzahl Staaten meldeten damals Spezialwünsche an, die im deutschen Friedensvertrag verankert werden sollten:

- Belgien forderte, das Rheinland solle auf unbestimmte Dauer besetzt bleiben. Belgien wolle an der Besetzung teilnehmen. 40 Jahre lang sollten unter anderem jährlich 6,6 Millionen Tonnen Kohle und 750 Millionen Kilowatt elektrische Energie kostenlos geliefert werden. Deutschland müsse die belgische Rheinflotte wieder aufbauen. Deutschlands Export von Fertigprodukten müsse eingeschränkt werden.

- Holland forderte die Erdölfelder von Bentheim, das Kohlenbecken südlich von Venlo und die Insel Borkum, außerdem weitere kleinere Grenzverschiebungen. Die holländischen Seehäfen und Wasserwege müßten vor der deutschen Konkurrenz geschützt werden, Deutschlands Export von Fertigprodukten sei zu drosseln.

- Polen wünschte, daß die Oder-Neiße -Linie als endgültige Grenze bestätigt werde, und erhob zusätzlich Anspruch auf die Insel Wollin. Der Friedensvertrag mit Deutschland müsse aus moralischen Gründen in Warschau unterzeichnet werden.
- Die Tschechoslowakei wünschte die Grenzen vom 1. September 1938 garantiert und zusätzlich deutsches Gebiet westlich der Görlitzer Neiße. Deutschland müsse allen Sudetendeutschen verbieten, besondere Organisationen zu gründen. Außerdem wünschte die Tschechoslowakei das Recht auf Benutzung der deutschen Verkehrswege und Freihäfen in Hamburg und Bremen.
- Dänemark wünschte, der Kieler Hafen und der Kaiser-Wilhelm-Kanal müßten für alle Zeiten internationalisiert werden.
- China bat zu den Arbeiten der Außenministerstellvertreter hinzugezogen zu werden, ohne schon detaillierte Forderungen gegen Deutschland anzumelden.
- Norwegen forderte, daß Deutschland verboten werde, am Walfang teilzunehmen. Die deutsche Hochseefischerei dürfe nur eine begrenzte Anzahl von Fahrzeugen haben und müsse unter strenger Kontrolle bleiben. Außerdem müsse verboten werden, daß deutsche Staatsbürger große Schiffe besitzen oder kontrollieren.
- Brasilien legte dar, die Zerstörung der Einheit des Deutschen Reiches sei für das Wohl der Welt unentbehrlich, das Ruhrgebiet sei zu internationalisieren, die Saar einem besonderen Wirtschaftsregime zu unterstellen.
- Luxemburg forderte die Kontrolle des Ruhrgebiets, andauernde Besetzung des Rheinlandes und regelmäßige deutsche Lieferungen von Holz, Strom, Ziegeln und anderen Produkten. Außerdem wünschte es Grenzberichtigungen im Raum von Trier. Hier spreche die Bevölkerung die "Luxemburger Sprache".
- Australien war besonders daran gelegen, daß Deutschland im Friedensvertrag ausdrücklich auf alle Kolonien und antarktischen Gebiete verzichte.
- Griechenland wünschte, Deutschland solle sich verpflichten, aus Griechenland 20 Jahre lang soviele Waren - vornehmlich Tabak - einzuführen, wie es dort im Durchschnitt der Jahre 1935 bis 1939 gekauft hatte.

Viele dieser frommen Wünsche wurden hinfällig, als im März 1948 mit dem "Prager Fenstersturz" des dem Westen wohlgesonnenen Außenministers Jan Masaryk die alliierte Kriegskoalition endgültig in Stücke ging. Die Großmächte richteten sich in den von ihnen besetzten Teilen Deutschlands ein.

Von 1948 ab waren die Amerikaner nicht mehr bereit, den Sowjets irgendwelche Kontrollfunktionen in Westdeutschland zu überlassen. Sie meinten, auf diesem Territorium einen militärischen Wall gegen den bolschewistischen Druck aus dem Osten aufzurichten zu müssen und lehnten jede echte Diskussion mit den Sowjets über einen Friedensvertrag für ganz Deutschland zehn Jahre lang bis heute ab.

Auch in dem 1952er Notenwechsel zwischen den Sowjets und den Westmächten über Deutschland, den zu zitieren heute zum guten Ton Bonner parlamentarischer Debatten gehört, drückten sich die Westmächte auf fast groteske Weise um eine Meinungsäußerung herum. Um die Aufrüstung Westdeutschlands zu verhindern, hatten die Sowjets vorgeschlagen, man solle gleichzeitig über drei Fragen verhandeln:

- einen Friedensvertrag, also den äußeren Status,
- die Wiedervereinigung Deutschlands,
- die Bildung einer gesamtdeutschen Regierung durch freie Wahlen.

Die Sowjets präsentierten einen Friedensvertragsentwurf, der deutsche Bündnisfreiheit vorsah, sich auch sonst ganz akzeptabel las und meinten: "Die Sowjet-Regierung schlägt vor, diesen Entwurf zu erörtern, und erklärt sich gleichzeitig bereit, auch andere eventuelle Vorschläge zu dieser Frage zu prüfen."

Indes, die Westmächte schrieben in ihrer Antwortnote vom 25. März 1952: "Nach ihrer (der Westmächte) Ansicht wird es nicht möglich sein, sich auf ins einzelne gehende Diskussionen über einen Friedensvertrag einzulassen, bis die Voraussetzungen für freie Wahlen geschaffen sind und eine freie gesamtdeutsche Regierung gebildet worden ist."

Die westliche Spekulation war klar: Freie Wahlen würden das Regime der Sowjetzone wegfeigen, was die Sowjets als Vorleistung, ehe überhaupt eine Friedensvertragsdiskussion beginnen sollte, schwerlich akzeptieren konnten. Also mußte es beim Status quo bleiben.

Die Sowjets versuchten, sich trotzdem ein Bild von den westlichen Friedensvertragsvorstellungen zu machen und antworteten am 9. April 1952: "Die Regierung der USA hat sich nicht einverstanden erklärt, die Erörterung dieses (Friedensvertrags-)Entwurfs aufzunehmen ... Die Sowjet-Regierung schlägt ... erneut vor, die Erörterung eines Friedensvertrages ... aufzunehmen."

Die Westmächte antworteten unter dem 13. Mai 1952 unbeirrt: "Es ist ... nicht möglich, im gegenwärtigen Zeitpunkt Besprechungen über die Bestimmungen eines deutschen Friedensvertrages abzuhalten."

Die Sowjets bohrten am 24. Mai weiter: "Ungeachtet bestehender Meinungsverschiedenheiten", wollten sie "zur gemeinsamen Beratung schreiten".

Die Westmächte - hier England - antworteten am 10. Juli gleichlautend: "In ihrer Note schlägt die sowjetische Regierung wiederum gleichzeitige Besprechungen über einen Friedensvertrag, die Wiedervereinigung Deutschlands und die Bildung einer gesamtdeutschen Regierung vor. Ihrer Majestät Regierung ihrerseits vertritt weiterhin ihren Standpunkt in dieser Frage, nämlich den, daß eine gesamtdeutsche Regierung an den Verhandlungen über einen Friedensvertrag teilnehmen muß, und daß daher Deutschland vereinigt und eine gesamtdeutsche Regierung gebildet sein muß, bevor solche Verhandlungen aufgenommen werden können." Im übrigen müsse erst einmal durch eine internationale Kommission geprüft werden, ob in der Sowjetzone überhaupt freie Wahlen möglich sind.

Noch einmal, am 23. August 1952, stießen die Sowjets nach: "Die Sowjet-Regierung ist ... bereit, auf einer Vier-Mächte-Konferenz die von den Regierungen der drei Mächte vorgeschlagene Frage der Kommission zur Untersuchung der Bedingungen für die Durchführung freier Wahlen in ganz Deutschland zu erörtern.

"Die Sowjet-Regierung ist dabei jedoch der Ansicht, daß sich die Konferenz nicht auf die Erörterung nur dieser Frage beschränken kann und darf. Die Sowjet-Regierung hält es für erforderlich, daß diese Konferenz in erster Linie so wichtige Fragen behandelt wie die des Friedensvertrages mit Deutschland und der Schaffung einer gesamtdeutschen Regierung."

Die Antwort vom 23. September 1952: "Die amerikanische Regierung sucht auch weiterhin einen Weg zur Beendigung der Teilung Deutschlands. Dieses Ziel wird durch vorzeitige Erörterungen über einen Friedensvertrag mit einem noch geteilten Deutschland ohne eine einheitliche Regierung nicht erreicht werden."

Erfolgreich hatten die Westmächte das Geheimnis gehütet, was ihrer Ansicht nach in einen deutschen Friedensvertrag gehöre, und inzwischen den General- und den EVG-Vertrag mit Westdeutschland geschlossen.

Wie der Westen sich allenfalls eine Wiedervereinigung Deutschlands vorstellen könne, hat Präsident Eisenhower nach dem Sowjetzonen-Aufstand vom 17. Juni 1953 an Konrad Adenauer geschrieben:

"Es war seit langem meine Überzeugung, daß die Stärkung der Bundesrepublik durch Annahme der EVG, des Deutschlandvertrages und durch weitere Fortschritte bei der Integration Europas die Aussichten auf eine friedliche Wiedervereinigung Deutschlands nur fördern kann dadurch, daß sie die Anziehungskraft dieses blühenden Westdeutschland gegenüber der Sowjetzone erhöht, eine Anziehungskraft, die bereits durch den stetigen Zustrom von Flüchtlin-

gen in den letzten Monaten sowie durch die am 17. Juni begonnenen Demonstrationen bewiesen wurde.

Dieser wachsende Kontrast zwischen West- und Ostdeutschland, letzteres mit seinem bankrotten Regime und seiner verarmten Wirtschaft, wird auf die Dauer Bedingungen schaffen, die die Liquidierung der gegenwärtigen kommunistischen Diktatur und der sowjetischen Besetzung ermöglichen müßten."

Die Westmächte konnten der Unterstützung dieser Konzeption durch die Bonner Regierungsparteien absolut sicher sein - bis der zweite Mann im Staate und stellvertretende CDU-Vorsitzende, Bundestagspräsident Gerstenmaier, empfahl, die Viermächtediskussion über einen deutschen Friedensvertrag, die 1948 bei der Spaltung der Welt fruchtlos abgebrochen worden war, wiederaufzunehmen und unter den neuen Verhältnissen fortzuführen.

Weil - folgte man Gerstenmaiers Vorschlag - mit den Sowjets und im Deutschen Bundestag unweigerlich über die amerikanischen Militärbasen in Westdeutschland gesprochen werden müßte, was den Amerikanern ein unerfreulicher Gedanke ist, mühten sich linientreue Christdemokraten, Gerstenmaiers Friedensvertragsidee mit dem Hinweis zu erledigen, daß dann ja auch die Frage der deutschen Ostgrenze behandelt werden müßte.

In der Sitzung des Bundestagsausschusses für auswärtige Angelegenheiten am Mittwoch letzter Woche meinte Kurt-Georg Kiesinger, die Lage für eine Diskussion der Grenzfrage sei noch nie so schlecht gewesen wie heute: "Wir müssen es der Phantasie der Geschichte überlassen, daß sie eine bessere Lösung findet als wir."

Brummte der SPD-Abgeordnete Herbert Wehner: "Was muten Sie der Geschichte eigentlich alles zu?"

Außenminister Heinrich von Brentano antwortete: "Wir wünschen, daß ein wiedervereinigtes Deutschland mit einem freien Polen ohne Gewalt diese Frage regelt." Wie jedoch eine solche Situation herbeizuführen sei, darüber schwieg sich Heinrich von Brentano aus.

Der Kanzler entschied, es sei mit Rücksicht auf die Amerikaner nicht opportun, den deutschen Friedensvertrag international zu erörtern. Bundestagspräsident Gerstenmaier dagegen ist trotz allem nicht bereit, seine Idee, die deutsche Frage unter dem Stichwort "Friedensvertrag" wieder ins internationale Spiel zu bringen, auf immer zu verbannen.

Er erklärte: "Ich stehe zu jedem Wort, das ich in meinem SPIEGEL-Gespräch gesagt habe. Ich würde mich gern von besseren Plänen überzeugen lassen, aber ich habe noch keine gehört." <<< Im Deutschen Bundestag fanden vom 20. bis zum 25. März 1958 lautstarke Debatten über die Bewaffnung der Bundeswehr und die Deutschlandfrage statt.

Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (44/1961) berichtete später über Adenauers "Deutschlandpolitik": >>>... Am 20. März 1958 machte Adenauer hierüber im Bundestag einige, wenn auch verschwommene Andeutungen. Er erklärte zur Frage der deutschen Wiedervereinigung:

"Mir liegt am Herzen - und ich hoffe auch Ihnen -, daß wir endlich dazu kommen, daß die 17 Millionen Deutschen hinter dem Eisernen Vorhang so leben können, wie sie wollen ... Darum glaube ich - ich habe das auch der sowjetrussischen Regierung mitteilen lassen -, wir sollten diese ganze Frage nicht nur unter nationalen oder nationalistischen Aspekten oder Aspekten des Machtbereichs, sondern unter dem Gesichtspunkt betrachten, daß dort 17 Millionen Deutsche zu einer Lebens- und Denkungsweise gezwungen werden, die sie nicht wollen."

Adenauers Bemerkung, daß man das Problem der 17 Millionen Zonendeutschen nicht nur unter "nationalen oder nationalistischen Aspekten betrachten" solle, ließ nur in schwachen Umrissen erkennen, was gemeint war.

Sehr viel deutlicher wurde in derselben Bundestagssitzung Bundesverteidigungsminister Strauß:

"Und die Wiedervereinigung? ... Ist es denn wirklich die Wiedervereinigung, die uns in erster

Linie drängt, quält, bedrückt und treibt? Es ist doch weniger die Wiedervereinigung im Sinne der Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands; es ist doch mehr das Herzensanliegen der Wiederherstellung demokratischer und menschenwürdiger Zustände in diesem Gebiet" (gemeint: die Sowjetzone).

In Straußens Erklärung deutete sich zum ersten Mal an, daß Bonn unter gewissen Bedingungen bereit war, auf die Wiederherstellung der deutschen Einheit zu verzichten.

Genau einen Monat nach diesen Äußerungen Adenauers und Straußens im Bundestag hielt in Tauberbischofsheim vor einer CDU-Versammlung der Redakteur des "Rheinischen Merkur", Paul Wilhelm Wenger, eine Stegreifrede, in der er ähnliche Gedanken aufgriff. Man sollte, sagte er, "eine preußisch tschechisch-polnische Montan-Union um Oberschlesien als Kern-drehscheibe ins Auge fassen".

Die Erklärungen Adenauers, Straußens und Wengers stimmten in einem Punkt überein: Deutschland soll auf seine staatliche Wiedervereinigung - in Wengers Formulierung: auf seine "Wieder-Unitarisierung" (Stärkung der Zentralgewalt des Bundesstaates) - verzichten und dafür einen Verzicht der Sowjets darauf einhandeln, die Sowjetzone kommunistisch zu machen. Wenger ging freilich in seiner Stegreifrede noch sehr viel weiter: Er gab der Hoffnung Ausdruck, die Sowjets würden eventuell bereit sein, auch noch auf die kommunistische Gestaltung Polens und der Tschechei zu verzichten.

Zweifellos sind Adenauer und Strauß mit den verstiegenen Hoffnungen Wengers auf eine östliche Montan-Union nicht zu identifizieren. Immerhin, der Gedanke eines demokratischen, aber separaten mitteldeutschen Staates, dessen "Separatismus" noch durch ein internationales Statut mit Anschluß-Verbot stabilisiert werden könnte, hat noch 1958 eine Rolle in den politischen Spekulationen des Kabinetts Adenauer gespielt.

Tatsächlich würde es zu den Grundvorstellungen Adenauers von europäischer Politik passen, Gesamtdeutschland auch nach Osten hin "friedensfreundlicher" zu machen, indem man im Osten des gegenwärtigen deutschen Siedlungsgebietes einen zwar demokratischen, aber separaten Staat schafft. Indes, praktische Bedeutung haben diese Vorstellungen bisher nicht erlangt.

Die innere Gestaltung Deutschlands ist für Adenauer immer eine Funktion "Europas" gewesen. Daraus erklärt sich auch, daß er dieser inneren Gestaltung immer erst dann wirkliches Interesse entgegenbringt, wenn dabei eine Beziehung zu "Europa" erkennbar ist. Sein Interesse für innerdeutsche Institutionen, für die deutsche Demokratie überhaupt, ist im Grunde nur schwach entwickelt. Es hat deswegen auch keine Bedenken, mit diesen Institutionen, Gesetzen, rechtlichen und moralischen Normen in oberflächlicher, manchmal sogar zynischer Weise zu verfahren.

Indes bleibt die ständige Abwertung von Normen des Rechts und des politischen Anstands auch dann eine Gefahr für die innere Stabilität einer Demokratie, wenn diese Abwertung sich auf eine "gute Sache" beruft. Adenauer hat - bis in die Gegenwart, bis zu den impertinenten Anspielungen auf die Herkunft seines SPD-Gegners Willy Brandt - dahin gewirkt, daß sowohl die Moral als auch die Institutionen der westdeutschen Demokratie verunsichert wurden. Zumeist hat er sich dabei auf "Europa" und darauf berufen, die - wie er schon 1945 sagte - "aus dem Osten drohenden Gefahren" abwehren zu müssen.

Zwangsläufig wird aber bei einer solchen Praxis schließlich der Punkt erreicht, wo die Berufung auf die "gute Sache" auch unlauteren Motiven - persönlichem Ehrgeiz, bloßem parteipolitischen Eigennutz - dienen muß. Den Schädigungen der demokratischen Institutionen oder des politischen Anstands steht dann überhaupt kein ins Gewicht fallender Nutzen mehr gegenüber.

Diesen Punkt hat Adenauer mehrfach erreicht und überschritten - auch auf dem Gebiet des Verhältnisses von Bund und Ländern. Das wohl abstoßendste Beispiel hierfür lieferte der so-

genannte Fernsehstreit 1960/61.

In diesem Streit versuchte Adenauer, die völlig unzweideutige Bestimmung des Grundgesetzes, wonach die Kulturhoheit ein ausschließliches Recht der Bundesländer darstellt, mittels, einer ebenso törichten wie dreisten Taktik zu überspielen. Als er dabei auf den Widerstand auch der von der CDU regierten Bundesländer stieß, berief er sich wieder einmal darauf, Europa gegen den Kommunismus verteidigen zu müssen. Allein ein Bundesfernsehen, ließ er einen Sprecher der Bundesregierung sagen, sei den Fernsehplänen der Sowjetzone für Westdeutschland gewachsen.

Auf dem CDU-Parteitag in Karlsruhe 1960 machte er sich über die aufmuckenden Ministerpräsidenten der Bundesländer lustig: "Was geht in einem Menschen vor, wenn er Minister wird? Ich beobachte das mit großem Interesse."

Bei einer geselligen Gelegenheit des Parteitages dröhnte er im Baß eines Bilderbuch-Monarchen: "Mich kümmert nicht die Meinung der Landesfürsten, ich suche allein den Beifall des Volkes!"

Genau wie bei der Finanzausgleichs-Debatte im Parlamentarischen Rat 1948/49, in deren Verlauf er sagte, ihm hänge der ganze Streit zum Halse heraus, erklärte er auf dem Höhepunkt des Fernsehstreits vor Journalisten: "Schreiben Sie, was Sie wollen, aber schreiben Sie, daß der Bundeskanzler es satt hat."

Die fatale Kongruenz (Übereinstimmung) dieser Äußerungen Adenauers am Anfang und gegen Ende seiner Kanzler-Laufbahn enthüllt zweifellos einen Makel der Bundesrepublik, der einmal zu ernststen Folgen führen könnte - einen Makel, der offenbar sowohl in der Person als auch in der politischen Konzeption Adenauers seine Ursache hat. Dieser Makel ist die Unsicherheit der demokratischen Institutionen und die Unsicherheit der politischen Moral in der Bundesrepublik. ...<<

Das Zentralkomitee der SED dankte am 8. Mai 1958 "den tapferen Helden" der Sowjetarmee. Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über diese Danksagung (x009/67): >>Das ZK (Zentralkomitee) der SED dankte am 8.5.1958 "den tapferen Helden der Sowjetarmee, die ... die Voraussetzung des ersten Arbeiter- und Bauernstaates in der Geschichte Deutschlands schufen".

Während des Juni-Aufstandes (1953) und im November 1956 wurde deutlich, wie sehr die Herrschaft der SED auf die sowjetischen Besatzungstruppen angewiesen ist.<<

Am 28. Mai 1958 wurden in der SBZ und Ost-Berlin zum letzten Mal Lebensmittelkarten ausgegeben, die zu niedrigen Preisen zum Bezug rationierter Lebensmittel (Fett, Fleisch, Zucker, Milch) berechtigten.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die "Lebensmittelkarten" in der SBZ (x009/256): >>Neben einer sog. Grundkarte gab es 5 Typen von Zusatzkarten, die differenziert nach Berufsgruppen ausgegeben wurden.

Kinder erhielten besondere Lebensmittelkarten. Da die Zuteilungen keineswegs ausreichten, mußten zusätzliche Nahrungsmittel zu überhöhten Preisen in HO-Geschäften gekauft werden. Mit der 1958 erfolgten, seit Jahren angekündigten Abschaffung der Lebensmittelkarten wurde zugleich auch das doppelte Preisniveau beseitigt. Man senkte die entsprechenden Preise der HO-Waren und erhöhte die Preise der bisher rationierten Lebensmittel. Die dadurch verursachte zusätzliche Belastung wurde bei niedrigen Einkommen durch Lohnerrhöhungen und Lohnzuschläge ausgeglichen; ausgenommen davon waren Handwerker, private Unternehmer und Gewerbetreibende sowie die freischaffende Intelligenz. ...

Die Bezugsberechtigungskarten für Milch, Kartoffeln und Kohlen mußten wegen der Versorgungslücken 1961 um Kundenlisten zum rationierten Butterbezug erweitert werden.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über den Lebensstandard in der SBZ (x009/256-257): >>Das allgemeine Niveau der Lebenshaltung in der SBZ hat sich

in den letzten Jahren gehoben. Trotzdem besteht noch immer ein beträchtlicher Abstand von der Lebenshaltung in der Bundesrepublik. ... Neben den Lebenshaltungskosten sind für den Lebensstandard folgende Momente von Bedeutung.

1. Die Entwicklung zur Zentralverwaltungswirtschaft hatte zur Folge, daß sich der Lebensstandard in der SBZ mehr und mehr dem der Sowjetunion annäherte ... Das ideologisch bestimmte System der staatlichen Wirtschaftsplanung verursacht seinem Wesen nach immer wiederkehrende Versorgungslücken, die den Lebensstandard der Zonenbevölkerung wesentlich beeinflussen.

2. Die kommunistische Agrarpolitik führt dazu, daß Grundnahrungsmittel, auch solche, die das Gebiet der heutigen SBZ früher im Überfluß erzeugte, häufig entweder gar nicht oder nur in unzureichenden Mengen erhältlich sind (z.B. Butter, Zucker, Fleisch).

3. Die Konsumgüterversorgung wird aus wirtschaftspolitischen Gesichtspunkten immer noch quantitativ und qualitativ zugunsten industrieller Investitionen der Produktionsgütererzeugung vernachlässigt.

4. Eine dünne Schicht von Parteifunktionären, Angehörigen der Intelligenz und anderer Mangelberufe, Spezialisten und Aktivisten bezieht Löhne und Gehälter, die ein Mehrfaches der Durchschnittseinkommen ausmachen. Die Masse der Arbeitnehmer kann einen höheren Lebensstandard auch durch größere Leistungen nicht erreichen, da die höheren Lohngruppen auf einen bestimmten Prozentsatz der Arbeiterschaft begrenzt sind und bei allgemeiner Verbesserung der Leistungen die Arbeitsnormen heraufgesetzt werden.

5. Das "Bildungsprivileg der Besitzenden" ist mit Hilfe des Zulassungsverfahrens, eines reich dotierten Stipendienwesens und der allgemeinen Gesinnungskontrolle weitestgehend an "Arbeiter- und Bauernkinder" übergegangen, die dafür Beschränkungen in der Berufswahl und im Berufsweg in Kauf nehmen müssen.

6. Kulturgüter sind erschwinglich, ... stehen aber weithin im Dienst der Produktionspropaganda und werden insoweit von der Bevölkerung abgelehnt.

7. Das System der sozialen Leistungen wird ebenfalls unter dem Gesichtspunkt der Steigerung der Arbeitsproduktivität und der Ausschöpfung aller Arbeitskräftereserven gehandhabt.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die "Konsumgüterversorgung" in der SBZ (x009/225-226): >>Es bedurfte erst des Juni-Aufstandes vom 17. Juni 1953, ehe das Regime die Konsumgüterversorgung der Bevölkerung verbesserte.

Obwohl der Lebensstandard sich seitdem erhöht hat, weist die Konsumgüterversorgung noch immer erhebliche Mängel auf. Dringend benötigte Konsumgüter, wie Möbel, Öfen, Töpfe, Gaskocher, Eimer, Ofenrohre, Kleiderbügel, elektrisches Installationsmaterial, Handwerkszeug und viele sonstige aus Metall oder Holz gefertigte Artikel, werden nur unzureichend produziert und angeboten.

Viele technische Konsumgüter werden exportiert, obwohl der Bedarf der Bevölkerung ungedeckt bleibt. Dazu gehören die besseren Qualitäten bei Kameras, Uhren, ... Motorräder, Mopeds und Fernsehgeräte. Die Textil- und Bekleidungsindustrie bietet oft minderwertige oder unmodische Erzeugnisse an. Die Versorgung mit Lederschuhen ist ebenfalls unzureichend und qualitativ mangelhaft. ...

Die schlechte Konsumgüterversorgung ist begründet in dem in allen kommunistisch geführten Ländern gültigen Produktionsmittelprimat. Bis in die neueste Zeit mußten die Konsumgüter vielfach als sog. Zusatzproduktion ohne ausreichende Materialbereitstellung hergestellt werden. Wenn auch Konsumgüterproduktion zum Teil Bestandteil der Betriebspläne geworden ist, hat die Bevölkerung noch immer Grund zur Klage wegen unzureichender Konsumgüterversorgung.

Das Regime startet von Zeit zu Zeit zur Beschwichtigung von Mißstimmungen Propagandaaktionen, in denen eine Verbesserung der Versorgungslage versprochen wird. Seit Anfang 1960

läuft ein Programm der "tausend kleinen Dinge des täglichen Bedarfs", die indes noch zu keiner fühlbaren Verbesserung der Versorgung geführt hat. Auch die Parole von der "Erfüllung der ökonomischen Hauptaufgabe" war letztlich eine solche Beschwichtigungsaktion. ...<<
Gerhart Eisler appellierte am 4. Juni 1958 in der "Jungen Welt" an das Nationalbewußtsein und den Patriotismus (x009/324): >>... Als Sozialisten sind wir natürlich deutsche Patrioten, und daher wollen wir ja auch, daß ganz Deutschland einmal das wahre Vaterland aller Deutschen und auch der ganzen deutschen Jugend sein kann. ...

Auch für die westdeutsche Jugend ist die DDR das wahre Vaterland. Die Loyalität der ganzen deutschen Jugend kann nur der DDR gehören. Denn die DDR steht auch nicht im Gegensatz zu den Interessen der westdeutschen Jugend, sondern ist im Gegenteil der stärkste Vorkämpfer zur Erfüllung aller ihrer berechtigten, sozialen und kulturellen Wünsche.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über den "Patriotismus" in der SBZ (x009/324): >>Obwohl der Marxismus das nationale als klassenbedingten Atavismus verwirft, operiert die SED seit den Vorbereitungen zur Installation der "DDR" mit Appellen an das Nationalbewußtsein, für die sie ideologische Stützen bei Stalin, vor allem aus der Zeit des "großen vaterländischen Krieges" fand.

Der Parteijargon bezeichnet diesen neuen Nationalismus als Patriotismus. Sein Wesen wurde u.a. von Fred Oelßner 1951 in seiner (1955 wieder aufgelegten) Schrift "Die heutige Bedeutung der nationalen Frage" bestimmt. Er betonte, die SED könne "deutschen Patriotismus nur auf der Grundlage des proletarischen Internationalismus entwickeln".

Mann müsse an die geschichtlichen Leistungen und "an das ganze fortschrittliche kulturelle Erbe unseres deutschen Volkes anknüpfen", zugleich aber müßten wir "besonders die Kulturgüter des fortschrittlichsten Volkes der Welt, des Sowjetvolkes, in uns aufnehmen, um ein neues deutsches Nationalgefühl auf wahrhaft ethischer Grundlage zu entwickeln".

Neuerdings wird der Patriotismus nicht mehr auf Land und Volk oder auf das kulturelle Erbe, sondern auf die "DDR" als "Staat" bezogen ... <<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die "Patriotische Erziehung" in der SBZ (x009/324): >>Von 1950 bis 1955 war Erziehung zu "glühenden Patrioten und Friedenskämpfern" der Kern des offiziellen Erziehungszieles.

Vorbild war die Verpflichtung der sowjetischen Schulen auf den Sowjetpatriotismus. Wenn auch an dieser Forderung festgehalten wird, ist die Betonung des Patriotismus etwas zurückgetreten, vor allem die Hervorhebung der Erziehung zur Liebe zur Arbeit und zu den arbeitenden Menschen.

Mit der patriotischen Erziehung werden auch die Freundschaft mit den Völkern der Sowjetunion und den anderen "sozialistischen" Staaten sowie die Solidarität mit den sonstigen kommunistischen Parteien und den um ihre Befreiung kämpfenden Völkern gefordert. ...<<

Bundesaußenminister Heinrich von Brentano (1904-1964) würdigte am 1. Juli 1958 auf einem Bundestreffen in Bochum die Leistungen der Vertriebenen (x125/128): >>Die Vertriebenen überhaupt haben in den vergangenen Jahren des großen Elends durch ihre Selbstzucht und Leistung nicht nur unser Volk vor dem Absinken in kommunistische Unfreiheit bewahrt, sondern auch durch ihre Geduld der Sache Europas und der ganzen freien Welt einen ungeheuren Dienst geleistet. ...<<

Während des 5. SED-Parteitages wurde am 10. Juli 1958 gefordert, daß die DDR bis 1961 die Produktion und den Verbrauch von Lebensmitteln und Konsumgütern der Bundesrepublik Deutschland erreichen und übertreffen soll (x009/517).

SED-Generalsekretär Walter Ulbricht verkündete am 10. Juli 1958 die "10 Gebote der sozialistischen Moral und Ethik".

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die sozialistische "Moral" in der SBZ (x009/297-298): >>Als Teil des ideologischen Überbaus ist nach bol-

schewistischer Auffassung auch die Moral Ausdruck der Klasseninteressen.

Es gibt demnach kein absolut Gutes und kein absolut Böses. Die traditionellen sittlichen Auffassungen der abendländischen Welt werden als einseitiger Niederschlag der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaftsordnung interpretiert.

Der bürgerlich-kapitalistischen Moral setzte Lenin die sozialistische Moral entgegen, die in der Erklärung gipfelt: "Alles was notwendig ist, um die alte Gesellschaftsordnung der Ausbeuter zu vernichten und die Vereinigung des Proletariats herbeizuführen, ist moralisch."

Dem entspricht die Erklärung der SED: "Nur der handelt sittlich, der sich aktiv für den Sieg des Sozialismus einsetzt."

Damit wird der schon in der Schule gepflegte Haß gegen die als "kapitalistisches Lager" interpretierte westliche Welt ebenso wie die straff disziplinierte Unterordnung unter den Willen der Partei zur Grundlage der sozialistischen Moral.

Allerdings hat der Begriff der sozialistischen Moral in den letzten Jahren, seitdem Chruschtschow die neue Generallinie der Bolschewisten im Sinn des erbitterten wirtschaftlichen Konkurrenzkampfes mit dem Westen festlegte, einen bemerkenswerten Wandel durchgemacht.

Als Hauptkriterium für sozialistische Moral gilt nunmehr die Einstellung zur Arbeit; der Kampf der Partei um die Durchsetzung und Hebung der sozialistischen Moral ist vor allem ein Kampf gegen die "kleinbürgerlichen" Gewohnheiten, wie Eigenbrötelei, Individualismus, Ressortgeist, Gruppenegoismus. Demgegenüber soll die Bevölkerung zu einem Verhalten erzogen werden, das völlig am Kollektiv orientiert ist, auf maximale Produktionseffekte hinzielt und auf diese Weise das bolschewistische Lager weiter verstärken hilft.

Unter anderen Bedingungen als in der Sowjetunion ... bemüht sich die SED, insbesondere seit dem V. Parteitag 1958, um die Erziehung des "neuen sozialistischen Menschen", der sich in seinen ethischen Auffassungen und in seinen Handlungen an den "Zehn Geboten der sozialistischen Moral" orientieren soll, die Ulbricht auf dem V. Parteitag verkündete. Sie besagen: ...

3. Du sollst helfen, die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen zu beseitigen. ...

6. Du sollst das Volkseigentum schützen und mehren.

7. Du sollst nach Verbesserung deiner Leistungen streben, sparsam sein und die sozialistische Arbeitsdisziplin festigen.

8. Du sollst deine Kinder im Geiste des Friedens und des Sozialismus zu allseitig gebildeten, charakterfesten und körperlich gestählten Menschen erziehen.

9. Du sollst sauber und anständig leben und deine Familie achten. ...

Gleichzeitig erklärt die SED-Propaganda, die 10 Gebote Gottes seien dazu erschaffen, Sklavenhalter und Feudalherren, Kapitalisten und Imperialisten zu unterstützen, und führten zu erbarmungsloser Ausbeutung, zu Unterjochung, zu Eroberungskriegen und zu Ausplünderungen. Ein Sozialist wisse, daß die 10 Gebote Gottes, "im Mund der Kapitalisten, Imperialisten, der Klerikalen und der Militaristen nur Heuchelei sind und dazu dienen, den Werktätigen Sand in die Augen zu streuen".

Die 10 Gebote der sozialistischen Moral aber würden den Menschen glücklich und frei machen.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die "Freiheit" in der SBZ (x009/140): >>... Ein Begriff der persönlichen Freiheit, wie er einen Grundwert abendländischer Gesittung darstellt, ist dem Bolschewismus fremd.

Der Einzelne könne erst im Einklang mit der Masse und in der Organisation seine Ziele verwirklichen. Das "Wir" wird dem "Ich" vorgeordnet. damit ist die persönliche Freiheit der politischen nachgeordnet, die einseitig auf das Eigentum an den Produktionsmitteln gegründet wird.

In den bourgeoisen" Gesellschaft gibt es demnach nur Freiheit für die Kapitalisten. Aber sie ist geschichtlich gesehen vorübergehend und wird nach den Gesetzen der gesellschaftlichen

Entwicklung in der sozialistischen Ära durch die Freiheit aller abgelöst.<<

Die Bundesregierung verkündete am 24. Juli 1958 das Gesetz über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1958 (x182/220): >>... Von den Ausgaben in Höhe von 33,9 Milliarden DM entfallen 30,2 % auf Sozialleistungen und 25,4 % auf Verteidigungskosten.<<

Die SED ordnete am 1. August 1958 weitere Enteignungen von Privatvermögen an.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die "Enteignungen" in der SBZ (x009/110-111): >>Die kalte Enteignung des Privateigentums wird schließlich durch steuerliche Maßnahmen (Steuern, Erbrecht) und im Wege des Konkursverfahrens betrieben. Bis zu dem im Juni 1953 verkündeten neuen Kurs und wieder seit August 1958 wird das Flüchtlingsvermögen praktisch enteignet.

Die enteigneten Vermögenswerte sind grundsätzlich lastenfrei in das Volkseigentum übergeführt worden. Das bedeutet eine entschädigungslose Enteignung der privaten Gläubiger des Enteigneten, deren Rechte an enteigneten Grundstücken und beweglichen Sachen und deren Ansprüche gegen das eingezogene Vermögen nicht anerkannt werden. ...

Aus Anlaß eines Rechtsstreites eines in der SBZ enteigneten und in das Volkseigentum überführten Zweigbetriebes und des westdeutschen Hauptbetriebes hat das Oberste Gericht entschieden, daß die Enteignung für ganz Deutschland wirksam sei. Demgemäß sei auch das dem westdeutschen Betrieb gehörende Warenzeichen auf den volkseigenen Betrieb übergegangen. ...<<

DDR-Außenminister Dr. Bolz forderte am 28. August 1958, die DDR als Nachfolgestaat des Deutschen Reiches anzuerkennen.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die "Außenpolitik" des SED-Regimes (x009/51-52): >>... Die Außenpolitik der SBZ verfolgt ihr Ziel im Sinne des sowjetischen Imperialismus zu wirken auch mit jener propagandistischen Form außenpolitischer Aktivität, die der Ausschuß für deutsche Einheit z.B. wie folgt umschreibt: "Ein wichtiger Grundsatz der Außenpolitik der DDR ist die Zusammenarbeit mit den friedliebenden, demokratischen Kräften in allen Ländern und vor allem die Aktionseinheit der deutschen Arbeiterklasse mit der internationalen Arbeiterklasse." ...

Außenpolitik und parteipolitische Klassenkampf-Agitation sind, wie in allen Staaten des Sowjetblocks, auch in der SBZ eng miteinander verbunden. Das SBZ-Regime versucht ständig, seine Forderungen zur Außenpolitik vorzutragen. ... Sie erstrebte "ihre De-facto-Anerkennung durch die Westmächte".

Dabei vermied das Regime ängstlich die Probe, wie die Bevölkerung sich in geheimen, international kontrollierten Wahlen, vor allem in Mehrlistenwahlen, zu seiner Politik stellen würde. Es versuchte, die Bundesregierung als gefährliche militaristische und chauvinistische Angriffsmacht hinzustellen und bemühte sich, die Westmächte mißtrauisch gegen die Bundesrepublik und ihre Bundeswehr zu machen - überhaupt auch den gesamten Westen gegen sie aufzuhetzen.<<

Das ZK der Kommunistischen Partei Chinas beschloß am 29. August 1958 die Bildung von Volkskommunen (x058/418): >>... Die umfassenden Investitionsvorhaben in der Landwirtschaft und die Anwendung fortschrittlicher technischer Methoden erfordern mehr Arbeitskräfte. Die Entwicklung der Industrie in den Landgebieten erfordert daneben die Überführung eines Teils der Arbeitskräfte aus dem Landwirtschaftssektor. ...

Die breiten Massen lassen sich von dem Prinzip leiten, sich nach militärischem Vorbild zusammenzuschließen, kämpferisch zu arbeiten und ein Kollektivleben zu führen. Dadurch erhöht sich das kommunistische Bewußtsein der 500 Millionen Landbewohner noch mehr.

Die Errichtung von Volksgaststätten, Kindergärten, Kinderkrippen, Schneiderstuben, Friestuben, öffentlichen Badeanstalten, "Feierabendheimen" (Altersheimen), Landwirtschafts-

schulen und "Rot- und Fachmann-Schulen" führt die bäuerliche Bevölkerung zu einem glücklichen Gemeinschaftsleben und fördert und stärkt den Kollektivgeist der bäuerlichen Massen noch mehr.

All das beweist, daß die landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft mit hundert oder mehreren hundert Haushalten den Anforderungen der sich verändernden Lage nicht mehr gerecht werden kann.

Unter den gegenwärtigen Umständen ist die Errichtung von Volkskommunen, in denen Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Viehzucht, Hilfwirtschaften und Fischereiwesen allseitig entwickelt werden, in denen Industrie (Arbeiter), Landwirtschaft (Bauern), Handel (Händler), Kultur und Volksbildung (Studenten) und Militärwesen (Angehörige der Miliz) zu einer Einheit verschmelzen, die grundlegende Politik, um die Bauern dazu zu führen, den sozialistischen Aufbau zu beschleunigen, den Aufbau des Sozialismus vorfristig zu vollenden und den allmählichen Übergang zum Kommunismus durchzuführen.

... Unter den gegenwärtigen Bedingungen sollte als Größenmaßstab für die Organisation einer Volkskommune im allgemeinen eine Kommune mit ungefähr 2.000 Haushalten je Gemeinde gelten. ...

Mit der Erweiterung der Volkskommunen durch die komplexe Entwicklung der Land- und Forstwirtschaft, der Viehzucht und der Fischerei sowie der Industrie, des Handels, der Volksbildung und des Militärwesens ist innerhalb des Verwaltungsapparates der Kommunen eine entsprechende Arbeitsteilung erforderlich. ...<<

Das amtliche Blatt "Die Volksarmee" erklärte am 16. September 1958 zur Stellung der sowjetischen Besatzungstruppen (x009/67): >>Die Sowjetarmee ... sichert gemeinsam mit uns, der Nationalen Volksarmee, den Aufbau des Sozialismus in der DDR. ...<<

Die "Pekinger Volkszeitung" berichtete am 10. Oktober 1958 über die "Volksrepublik" China (x299/156-157): >>Heute, im Zeitalter Mao Tse-tungs, haben wir den Himmel auf Erden.

Wenn die Partei ruft, drängen Millionen zur Tat. Der Vorsitzende Mao ist ein großer Prophet. Durch den wissenschaftlichen Marxismus-Leninismus kann er in die Zukunft sehen. Jede Prophezeiung des Vorsitzenden ist wahr geworden. ...<<

Gemäß Verordnung des Ministerrats vom 16. Oktober 1958 waren "Werktätige der DDR" als Helfer der Staatlichen Kontrolle einzusetzen.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die "Helfer der Staatlichen Kontrolle" in der SBZ (x009/178): >>... Sie werden von den Kreiskontrollbeauftragten angeleitet und in Aktivs zusammengefaßt.

Die Helfer der Staatlichen Kontrolle haben mit den örtlichen Organen der Staatsmacht eng zusammenzuarbeiten. Ihre Aufträge erhalten sie von der ZKK, deren Bevollmächtigten in den Bezirken oder den Kreiskontrollbeauftragten.

Sie sollen insbesondere die Kreiskontrollbeauftragten "über Fehler und Mängel in der Arbeit der staatlichen, wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Einrichtungen und Betriebe, aber auch über Beispiele hervorragender Arbeitsleistungen" unterrichten.

Sie sind ehrenamtlich tätig und sollen in speziellen Lehrgängen "qualifiziert" werden. Aus den Beobachtungen und Berichten der Helfer der Staatlichen Kontrolle gewinnt auch der Staatssicherheitsdienst Erkenntnisse.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die "Kontrollen" in der SBZ (x009/226-227): >>Im Parteijargon neben der Anleitung Hauptaufgabe der Führungsorgane, besonders als "Kontrolle der Durchführung der Beschlüsse".

Die Kontrolle hat eine politische sowie eine ökonomische Funktion und dient der Führung zur Gewährleistung der Übereinstimmung der politisch-ökonomischen Wirklichkeit mit dem von ihr diktierten Plan.

Eine Fülle von Kontrollorganen: Kontrollstellen beim Büro des Präsidiums des Ministerrats,

bei der Staatlichen Plankommission, bei den Ministerien, bei den Vereinigten Volkseigenen Betrieben, den Räten der Bezirke und Kreise, aber auch bei der SED selbst ... und bei einigen Massenorganisationen sowie Betriebskontrollorganen der SED sollen ein dichtes Netz der Kontrolle erstellen.

Auch die Volksvertretungen sind, besonders durch ihre Kommissionen und Aktive, in die Kontrolle eingeschaltet. Sie haben aber in keinem Fall das in den westlichen Demokratien wesentliche Recht, als selbständige souveräne Kontrollinstanz der Regierung gegenüberzutreten.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die Kommissionen für "Parteikontrollen" in den Betrieben der SBZ (x009/320): >>Die Kommissionen für Parteikontrollen in den Betrieben wurden 1959 nach sowjetischem Vorbild gegründet, um die Kontrolle der SED über die Staats- und Wirtschaftsbürokratie systematisch auszubauen.

Sie sollen "sich ausschließlich damit beschäftigen, wie die Durchführung bestimmter Aufgaben des Siebenjahresplanes und der sozialistischen Rekonstruktion gesichert wird" (Ulbricht). Anders als die Beauftragten der Kommissionen für Staatliche Kontrolle sind die Kommissionen für Parteikontrollen in den Betrieben Organe der BPO (Betriebsparteiorganisation) und werden von den Bezirks- und Kreisleitungen gelenkt.

Sie sollen in den Betrieben durch eine "Kontrolle von unten" die von den SED-Bezirks- und Kreisleitungen ausgeübte "Kontrolle von oben" ergänzen, dafür sorgen, daß der "Zusammenhang von Ökonomie und Politik" beachtet wird und feststellen, wo es in den Köpfen der Menschen "falsche Ansichten gibt". In Großbetrieben werden Kommissionen für Parteikontrollen nicht nur bei den zentralen Parteileitungen, sondern auch in Abteilungsparteiorganisationen gebildet, auch für einzelne Sachgebiete.

In allen Kommissionen für Parteikontrollen in den Betrieben sollen Produktionsarbeiter die Mehrheit bilden, um zu verhindern, daß die leitenden Fachleute in den Kommissionen die Belange und Interessen der Verwaltungs- und Wirtschaftsleitungen durchsetzen.<<

Ulbricht behauptete am 27. Oktober 1958 während einer Versammlung (x009/518): >>... Ganz Berlin liege auf dem Territorium der DDR.<<

Im Oktober 1958 wurden auf Anweisung des Justizministeriums zahlreiche eingeleitete Strafverfahren und Fahndungsmaßnahmen gegen Flüchtlinge eingestellt.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die "Rückkehrer" (x009/373): >>... Durch Rundfunk und Presse wurden die Flüchtlinge zur Rückkehr aufgefordert mit dem Versprechen, daß niemand wegen Republikflucht bestraft werde, der durch seine Rückkehr aus der "NATO-Basis in den Staat der Arbeiter und Bauern eine grundlegende Wandlung seines Verhaltens zeige, die erwarten lasse, daß er künftig die sozialistischen Gesetze achten werde".

Gegen Rückkehrer wird seitdem nur noch in besonderen Fällen ein Strafverfahren eingeleitet. Soweit hier nicht schon eine vor der Flucht angeblich begangene Straftat den Vorwand bietet, wird diesen Rückkehrern vorgeworfen, durch die Meldung im westlichen Notaufnahmelager Spionage oder staatsgefährdende Hetze begangen zu haben.<<

Nikita Chruschtschow (1894-1971, seit 1953 Erster Sekretär des ZK der KPdSU, 1958-1964 Ministerpräsident) erklärte am 10. November 1958 in Leipzig (x009/518): >>... Es wäre an der Zeit, den Viermächte-Status in Berlin aufzuheben.<<

Die Wahl zur Volkskammer, zu den Bezirkstagen und zur Stadtverordnetenversammlung für Ost-Berlin wurde am 16. November 1958 durchgeführt.

Mit 99,87 % Ja-Stimmen ergab diese Wahl das erwartete Ergebnis und die entsprechende Zusammensetzung der Volkskammer. Die Lage der angeblich noch nicht kommunistisch geführten Parteien wurde danach noch ungünstiger (x009/466).

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die "Wahlen" in der

SBZ (x009/472-473): >>In der SBZ wie in allen totalitären Staaten haben Wahlen nicht den Zweck, die Richtung der Politik zu bestimmen, es sollen vielmehr die schon vorher als "gewählt feststehenden Kandidaten" bestätigt werden, die dem Regime als am besten geeignet erscheinen, die Generallinie der Partei durchzusetzen.

Infolgedessen haben Wahlen lediglich den Charakter von Abstimmungen. Denn bei allen Wahlen, die seit 1949 in der SBZ stattfanden, gab es nur eine Einheitsliste der "Kandidaten der Nationalen Front", so daß die Entscheidung zwischen verschiedenen Möglichkeiten ausgeschlossen war und ist. ...

Wahlen sollen nach Art. 51 und 109 der Verfassung in allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Verfahren stattfinden. Wahlberechtigt ist jeder Einwohner der DDR, der am Wahltag das 18. Lebensjahr vollendet hat, wählbar ist jeder nach Vollendung des 21. Jahres (Art. 52 der Verfassung).

... Die letzte in der SBZ durchgeführte Wahl vom 16.11.1958 war ebenso wie alle vorhergehenden, einschließlich der Wahlen in den Gemeinden, Kreisen, Ländern und Bezirken, ein ausgesprochener Wahlbetrug. Wahlkabinen und Stimmzettelumschläge fehlten vielfach. ... Eine Ablehnung der Einheitsliste ist technisch unmöglich, da der Stimmzettel keinen Raum dafür enthält. Jedes weitere Risiko schaltet die SED durch Wahlterror aus. Es wurde lange vorher eine "spontane Volksbewegung" für die offene Stimmabgabe inszeniert.

Wer auf geheimer Abstimmung bestand, machte sich dringend verdächtig. Betriebe und Einzelpersonen mußten durch Selbstverpflichtungen ihre 100prozentige und offene Stimmabgabe beschließen. Weiterer Wahlbetrug wurde, falls noch erforderlich, bei der Stimmenauszählung begangen und ist dokumentarisch belegt.

Wahlen in der SBZ kommen unter den gegebenen Voraussetzungen einem Verfassungsbruch gleich; jedes Wahlergebnis ist gefälscht und daher für die Beurteilung der Einstellung der Bevölkerung nicht maßgebend. Was für die allgemeinen Wahlen zu den Volksvertretungen gilt, trifft im übertragenen Sinn auch für die Wahlen zu den Vorständen der Organisationen zu.<<

Der Erzbischof von Algier, Léon-Etienne Duval, protestierte am 25. November 1958 in einem Brief an die französischen Behörden gegen die brutalen Vergeltungsmaßnahmen der französischen Besatzungstruppen (x075/198-199): >>... Es wird weiter gefoltert; Dörfer werden zerstört, Hinrichtungen werden ohne Gerichtsverhandlung vollstreckt; Menschen verschwinden mit unbekanntem Schicksal. Die Jugend Frankreichs läuft Gefahr zu verderben, wenn sie an Handlungen beteiligt wird, die der Moral widersprechen.<<

Die Ludwigsburger Zentrale Stelle zur Aufklärung nationalsozialistischer Gewaltverbrechen und Verfolgung von NS-Tätern begann am 1. Dezember 1958 ihre Tätigkeit.

Der deutsche Oberstaatsanwalt Alfred Streim (1932-1996) schrieb später über die "Ludwigsburger Zentralstelle" (x051/362-363): >>Ludwigsburger Zentralstelle (ZSt/amtlich: Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung von nationalsozialistischen Verbrechen), durch Verwaltungsvereinbarung der Justizminister und -senatoren der Länder am 6.11.58 gegründete Behörde, die ihre Tätigkeit am 1.12.58 aufnahm.

Aufgabe der Ludwigsburger Zentralstelle ist es, das gesamte erreichbare Material über nationalsozialistische Verbrechen zu sammeln, zu sichten und auszuwerten. Hauptziel ist es dabei, nach Ort, Zeit und Täterkreis begrenzt Tatkomplexe herauszuarbeiten und festzustellen, welche an den Tatkomplexen beteiligte Personen noch (Verjährung) verfolgt werden können. Sind für einen Tatkomplex der Kreis der verfolgbaren Täter und die zuständige Staatsanwaltschaft festgestellt, so schließt die Zentralstelle ihre Vorermittlungen ab und leitet den Vorgang dieser Staatsanwaltschaft zu.

Bis zum 1.1.85 hat die Ludwigsburger Zentralstelle 4.899 Verfahren gegen eine Vielzahl von Beschuldigten an die Strafverfolgungsbehörden zur weiteren Ermittlung abgegeben. Aus den abgegebenen Komplexen entwickelten sich bei den Staatsanwaltschaften rund 13.000 Ermitt-

lungsverfahren.<<

Der polnische KP-Politiker Gomulka (1905-1982, von 1956-1970 Erster Sekretär des ZK) erklärte am 4. Dezember 1958 in einer Rede vor polnischen Bergarbeitern (x125/181): >>Das polnische Volk wünscht ... nichts sehnlicher, als sein Land zu entwickeln, seine bessere sozialistische Zukunft zu bauen, in Eintracht und Frieden mit dem ganzen deutschen Volk und allen Völkern der Welt zu leben.

Aber ebensogut wissen wir, daß die Sicherheit der polnischen Grenzen an Oder und Neiße, der Friedensgrenze, heute in der Sicherheit der Grenze an der Elbe liegt, die die beiden deutschen Staaten trennt. Jeder Angriff auf die DDR ist ein Angriff auf uns, auf unsere Westgrenzen, auf alle sozialistischen Länder. ...<<

In Berlin trafen sich am 14. Dezember 1958 die Führungskräfte des "Bundes der Vertriebenen (BdV) - Vereinigte Landsmannschaften und Landesverbände" zur ersten Sitzung.

Die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" berichtete am 27. Dezember 1958 über die Volksrepublik China (x299/156): >>... Die mangelnde Begeisterung der Massen wird mit Terror ausgeglichen. Es sind Menschen verhaftet worden, weil Rauch aus ihrem Schornstein drang. Denn es ist ein Verbrechen, zu Hause heißes Wasser zu kochen. Man trinkt und ißt in der Kantine – und damit basta.

Andere wurden abgeführt, weil sie ein oder zwei Hühnchen zurückbehalten hatten, anstatt sie der Hühnerfarm der Kantine abzuliefern. Fast überall wurden die privaten Kochtöpfe eingeschmolzen. ...<<

Im Jahre 1958 flohen 204.092 Deutsche aus der Sowjetzone in den Westen.

Zweckmäßige Wirtschaftspolitik ("soziale Marktwirtschaft"), Arbeitseifer und Unternehmungslust der Deutschen förderten den wirtschaftlichen Aufschwung (sog. "Wirtschaftswunder").

Die Industrieproduktion stieg von 1950-58 um rd. 177 %. Ende 1958 besaß die Bundesrepublik Deutschland bereits wieder Devisen in Höhe von 25,2 Milliarden DM, während die gesamten Schulden nur noch 22,3 Milliarden DM betragen (x069/215).

Der deutsche Journalist und Schriftsteller Arno Surminski berichtete später über das "deutsche Wirtschaftswunder" in der Bundesrepublik Deutschland (x182/9-16): >>... Gibt es Anlaß, auf die Wirtschaftswunderjahre stolz zu sein? Waren sie wirklich nur ein materialistischer Alptraum, ausgefüllt mit purer Gier nach den trivialsten Dingen des Lebens und völliger Vernachlässigung der höheren Werte? ...

... Heute mutet vieles verrückt an, auch schreit die damalige Naivität zum Himmel. Das ist übrigens ein bemerkenswertes Stichwort für das Verständnis jener Zeit. Kein Zweifel, die Deutschen der Wirtschaftswunderjahre waren in einem gewissen Sinne naiv, ihre Freude an einem neuen Fahrrad, dem ersten Stück Möbel oder einer Neubauwohnung war geradezu kindlich. Auch der unkritische Fortschrittsglaube jener Jahre trug Züge des Naiven.

Kein Tag verging, an dem die Zeitungen nicht von erstaunlichen Leistungen der Wissenschaft und Technik berichteten. Wasserkraftwerke bauen, Stauseen errichten, die Atomkerne für den Küchenherd zähmen, die Sahara bewässern, Eisberge abschmelzen, in Sibirien und Alaska Orangen anbauen, in solchen Spekulationen erging sich der Fortschrittsglaube. Dem Menschen und seiner Wissenschaft war alles zuzutrauen; es war fast damit zu rechnen, daß wir eines Tages aufhören würden zu sterben.

Diese optimistische Haltung wurde nicht etwa von oben befohlen oder gar mit Mitteln der geheimen Verführung zur Ablenkung von Not und sozialer Ungerechtigkeit lanciert, sie entsprach einer verbreiteten Zeitstimmung. Die Menschen wollten positive Berichte über Wohlstand, besseres Leben und die unbegrenzten Möglichkeiten der Zukunft. So wie heute paßten sich die Medien diesen Wünschen an und meldeten den Fortschritt.

Ebensowenig wie wir heute erklären können, warum der Zeitgeist heute offenbar eine wach-

sende Sehnsucht nach Katastrophenmeldungen, Weltuntergangsvisionen und pessimistischen Aussichten verspürt, so läßt sich die entgegengesetzte Stimmung, die sich in positiven Meldungen über Produktionsrekorde, Neubauvorhaben, Versorgungsverbesserungen, Erfindungen und Entdeckungen erging, rational schwer erfassen. Der Souverän namens Zeitgeist hat da seine Geheimnisse; er überrascht uns einmal mit wilder Ausgelassenheit, um dann wieder in allgemeiner Traurigkeit zu versinken.

Es wäre überheblich, die damalige Stimmung als eine Art materiellen Wahn abzuwerten, gleichzeitig aber zu behaupten, daß wir heute, aufgeklärt und vernünftig wie wir sind, den realen Zustand der Welt bedauern. Wahrscheinlich liegt die Realität in der Mitte. Der Kulturpessimismus heutiger Tage erscheint als Spiegelbild des unkritischen Optimismus von damals. Wir haben es mit extremen Pendelausschlägen der gleichen Welt zu tun, einmal mit Pluszeichen und einmal mit Minus. Der Wahn, wenn man es schon so benennen will, ist der gleiche.

...

Der unkritische Optimismus, der die fünfziger Jahre beherrschte, erklärt übrigens auch die schwärmerische Bewunderung für die USA, die für jene Zeit typisch war. Jenseits des Teiches war die Zukunft, die in Europa erst in den Zeitungen angekündigt wurde, schon ein Stück Gegenwart. In den Vereinigten Staaten kam alles 10 Jahre früher, eine Zeitdifferenz übrigens, die noch heute zu spüren ist.

Das Auf und Ab des deutsch-amerikanischen Gefühlspegels zeigt übrigens, wie sehr die Zuneigung der Völker von materiellen Werten abhängt. Die Deutschen hatten sich – darin den übrigen Europäern nicht nachstehend – viele Jahre eine überhebliche Geringschätzung des ungebärdigen, kraftvollen, aber als unkultiviert geltenden Amerikaners geleistet. Man lächelte gern über die Amerikaner, und das nicht nur während des Dritten Reiches, sondern auch schon in den zwanziger Jahren und in der Kaiserzeit.

Der "reiche Onkel aus Amerika" war das einzig Positive, das viele Jahrzehnte von West nach Ost über den Atlantik kam. Bemerkenswert ist, daß den Russen ähnliches widerfuhr, mit dem Unterschied, daß die Nix-Kultura-Mentalität in Mitteleuropa noch etwas länger anhielt als das Yankee-Syndrom. Heute beherrschen diese als primitiv eingestuften Völker die Welt. Mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges brach in Deutschland die Fassade "gebildeter" Überlegenheit gegenüber den USA zusammen.

Der einfache Grund: In Amerika herrschte Wohlstand. Care-Pakete, Kaffee und Amizigaretten schlugen den geistigen Hochmut. Die Zuneigung ging nach Brot. In neuerer Zeit gibt es dafür Parallelen. Die Sympathie, die vielen Bürgern der Bundesrepublik bei Besuchen in osteuropäischen Ländern entgegenschlägt, kommt aus der gleichen Quelle wie die Bewunderung Nordamerikas in den fünfziger Jahren. Damals war es der gute Dollar, heute ist es die Mark.

Zur Naivität jener Zeit gehörte wohl auch, daß beträchtliche soziale Unterschiede geduldig hingenommen wurden. Die Leiden am Wohlstand der anderen war noch nicht zur chronischen Krankheit geworden. ...

Das Wohlstandsgefälle der Wirtschaftswunderzeit war für heutige Begriffe erschreckend. Schlimmer noch, es verbarg sich nicht einmal, sondern zeigte sich überall in – heute würden wir sagen – unverfrorenster Weise.

Ich gehörte mit zu den Habenichtsen, kann aber nicht sagen, daß ich sehr darunter gelitten habe, wenn andere schon Autos besaßen, an die Riviera fuhren, schöne Kleider trugen und Häuser bauten. Warum wir damals die Unterschiede so geduldig ertrugen, ist ein weites Feld für die Psychologie. Möglicherweise waren da instinktive Überlebensmechanismen am Werk, die uns vor Ansteckung und Vergiftung durch den Neidkomplex bewahrten.

Die Deutschen saßen im Wattenmeer auf dem Trockenen und erwarteten mit Gewißheit die Wohlstandsflut. Zum einen würde sie eher kommen, zum anderen später, aber ausbleiben würde sie nicht. Wer keine Geduld hatte, ging dem Wohlstand entgegen, er wanderte aus.

Um die Aufbruchstimmung der fünfziger Jahre zu begreifen, kommen wir ohne eine Betrachtung der ersten Hälfte dieses Jahrhundert nicht aus. Es war ja nicht nur der Zweite Weltkrieg mit seinem katastrophalen Ende, der den Erwartungshorizont der Menschen auf Null reduziert hatte.

Auch die 40 Jahre davor hatten es in sich, das ganze halbe Jahrhundert war in der Rückschau ... ein einziger Vulkanausbruch im alten Europa. 1907 eine Wirtschaftskrise mit erheblichen Mangelercheinungen; es gab kein Fleisch für die Arbeiter. Danach der Erste Weltkrieg, in dem die Deutschen mehr hungerten als im Zweiten Weltkrieg. Ihm folgte die Inflationszeit der zwanziger Jahre mit persönlichen Katastrophen für Millionen Menschen. Eine kurze Phase der Stabilität von 1926 bis 1928 ging der Weltwirtschaftskrise mit ihrer Massenarbeitslosigkeit voraus. Die darauffolgende wirtschaftliche Entwicklung in der Mitte der dreißiger Jahre ging im Elend des Zweiten Weltkrieges unter.

Keine Frage, die Deutschen waren mit wirtschaftlicher Not verwandt und verschwägert. In der Schule lernten sie seit altersher Gedichte wie "Wer nie sein Brot mit Tränen aß ...", und über ihren Betten hingen Sinnsprüche wie dieser: "Lerne leiden, ohne zu klagen!"

Über diese Menschen kam, als sie glaubten, auf dem äußersten Tiefpunkt angekommen zu sein, das Wirtschaftswunder. Sie fühlten sich wie jemand, der aus sibirischer Kälte in einen Raum mit null Grad kommt. Er muß glauben, der Frühling sei ausgebrochen. Auch das ein gravierender Unterschied zur Gegenwart. Heute kommen wir alle aus der Wärme und empfinden eine geringe Abkühlung schon als unerträglich.

Von den Fakten her betrachtet war die wirtschaftliche Entwicklung gar nicht so wunderbar. Die Arbeitslosigkeit blieb hoch, die Löhne waren niedrig, die Wohnraumversorgung katastrophal, das soziale Netz sehr unvollkommen. Der allgemeine Wohlstand lag weit unter dem heutigen Niveau.

Trotzdem war das Wirtschaftswunder keine Erfindung von oben, keine Wahlwerbung oder der Versuch, leidende Menschen mit Luftschlössern zu täuschen. Nein, die meisten hielten die Entwicklung tatsächlich für wunderbar. Nach den Erfahrungen der ersten Hälfte des Jahrhunderts mußten sie mit dem Schlimmsten rechnen, denn eigentlich sah es 1945 noch schlechter aus als 1918. Die Niederlage war totaler als die nach dem Ersten Weltkrieg; Städte und Industrie waren von Bomben zerstört, das Land zerstückelt und unter fremder Besatzung, es war isoliert und verfehmt.

Daß sich unter diesen deprimierenden Bedingungen die wirtschaftliche Lage besser entwickelte als nach dem Ersten Weltkrieg, mußte in der Tat für ein Wunder gehalten werden. Heute wissen wir, daß die Tiefe des Falls Bedingung war für die Größe des Aufstiegs.

Die außenpolitische Isolierung in der die Bundesrepublik lebte, hat die Wirtschaftswundermentalität mitgeprägt. Die häßlichen Deutschen, mit denen im Ausland niemand etwas zu tun haben wollte, verkrochen sich hinter ihre Grenzen und stürzten sich auf das, was ihnen noch geblieben war: die Wirtschaft.

Die Rundfunksender ergingen sich in Nachrichten über die wöchentlich geförderte Kohlenmenge; Fabrikeinweihungen, Stapelläufe und Exportaufträge waren Schlagzeilen wert. Produktionssteigerungen wurden gefeiert wie im Kriege die Erfolge an den Fronten; die monatlichen Exportzahlen erwartete die Nation damals wie heute die Lottozahlen.

Womit sollten die Deutschen sich sonst beschäftigen? Niemand wollte etwas mit ihnen zu tun haben. Die meisten Ausländer wuschen sich die Hände, wenn sie einen Deutschen berührt hatten. Wer sich vergegenwärtigt, welche Mühe es bereitet hat, auf dem vergleichsweise harmlosen Gebiet des Sports wieder Kontakt zwischen den Deutschen und ihren Nachbarn auf die Beine zu stellen, wird das Ausmaß der Isolierung begreifen. Den Deutschen blieb nichts anderes übrig als die Wirtschaft. ...

Ein weiterer Grund für die Flucht ins Nur-Wirtschaftliche wird häufig übersehen: Viele der

sogenannten höheren Werte – Freiheit, Vaterland, Ehre, Treue, Glauben – hatten in ihrer pervertierten Ausprägung gerade auf furchtbare Weise Schiffbruch erlitten. Die Antwort der Betroffenen war eine natürliche Skepsis gegenüber allen sogenannten Idealen, eine Antwort, die die Menschen so nüchtern materialistisch erscheinen ließ.

Eines fand in der Wirtschaftswunderzeit sicherlich nicht ausreichend statt, die Bewältigung der Vergangenheit. Die Vermutung, die Deutschen seien vor ihrer Vergangenheit ins Wirtschaftswunder geflohen, wollten das schlechte Gewissen mit Wirtschaftserfolgen betäuben, ist nicht ganz unbegründet. Das galt zunächst für die Deutschen als Gesamtheit.

Während andere Völker, etwa Italien, rechtzeitig aus dem Kriege ausgeschieden waren und sich die Illusion eines "befreiten" Landes leisten konnten, fühlten sich die Deutschen nie befreit, sondern immer nur besiegt. Die Sieger taten in den Anfangsjahren auch wenig, um sie von dieser Einstellung abzubringen. Morgenthauplan und Demontage zeigte den Deutschen, was man mit ihnen vorhatte.

"Befreite" Völker können den Vorwurf, die Gewaltherrscher, unter denen sie gelebt haben, hätten Schreckliches begangen, mühelos akzeptieren, ja, sie werden sich selbst als Opfer dieser Gewalt verstehen. Ein Nur-Besiegter ist dazu nicht in der Lage.

Die Sieger haben es den Deutschen schwermacht, sich von ihren Schreckensführern zu distanzieren. Mit ihrer These von der kollektiven Schuld ließen sie ihnen keinen Ausweg. Die meisten haben es den Siegern einfach nicht geglaubt, sie haben die Bilder von Bergen-Belsen und Auschwitz für gestellte Fotos gehalten, für eine Fortsetzung der Kriegspropaganda gegen den Besiegten. Hinzu kommt der natürliche Instinkt, der vor zu großen Schreckensbildern die Augen verschließt. Schon bei einem einfachen Verkehrsunfall wenden sich die meisten Passanten ab, wenn Blut fließt. Was will man da anlässlich des größten "Verkehrsunfalls" der deutschen Geschichte erwarten?

Psychologisch betrachtet wären die Deutschen keine Menschen, sondern seelenlose Monster, wenn sie sich nach dem Zweiten Weltkrieg so verhalten hätten, wie es der Rest der Welt und viele Nachkriegsgeborene offenbar erwarteten. Die Verdrängung war normal, eine Überlebensmedizin.

Verdrängung der Vergangenheit ins Wirtschaftliche darf keineswegs immer nur mit Auschwitz und ähnlichen Schreckenssymbolen gekoppelt werden. Sie fand im persönlichen Bereich auf ganz harmlose Weise statt. Wer wollte es einem Dreißigjährigen, der seine Jugend im Uniformrock und anschließend in Gefangenschaft verbracht hatte, verübeln, wenn er nur noch friedlich arbeiten, eine Existenz aufbauen, vielleicht ein Haus errichten wollte.

Das beschauliche Wirtschaftliche war das Gegenstück zum Materialistischen, das bis dahin die Zeit beherrscht hatte. Man mußte nicht unbedingt schuldig geworden sein, um den Wunsch zu verspüren, in die Idylle von Eigenheimbau und Schrebergarten heimzukehren. Übrigens waren die Deutschen ja nicht nur Täter, sondern auch Opfer der Schreckensjahre. Auch als Opfer verdrängten sie ihre Erlebnisse mit der Flucht ins Wirtschaftswunder.

Es war schon ein Segen, daß das Trauma der Bombennächte, der Flucht und der Vergewaltigungen sich in harter Arbeit am eigenen Häuschen auflösen ließ.

Zu den eindrucksvollsten Erlebnissen der fünfziger Jahre gehört die Umwandlung der Wirtschaft von einem Verkäufer- zum Käufermarkt. ... Bis dahin waren es die Verbraucher gewohnt, vor den Läden in langen Schlangen geduldig zu warten, um das Nötigste gerade noch zu bekommen. Nicht die Wartenden vor der Tür, sondern die Ladenbesitzer waren die heimlichen Herrscher im Dorf oder Städtchen, auf ihre gute Laune und Freundlichkeit war man angewiesen.

Man harpte geduldig aus, bis sie aus dem Mittagsschlaf erwachten und geruhten, den Laden zu öffnen. Glücklicherweise, wer mit ihnen verwandt oder gut bekannt war, um über "Beziehungen" eine bessere Versorgung zu erhalten.

Das änderte sich Anfang der fünfziger Jahre radikal. Der Verbraucher, nun Besitzer wertvollen Geldes, wurde umworben, ihn behandelte man freundlich und zuvorkommend. In den Dörfern und Kleinstädten zog der Geschäftsmann zuerst den Hut, wenn er einem Kunden auf der Straße begegnete.

Die in den fünfziger Jahren zurückgewonnene Konsumfreiheit des Verbrauchers wird heute kaum noch als Wert gewürdigt. ... Wie deprimierend es ist, in einem Wirtschaftssystem zu leben, in dem nicht der Kunde, sondern der Mann hinter dem Ladentisch, der staatlich angestellte Warenverteiler, den Mittelpunkt darstellt, können westliche Besucher bei ihren Reisen in osteuropäische Länder gründlich studieren.

Das Wirtschaftswunder war mehr geistiger Zustand als wirtschaftliche Realität, eine Stimmung, gespeist aus vielen Quellflüssen. Eine gewisse gläubige Naivität war wohl die wichtigste Zutat. Möglicherweise ist der Verlust dieser Naivität die entscheidende Veränderung der Nach-Wirtschaftswunder-Jahre. Heute kommen viele schon mit diesem Naivitätsverlust auf die Welt, haben damit auch die Fähigkeit eingebüßt, über eine so simple Geschichte wie den Erwerb eines neuen Fahrrades ein halbes Stündchen glücklich zu sein.

Die eigentliche Bewährungsprobe für unsere naivitätslose Zeit wird kommen, wenn sich die wirtschaftlichen Bedingungen so verschlechtern, daß wir jenen Verhältnissen nahe kommen, die damals als "Wirtschaftswunder" gefeiert wurden. Vielleicht brauchen wir dann zum Überleben eine neue Illusion, eine neue Naivität. ...<<

Der nordamerikanische Völkerrechtler und Historiker Alfred M. de Zayas schrieb später über das "deutsche Wirtschaftswunder" (x028/157): >>... Das hochgerühmte "Wirtschaftswunder", ermöglicht durch den Zustrom des Dollars (Marshall-Plan), gründete auch zum andern Teil auf die vielen ausgebildeten Arbeiter, die vorher ohne Beschäftigung gewesen waren. Zwei wichtige Ziele wurden mit einem Schlag erreicht: die schnelle wirtschaftliche Erholung und die Integration von Millionen Vertriebenen.

Wenn auch die meisten Vertriebenen aus vorwiegend landwirtschaftlichen Gebieten kamen, darf nicht übersehen werden, daß dort auch beachtliche Industrien zu Hause waren und daß viele Vertriebene entsprechendes Fachkönnen und Fachkenntnisse mitbrachten. ...<<

Der deutsch-amerikanische Historiker und Autor Frank Fabian berichtete später über das "deutsche Wirtschaftswunder" (x313/386-387): >>Die Bundesrepublik Deutschland nahm nach dem Zweiten Weltkrieg einen unglaublichen wirtschaftlichen Aufschwung, den Gegner wie Freunde nur mit ungläubigen Augen verfolgen konnten.

Die Wirtschaft faßte relativ früh wieder Tritt. Deutsche Ingenieure und deutsche Wissenschaftler legten sich ins Zeug. In kürzester Zeit verfügte Deutschland schon wieder über eine der besten Infrastrukturen Europas. Das flächenmäßig kleine Land im Herzen Europas hatte in der Vergangenheit zahlreiche blitzgescheite Köpfe hervorgebracht; das gereichte Deutschland jetzt zum Vorteil. Nahezu in jedem Fachgebiet und jeder Wirtschaft fand sich nun erneut ein berühmter Name deutscher Herkunft.

Die Industrie zog an und erlangte binnen weniger Jahrzehnte wieder Weltbedeutung – denken wir nur an die Elektro-Industrie, den Maschinenbau oder an die deutschen Autos. Der Export boomte.

Die Statistiken schrieben eine fast ungebrochene Erfolgsgeschichte. "Schon zwischen 1948 und 1952 stieg die deutsche Industrieproduktion um 110 Prozent und das reale Bruttoinlandsprodukt um 67 Prozent." Die Stahlproduktion, 1946 praktisch nicht existent, entwickelte sich zur größten Europas mit über 34 Millionen Tonnen im Jahre 1960.

Ähnliche märchenhafte Expansionsraten erreichten andere wichtige Industriezweige. Das Bruttoinlandsprodukt liest sich in dürren Zahlen wie folgt:

1952 = 32 Milliarden Dollar,

1962 = 89 Milliarden Dollar,

1979 = 600 Milliarden Dollar,
2000 = über 1.000 Milliarden Dollar.

Im Jahre 1960 betrug das verfügbare Pro-Kopf-Einkommen in Deutschland 1.186 Dollar – in den Vereinigten Staaten zu diesem Zeitpunkt 2.491 Dollar. 1970 aber sah es bereits folgendermaßen aus:

In der Bundesrepublik Deutschland verdiente man im Durchschnitt 10.837 Dollar, in den USA lediglich 9.595 Dollar. Die Deutschen hatten sogar die "erfolgreichste Nation der Welt" überholt.

Nach kürzester Zeit hatte Deutschland zumindest in wirtschaftlicher Hinsicht wieder eine der führenden Positionen auf dem Globus inne. "Made in Germany" wurde Inbegriff für Präzision und Langlebigkeit – ein Prädikat, mit dem allenfalls die Schweizer Uhren mithalten konnten.<<

Der französische Reporter Jacques Duquesne berichtete im Jahre 1958 in seinem Buch "Der grausame Krieg" über die brutalen französischen Vergeltungsmaßnahmen in Algerien (x075/-199): >>Unsere jungen Menschen sind Zeugen dieser Greuel; sie werden als unvermeidlich dargestellt; es besteht die Gefahr, daß auf diese Weise eine ganze Generation verdorben wird. ...<<

Die maoistische Kollektivierungspolitik ("der Große Sprung") löste ab 1958 große wirtschaftliche und soziale Schwierigkeiten aus.

Der französische Politikwissenschaftler und Germanist Alfred Grosser schrieb später in seinem Buch "Ermordung der Menschheit" über die Opfer des Maoismus der 50er Jahre (x075/-232-233): >>... Zu Beginn der fünfziger Jahre fallen der Säuberung Hunderttausende, ja, Millionen von Menschen zum Opfer. Zu den Hingerichteten kommt eine noch viel größere Zahl von Menschen, die durch Arbeit zur Reform verdammt werden, wobei die Lager mit Hunger, Elend und Mißhandlung im Gefolge eine bedeutende Rolle in dem neu entstehenden Wirtschaftssystem spielen.

Von 1955 an wird "der große Sprung nach vorn" von einer Kampagne zur Vernichtung der Konterrevolutionäre" begleitet und führt vor allem aufgrund der absurden Verkennung wirtschaftlicher und industrieller Funktionsmechanismen zu einer Katastrophe in der Landwirtschaft.

Es scheint durchaus zulässig, die Zahl der Menschen, die während dieses "großen Sprungs" keines natürlichen Todes gestorben sind, auf 16, ja, 30 Millionen zu schätzen.

In den Jahren 1957/58 fallen die nicht die harte Linie befolgenden Kader einer Säuberung zum Opfer; die sporadischen Revolten nationaler Minderheiten werden niedergeschlagen. Dabei schien sich im Frühjahr 1957 eine Lockerung abzuzeichnen:

Die kurze Zeit der "Hundert Blumen" bringt eine Welle der Kritik hervor, aber diejenigen, die den Mund aufmachen oder der Kritik wohlwollend gegenüberstehen, werden bald darauf bestraft. Hunderttausende von "Rechtsabweichlern" werden in Arbeitslager geschickt. ...<<

1959

Anfang 1959 wurde die zum Ministerium für Staatssicherheit gehörende "Hauptverwaltung Aufklärung" mit rund 800 Mitarbeitern in Berlin-Lichtenberg zusammengefaßt

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über diese "Hauptverwaltung Aufklärung" (x009/295-296): >>Sie entstand im Mai 1956 aus der Hauptabteilung XV und wurde dem Minister (Erich Mielke) unmittelbar unterstellt. - Seit 1.1.1959 hat sie 12 Abteilungen (HVA - Leitung: Generalmajor Markus J. Wolf):

- 1: Politische Spionage in Regierungsstellen der Bundesrepublik einschließlich des Verteidigungsministeriums;
- 2: Politische Spionage in Parteien und politischen Vereinigungen in der Bundesrepublik;
- 3: Ausländische Vertretungen in der Bundesrepublik; militärische Spionage im Ausland;

- 4: Militärische Spionage in der NATO;
- 5: Wirtschaftsspionage;
- 6: Einschleusung von Agenten;
- 7: Auswertung;
- 8: Diversion (Sabotagevorbereitungen in der Bundesrepublik);
- 9: Verbindungen, Funk- und Chiffrierwesen;
- K: Dokumentation, Ausweissfälschung;
- R: Kartei, Registratur;
- K/S: Kader und Schulung.

Alle Wirtschafts- und Verwaltungsabteilungen des Hauptteils des Ministeriums für Staatssicherheit wie der HVA sind in der HVB (Bewirtschaftung und Verwaltung) zusammengefaßt, die in Berlin-Lichtenberg sitzt. - Das Ministerium für Staatssicherheit wird von einem sowjetischen Beraterstab überwacht und angeleitet. ...<<

Das Deutschland-Archiv berichtete später über die "Kaderabteilungen" (x243/205): >>... "Kader" (bezeichnet) eine planmäßig herangebildete Elite, ... die beauftragt ist, in wichtigen Führungspositionen dem Parteiregime zu dienen. ... Kaderabteilungen (erfassen) ... das gesamte Personal des staatlichen Sektors und kontrollieren (es. Sie) bestehen in allen VEB, Massenorganisationen und staatlichen Institutionen. Sie sind ausschließlich mit linientreuen Genossen besetzt, unterliegen geheimen Bestimmungen und kooperieren eng mit der Staatssicherheit (MfS). ...

Über jede von der Kaderabteilung registrierte Person wird eine ... Akte geführt. ... Das Nichterscheinen zur Maidemonstration kann dort ebenso aufmerksam notiert werden wie Diskussionsbeiträge oder die Spende für Nordvietnam. ...<<

Fulgencio Batista (1901-1973, seit 1933 Diktator in Kuba) floh am 1. Januar 1959 ins Ausland.

US-Präsident Eisenhower erklärte Alaska am 3. Januar 1959 zum 49. US-Bundesstaat (x175/531).

Die Sowjetunion übergab der Bundesrepublik Deutschland, der DDR, den 3 Westmächten und anderen Staaten, die mit ihren Streitkräften am Krieg gegen das NS-Regime teilgenommen hatten, am 10. Januar 1959 den Entwurf eines Friedensvertrages.

Das BdV-Präsidium lehnte den sowjetischen Friedensvertrag am 19. Januar 1959 ab (x155/66): >>... 14 Jahre nach Beendigung der Kampfhandlungen soll die Vertreibung von 15 Millionen Menschen durch unsere Unterschrift legalisiert werden. Deutsches Gebiet soll für die Dauer dem deutschen Volk entrissen und unüberbrückbare Gegensätze zwischen Deutschen und Polen und Deutschen und Tschechen geschaffen werden.

Das Ziel der sowjetischen Europapolitik ist ein an die Sowjetunion angekettetes Osteuropa und der weitere Vormarsch des Bolschewismus in die freie Welt durch die Tür einer deutschen "Konföderation". ...<<

Das SED-Regime warnte am 1. Februar 1959 vor vermeintlichen Angriffsplänen der Bundeswehr.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die Propagandapolitik" der SBZ (x009/291): >>... Ein wichtiges Mittel der Militärpolitik ist die Militärpropaganda: die unaufhörliche Durchdringung der Bevölkerung mit den scheinpatriotisch gefärbten Wehrauffassungen des Marxismus-Leninismus.

Um die Bevölkerung der SBZ wie auch der Bundesrepublik gegen die NATO aufzuhetzen, wird mit der allgemeinen Militärpropaganda eine lebhaft militärpolitische Agitation gegen die Bundeswehr verbunden. Dabei bedienen sich die SED und das Regime seit Anfang 1959 immer stärker der fadenscheinigen Behauptung, die Bundesregierung wolle die SBZ gewaltsam in Besitz nehmen. Für eine solche Blitzkriegsaktion der atomar bewaffneten Bundeswehr,

die sich auf die links der Elbe stehenden Truppen der NATO stützen werde, sollen angebliche Pläne bestehen. ...<<

Der kubanische Rechtsanwalt Fidel Castro übernahm nach der siegreichen Revolution am 13. Februar 1959 das Amt des Ministerpräsidenten. Fidel Castro verbündete sich danach schon bald mit der Sowjetunion.

Das BdV-Präsidium berichtete am 7. März 1959 über die Einigung der Vertriebenenbewegung (x155/66-68): >>... Am 14. Dezember 1958 haben wir in Berlin den Bund der Vertriebenen - Vereinigte Landsmannschaften und Landesverbände - geschaffen.

Er ist die Repräsentanz (Vertretung) der 10 Millionen Vertriebenen in der Bundesrepublik!

... Mit 2,5 Millionen Mitgliedern und über 10.000 Ortsverbänden wird der Bund der Vertriebenen an Stärke und Gewicht nur noch durch den Deutschen Gewerkschaftsbund übertroffen.

...

Schicksalsgefährten!

In den Jahren seit der Vertreibung habt Ihr mit ungebrochenem Mut, mit zähem Fleiß ein neues Leben begonnen. Mit Hilfe Eurer Organisationen habt Ihr wieder festen Fuß gefaßt. Aber Hunderttausende vegetieren noch in unwürdigen und bedrängten Verhältnissen dahin. Der soziale Absturz, den Millionen von Vertriebenen erlitten haben, kann durch keinen Lastenausgleich behoben werden. Nichts kann uns den vertrauten Heimatboden ersetzen, noch die seelischen und sittlichen Werte, die damit verbunden waren.

Die wenigsten von Euch haben jene Existenzen wieder aufbauen können, die sie in der Heimat besaßen. In diesen Mühsalen des Alltags hielt Euch die Hoffnung aufrecht, daß es durch vereinte Kraft, mit Hilfe des gesamten deutschen Volkes und durch den Sieg eines neuen Rechtsdenkens in der Welt, in nicht zu ferner Zeit zurückgegeben werde, was uns geraubt wurde: die deutsche Heimat im Osten - das Recht auf Selbstbestimmung.

Zutiefst haben uns die Deutschlandpläne des sowjetischen Ministerpräsidenten betroffen. Wir müssen dem grimmigen Ernst der Stunde fest ins Auge sehen. Mehr als die Zukunft unserer Heimat steht auf dem Spiele. In den nächsten Monaten wird um das Schicksal Deutschlands und um die Zukunft Europas gerungen werden.

... Eine ehrliche Verständigung mit unseren Nachbarn im Osten ist auch unser Anliegen. Das Recht unseres Volkes auf Wiedervereinigung und Selbstbestimmung darf jedoch nicht preisgegeben werden.

... Die Vertriebenenvertretung darf nicht zum Selbstzweck erstarren. ... Gegen die vom Osten her gesteuerte Aufweichungspropaganda, gegen die Einflüsterungen der Verzichter und Kapitulantent werden wir uns nachdrücklich zur Wehr setzen.

... Wir rufen die deutsche Jugend des Ostens auf, Hand in Hand mit der älteren Generation für Heimat und Zukunft einzustehen.

Wir wollen uns in der kommenden Bewährungszeit so verhalten, wie sich jedes andere Volk verhielte, dessen Einheit und Freiheit auf dem Spiele steht.

Nach 4 Teilungen sangen unsere polnischen Nachbarn trotzig: "Noch ist Polen nicht verloren!"

So dürfen wir mit gleichem Recht unseren Freunden und Schicksalsgefährten zurufen: Die Heimat ist nicht verloren, solange wir in Treue zu ihr stehen!<<

Der polnische KP-Politiker Wladyslaw Gomulka (1905-1982, von 1956-1970 Erster Sekretär des ZK) erklärte am 10. März 1959 während des III. Parteitag (x125/127): >>Kein Volk nimmt leichten Herzens den Verlust von Gebieten hin, die früher zu seinem Staat gehörten, wenn auch unrechtmäßig.

Wir kennen das selbst doch gut aus unserem polnischen Beispiel der ukrainischen, weißrussischen und litauischen Gebiete. ...<<

Ministerpräsident Otto Grotewohl forderte am 23. März 1959 in einer Rede vor Kul-

turschaffenden, daß die atheistische Denkweise mit staatlichen Mitteln durchzusetzen ist (x009/216).

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über den "Atheismus" in der SBZ (x009/41-42): >>Nach der kommunistischen Lehre ist jede Religion eine Verkörperung von Aberglauben, der geeignet sei, jeden Fortschritt im Sinne des Kommunismus aufzuhalten.

"Die Religion ist das Opium des Volkes" - dieser Ausspruch von Marx ist der Eckpfeiler der ganzen Weltanschauung des Marxismus in der Religionsfrage. Der Marxismus betrachtet alle heutigen Religionen und Kirchen, alle und jegliche religiösen Organisationen stets als Organe der bürgerlichen Reaktion, die dem Schutz der Ausbreitung und der Umnebelung der Arbeiterklasse dienen." Dieser Ausspruch von Lenin ("Das Verhältnis der Arbeiterpartei zur Religion") ist charakteristisch für das grundlegende Ziel des Kommunismus, alle Religionen zu vernichten.

Die Religionen seien ein Werkzeug der ausbeutenden Klasse. Kein Arbeiter oder Bauer könne Interesse daran haben, sein materielles Los auf dieser Welt zu verbessern, wenn er einen religiösen Glauben habe. An Stelle einer "religiösen Vorstellung" setzt der Kommunismus ein pseudo-religiöses Glaubensbekenntnis, dessen Grundlage die klassischen Schriften von Marx, Engels, Lenin und Stalin sind und dessen "Kirche" der Parteiapparat mit seinen Funktionären ist. Von seinen Anhängern fordert er unter Androhung des Parteiausschlusses mit allen seinen Folgen fanatischen Gehorsam.

Auch wenn sich bestimmte Perioden der "Duldsamkeit" gegenüber religiösen Gemeinschaften aus taktischen Gründen abzeichnen, hat sich die Grundeinstellung bis zur Gegenwart nicht geändert.

... Unter Auswertung der sowjetischen Erfahrungen wurde in den Satellitenstaaten die Taktik eines offenen Angriffs auf die Religionen zunächst weitgehend vermieden. Vielmehr wurde versucht, die Glaubensverbreitung zu beschränken mit dem Ziel einer "Verstaatlichung" der religiösen Körperschaften.

Seit 1952 richtet sich der Angriff in der SBZ nicht nur gegen die Kirche, den Gottesdienst und die sakramentalen Riten, sondern besonders gegen die Geistlichkeit. Die Anschuldigungen konzentrieren sich auf angebliche Vergehen gegen strafgesetzliche Bestimmungen der "DDR" mit dem Ziel, die Gemeindemitglieder von einer engeren Verbindung mit der Geistlichkeit abzuhalten.

Daß im kommunistischen Plan eine Auslöschung beider großen Kirchen enthalten ist, zeigen u.a. die Gewaltakte gegen die Zeugen Jehovas im Jahre 1951.

In der letzten Zeit verstärken sich unter Einschaltung von Presse, Rundfunk, Film und politischen Massenorganisationen die staatlichen Versuche, über das innere Wesen christlicher Ethik vor allem bei den Jugendlichen ernste Zweifel aufkommen zu lassen, die zu schweren Gewissenskonflikten führen.

"Ist das etwa Erziehung zum selbständigen Denken, wenn von den Jugendlichen im Konfirmationsunterricht gefordert wird, zu glauben, daß sie von einem überirdischen Wesen geschaffen worden seien? (Ulbricht zur Jugendweihe, Sommer 1957).

1959 erschien erstmalig unter dem Titel "Vom Jenseits zum Diesseits" der I. Band eines "Wegweisers zum Atheismus" ... Darin heißt es in dem Kapitel "Arbeiterpartei und Religion" eindeutig: "Die Partei erklärt das religiöse Bekenntnis zur Privatsache gegenüber dem Staat. Der Partei gegenüber ist aber das religiöse Bekenntnis ihrer Mitglieder sowie des ganzen Proletariats keinesfalls Privatsache."

Ein besonderes Kapitel des Buches enthält genaue Richtlinien über die Praxis des Kirchenaustritts. Darin wird grundsätzlich gesagt: "Die Erkenntnis, daß die Lehre der Religion nachweisbar wissenschaftlich unhaltbar sind, muß bei jedem Menschen mit logischer Konsequenz zur

Ablehnung der religiösen Anschauung führen".

Zur gleichen Zeit erschien in Moskau ein "Vademecum des Atheisten" unter dem Titel "Sputnik Ateista". Darin heißt es u.a.:

"Zur Aufgabe des Kommunismus gehört die Liquidation der sozialen Bedingungen der Religion. Der Kommunismus läßt keinen Raum für irgendeine Religion übrig. Die Kommunisten erstreben die Zusammenfassung von Menschen verschiedener Weltanschauungen, Atheisten und Gläubigen, zum Kampf für den Frieden und Sozialismus. Aber dieser Kampf kann nur unter dem Banner der marxistisch-leninistischen Wissenschaft, welche alle Formen der religiösen Ideologie ablehnt, erfolgreich zu Ende geführt werden." ...<<

Staatspräsident de Gaulle erklärte am 25. März 1959 während einer Pressekonferenz zur deutsch-polnischen Grenzfestsetzung (x125/143): >>... Die Wiedervereinigung der beiden Teile in ein einziges Deutschland, das vollkommen frei sein soll, scheint uns das normale Schicksal des deutschen Volkes zu sein, vorausgesetzt, daß diese Wiedervereinigung die gegenwärtigen Grenzen im Westen, Osten, Norden und Süden nicht in Frage stellt, und vorausgesetzt, daß das wiedervereinigte Deutschland beabsichtigt, sich eines Tages in eine vertragsmäßige Organisation ganz Europas für die Zusammenarbeit, für Frieden und Freiheit zu integrieren. ...<<

Der evangelische Bischof Dibelius beschwerte sich am 20. April 1959 in einem Offenen Brief über die Anwendung staatlicher Machtmittel gegen die Glaubens- und Gewissensfreiheit.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die antichristliche Jugenderziehung in der SBZ (x009/200-201): >>... Es besteht kein Zweifel, daß die FDJ ihre Aufgabe, die Politisierung der jungen Generation im Sinn der bolschewistischen Führung zu erzielen, nicht erfüllt hat. ...

Weit effektiver ist hingegen eine Reihe andersartiger Maßnahmen. Hierzu gehört einmal die atheistische Agitation, die die Jugend der Kirche und den christlichen Traditionsgütern fast völlig entfremdet hat. In den letzten Jahren nahmen 80 bis 90 % der 14jährigen an der staatlichen Jugendweihe teil - womit sich nach Auffassung des Rats der EKD eine Konfirmation nicht verträgt. Noch eklatanter ist der Rückgang der Taufen, obwohl hier der Druck des Regimes geringer ist. Das läßt den Schluß zu, daß das Gros der Eltern der in den letzten Jahren geborenen Säuglinge - meist im Alter von 18 und 30 Jahren - kein Verhältnis mehr zur evangelischen Kirche und ihrem Ritual hat. ...

Das Gros dieser Jugend hat keinen Vergleich zu anderen Lebensstilen; die Orientierung am Kollektiv, die Vorstellung, daß der Staat die Aufgabe hat, dem einzelnen Fürsorge und soziale Sicherheit zu gewähren, und das Sich-Vorfinden in einem dirigistischen System ist zur Selbstverständlichkeit geworden. Die Entfremdung gegenüber der gleichaltrigen Jugend in der Bundesrepublik und dem westlichen Lebensstil reicht tief. ...

Die jungen Leute der SBZ sind ängstlich darauf bedacht, sich in ihrer Freizeit nicht von Staat, Partei und Organisationen hineinreden zu lassen. Vor allem der Mangel an Möglichkeiten, in den Westen zu reisen, trägt zur Protesthaltung bei. Die unter 25jährigen, die knapp 36 % der SBZ-Bevölkerung ausmachen, machten fast 50 % der Flüchtlinge aus. Zugleich stellten sie aber das Gros der enttäuschten Rückwanderer: 20 % und mehr der einzeln flüchtenden Jugendlichen gehen nach meist nicht langer Zeit in die SBZ zurück, da sie sich auf Grund ihrer Vorstellungen von Staat und Gesellschaft in der freiheitlichen Atmosphäre des Westens nicht zurechtfinden und sich "herzlos" behandelt fühlen u.ä.<<

5 Studenten der TU Dresden wurden im April 1959 durch das Bezirksgericht Dresden während eines Schauprozesses zu hohen Zuchthausstrafen verurteilt.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die "Schauprozesse" in der SBZ (x009/379): >>... In der letzten Zeit wurden die Prozesse gegen 24 Studenten der Universität Jena vor dem Bezirksgericht Gera im September/Oktober 1958 (Gesamtstra-

fen: 110 Jahre Zuchthaus), der Prozeß gegen 5 Studenten der TU Dresden vor dem Bezirksgericht Dresden im April 1959 (Gesamtstrafen: 37,5 Jahre Zuchthaus), der Prozeß gegen den ehemaligen Grenzpolizei-Oberleutnant Smolka vor dem Bezirksgericht Frankfurt (Todesstrafe) ... besonders bekannt.<<

Der kubanische Ministerpräsident Fidel Castro erklärte im April 1959 in New York (x299/-178): >>... Ich stimme nicht mit dem Kommunismus überein. Wir sind eine Demokratie. Wir werden spätestens in zwei Monaten freie Wahlen abhalten.<<

Der BdV-Mitarbeiterkongreß legte am 2. Mai 1959 Grundsätze für einen gerechten Friedensvertrag fest (x155/69-70): >>Wahrer Friede wurzelt in Gerechtigkeit. ...

Ein gerechter Friede muß auf Grundsätzen beruhen, die in der von 30 Staaten unterzeichneten Atlantik-Charta, in der Satzung der UNO und in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte niedergelegt sind. ...

1. Ein gerechter und dauerhafter Friede muß aus Verhandlungen hervorgehen. Partner eines Friedensvertrages kann nur das ungeteilte Deutschland sein. ...

3. Das Selbstbestimmungsrecht, festgelegt in der Satzung der Vereinten Nationen, und der Anspruch auf die Heimat müssen gewährleistet sein. ...

4. Gewaltsame Vertreibungen sind, gleichgültig von wem und wem gegenüber begangen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Millionen von Menschen ist durch die Vertreibung die Heimat geraubt worden. Die durch die Massenvertreibungen geschaffenen Zustände dürfen durch einen Friedensvertrag nicht sanktioniert werden. Sie bedürfen einer einvernehmlichen Regelung. ...

6. ... Die an Friedensverhandlungen beteiligten Mächte stehen vor der Entscheidung: Verhandlungsfriede oder Diktatfriede - Rechtsfriede oder Gewaltfriede. ...<<

Ein FDJ-Statut verlangte am 15. Mai 1959 von allen Mitgliedern der FDJ, sich vormilitärische Kenntnisse anzueignen.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über diese FDJ-Forderung (x009/124-125): >>... Demgemäß heißt es im Statut vom 15.5.1959 (§ 1, Abs. 1-6); "Die FDJ ist die sozialistische Massenorganisation der Jugend in der DDR. Sie vereint in ihren Reihen auf freiwilliger Grundlage die Arbeiter- und Landjugend, die junge Intelligenz, die Schüler und Studenten und die Jugend des Mittelstandes."

Sie "läßt sich ... von den richtungsweisenden Beschlüssen und Ratschlägen der SED leiten, weil ihre Politik auf den Lehren von Marx, Engels und Lenin beruhend, den Lebensinteressen der Nation und der Jugend entspricht."

Im § 5 d heißt es: "Jedes Mitglied der FDJ hat die Pflicht, ... sich mit der wissenschaftlichen Lehre der Arbeiterklasse, dem Marxismus-Leninismus vertraut zu machen."

Die FDJ ist also auch auf den Atheismus verpflichtet, und damit ist § 1, Abs. 27 des Statuts ungläubwürdig, in dem die FDJ behauptet: "Sie betrachtet alle Jugendlichen, auch die, die religiös gebunden sind, als ihre Freunde und Kameraden ..."

Um den Patriotismus der ganzen deutschen Jugend auf das SBZ-Regime festzulegen, behauptet das Statut: "Die deutsche Jugend hat in der DDR ihr wahres Vaterland."

Auch verlangt § 1, Abs. 11 den Einsatz für die bewaffneten Organe der SBZ: "Die Mitglieder der FDJ betrachten es als ihre Ehre und Pflicht, ... sich vormilitärische Kenntnisse und Fähigkeiten anzueignen. Der Dienst in den bewaffneten Organen der DDR ist für jedes Mitglied der FDJ eine Ehrenpflicht."

Um die FDJ für den Siebenjahrplan anzuspannen, beschloß das VI. Parlament (Mai 1959) ein genau durchgegliedertes "Programm der jungen Generation für den Sieg des Sozialismus". Darin wird u.a. Mitarbeit gefordert an der Bewegung des Kompaß, den Kontrollposten, den Brigaden der sozialistischen Arbeit, den sozialistischen Gemeinschaften.

Die gesamte Tätigkeit und Schulung der FDJ wird seit langem ausschließlich von der SED

angeleitet und gelenkt. Der Zentralrat wird alle 4 Jahre vom Parlament der FDJ gewählt; er setzt das Büro und das Sekretariat des Zentralrats, die eigentliche Führungsspitze, ein. ...

Als Mitgliederzahl nannte das "Statistische Jahrbuch der DDR 1959" 1,74 Millionen (ohne Junge Pioniere). ... Die FDJ erfaßt die Jugendlichen über 14 Jahre und übernimmt sie von den Jungen Pionieren. Die Altersgrenze, nicht für Funktionäre, wohl aber für Mitglieder, ist im allgemeinen (seit dem Statut vom Mai 1959) das vollendete 26. Lebensjahr. Die FDJ ist die einzige amtlich erlaubte Organisation von Jugendlichen in der SBZ. ...

In der Bundesrepublik Deutschland ist die FDJ seit dem 26.6.1951 als verfassungsfeindlich verboten. ...<<

Während der Genfer Außenminister-Tagung bekräftigte die DDR am 1. Juni 1959 ihren Souveränitätsanspruch.

Das SED-Zentralorgan "Neues Deutschland" berichtete im Leitartikel vom 1. Juni 1959 (x009/396): >>... Das Verhältnis der Westmächte zur DDR, wie es sich jetzt in Genf herausgebildet hat, kommt einer De-facto-Anerkennung der DDR durch die Westmächte gleich, ... mögen sie in den Delegierten der beiden deutschen Staaten (auch) nur "Berater" oder sonst etwas sehen." ...<<

Der CDU-Politiker Heinrich Lübke (1894-1972) wurde am 1. Juli 1959 zum Bundespräsidenten gewählt.

Die Bundesregierung verkündete am 6. Juli 1959 das Gesetz über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1959 (x182/220): >>... Von den Ausgaben in Höhe von 37,9 Milliarden DM entfallen 28,0 % auf Sozialleistungen und 25,3 % auf Verteidigungskosten.<<

Die SED-Regierung versicherte am 24. Juli 1959, es werde niemals einen unfreiwilligen Zwangseintritt in die LPG geben.

Der Erzbischof von Algier, Léon-Etienne Duval, protestierte am 10. August 1959 in einem Brief an die französischen Behörden gegen die brutalen Vergeltungsmaßnahmen der französischen Besatzungstruppen (x075/199): >>Es ist meine Pflicht, Herr Vertreter der Regierung in Algier, erneut gegen die verurteilungswürdigen Methoden zu protestieren, die trotz feierlicher Erklärungen von höherer Stelle in Algerien weiterhin angewendet werden; Hinrichtungen ohne Urteilsspruch, Anwendung der Folter, Zerstörung von Dörfern ...<<

US-Präsident Eisenhower erklärte Hawaii am 21. August 1959 zum 50. US-Bundesstaat (x175/531).

Die BdV-Vertretung berichtete am 24. August 1959 über die Lage der deutschen Heimatvertriebenen (x155/71-72): >>... In der Bundesrepublik Deutschland leben mehr als 12 Millionen Heimatvertriebene und Flüchtlinge aus Mitteldeutschland. Unter den 17 Millionen versklavten Bewohnern der Sowjetzone befinden sich weitere 3 Millionen Vertriebene. Insgesamt sind 14 Millionen Deutsche nach Beendigung der Kriegshandlung ihres Eigentums beraubt und aus ihren Heimen deportiert worden.

Bei diesen Volksdeportationen sind mehr Deutsche zugrunde gegangen, als Deutschland im Ersten Weltkrieg Männer verloren hat. Von dem Heer der 3 Millionen Vertreibungstoten spricht niemand.

... Die Aufbauleistungen der deutschen Demokratie haben die Legende zerstört, daß die Deutschen ungeeignet seien, unter den Segnungen des Friedens und der Freiheit zu leben. ...

... Das deutsche Volk wird nie mehr den Frieden gefährden, weil es den Fluch des Krieges und den Wahnsinn der Totalität bitter am eigenen Leibe verspürt hat.

Fast ein Viertel der Bevölkerung der Bundesrepublik hat das Schicksal der Deportation oder der Flucht vor dem kommunistischen Terror erfahren. Millionen unserer Mitbürger erlebten das Inferno des Luftkrieges in den deutschen Städten oder das bittere Los jahrelanger Kriegsgefangenschaft.

Niemand von uns denkt an Krieg oder Revanche. Was wir anstreben, ist die Wiedervereinigung des ganzen Deutschland und ein dauernder Friede, der das Recht aller Völker auf Freiheit und Selbstbestimmung verwirklicht.<<

In der Regierungserklärung vom 9. September 1959 betonte das SED-Regime, "daß Verhandlungen über Deutschland ohne die Teilnahme beider deutscher Staaten unmöglich sind" (x009/52).

Das BdV-Präsidium begrüßte am 13. September 1959 die geplante Einführung des Weltflüchtlingsjahres (x155/73-75): >>In den Stürmen der West-Ost-Auseinandersetzung ist der Gedanke des Weltflüchtlingsjahres entstanden.

Was bisher ein Problem Europas und seiner Randgebiete war, ist inzwischen zu einer weltweiten Erscheinung geworden. Der Flüchtling, der Vertriebene, der heimatlose Mensch, gehetzt, zumeist die Furcht im Nacken, das Entsetzen im Gesicht, ausgeplündert, ein Strandgut der Zeit.

War Deutschland durch Jahrhunderte ein Hort der Verfolgten, so ist es heute ein Land, das für die eigenen Vertriebenen und Flüchtlinge zu werben hat. 150 Millionen in aller Welt haben sich im Zeitraum der letzten 50 Jahre in Bewegung setzen müssen, 40 Millionen sind es seit dem Ersten Weltkrieg. Über 12 Millionen haben nach dem Zweiten Weltkrieg in die Bundesrepublik flüchten müssen, und noch ist ein Ende nicht abzusehen.

... Zeigt Ausstellungen, stellt die Wurzel der Vertreibung, den Leidensweg der Flucht und den anschließenden Existenzkampf dar! ...

Das Weltflüchtlingsjahr schaffte eine Schicksalsgemeinschaft unter den Vertriebenen und Flüchtlingen in aller Welt. Gleiches Schicksal, geboren aus gleichem Anlaß, möge keinen Unterschied in den Nationen kennen. Steht zueinander und hilft einander!

Vergeßt aber nie, wo die Wurzeln dieses Schicksals liegen. ...<<

Die neue DDR-Flagge wurde am 1. Oktober 1959 offiziell vorgestellt.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die "Flagge" der DDR (x009/130): >>Die Flagge der DDR besteht aus den Farben Schwarz-Rot-Gold (Gesetz vom 26.9.1955). Seit dem 1.10.1959 trägt sie auf beiden Seiten in der Mitte das Wappen Hammer und Zirkel, umgeben von einem Ährenkranz.

Den ständigen Bemühungen, der DDR und der These von den beiden deutschen Staaten Anerkennung zu verschaffen, dienen auch die Versuche, die Flagge in der Bundesrepublik und im westlichen Ausland vor allem bei internationalen Kongressen oder Sportveranstaltungen zu zeigen, die bisher meist am Widerstand der Veranstalter gescheitert sind.

Dieser politische Zweck hat der neuen Flagge den treffenden Namen "Spalterflagge" eingebracht.<<

Am 1. Oktober 1959 wurde das Gesetz über den "Siebenjahresplan 1959-1965" erlassen (x243/203): >>... Im Zeitraum des Siebenjahresplanes ist die grundlegende Aufgabe zu lösen, ... Westdeutschland auf dem Gebiet der Arbeitsproduktivität einzuholen und zu überflügeln. ... (Bis Ende 1961 soll) Westdeutschland im Pro-Kopf-Verbrauch bei den meisten industriellen Konsumgütern und Lebensmitteln (ein- bzw. überholt werden). ...<<

Die Volkskammer beschloß am 1. Oktober 1959 das geänderte Gerichtsverfassungsgesetz (GVG).

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die "Richter" in der SBZ (x009/370-371): >>... Ein Richter muß nach seiner Persönlichkeit und Tätigkeit die Gewähr dafür bieten, daß er sein Amt gemäß den Grundsätzen der Verfassung ausübt, sich vorbehaltlos für den Sieg des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik einsetzt und der Arbeiter- und Bauernmacht treu ergeben ist (§ 15 des sowjetzonalen GVG in der Fassung vom 1.10.1959). ...

Obwohl Artikel 127 der Verfassung und § 7 des sowjetzonalen GVG lauten: "Die Richter sind

in ihrer Rechtsprechung unabhängig und nur der Verfassung und dem Gesetz unterworfen", werden laufend und planmäßig Weisungen an die Richter erlassen. Haftentlassungen von sog. Wirtschaftsverbrechern wurden für unzulässig erklärt und bedurften der Genehmigung des Ministeriums (Rundverfügung Nr. 98/50 des sächsischen Justizministeriums).

Richter, die sich diesen Rundverfügungen nicht fügten, sind entlassen oder inhaftiert worden. Die Kontrollkommission hatte bis zum Jahre 1953 weitgehende Befugnisse gegenüber den Gerichten. ...

Einen selbständigen Apparat zur "Anleitung der Richter" schuf Hilde Benjamin nach dem 17.6.1953. Instrukteure eines sog. Operativstabes reisten durch die SBZ und erteilten in den Verfahren gegen Demonstranten des 17. Juni (Juni-Aufstand) Weisungen über das Strafmaß, die sie vorher telefonisch beim Operativstab in Ost-Berlin, z.T. unmittelbar bei Hilde Benjamin, einholten. Dieses Instrukteurwesen wurde im Jahre 1954 in das Justizministerium übernommen.

Richter, die die ihnen gegebenen "Anleitungen" nicht beachteten, setzten sich der Gefahr sofortiger Abberufung oder strafrechtlicher Verfolgung aus. Das Prinzip von "Anleitung und Kontrolle" hat in der Neufassung des Gesetzes über die Gerichtsverfassung vom 1.10.1959 eine gesetzliche Verankerung erhalten: "Die Kreis- und Bezirksgerichte werden in ihrer Tätigkeit durch das Ministerium der Justiz angeleitet und kontrolliert" (§ 13 GVG).

Aus dem Grundsatz der "richterlichen Verantwortlichkeit" wurde eine weitere Möglichkeit zu Eingriffen in die richterliche Unabhängigkeit entwickelt. Das "Gesetz über die örtlichen Organe der Staatsmacht" vom 18.1.1957 gibt der jeweiligen örtlichen Volksvertretung das Recht, Kritik an der Arbeit des Gerichts zu üben, wenn durch Mängel in dessen Tätigkeit "die Lösung der Aufgaben der örtlichen Volksvertretungen, der Aufbau des Sozialismus und die Entfaltung des demokratischen Lebens gehemmt werden". ...<<

Seit Bestehen der DDR waren bis zum 6. Oktober 1959 rd. 2,3 Millionen Deutsche aus der Sowjetzone in den Westen geflohen.

Das ZK der SED behauptete am 7. Oktober 1959, dem 10. Jahrestag der Gründung der DDR, daß die mit dem ausländischen Imperialismus verbündeten reaktionären imperialistischen Kreise in Westdeutschland die Spaltung Deutschlands bewerkstelligt hätten (x009/405).

Premierminister Michel Debré (1912-1996) erklärte am 12. Oktober 1959 vor der französischen Nationalversammlung, daß die französische Regierung unter Aufrechterhaltung des Status quo auch die Respektierung der Grenzen einschließlich der Oder-Neiße-Linie verstehe (x155/75).

Premierminister Michel Debré (1912-1996) verkündete während einer Regierungserklärung zur deutsch-polnischen Grenzfestsetzung (x125/144): >>... Die Grundbedingung für eine Einigung (mit der Sowjetunion) ist die Bekräftigung des Status quo.

Darunter verstehen wir nicht nur das Berliner Statut, sondern auch das gegenwärtige Regime der deutschen Bundesrepublik, von der man nicht behaupten kann, daß sie eine Revanchepolitik begünstige.

Dazu gehört auch die Respektierung der Grenzen, und zwar aller Grenzen mit Einschluß der sogenannten Oder-Neiße-Linie. ...<<

Das BdV-Präsidium kritisierte am 19. Oktober 1959 die französische Stellungnahme zur Oder-Neiße-Linie (x155/75): >>>Die Erklärungen des französischen Ministerpräsidenten Debré zugunsten der von der kommunistischen Regierung Polens angestrebten Oder-Neiße-Grenze stellt einen Affront gegen legitime deutsche Interessen dar.

Es ist eine Zumutung, von der Bundesrepublik Deutschland zu verlangen, daß sie auf eine friedensvertragliche Regelung der deutschen Ostgrenze verzichtet. Dies Verlangen würde die Preisgabe einer völkerrechtlichen Position bedeuten, welche die Signatarmächte des Potsdamer Abkommens einem wiedervereinigten Deutschland eingeräumt haben und das ... anläß-

lich der letzten Genfer Konferenz ausdrücklich bestätigt wurde.

Gerade wenn man die deutsch-französische Verständigung vertritt, muß man derartige Ausführungen von französischer Seite bedauern. Diese Erklärung widerspricht den wesentlichen Grundsätzen von Freiheit und Selbstbestimmung. Die deutschen Vertriebenen lehnen sie ab.<<

Die Bundesrepublik Deutschland beschloß am 28. Oktober 1959, ein Hissen der DDR-Flagge durch Polizeimaßnahmen zu verhindern, sofern es eine politische Demonstration im Bundesgebiet darstellte.

Die "dpa" (Deutsche Presse-Agentur) meldete am 9. November 1959 (x028/239): >>... Die französische Regierung hat der Bundesregierung auf Anfrage versichert, daß sie die Oder-Neiße-Linie nach wie vor als eine provisorische polnische Verwaltungsgrenze ansehe.

Sie betonte gleichzeitig, daß eine endgültige Regelung der deutschen Ostgrenzen einem Friedensvertrag mit Gesamtdeutschland vorbehalten bleiben müsse.<<

Wilhelm Grewe (1911-2000, von 1958-62 deutscher Botschafter in den Vereinigten Staaten) erläuterte am 9. November 1959 in New York zukünftige Ziele der deutschen Ostpolitik (x125/107,130-131):

>>1. Vor allem gilt es, die Freiheit und Sicherheit der Bundesrepublik und Westberlins gegen kommunistische Aggressionen und andere Formen der Ausdehnung des kommunistischen Herrschaftsbereichs (Subversion, Infiltration usw.) zu schützen.

2. Wir können nicht die 17 Millionen Deutschen in Mitteldeutschland aufgeben und uns mit der dauernden Teilung Deutschlands abfinden.

3. Wir müssen freundliche Beziehungen zu unseren östlichen Nachbarn herstellen und unsere Streitfragen mit ihnen durch Verhandlungen und Kompromiß regeln.

4. Wir müssen mit der Sowjetunion zusammenleben. ...<<

>>... Ein Fünftel der gegenwärtigen Bevölkerung der Bundesrepublik sind Flüchtlinge. ... Sie alle billigen jedenfalls nicht die Annexion ihres Heimatlandes durch Polen. ...

Ich glaube, daß es überhaupt nur eine Aussicht gibt, das deutsche Volk mit einer Lösung zu versöhnen, die größere Gebietsopfer verlangen würde: das wäre eine Verbindung der Grenzfrage mit einer positiven Regelung der Wiedervereinigungsfrage. Diese Überlegung bildet einen der Gründe, die es voreilig erscheinen lassen, die Grenzfrage jetzt zu lösen.

Ein zweiter Grund liegt darin, daß die territoriale Verständigung ein Eckstein für eine deutsch-polnische Versöhnung und Annäherung sein sollte. Sie muß daher frei verhandelt und in einem zweiseitigen Vertrag geregelt werden. Es liegt auf der Hand, daß die Zeit für solche Verhandlungen noch nicht gekommen ist. Für eine deutsche Regierung wäre es töricht, den gesamten Verhandlungsgegenstand schon vorher zu opfern, ohne daß man auch nur eine vernünftige Aussicht auf eine positive Würdigung solcher Opfer hätte.<<

Die evangelische Ostkonferenz bezeichnete am 10. November 1959 die Kinder-, Jugend-, Ehe- und Grabweihe als gottlos.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die sozialistische "Eheschließung" - gelegentlich auch als Eheweihung bezeichnet - (x009/105): >>Zu den pseudo-sakralen Staatsakten, durch deren Einführung die SED den Einfluß von Christentum und Kirche auf das öffentliche Leben ihres Machtbereiches zu beseitigen sucht, gehört neben der Kindesweihe und der Jugendweihe auch die Eheweihung, früher als "sozialistische Eheschließung" bezeichnet.

Die Eheweihung folgt der standesamtlichen Trauung, ist also einstweilen nicht mit dieser verbunden, obschon sie nicht mehr Sache der Partei, sondern der staatlichen Organe sein soll. Die Brautleute werden nach dem Aufgebot von staatlichen Beauftragten aufgesucht, die sie für die Eheweihung gewinnen sollen; bei dem Eheweihungs-Akt, an dessen Pseudoliturgie vor allem die Massenorganisationen mitwirken sollen, legen die Brautleute ein "sozialistisches Ehegelöb-

nis" ab, durch das sie sich - nach dem von der SED aufgesetzten Wortlaut - verpflichten, "mit gemeinsamer Kraft die sozialistischen Errungenschaften und die Staatsmacht der Arbeiter und Bauern zu stärken".<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über das sozialistische "Begräbnis" in der SBZ (x009/58): >>Seit 1957 waren Bestrebungen erkennbar, auch das christliche Begräbnis (Grabweihe) durch einen pseudosakralen Staatsakt zu ersetzen, der als sozialistisches Begräbnis, gelegentlich auch als Grabweihe bezeichnet wurde, aber keine nennenswerte Verbreitung fand.

Zunächst hielt die SED, ähnlich wie die SS im "Dritten Reich", Grabredner bereit; später sollte es Sache der Kreise und Gemeinden sein, die pseudosakralen Staatsakte durchzuführen.<<

Das BdV-Präsidium kritisierte am 29. November 1959 die deutsche Ostpolitik und eine einseitige deutsche Wiedergutmachungspflicht (x155/76): >>Das Präsidium des Bundes der Vertriebenen sieht sich mit tiefer Besorgnis zu der Feststellung veranlaßt, daß durch einseitige deutsche Schuldbekennnisse und Vorleistungsangebote die außenpolitische Position der Bundesrepublik gegenüber einzelnen Ostblockstaaten in unverantwortlicher Weise untergraben wird.

Jene Kreise in der Bundesrepublik, welche den Heimatraub an 15 Millionen Deutschen aus der Bereinigung der Vergangenheit ausklammern wollen, sollten sich dessen bewußt sein, daß sie damit einen tiefen Graben innerhalb der Bevölkerung Westdeutschlands und Mitteldeutschlands aufwerfen.

Wer auf dem Standpunkt einer einseitigen deutschen Wiedergutmachungspflicht gegenüber einzelnen Ostblockländern steht, der möge jene persönliche Opferbereitschaft zeigen, die ihm sein Gewissen vorschreibt.

Man soll aber den Ostdeutschen und den Deutschen der übrigen Vertreibungsgebiete nicht zumuten, daß sie den gemeinsam verlorenen Krieg auch noch durch Preisgabe ihres Heimatrechts und ihrer Wiedergutmachungsansprüche bezahlen.<<

Das SED-Regime erließ am 2. Dezember 1959 ein "Gesetz über die sozialistische Entwicklung des Schulwesens in der DDR".

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über den "Kindergarten" in der SBZ (x009/213): >>Einrichtung der "vorschulischen Erziehung" für Kinder von 3 bis 6 Jahren. Nicht obligatorisch.

Die Kindergärten haben nach dem "Gesetz über die sozialistische Entwicklung des Schulwesens in der DDR" vom 2.12.1959 die Kinder auf die Schule vorzubereiten, an das sozialistische Leben heranzuführen und mit dem Schaffen der werktätigen Menschen bekanntzumachen".

Der Kindergarten dient nicht zuletzt der Freisetzung von Frauen für den Arbeitsprozeß. Verantwortlich für die Errichtung sind die Räte der Gemeinden und Städte bzw. die VEB, für die pädagogische Arbeit das Ministerium für Volksbildung.

Die Kindergärtnerinnen werden an besonderen Pädagogischen Schulen ausgebildet. Das allgemeine pädagogische Erziehungsziel ist auch für den Kindergarten verbindlich. Die Kindergärten haben die Aufgabe, die Kinder in einer ihrer Altersstufe entsprechenden Form "im Geiste des Friedens, der Demokratie und der Freundschaft zwischen den Völkern" zu erziehen. Man unterscheidet kommunale Kindergärten, Betriebs- und Erntekindergärten. ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die "Kinderzeitschriften" in der SBZ (x009/214): >>Sämtliche Kinderzeitschriften der SBZ werden vom Zentralrat der FDJ herausgegeben.

Sie vermitteln ein Weltbild, das der herrschenden Ideologie entspricht, und verbreiten eine uniforme Denk- und Auffassungsweise. Druck, Papier und Aufmachung sind gut.

Die "ABC-Zeitung" richtet sich an die "Jungen Pioniere" und Schüler der 1.-4. Klasse. Die

"Rakete" ist für 13- bis 16jährige bestimmt. "Der Pionierleiter" erscheint als Zentralorgan der Pionierorganisation "Ernst Thälmann". "Fröhlichsein und Singen" ist die Zeitschrift für kulturelle Arbeit der "Jungen Pioniere" und Schüler. "Arte" und "Bummi" sind bunte Bilderzeitschriften für Kinder. Erscheinungsweise der genannten Kinderzeitschriften ist monatlich. Die "Trommel", eine illustrierte Kinderzeitschrift, erscheint wöchentlich.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die "Schule" in der SBZ (x009/383-385): >>Das "Gesetz zur Demokratisierung der deutschen Schule" (1946) bildete bis 1959 die gesetzliche Grundlage der Organisation des Schulwesens (Einheitsschule). An seine Stelle ist das "Gesetz über die sozialistische Entwicklung des Schulwesens ..." (1959) getreten.

Die allgemeinbildende Schule für alle Kinder ist nach diesem Gesetz nicht mehr die 8stufige Grundschule, sondern die "10klassige allgemeinbildende polytechnische Oberschule". ... Die Oberschule, die eine Unterstufe (Klasse 1 bis 4) und eine Oberstufe (5 bis 10) umfaßt, hat nach dem Schulgesetz die Aufgabe, die Grundlage für die berufliche Ausbildung und alle weiterführenden Bildungseinrichtungen zu schaffen. "Der Weg von der Oberschule über die Berufsbildung ist der Hauptweg zur Entwicklung des Fach- und Hochschulnachwuchses."

Es gibt folgende Wege zur Hochschule:

1. Nach dem Besuch der 10klassigen polytechnischen Oberschule eine 3jährige Berufsausbildung mit gleichzeitiger Vorbereitung auf die Reifeprüfung in Abiturklassen der Berufsschulen.

2. 10 Jahre Oberschule, 2 Jahre Berufsausbildung, danach Fachschulstudium. Das bestandene Examen berechtigt in der Regel zum Hochschulstudium in der entsprechenden Fachrichtung.

...

6. Besuch der Arbeiter- und Bauernfakultät.

7. Außerdem gibt es weiterhin die 12klassige allgemeinbildende polytechnische Oberschule, die kurz als erweiterte Oberschule bezeichnet wird.

Falls die Absolventen der erweiterten Oberschule nicht während ihrer Schulzeit einen praktischen Beruf erlernt haben, haben sie vor der Aufnahme des Studiums ein berufspraktisches Jahr unter Anleitung der Hochschule oder Universität zu absolvieren.

Die Verlängerung der Vollschulpflicht und angebliche Erhöhung des Niveaus der Bildung wird vor allem durch den Hinweis auf die Fortschritte der Technik, die für den Sozialismus notwendige hohe Arbeitsproduktivität und die Anforderungen der werdenden sozialistischen Gesellschaft begründet.

"Die Schule hat die Jugend auf das Leben und die Arbeit im Sozialismus vorzubereiten, sie zu allseitig polytechnisch gebildeten Menschen zu erziehen und ein hohes Bildungsniveau zu sichern. Sie erzieht die Kinder und Jugendlichen zur Solidarität und zu kollektivem Handeln, zur Liebe zur Arbeit und zu den arbeitenden Menschen und entwickelt alle ihre geistigen und körperlichen Fähigkeiten zum Wohle des Volkes und der Nation" (§ 3 des Schulgesetzes).

Die "Liebe zu den arbeitenden Menschen" umfaßt nach den offiziellen Verlautbarungen auch die Liebe zur Partei der Arbeiterklasse, d.h. zur SED. Es fehlen auch nicht die propagandistischen Hinweise auf "Frieden", "Völkerfreundschaft" - "insbesondere" auf die Freundschaft zur Sowjetunion.

Das neue Schulgesetz distanziert sich von der Lernschule der Stalinzeit ...

Gleichwohl hält die SBZ ausdrücklich - wie bisher - an der "Systematik" des Unterrichts, d.h. an der Reglementierung des systematischen Aufbaus der einzelnen Lehrgänge durch "staatliche Lehrpläne" und an dem Postulat der "Wissenschaftlichkeit", d.h. an der Monopolstellung des Marxismus-Leninismus fest.

Sie versucht auch nach wie vor, das Schulleben in Übereinstimmung mit dem für den Kommunismus charakteristischen Mechanismus zentralgesteuerter gesellschaftlicher Änderungen

zu gestalten. So wird die Arbeit der Schule durch ein System von Plänen gesteuert, deren Grundlage der detaillierte Lehrplan ist, der den Rang einer staatlichen Verordnung hat.

Die Schulen haben folgende Pläne zu erstellen: Jahresarbeitsplan der Schule, Pläne der Klassenleiter; Stoffverteilungspläne der Lehrer; Pläne der Leiter und Erzieher der Schulhorte und Internate. Dazu kommen Pläne der zahlreichen sonstigen Gruppen, die mit der Schule verbunden sind: des Elternbeirats, der SED-Schulorganisationen, der Lehrgewerkschaft und anderer.

... Mit der 5. Klasse beginnt der Unterricht in den Fächern Russisch, Geschichte, Erdkunde, Biologie. ... Das für die Vermittlung der kommunistischen Ideologie wichtigste Fach ist die Geschichte, wenn auch jedes Schulfach verpflichtet ist, einen Beitrag zur weltanschaulich-politischen Erziehung zu leisten. ...

... Der Schulhort hat "den Schülern beim Lernen zu helfen und für eine erzieherisch wertvolle Freizeitgestaltung und gute Betreuung der Schüler während des ganzen Tages zu sorgen". Ein wichtiges, vielleicht das entscheidende Motiv der Schaffung von Tagesheimschulen ist in der verstärkten Rekrutierung von Frauen für die berufliche Tätigkeit gegeben. ...

Die staatliche Schulaufsicht wird von der Abteilung für Volksbildung bei dem Rat des Kreises und dem des Bezirks und dem Ministerium für Volksbildung verkörpert. ... Zu den pädagogischen Kräften gehört auch der hauptamtliche Pionierleiter. ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die "Hochschulen" in der SBZ (x009/181-183): >>... 1. Im Gesetz über den Siebenjahrplan (1959-1965) wird den Universitäten und Hochschulen die Aufgabe gestellt, wissenschaftlich hochqualifizierte Fachleute auszubilden, die den neuesten Stand der wissenschaftlich-technischen Erkenntnis beherrschen, über die Fähigkeit verfügen, ihre Kenntnisse in die Praxis des sozialistischen Aufbaues einzusetzen, erfolgreich im sozialistischen Kollektiv zu arbeiten und eine leitende Tätigkeit in Staat, Wirtschaft und Kultur auszuüben. Diese Zielsetzung umfaßt auch eine politische Erziehung der Studenten.

An die Stelle des traditionellen Postulats der Einheit von Forschung und Lehre ist die Forderung der Einheit von Forschung, Lehre und Erziehung getreten. Sie zielt auf eine "sozialistische Erziehung" der jungen Intelligenz und mit ihr auf eine Synthese von ergebnem Parteilänger und wissenschaftlich qualifiziertem Fachmann.

2. Der Marxismus-Leninismus besitzt die Monopolstellung. Seit 1950/51 sind die Studierenden verpflichtet, ein Studium der Parteiideologie im Rahmen des gesellschaftswissenschaftlichen Grundstudiums zu absolvieren. ...

3. Die Gestaltung des Studiums folgt dem Prinzip der Parteilichkeit des Denkens und dem der Einheit von Theorie und "sozialistischer" Praxis. ... Die Hochschulen - vor allem technische Fachrichtungen, Chemie und Wirtschaftswissenschaften - sind dazu übergegangen, Kontakte mit verschiedenen Gebieten der "sozialistischen Praxis" aufzunehmen. ...

4. Die Organisation des Studiums und des studentischen Lebens zielt auf eine Erziehung für und durch das Kollektiv. ... Grundmotto dieser Gemeinschaften zur Erzielung der Konformität (Übereinstimmung): "Arbeite, lerne, lebe sozialistisch."

5. Bei der Auslese der Studenten sind bisher Arbeiter- und Bauernkinder bevorzugt worden. Daneben werden neuerdings "vorrangig" zugelassen: Bewerber, die mehrere Jahre in der "sozialistischen Wirtschaft" oder in staatlichen "gesellschaftlichen" Einrichtungen gearbeitet haben und von ihren Betrieben zum Studium delegiert werden, sowie Bewerber, die als ehemalige Soldaten von den Einheiten der "bewaffneten Organe" empfohlen werden.

In der "Anweisung über die Auswahl, Zulassung und Vormerkung der Studienbewerber zum Direktstudium" vom 10.3.1960 ist das Ziel gesetzt worden, den Anteil der Arbeiter, Genossenschaftsbauern, werktätigen Bauern sowie ihrer Kinder bei durchschnittlich 60 % zu halten. Neben den Inhabern der "Hochschulreife" werden junge Produktionsarbeiter nach Absolvie-

rung von halb- bzw. einjährigen Vor- oder Sonderkursen zum Studium in bestimmten Fachrichtungen zugelassen.

6. Die Auswahl der Dozenten wird durch das Staatssekretariat gelenkt. Ziel ist die Schaffung eines parteiergebenen Lehrkörpers, in dem die überzeugten Marxisten - Leninisten dominieren.

7. Das organisatorische Gefüge der Hochschulen ist weitgehend dem des sowjetischen Hochschulwesens angeglichen worden. ...

8. Die Hochschulen werden von den Universitätsparteileitungen der SED und den von ihnen "angeleiteten" FDJ-Hochschulgruppen kontrolliert. Sie besitzen auch die dominierende Stellung bei der Organisation des studentischen Lebens an den Hochschulen. ...

10. ... Die Masse der Studenten ist im Interesse der besseren Überwachung in kleine Seminargruppen aufgeteilt worden (20 bis 30 Mitglieder). Das Ergebnis ist ein schulmäßiger Betrieb, der zwar ein regelmäßiges Lernen garantiert, aber das geforderte "Selbststudium" hemmt. ...

11. Die Studierenden haben während des Studiums eine vormilitärische und militärische Ausbildung zu absolvieren.

... Der Anteil der Kinder von Arbeitern an der Zahl der Direktstudenten betrug 1960 50,3 %, der Kinder von werktätigen Bauern 4,2 %, von Angestellten 19,2 %, der Intelligenz 15,6 %.
...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die "Kollektiverziehung" in der SBZ (x009/220): >>Erziehung im Kollektiv - durch das Kollektiv.

Bewußter Einbau von Jugendgruppen in das Erziehungswesen. Dies zielt auf die Entwicklung jener Überzeugungen, Fähigkeiten und Gewohnheiten, die für die Integration einer kommunistisch-totalitären Gesellschaft unabdingbar sind.

Beispiele: Die Bereitschaft, die persönlichen Ziele denen des großen Kollektivs unterzuordnen. Die Bereitschaft und Fähigkeit, als Mitglied des Kollektivs aufzutreten und bewußte Disziplin zu üben.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die "FDJ-Ordnungsgruppen" in der SBZ (x009/125): >>Wie das "Programm der jungen Generation für den Sieg des Sozialismus" der FDJ (Mai 1959) vorsah, sind freiwillige FDJ-Ordnungsgruppen teilweise schon aufgestellt, teils im Aufbau. Die FDJ-Ordnungsgruppen sollen, so sagt jenes Programm, "mithelfen, die Überreste der kapitalistischen Lebensweise und der Jugend - Rowdytum, Trunksucht, ... Schundschriften usw. - zu beseitigen."

Wie Harald Winter (Zentralrat der FDJ) in der "Neuen Justiz" betont, sind FDJ-Ordnungsgruppen "Organe der Leitungen der FDJ" und werden nur "von den zuständigen Leitungen der FDJ ausgewählt und eingesetzt". Auf "alle Jugendlichen" sollen sie "durch kameradschaftliche Gespräche" wirken.

Zwar haben sie mit Volkspolizei, Jugendhilfe, Gericht und Staatsanwaltschaft und auch Massenorganisationen zusammenzuarbeiten, sollen aber nicht bloße Hilfskräfte der Polizei werden. (In Wirklichkeit dürften die FDJ-Ordnungsgruppen nur eine Hilfspolizei und Spitzelorganisation der SED sein.)<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die "Kulturpolitik" in der SBZ (x009/242-245): >>Auf der ideologischen Grundlage der These Stalins von der "aktiven Rolle" des Überbaues wird die Kultur als in allen Bereichen manipulierbar verstanden.

Manipuliert wird sie in der SBZ im Sinne der bolschewistischen Parteilichkeit ("Es gibt bei uns ... nur eine Kulturpolitik: die unserer geliebten, mächtigen Partei der Arbeiterklasse, der SED", Johannes R. Becher zur Vorbereitung der Kulturkonferenz der SED von 1957) und der Liquidation aller geistigen Traditionen der "westlichen", bürgerlichen Welt.

Der Bruch der Ideologie, der durch die oben erwähnte These Stalins manifestiert wurde, be-

gründet jedoch eine eigentümliche Doppelfunktion der Kultur: zum einen als Gut, das man erwerben oder "erstürmen" kann ("Ohne die Erstürmung der Höhen der Kultur kann die Arbeiterklasse ihre großen Aufgaben, den Sozialismus zum Sieg zu führen, nur schwer erfüllen" - Walter Ulbricht im Mai 1959), zum anderen als Instrument des Kampfes "gegen die kanni-balischen Lehren der imperialistischen Kriegshetzer" oder als Antriebskraft für die Steigerung der Arbeitsproduktivität, die Erfüllung der Pläne und den wirtschaftlichen Wettstreit mit der westlichen Welt. ...

Bestimmt wird diese Kulturpolitik von der 1957 gegründeten Kulturkommission und den einschlägigen Abteilungen des ZK der SED, also von wenigen Spitzenfunktionären dieser Partei, die als "Partei neuen Typs" die zuständigen Behörden über die in ihren führenden SED-Genossen durch Parteiaufträge "anleitet".

Die kulturpolitischen Konzeptionen der KP/SED wurden in einem langjährigen und noch andauernden Prozeß durchgesetzt, dessen Etappen etwa folgendermaßen bezeichnet werden können:

1. Besetzung der Schlüsselpositionen der Kulturinstitutionen mit Kommunisten.
2. Gleichschaltung der "bürgerlichen" Parteien und Liquidierung aller nichtkommunistischen Tendenzen auf kulturpolitischem Gebiet.
3. Fesselung der bürgerlichen "Intelligenz" und der Kulturschaffenden an das Regime durch Druck und Privilegien.
4. Systematische Maßnahmen zum Aufbau einer neuen "Intelligenzschicht".
5. Verlagerung des "Kulturkonsums" in die Betriebe und Massenorganisationen.
6. Isolierung der "Kulturschaffenden" gegen den geistigen Austausch mit der freien Welt, soweit er nicht den Zwecken des Regimes und seiner Planwirtschaft dient.
7. Massiver Einsatz der Staatsmacht zur Durchsetzung des Diamat (Dialektischer Materialismus) und des Prinzips der bolschewistischen Parteilichkeit an den Schulen und Hochschulen und in der Erwachsenenbildung, des sozialistischen Realismus in Kunst und Literatur, des Atheismus und der sozialistischen Moral gegen Christentum und "bürgerlich-westlichen Humanismus". ...

Daß es auf dem gesamten Gebiet des Erziehungswesens nur noch staatliche Institutionen gibt, bedarf kaum noch der Erwähnung ... Aber auch in allen anderen Bereichen des Kulturlebens wird nichts dem Selbstlauf überlassen. Zur Anleitung und Kontrolle bedienen sich Partei und Regime vielfältiger Methoden und Institutionen; von den letzteren geben sich viele als freie Vereinigungen oder Berufsverbände (aus), obschon sie in Wahrheit Instrumente des kulturpolitischen Dirigismus sind. Vor allem ist hier der Deutsche Kulturbund zu nennen, der sich aus einem Diskussionsforum der Intelligenz zum Steuerungsorgan des Ministeriums der SED entwickelt hat. ...

Alle Theater, fast alle Lichtspieltheater und die gesamte Filmproduktion sind verstaatlicht, und als Konzertveranstalter kommen neben staatlichen nur die Institutionen der kulturellen Massenarbeit in Betracht.

Das Vermittlungswesen auf dem Gebiet der Musik, des Kabarets usw. wurde in der Deutschen Konzert- und Gastspieldirektion monopolisiert, und ein zentraler, von der SED kontrollierter Bühnennachweis lenkt den "Einsatz" der darstellenden Künstler.

Alle größeren Buchverlage sind ebenfalls verstaatlicht; die gesamte Buchproduktion wird von einer Abteilung des Ministerium für Kultur angeleitet und kontrolliert.

Der im Kunstleben einst wichtige private Auftraggeber ist durch Enteignung nahezu völlig ausgefallen, so daß auch die Freischaffenden (freie Schriftsteller, freie Wissenschaftler, bildende Künstler, Musiker, Architekten) auf den sog. "neuen Auftraggeber werktätiges Volk", d.h. das SED-Regime, angewiesen sind.

Damit ist die materielle Existenz der Freischaffenden an ihre Bereitwilligkeit gebunden, öf-

fentliche Aufträge im gewünschten Sinne zu erfüllen. ...

... Das besondere Interesse des Regimes gilt der Betriebskultur. Die besonders stark geförderte kulturelle Massenarbeit wendet sich an die Betriebsbelegschaften, besonders der "volkseigenen Betriebe", der "sozialistischen Dörfer" und an die werktätige Jugend. Sie ist weitgehend Agitation und Propaganda ...

Zur "Betriebskultur" gehört ferner der organisierte Besuch "fortschrittlicher", vor allem sowjetischer Theater- und Filmstücke und dessen Vorbereitung und Auswertung. Zur kulturellen Massenarbeit gehören aber auch die Pflege von Steckenpferden, das Spiel (z.B. Schach) und der Sport.

Im Zeichen der Totalplanung und völliger Unterordnung unter politische Zwecke führt die Kulturpolitik der SBZ offenbar zur Sterilisierung des Geistesschaffens, Ansätze eines neuen schöpferischen Hervorbringens sind nicht erkennbar und unter unveränderten Bedingungen auch nicht zu erwarten.<<

Ernst Lemmer (1898-1970, Bundesminister für Gesamtdeutsche Fragen) schrieb am 2. Dezember 1959 über die Lösung der deutschen Frage (x125/107): >>Die primäre Aufgabe der deutschen Politik muß es sein, den Lebenszusammenhang des Volkes zu sichern und aus dem quälendem Status quo herauszukommen.

Deshalb geht es vorrangig nicht um die Regelung territorialer Fragen; es obliegt uns vielmehr zu sorgen, daß den 17 Millionen jenseits der Elbe-Werra-Linie mit der Wiedervereinigung ein Leben in Freiheit gewährt wird. ...<<

Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (49/1959) berichtete am 2. Dezember 1959 über die deutschen Vertriebenen und den Bundesvertriebenenminister Theodor Oberländer:

>>**Drittes Reich im Kleinen**

Abends gegen neun erhielt Bundesminister Oberländer den erwarteten Anruf aus Fulda: am besten sofort kommen. Der Minister versäumte keine Zeit mehr. Im schwarzen Mercedes 220 - ohne Ministerstander und mit Privatnummer - brach er zu einer eiligen Nachtfahrt von Bonn in die Bischofsstadt auf. Eine halbe Stunde nach Mitternacht traf er im Fuldaer Amtsgericht ein; Amtsgerichtsrat Gustav Jacksch, Staatsanwalt Fritz Hose und Mitglieder der CDU-Ortsgruppe die den Alarm in Bonn ausgelöst hatten - erwarteten den Minister.

Theodor Oberländer erwirkte bei dem aus seinem ersten Schlaf geweckten Amtsrichter eine einstweilige Beschlagnahmeverfügung gegen die Nummer 39 des Wochenblatts "Die Tat", deren 22.000 Exemplare am Nachmittag bei der "Fuldaer Verlagsanstalt" gedruckt worden waren. Um drei Uhr morgens - am 23. September 1959 - war die Kriminalpolizei im Besitz der richterlichen Verfügung.

Befriedigt begab sich Minister Oberländer (CDU) zu einer kurzen Ruhe ins Fuldaer Bundesbahn-Hotel. Der "Tat-Artikel" wurde nicht verbreitet, in dem über Theodor Oberländer geschrieben worden war:

"Das uns vorliegende Material enthält einen ungeheuren Schuldvorwurf: Ein amtierender Bundesminister steht unter dem Verdacht, an Massenmorden während des Krieges beteiligt gewesen zu sein".

Ausführliche Presse-Erörterungen über Oberländers Militärzeit waren allerdings durch die bei Nacht und Nebel verfügte Beschlagnahme nicht mehr zu unterbinden. Schon Wochen vorher hatten die DDR-Zeitungen - von einer Moskauer Veröffentlichung angeregt - damit begonnen, ihre Leser unermüdlich über bestimmte Abschnitte des Oberländer-Lebenslaufs zu unterrichten (Motto: "Herunter mit ihm vom Ministersessel! Er gehört hinter Zuchthausmauern!"). Auch in der westdeutschen Presse waren bereits Meldungen über die Kriegserlebnisse des Bundesministers für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte auf die erste Seite der Blätter vorgedrungen.

Der Vertriebenenminister hatte die Angriffe - schwerster Vorwurf: Beteiligung an Polen- und

Judenerschießungen 1941 in Lemberg - zunächst mit der Sturheit eines masurischen Gutsherren beantwortet, eines Menschenschlages, dem Oberländer äußerlich gleicht: er hatte sich tot gestellt. Vom 2. bis zum 25. September mußte der Bonner Oberstaatsanwalt, der nach einer Anzeige der "Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes" (VVN) den Minister um eine schriftliche Stellungnahme gebeten hatte, auf die Antwort Oberländers warten.

Erst eine Woche nach der nächtlichen Fulda-Reise stellte sich Oberländer auf einer Pressekonferenz in Bonn auch öffentlichen Fragen. Das teilweise hitzige Wechselgespräch zwischen dem Minister und provokanten Korrespondenten Ostberliner Blätter erbrachte allerdings nicht die eindeutige, historisch-exakte Aufklärung der Lemberger Morde. Soviel blieb unklar, daß selbst der "Rheinische Merkur" inzwischen die Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses zur Prüfung der Vorwürfe verlangte. Eine internationale Gruppe ehemaliger Widerstandskämpfer hat sich jetzt zusammengefunden, um den Fall Oberländer zu durchleuchten.

Wichtiger als die historische Aufklärung war für Oberländer jedoch, daß der Verlauf der Pressekonferenz - vornehmlich dank den einstudiert klingenden Fragen der ost-orientierten Journalisten - den Eindruck verstärkte, der Minister sei bloß das vorläufig letzte Ziel der allgemeinen kommunistischen Propagandakampagne gegen westdeutsche Vertriebenenpolitiker:

Als Opfer des Ostens blieben bisher nämlich noch alle bundesdeutschen Politiker, deren Vergangenheit sonst vielleicht doch - daheim und vor allem im befreundeten Ausland - ärgerlichen Anstoß erregen würde, satisfaktionsfähige Kombattanten in der demokratischen Abwehrfront gegen den Bolschewismus.

Kein Mitglied des Bonner Kabinetts aber bedarf der frischen Narben aus dem Kampf für die Demokratie so sehr wie der ehemalige SA-Sturmhauptführer und heutige Vertriebenenminister Oberländer - und er kann diese Narben gerade jetzt besonders gut brauchen: die bundesrepublikanische Vertriebenenpolitik bewegt sich in diesen Monaten auf eine Wendemarke zu, an der Kanzler Adenauer sich genötigt sehen könnte, den Sessel des Vertriebenenministers neu zu besetzen.

Der Wandel in der politischen Zielsetzung, den die westdeutschen Führer der organisierten Heimatvertriebenen gerade vollziehen, wurde im Laufe des vergangenen Sommers deutlich, als sich Konrad Adenauer im zehnten Jahr seiner Kanzlerschaft von einem Abgeordneten seiner eigenen Fraktion sagen lassen mußte, daß viele Millionen Bundesbürger - die meisten von ihnen brave CDU-Wähler - potentielle Staatsfeinde seien, die über Nacht zu anti-bundesrepublikanischen Untergrundkämpfern werden könnten.

Unter dem Datum vom 20. Juli hatte der CSU-Bundestagsabgeordnete Georg von Manteuffel-Szoegé (baltischer Adel) dem Kanzler brieflich mitgeteilt, daß die jüngsten Pläne des Auswärtigen Amtes, Nichtangriffspakte mit Polen und der Tschechoslowakei abzuschließen, einer Verzichtserklärung auf die deutschen Ostgebiete gleichkommen würden. Das aber würde jene Deutschen, die mit einer "Verzichtspolitik" nicht einverstanden seien, notgedrungen "in die Illoyalität treiben".

Der Kanzler antwortete damals prompt, daß er die Bedenken des Abgeordneten gegen Paktabschlüsse mit Warschau und Prag teile. Im Kabinett wurde wenig später der Pakt-Vorschlag Außenminister von Brentanos niedergestimmt: Die Lobby der Heimatvertriebenen hatte den zaghaften Versuch der AA-Planer, in den ostpolitischen Stellungskrieg der Bundesregierung Bewegung zu bringen, mit dem drohenden Hinweis auf den Marsch von Millionen Wählern in die Illoyalität torpediert.

Die unberechenbarste Größe der westdeutschen Innenpolitik - die Gruppe der Vertriebenen - war stärker gewesen als der Wunsch des amerikanischen Außenministers Herter nach einer offiziellen Bonner Freundschaftsgeste gegenüber Osteuropa. Was Heinrich von Brentano seinem US-Kollegen Christian Herter im Sommer in Genf versprochen hatte - "Gewaltverzichts-

pakte" mit Polen und der Tschechoslowakei -, zerfetzten die Sprecher der Heimatvertriebenen in wenigen Sonntagsreden - ein Erfolg, der bei anderen Interessentengruppen schwer vorstellbar ist, sofern deren Forderungen mit amerikanischen Wünschen kollidieren.

Bundeskanzler Adenauer, der sonst allergisch auf Kritik an seiner Personalpolitik reagiert, rührte sich nicht, als ein anderer Abgeordneter der CDU/CSU-Fraktion, Hans Krüger (Geburtsort: Neustettin in Pommern), nach der erfolgreichen Blockierung der Pakt-Pläne auch gleich noch ein Revirement auf wichtigen Spitzenposten im Auswärtigen Amt verlangte: "Eine Umbesetzung der Ostabteilung in der Leitung erscheint uns insbesondere nach dem unglücklichen Versuch, einen Nichtangriffspakt mit Polen und Tschechen zu empfehlen, dringend angebracht zu sein."

In wenigen Wochen kreierte die Vertriebenenpolitik in diesem Sommer, durch Brentanos Ostpläne alarmiert, ein neues politisches Schimpfwort, das mit ebensoviel Sinn für Negativwerbung ausgedacht worden ist, wie dreißig Jahre vorher das Wort vom Erfüllungspolitiker, mit dem in der Weimarer Republik vertragstreue Politiker beschimpft wurden, die sich an die deutsche Unterschrift unter den Versailler Friedensvertrag gebunden fühlten:

Der von den Vertriebenen erfundene Buhmann des Jahres 1959 ist der "Verzichtpolitiker" - eine Abwertung, die inzwischen jeden Politiker bedroht, der in den Verdacht gerät, über die Zukunft der verlorenen Ostgebiete andere Auffassungen zu hegen als die Sprecher der Heimatvertriebenen.

Den Vorwurf, ebenfalls zu den Verzichtpolitikern zu gehören, scheut der Dauer-Wahlkämpfer Adenauer um so mehr, als die Vertriebenen in der sonst so säuberlich in CDU-treue und SPD-brave Wähler geteilten Bevölkerung ein schwer durchschaubares Element sind, dessen politischer Weg schon heute mit den CDU-Gebotsschildern: "Keine Experimente" nicht mehr ganz abgesteckt werden kann:

Die neun Millionen Heimatvertriebenen in der Bundesrepublik sollen nach dem erklärten Willen der Führer ihrer Organisationen in dem Maße, in dem sie als Heimatlose wirtschaftlich in Westdeutschland eingegliedert worden sind, von einer sozialpolitischen zu einer außenpolitischen Pressure Group werden. Ziel: Die Rückgewinnung der verlorenen Ostgebiete.

Sagt Baron Manteuffel, Vorsitzender der deutsch-baltischen Landsmannschaft: "Die Polen glauben ohnehin nicht, daß wir ihnen unsere Ostgebiete lassen."

Minister Oberländer ist nach Gesinnung und Vergangenheit durchaus prädestiniert, gemeinsam mit den Vertriebenenführern den Wandel vom Sozialpolitiker - dem Flüchtlingspolitiker von gestern - zum Außenpolitiker zu vollziehen. Oberländer ist Wahl-Ostdeutscher: 1905 als Sohn eines Regierungsrats in Meiningen geboren, suchte er nach dem Studium der Agrarwissenschaften und der Nationalökonomie sein Brot stets in Osteuropa - mit speziellem Interesse an der gängigen deutschen Ostpolitik: an Ostkolonisation.

Er hat in den vergangenen Jahren mit Zähigkeit als zuständiger Ressortminister die wirtschaftliche Eingliederung der Flüchtlinge in die Bundesrepublik betrieben - und weiß heute, daß die Verschmelzung der Ostdeutschen mit Westdeutschland nicht zu weit gehen darf, weil sonst die Vertriebenenpolitik zu Ende wäre. Sagt der weitschauende Minister: "Nicht alle Vertriebenen dürfen sich assimilieren. Wir müssen Heimatvertriebene behalten, um eines Tages ein Abstimmungsreservoir zu haben, wenn das Selbstbestimmungsrecht zum Zuge kommt."

Als er 1953 Vertriebenenminister geworden war, hatte er seine Aufgabe zunächst ausschließlich sozialpolitisch definiert. Für völkerrechtliche und außenpolitische Vokabeln, mit denen die Flüchtlingsfunktionäre heute den Heimattreffen ihrer Landsleute die politische Note verleihen, waren die Millionen Vertriebenen noch taub.

Kanzler Adenauer sah, ebenso wie sein zuständiger Fachminister, die Lösung der Vertriebenenfrage als innenpolitisches, wirtschaftliches Problem. Sagte Oberländer damals: "Wir sind in einem Wettlauf mit der Zeit. Nach 1946 waren 48 Prozent des deutschen Volkes ohne wirt-

schaftlichen Rückhalt. Schlimmer als alle furchtbaren Verluste ... ist die Verschlechterung der deutschen Sozialstruktur. Baustein oder Dynamit, das ist die Frage, die über der Vertriebenen-Eingliederung steht."

Sozialpolitisches Dynamit wäre genug dagewesen, um einen weniger von der Korea-Konjunktur profitierenden Staat in die Luft zu sprengen: Bis 1950, als die Hauptwelle der Austreibung verebbte, waren aus den größten Vertreibungsgebieten nach Westen gespült worden:

- 2,1 Millionen aus Schlesien,
- 1,9 Millionen aus der Tschechoslowakei,
- 1,3 Millionen aus Ostpreußen,
- 891.000 aus Ostpommern,
- 410.000 aus Polen,
- 225.000 aus Danzig,
- 178.000 aus Ungarn,
- 158.000 aus der Sowjet-Union, den baltischen Staaten und dem Memelland,
- 149.000 aus Rumänien,
- 148.000 aus Jugoslawien und
- 131.000 aus Ostbrandenburg.

Durch Nachzügler ist die Zahl der Heimatvertriebenen in der Bundesrepublik (ohne die 3,3 Millionen DDR-Flüchtlinge) inzwischen auf 9,3 Millionen gestiegen. Beinahe jeder fünfte Bundesbürger ist Vertriebener.

Die deutschen Opfer der von Hitlers Krieg ausgelösten europäischen Völkerwanderung mußten sich seinerzeit, kaum in Westdeutschland angelangt, wieder auf die Reise begeben: Die nicht zentral gelenkte Aufnahme der Vertriebenen unmittelbar nach dem Kriege und die Weigerung der - nicht am Potsdamer Abkommen beteiligten - Franzosen, überhaupt Flüchtlinge in ihre Besatzungszone aufzunehmen, hatte zu einer Überfüllung Schleswig-Holsteins, Niedersachsens und Bayerns geführt - Agrar-Länder, in denen die wirtschaftliche Eingliederung der Vertriebenen besonders schwierig, die Einweisung in Notwohnungen aber wenigstens doch möglich war.

Bei der Bevölkerungszählung im Jahre 1950 ließ sich die ungleichmäßige Verteilung der Flüchtlinge auf die Bundesländer zum erstenmal statistisch nachweisen: Von der Gesamtbevölkerung waren

- in Schleswig-Holstein 33 Prozent Vertriebene,
- in Niedersachsen 27,2 Prozent und
- in Bayern 21,1 Prozent.

Gemessen an diesen Zahlen, mußten als noch aufnahmefähig angesehen werden die Länder

- Hessen mit 16,7 Prozent Vertriebenen,
- Baden-Württemberg mit 13,4 Prozent,
- Nordrhein-Westfalen mit 10,1 Prozent,
- Bremen mit 8,6 Prozent,
- Hamburg mit 7,2 Prozent und
- Rheinland-Pfalz mit 5,1 Prozent.

Erst nach Etablierung der Bundesrepublik konnte die notwendige Umsiedlung der Vertriebenen in Länder mit größeren Möglichkeiten zur Arbeitsbeschaffung beginnen. Der erste Bonner Vertriebenenminister Lukaschek und sein Nachfolger Oberländer bemühten sich, einen ersten Umsiedlungsplan zu verwirklichen, nach dem rund 1,1 Millionen Vertriebene wieder auf die Wanderschaft geschickt werden sollten.

In den Elendslagern und Notwohnungen der drei Flüchtlingsländer Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Bayern setzte man alle Hoffnungen auf den Umzug in die westdeutschen Industriestädte; aus den Aufnahmeländern reisten Kommissionen an, die nach Möglichkeit nur

arbeitsfähige, kräftige junge Leute auf die Transportlisten setzen und die Alten ausmustern wollten. Radikale Eintagsfliegen unter den Flüchtlingsführern drohten mit einem Elendstreck nach Bonn, um die Umsiedlung zu beschleunigen, deren schleppender Gang an die erst langsam anlaufende Wohnungswirtschaft gebunden war.

Oberländer schaffte es in einem Dauerringkampf mit den Ländern, den drängelnden Flüchtlingsvertretern und dem Wohnungsbauministerium, bis Ende 1955 87,7 Prozent der bis zu diesem Zeitpunkt vorgesehenen Umsiedlungsquote zu erfüllen. Aus Schleswig-Holstein waren über 364.000, aus Niedersachsen 237.000 und aus Bayern 199.000 Personen umgesiedelt worden. Die meisten Umsiedler wurden nach Nordrhein-Westfalen geschickt: 372.156. Andere große Transporte hatten Baden-Württemberg (237.901) und Rheinland-Pfalz (118.181) aufgenommen.

Heute, vierzehn Jahre nach der Vertreibung aus Ostpreußen und Pommern, dem Warthegau und dem Sudetengebiet, Ober- und Niederschlesien sind die Flüchtlinge, die seinerzeit kaum Handgepäck mitführen konnten, wirtschaftlich eingegliedert - eine Tatsache, an der auch die nach wie vor zahlreichen, speziellen Härtefälle nichts ändern. An die Stelle der Vertriebenen als geschlossene Notstandsgruppe sind mehr und mehr die Sowjetzonenflüchtlinge getreten.

Der Anteil der Heimatvertriebenen an der westdeutschen Gesamtbevölkerung beträgt über 18,3 Prozent: Der Vertriebenenanteil an den bundesrepublikanischen Arbeitslosen machte bei einer diesjährigen Sommer-Zählung 18,1 Prozent aus.

Sagt selbst der Präsident des Bundes der Vertriebenen, CDU-Abgeordneter Krüger:

"Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die Bundesregierung die wirtschaftliche und soziale Eingliederung gut vorangetrieben hat."

Von 1949 bis 1957 wurden an die Vertriebenen aus dem Lastenausgleichsfonds 27,7 Milliarden Mark gezahlt; davon allerdings nur 11,8 Milliarden für die produktive Eingliederung (Existenzgründung, Wohnungsbeschaffung), der Rest für Altersversorgung (6,7 Milliarden) und Entschädigung. In den nächsten zwanzig Jahren werden weitere 57,2 Milliarden Mark aus dem Fonds erwartet.

Die Skala der beruflichen Eingliederung ist allerdings weit auseinandergezogen. Ganz unten rangieren die ehemals selbständigen Ost-Landwirte: nur 7,8 Prozent der Flüchtlingsbauern bewirtschaften in Westdeutschland einen eigenen Hof. Ermittelte das Statistische Bundesamt: "Während im Zeitpunkt der Vertreibung 29 Prozent der erwerbstätigen Vertriebenen auf land- und forstwirtschaftliche Berufe entfielen, sind es (jetzt) nur noch 6,8 Prozent.

Auf der anderen Seite hat sich die Bedeutung der industriell-handwerklichen Berufe erheblich vergrößert. Ihr Anteil an den Erwerbstätigen ist von 28,3 auf 50,3 Prozent gestiegen."

Im dichtbesiedelten Westdeutschland, wo keine nennenswert großen Ödgebiete auf den Pflug von Neusiedlern warten, ist die berufliche Eingliederung zwangsläufig fast nur über industrielle, handwerkliche oder freiberufliche Arbeitsplätze möglich: Selbständige Landwirte konnten die Vertriebenen in den meisten Fällen nur durch Einheirat in westdeutsche Höfe wieder werden. Eine entsprechende Landkreis-Untersuchung ergab 1956, daß nur sieben Prozent der von Flüchtlingen bewirtschafteten Höfe durch Neusiedlung aufgebaut worden waren; Einheirat: 67 Prozent (der Rest durch Kauf oder Pacht).

Ermittelten die Statistiker: Bei den Männern haben die Angehörigen akademischer und freiberuflich ausgeübter Berufe die besten Eingliederungsmöglichkeiten gehabt. Der Anteil der im Beruf Gebliebenen beträgt bei den Ärzten und bei den Zahnärzten zum Beispiel 93,9 beziehungsweise 93,4 Prozent, bei den Seelsorgern 85,2 und bei den Lehrberufen 78,9 Prozent."

Die soziale Eingliederung hat allerdings mit der beruflichen nicht Schritt gehalten:

Zwar entspricht der Anteil der Vertriebenen an der Arbeitslosigkeit im Bundesgebiet heute etwa ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung, doch haben viele Vertriebene in ihrem neuen oder auch ihrem alten Beruf die frühere - gesellschaftliche wie wirtschaftliche - Stellung nicht

wieder erreichen können: Nur 26,4 Prozent der in Ostdeutschland wirtschaftlich Selbständigen sind auch heute wieder ihr eigener Chef. 48,9 Prozent von ihnen sind nur als unselbständige Arbeiter untergekommen. Im Jahre 1957 verdientes 24 Prozent der Einheimischen über 500 Mark im Monat; bei den Vertriebenen gehörten in diese Einkommensgruppe nur 13 Prozent.

Ende 1958 besaßen in der Bundesrepublik ein

- eigenes Haus 36 Prozent der Einheimischen und 19 Prozent der Vertriebenen,
- Grund und Boden 25 Prozent der Einheimischen und elf Prozent der Vertriebenen, einen
- Kühlschrank 27 und 18 Prozent, ein
- Auto 18 und 12 Prozent, einen
- Fernsehapparat 16 und 14 Prozent.

Die bitteren Habenichts-Gefühle der Vertriebenen aus den ersten Jahren in Westdeutschland sind jedoch trotz dieser Unterschiede vergangen. Die brennendsten sozialen Sorgen des Bonner Vertriebenenministeriums sind denn auch, gemessen an der Situation noch vor wenigen Jahren, vergleichsweise bescheiden: 350.000 Menschen (davon 200.000 Heimatvertriebene) aus den Lagern in Wohnungen überführen und 650.000 Notwohnungen durch bessere ersetzen.

Gesteht Frank Seiboth, Vorsitzender der Flüchtlingspartei Gesamtdeutscher Block/BHE, heute schon gelegentlich: "Der Rückkehrwille hat nur noch sentimentale Gründe."

Sentimentale Gründe - und nicht demonstrativer Protest gegen Heimatverlust und soziales Elend - sind es auch, die einmal im Jahr die hunderttausende Mitglieder der einzelnen Landsmannschaften zu riesigen Wiedersehensfeiern vereinen. Charakterisierte "DIE ZEIT" das letzte Schlesier-Treffen, zu dem sich im Sommer 300.000 Menschen in Köln einfanden ...

Der Rückgriff auf die leidvolle Vergangenheit der Jahre 1945 und 1946 verspricht immerhin ein lebhaftes Echo: Etwa die Hälfte der Vertriebenen verlor ihre Heimat in den letzten Kriegsmonaten, als der Aufbruch von Haus und Hof nicht einmal durch die spärlichen Vergünstigungen der späteren offiziellen Ausweisung gemildert wurde, sondern oft nur ein Wettlauf um das nackte Leben war - die schauerliche Quittung für den sechsjährigen deutschen NS-Terror über Europa von 1939 bis 1945.

Über den Umfang der ungeordneten Fluchtbewegung stellte eine vom Vertriebenenministerium bestellte Professoren-Kommission fest:

"Innerhalb des Gesamtprozesses der Vertreibung von über zehn Millionen Ostdeutschen nach Mittel- und Westdeutschland, der in den letzten Kriegsmonaten begann, später in den Potsdamer Beschlüssen von den Siegermächten zum Programm erhoben und durch die Ausweisungsaktionen der folgenden Jahre beendet wurde, stellt die Flucht der ostdeutschen Bevölkerung vor der Roten Armee den ersten Abschnitt dar. Etwa die Hälfte aller Deutschen aus Ostpreußen, Ostpommern, Ostbrandenburg, Schlesien und aus Polen, die heute in Mittel- und Westdeutschland als Vertriebene leben, kam während dieses ersten Zeitabschnittes ... über die spätere Oder-Neiße-Linie nach Westen ..."

Als im Jahre 1950 in der Bundesrepublik die erste Nachkriegs-Volkszählung abgehalten wurde, konnte auch eine erste Austreibungsbilanz gezogen werden:

"In den von der Vertreibung betroffenen Gebieten Ostdeutschlands, Ost- und Südosteuropas hatten zu Beginn des Zweiten Weltkrieges etwa 16,9 Millionen Deutsche ihren Wohnsitz. Von ihnen lebten 1950 noch annähernd 2,5 Millionen in der Heimat, in Deutschland (West- und Mitteldeutschland) hatten bis Ende 1950 etwa 11,2 Millionen eine Zuflucht gefunden. In Österreich hatten 350.000 Ostvertriebene eine Heimat gefunden, 100.000 werden als bis Ende 1950 ausgewandert angesehen. Damit sind 14,1 Millionen Ostvertriebene weitgehend einwandfrei als lebend nachgewiesen."

Der Schlußstrich: "Das Schicksal von 2,8 Millionen ist ungeklärt. Von dieser Zahl müssen 500.000 als Wehrmachtvermißte abgezogen werden. (Es) ergeben sich mithin 2,3 Millionen

Personen, die nach der Besetzung den Vergeltungsmaßnahmen zum Opfer gefallen sind, nach Rußland verschleppt wurden oder den Unmenschlichkeiten der Austreibung erlegen sind. Von den 2,3 Millionen vermißten Zivilpersonen waren etwa 1,4 Millionen in den deutschen Ostgebieten unter sowjetisch-polnischer Verwaltung, 300.000 in der Tschechoslowakei und 600.000 in Ost- und Südosteuropa beheimatet ... Man (muß) zu dem Schluß kommen, der größte Teil der 2,3 Millionen fehlenden Heimatvertriebenen habe den Tod gefunden." ...<<

Nach umfassenden Propagandamaßnahmen und wirtschaftlichen Zwangsmaßnahmen stieg die Zahl der PGH (Produktionsgenossenschaften des Handwerks) Ende 1959 auf 3.053 Genossenschaften mit 105.789 Mitgliedern (x009/174).

Von den 30.913 Gaststätten und Hotels entfielen Ende 1959 rd. 21 % auf Betriebe der HO (Handelsorganisation), 13 % auf Konsumgenossenschaften, 17 % auf Kommissionshandelsbetriebe und 47 % auf Privatbetriebe (x009/172).

Im Dezember wurden 333 neue LPG gegründet. Danach begann die Endphase der zwangsweisen Kollektivierung der Landwirtschaft.

Die sowjetischen Atomraketen in der DDR wurden im Jahre 1959 überraschend in die Nähe von Kaliningrad (Königsberg) verlegt.

Der deutsche Historiker Alexander Demandt schrieb später über die damaligen Atomwaffenstandorte in Mitteleuropa (x283/244-245): >>Die gegen Ziele in Westeuropa, namentlich in der Bundesrepublik gerichteten atomaren Mittelstreckenraketen der Sowjets lagern seit 1959 in Kaliningrad, dem alten Königsberg.

Die Gegenstellung befindet sich in der Eifel. In den Katakomben des Fliegerhorts Büchel schlummerten – und tun dies noch heute – für den Ernstfall 20 Atombomben vom Typ B 61 mit der jeweils 26fachen Sprengkraft der Hiroshima-Bombe. Sie unterstehen der US-Air Force und werden auf Befehl des amerikanischen Präsidenten durch deutsche Maschinen vom Jagdbombengeschwader 33 auf russische Ziele im Hinterland angesetzt.

Die Rechtsgrundlage bietet die "nukleare Teilhabe" der Bundeswehr an der militärischen Abwehr der NATO. ...<<

Im Jahre 1959 gab es in der DDR 1.389 Filmtheater mit 539.111 Sitzplätzen. Fast alle Theater hatte man entschädigungslos enteignet (x009/128).

Im Jahre 1959 flohen 143.917 Deutsche aus der Sowjetzone in den Westen.

Ein kolumbianischer Reporter berichtete im Jahre 1959 über die damaligen Zustände in Ostberlin (x303/149): >>... Die Läden sind schäbig mit geschmacklosen Artikeln von mittelmäßiger Qualität. Es gibt ganze Straßen mit zerbombten Gebäuden. ... Die Menschen leben (darin) zusammengedrängt in den unteren Stockwerken, ohne sanitäre Anlagen und ohne Wasser.

...

Nachts leuchtet anstelle der Leuchtreklamen (Westberlin) auf der Ostseite der rote Stern. ...

Das Verdienst dieser dunklen Stadt ist, daß sie der wirtschaftlichen Realität des Landes entspricht.<<

Friedrich Edding (1909-2002) und Eugen Lemberg (1903-1976) berichteten im Jahre 1959 in ihrem Buch "Die Vertriebenen in Westdeutschland" über die Eingliederung der deutschen Vertriebenen (x024/205): >>Das deutsche Volk wurde durch den Zusammenbruch des deutschen Ostens und durch das Einströmen der Vertriebenen vor eine Entscheidung gestellt. Es war vielleicht die schwerste, jedenfalls eine auf Jahrhunderte hinaus bestimmende Wendestunde seiner Geschichte. Die Wahl seines künftigen Weges hatte es nicht nur für sich selbst, sondern für das übrige Europa und die Welt zu treffen, deren Entwicklung und Schicksal davon nicht unbeeinflusst bleiben konnte. ...<<

Hinweise für den Leser

Einstellungstermin: 01.03.2024

Die PDF-Datei wird **kostenlos** zur Verfügung gestellt.

Rechtschreibregeln: Diese Chronik wurde nach den "alten Rechtschreibregeln" erstellt.

Zitate: Die zitierten Zeitzeugenberichte, Berichte von Historikern, Publikationen und sonstige Quellentexte werden stets mit offenen Klammern >> ... << gekennzeichnet.

Bei Auslassungen ... wurde sorgfältig darauf geachtet, daß der ursprüngliche Sinnzusammenhang der Zitate nicht unzulässig gekürzt oder verfälscht wurde.

Anregungen und Kritik: Für Anregungen bin ich stets dankbar. Sollten mir in dieser Chronik Fehler unterlaufen sein, bitte ich um Nachsicht und Benachrichtigung.

Urheberrechte: Alle Rechte vorbehalten. Diese Chronik ist ausschließlich für den privaten Gebrauch bestimmt.

Quellen- und Literaturnachweis

Die Quellenangaben kennzeichnen nur die Fundstellen. **Nach dem x wird der Buchtitel und nach dem Schrägstrich die Seite angegeben.**

Beispiel: (x001/79) = Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa I. Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße. Band 1. Unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1954, Seite 79.

x001	Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hg.): Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa I. <u>Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße. Band 1.</u> Unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1954. München 1984.
x004	Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hg.): Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa IV. <u>Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus der Tschechoslowakei. Band 1.</u> Unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1957. München 1984.
x006	Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hg.): Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa V. <u>Das Schicksal der Deutschen in Jugoslawien.</u> Unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1961. München 1984.
x007	Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hg.): Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa III. <u>Das Schicksal der Deutschen in Rumänien.</u> Unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1957. München 1984.
x009	Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen (Hg.): SBZ von A bis Z. 7. überarbeitete und erweiterte Auflage. Bonn 1962.
x024	Kuhn, Ekkehard: <u>Nicht Rache, nicht Vergeltung.</u> Die deutschen Vertriebenen. Frankfurt/Main; Berlin 1989.
x026	Nawratil, Heinz: Die deutschen Nachkriegsverluste unter Vertriebenen, Gefangenen und Verschleppten. München/Berlin 1988.
x028	Zayas, Alfred Maurice de: <u>Die Anglo-Amerikaner und die Vertreibung der Deut-</u>

	<u>schen. Vorgeschichte, Verlauf, Folgen. 7. Auflage. Frankfurt/Main; Berlin 1988.</u>
x035	Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.): <u>Vertrieben. ... Literarische Zeugnisse von Flucht und Vertreibung.</u> Bonn 1992.
x051	Zentner, Christian, und Friedemann Bedürftig (Hg.): <u>Das große Lexikon des Dritten Reiches.</u> München 1985.
x058	Tenbrock, R. H. u.a. (Hg.): <u>Zeiten und Menschen. Ausgabe G. Band 2. Die geschichtlichen Grundlagen der Gegenwart; 1776 bis heute. Geschichtliches Unterrichtswerk.</u> Paderborn 1970.
x064	Pfister, Hermann (Hg.): <u>Polen und Deutsche. Der lange Weg zu Frieden und Versöhnung. 2. Auflage.</u> Waldkirch 1977.
x067	Hüttenberger, Peter u.a. (Hg.): <u>Geschichtsbuch. Band 4. Die Menschen und ihre Geschichte in Darstellungen und Dokumenten. Vom Ende des 1. Weltkrieges bis heute.</u> 1. Auflage. Berlin 1988.
x069	Klett, Ernst (Hg.): <u>Kletts Geschichtliches Unterrichtswerk. Band IV. Um Volksstaat und Völkergemeinschaft.</u> E. Klett Verlag, Stuttgart 1967.
x073	Hug, Wolfgang (Hg.): <u>Unsere Geschichte. Band 3. Von der Zeit des Imperialismus bis zur Gegenwart.</u> Frankfurt/Main 1986.
x075	Grosser, Alfred: <u>Ermordung der Menschheit. Der Genozid im Gedächtnis der Völker.</u> München/Wien 1990.
x089	Ploetz-Verlag (Hg.): <u>PLOETZ. Lexikon der deutschen Geschichte.</u> Freiburg im Breisgau 1999.
x095	Adenauer, Konrad: <u>Briefe über Deutschland 1945–1955. 1. Auflage.</u> München 1999.
x123	Müller-Bringmann, Walter: <u>Das Buch von Friedland.</u> Göttingen 1956.
x124	Jering, Karl: <u>Überleben und Neubeginn.</u> Aus dem Tagebuch eines Deutschen 1945/46. München 1979.
x125	Bluhm, Georg: <u>Die Oder-Neiße-Linie in der deutschen Außenpolitik.</u> Freiburg 1963.
x128	Kampmann, Wanda, und Berthold Wiegand (Hg.): <u>Politik und Gesellschaft. Band 2. 1917 bis heute. 7. aktualisierte Auflage.</u> Frankfurt/Main 1980.
x130	Carell, Paul, und Günter Böldcker: <u>Die Gefangenen. Leben und Überleben deutscher Soldaten hinter Stacheldraht.</u> Berlin/Frankfurt am Main 1995.
x150	Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.): <u>Forum für Kultur und Politik. Heft 15.</u> Bonn 1996.
x155	Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.): <u>Erklärungen zur Deutschlandpolitik. Dokumentation Teil I, 1949-1972.</u> Bonn 1984.
x156	Kosthorst, Erich, und Karl Tepe: <u>Die Teilung Deutschlands und die Entstehung zweier deutscher Staaten. Materialheft Geschichte/Politik.</u> Paderborn 1978.
x175	Harenberg Lexikon-Verlag (Hg.): <u>Harenberg Schlüsseldaten 20. Jahrhundert.</u> Dortmund 1997.
x182	Grube, Frank, und Gerhard Richter: <u>Das Wirtschaftswunder. Unser Weg in den Wohlstand.</u> Hamburg 1983.
x191	Klett, Ernst (Hg.): <u>Menschen in ihrer Zeit. Band 6. In unserer Zeit. 3. Auflage.</u> Stuttgart 1978.
x243	Schmid, Heinz Dieter (Hg.): <u>Fragen an die Geschichte. Band 4. Die Welt im 20. Jahrhundert. Geschichtliches Arbeitsbuch für Sekundarstufe I.</u> Frankfurt/Main 1984.
x283	Demandt, Alexander: <u>Es hätte auch anders kommen können. Wendepunkte deutscher Geschichte. 4. Auflage.</u> Berlin 2011.
x296	Ebeling, Hans und Wolfgang Birkenfeld (Hg.): <u>Die Reise in die Vergangenheit. Band 4. Geschichte und Politik in unserer Zeit (Lehrerausgabe).</u> Braunschweig 1975.

x299	Klett, Ernst (Hg.): <u>Menschen in ihrer Zeit. Band 4. In unserer Zeit.</u> 2. Auflage. Stuttgart 1980.
x300	Hug, Wolfgang (Hg.): <u>Geschichtliche Weltkunde. Band 3. Von der Zeit des Imperialismus bis zur Gegenwart.</u> 1. Auflage. Frankfurt/Main 1976.
x303	Westermann Schulbuchverlag GmbH, Braunschweig (Hg.): <u>Durchblick. GSW Geschichte/Politik 9/10.</u> 1. Auflage. Braunschweig 2004.
x313	Fabian, Frank: <u>Die geheim gehaltene Geschichte Deutschlands.</u> Was bis heute von Historikern verschwiegen wird. 2. Auflage. München 2016.